Großkommentare der Praxis

Löwe-Rosenberg

Die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz

Großkommentar

26., neu bearbeitete Auflage

herausgegeben von

Volker Erb, Robert Esser, Ulrich Franke,
Kirsten Graalmann-Scheerer, Hans Hilger, Alexander Ignor

Dritter Band

§§ 94–111p

Bearbeiter:

§§ 94–100: Eva Menges
§§ 100a–101; 110a–111a: Pierre Hauck
§§ 102–110: Michael Tsambikakis
§§ 111b–111p: Pascal Johann

Sachregister: Thomas Vetter

De Gruyter

Stand der Bearbeitung: 31. August 2013

ISBN 978-3-89949-483-9
e-ISBN 978-3-11-025929-2

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2014 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Datenkonvertierung/Satz: Werksatz Schmidt & Schulz GmbH, Gräfenhainichen
Druck: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

∞ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Die Bearbeiter der 26. Auflage

Jörg-Peter Becker, Vors. Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe und Obernburg
Camilla Bertheau, Rechtsanwältin in Berlin
Dr. *Werner Beulke*, em. Professor an der Universität Passau
Dr. *Reinhard Böttcher*, Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg a.D., Honorarprofessor an der Ludwig Maximilians-Universität München
Ottmar Breidling, Vors. Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf i.R.
Gabriele Cirener, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe
Dr. *Volker Erb*, Professor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Dr. *Robert Esser*, Professor an der Universität Passau
Dr. *Ulrich Franke*, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe und Hemdingen
Dr. *Karsten Gaede*, Professor an der Bucerius Law School, Hamburg
Dr. *Klaus Ferdinand Gärditz*, Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Kerstin Gärtner, Richterin am Kammergericht
Dr. *Dirk Gittermann*, Richter am Oberlandesgericht Celle
Dr. *Sabine Gleß*, Professorin an der Universität Basel
Dr. Dr. h.c. *Karl Heinz Gössel*, em. Professor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht a.D., München
Dr. *Kirsten Graalmann-Scheerer*, Generalstaatsanwältin in Bremen, Honorarprofessorin an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Bremen
Dr. *Pierre Hauck*, Professor an der Universität Trier
Dr. *Hans Hilger*, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Justiz a.D., Bad Honnef
Dr. Dr. *Alexander Ignor*, Rechtsanwalt in Berlin, Apl. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin
Dr. *Christian Jäger*, Professor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Dr. *Matthias Jahn*, Professor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Richter am Oberlandesgericht Nürnberg
Dr. *Björn Jesse*, Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft Berlin
Pascal Johann, Rechtsanwalt in Wiesbaden
Dr. *Daniel M. Krause*, Rechtsanwalt in Berlin
Dr. *Matthias Krauß*, Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof, Karlsruhe
Dr. Dr. h.c. *Hans-Heiner Kühne*, em. Professor an der Universität Trier
Detlef Lind, Richter am Kammergericht
Dr. *Klaus Lüderssen*, em. Professor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Dr. *Holger Matt*, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, Honorarprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Dr. *Eva Menges*, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe
Dr. *Andreas Mosbacher*, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Honorarprofessor an der Universität Leipzig
Dr. *Günther M. Sander*, Richter am Bundesgerichtshof, Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin
Dr. *Wolfgang Siolek*, Vors. Richter am Oberlandesgericht Celle

Die Bearbeiter der 26. Auflage

Dr. *Carl-Friedrich Stuckenberg*, Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Dr. *Michael Tsambikakis*, Rechtsanwalt in Köln
Marc Wenske, Richter am Landgericht Hamburg
Dr. *Raik Werner*, Richter am Landgericht München I
Thomas Wickern, Leitender Oberstaatsanwalt beim Generalstaatsanwalt in Düsseldorf
Dr. *Mark A. Zöller*, Professor an der Universität Trier

Hinweise für die Benutzung des Löwe-Rosenberg

1. Inhalt der Kommentierung

Der Löwe-Rosenberg kommentiert die StPO, das EGStPO, das GVG und das EGGVG mit Ausnahme der nur den Zivilprozess betreffenden Teile, sowie – mit dem Schwerpunkt auf den strafverfahrensrechtlich besonders bedeutsamen Regelungen – die EMRK und den IPBPR. Wenig bekannte oder schwer auffindbare strafverfahrensrechtliche Nebengesetze, deren Wortlaut für die Kommentierung erforderlich ist, werden bei den einschlägigen Erläuterungen im Kleindruck wiedergegeben.

2. Erscheinungsweise und Stand der Bearbeitung

Die 26. Auflage des Löwe-Rosenberg erscheint erstmals in **Bänden**, deren Erscheinungs-Reihenfolge von der des Gesetzes abweichen kann. Die Bände werden aber in der vom Gesetz vorgegebenen Reihenfolge durchnumeriert.

Der **Stand der Bearbeitung** ist dem Vorwort jedes Bandes zu entnehmen. Die Autoren sind bemüht, besonders wichtige Änderungen und Entwicklungen auch noch nach diesem Stichtag bis zur Drucklegung des Bandes zu berücksichtigen.

3. Bearbeiter

Jeder Bearbeiter (in der Fußzeile angegeben) trägt für seinen Teil die alleinige inhaltliche Verantwortung. Die Stellungnahmen zu Rechtsfragen, die an mehreren Stellen des Kommentars behandelt werden, können daher voneinander abweichen. Auf solche Abweichungen wird nach Möglichkeit hingewiesen.

4. Aufbau der Kommentierung

Neben der umfassenden Einleitung zum Gesamtwerk sind den Untereinheiten der kommentierten Gesetze (Bücher, Abschnitte, Titel), soweit erforderlich, **Vorbemerkungen** vorangestellt, die das für die jeweilige Untereinheit Gemeinsame erläutern.

Der den Vorbemerkungen und den Kommentierungen der einzelnen Vorschriften erforderlichenfalls vorangestellte Abschnitt **Geltungsbereich** enthält Hinweise auf zeitliche und örtliche Besonderheiten. Der Abschnitt **Entstehungsgeschichte** gibt, abgesehen von ganz unwesentlichen Änderungen, die Entwicklung der geltenden Fassung der Vorschrift vom Erlass des jeweiligen Gesetzes an wieder. Fehlt er, so kann davon ausgegangen werden, dass die Vorschrift unverändert ist. Der Hinweis **auf geplante Änderungen** verzeichnet Änderungsvorschläge, die sich beim Abschlusszeitpunkt der Lieferung im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren befinden.

Die Erläuterungen sind nach systematischen Gesichtspunkten gegliedert, die durch Überschriften oder Stichworte hervorgehoben sind. In der Regel ist den Erläuterungen eine **systematische Übersicht** vorangestellt. Soweit angebracht wird sie bei besonders umfang-

reichen Erläuterungen durch eine **alphabetische Übersicht** ergänzt. Bei den Erläuterungen selbst werden für jede Vorschrift (zur Erleichterung des Zitierens) durchlaufende Randnummern verwendet.

5. Schrifttum

Der Kommentar enthält am Anfang jedes Bandes ein allgemeines Literaturverzeichnis, das nur die häufiger verwendete oder allgemeine Literatur enthält. Den Vorbemerkungen und den Kommentierungen der einzelnen Vorschriften sind Schrifttumsverzeichnisse vorangestellt, die einen Überblick über das wesentliche Schrifttum zu dem jeweils behandelten Thema geben.

6. Zitierweise

Literatur, die in diesen Schrifttumsverzeichnissen enthalten ist, wird im laufenden Text im allgemeinen nur mit dem Namen des Verfassers (ggfs. mit einer unterscheidenden Kurzbezeichnung) oder der sonstigen im Schrifttumsverzeichnis angegebenen Kurzbezeichnung zitiert, doch wird bei Veröffentlichungen in Zeitschriften vielfach auch die genaue Fundstelle nachgewiesen. Sonst sind selbständige Werke mit (gelegentlich verkürztem) Titel und Jahreszahl, unselbständige Veröffentlichungen (auch Beiträge in Festschriften u.ä.) mit der Fundstelle angegeben. **Auflagen** sind durch hochgestellte Zahlen gekennzeichnet; fehlt eine solche Angabe, so wird aus der Auflage zitiert, die im allgemeinen Schrifttumsverzeichnis angegeben ist. Hat ein Werk Randnummern, so wird nach diesen, sonst nach Seitenzahl oder Gliederungspunkten zitiert.

Befindet sich beim Zitat anderer **Kommentare** die in Bezug genommene Stelle im gleichen Paragraphen, so wird nur die Randnummer oder (bei deren Fehlen) der Gliederungspunkt angegeben; wird auf die Erläuterungen bei einem anderen Paragraphen Bezug genommen, so wird dieser genannt. Entsprechend wird auch im Löwe-Rosenberg selbst verwiesen. Bei diesem wird, wenn nichts anderes angegeben ist, auf die gegenwärtige 26. Auflage verwiesen. Ist der Band mit den Erläuterungen, auf die verwiesen werden soll, noch nicht erschienen, so ist, soweit dies sachdienlich erschien, in Klammern ergänzend die genaue Fundstelle in der 25. Auflage angegeben.

Zeitschriften werden regelmäßig mit dem Jahrgang zitiert. Ausnahmen (Bandangabe) bilden namentlich ZStW, GA (bis 1933) und VRS; hier ist regelmäßig die Jahreszahl zusätzlich angegeben. Bei der Angabe der Fundstelle eines amtlichen **Verkündungsblattes** wird die Jahreszahl nur angegeben, wenn sie von der Jahreszahl der Rechtsvorschrift abweicht.

Entscheidungen werden im allgemeinen nur mit einer Fundstelle angegeben. Dabei hat die amtliche Sammlung eines obersten Bundesgerichtes den Vorrang, sonst die Fundstelle, die die Entscheidung mit Anmerkung oder am ausführlichsten wiedergibt.

7. Abkürzungen

Die verwendeten Abkürzungen, namentlich von Gesetzen, Verwaltungsvorschriften, Entscheidungssammlungen, Zeitschriften usw. sind im **Abkürzungsverzeichnis** nachgewiesen.

Inhaltsübersicht

S.

Bearbeiterverzeichnis V
Hinweise für die Benutzung des Löwe-Rosenberg VII
Abkürzungsverzeichnis XI
Literaturverzeichnis LI

ERSTES BUCH
Allgemeine Vorschriften

Achter Abschnitt
Beschlagnahme, Überwachung des Fernmeldeverkehrs, Rasterfahndung, Einsatz technischer Mittel, Einsatz Verdeckter Ermittler und Durchsuchung

Vor § 94 1
§ 94 39
§ 95 85
§ 96 100
§ 97 148
§ 98 211
§ 98a 239
§ 98b 256
§ 98c 268
§ 99 272
§ 100 283
§ 100a 296
§ 100b 393
§ 100c 410
§ 100d 470
§ 100e 497
§ 100f 504
§ 100g 512
§ 100h 541
§ 100i 548
§ 100j 566
§ 101 581
§ 102 608
§ 103 642
§ 104 652
§ 105 657
§ 106 731

§ 107 736
§ 108 738
§ 109 749
§ 110 751
§ 110a 769
§ 110b 825
§ 110c 838
§ 110d (weggefallen)
§ 110e (weggefallen)
§ 111 849
§ 111a 862
Vor § 111b ff 901
§ 111b 906
§ 111c 935
§ 111d 947
§ 111e 964
§ 111f 981
§ 111g 989
§ 111h 1006
§ 111i 1011
§ 111k 1045
§ 111l 1065
§ 111m 1081
§ 111n 1093
§ 111o 1105
§ 111p 1106

Sachregister 1107

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
a.A.	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Orte
Abg.	Abgeordneter
AbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18.2.1977 i.d.F. der Bek. vom 21.2.1996 (BGBl. I S. 326)
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt
ABlEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften; Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen; Ausgabe L: Rechtsvorschriften (zit.: ABlEG Nr. L … /(Seite) vom …)
ABlEU	Amtsblatt der Europäischen Union (ab 2003); Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen; Ausgabe L: Rechtsvorschriften (zit.: ABlEU Nr. L …/(Seite) vom …)
ABMG	Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge vom 5.4.2002 (BGBl. I S. 1234)
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
abw.	abweichend
AChRMV	Afrikanische Charta der Rechte der Menschen und Völker vom 26.6.1981, deutsche Übersetzung EuGRZ 1990, 348
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AdoptG	Adoptionsgesetz vom 2.7.1976 (BGBl. I S. 1749)
AdVermiG	Adoptionsvermittlungsgesetz vom 27.11.1989 (BGBl. I S. 2014) i.d.F. der Bek. vom 22.12.2001 (BGBl. 2002 I S. 354)
a.E.	am Ende
ÄndG	Änderungsgesetz
ÄndVO	Änderungsverordnung
a.F.	alte Fassung
AfkKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht
AfP	Archiv für Presserecht, Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Amtsgericht; in Verbindung mit einem Gesetz: Ausführungsgesetz
AGIS	Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 22.7.2002 über ein Rahmenprogramm für die polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen – AGIS (ABlEG Nr. C 203/5 vom 1.8.2002)
AGGewVerbrG	Ausführungsgesetz zum Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.1933 (RGBl. I S. 1000)
AGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (Landesrecht)
AGS	Zeitschrift für das gesamte Gebührenrecht und Anwaltsmanagement
AGStPO	Ausführungsgesetz zur Strafprozessordnung (Landesrecht)
AHK	Alliierte Hohe Kommission
AIDP	Association Internationale de Droit Pénal

AJIL	American Journal of International Law
AktG	Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) vom 6.9.1965 (BGBl. I S. 1089)
AktO	Anweisung für die Verwaltung des Schriftguts bei den Geschäftsstellen der Gerichte und der Staatsanwaltschaften (Aktenordnung)
allg. M.	allgemeine Meinung
Alsb.E	Die strafprozessualen Entscheidungen der Oberlandesgerichte, herausgegeben von Alsberg und Friedrich (1927), 3 Bände
Alt.	Alternative
a.M.	anderer Meinung
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention vom 22.11.1969 (Pact of San José), deutsche Übersetzung EuGRZ 1980, 435
amtl.	amtlich
amtl. Begr.	amtliche Begründung
Anh.	Anhang
AnhRügG	Gesetz über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Anhörungsrügengesetz) vom 9.12.2004 (BGBl. I S. 3220)
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AO	Abgabenordnung vom 16.3.1976 (BGBl. I S. 613) i.d.F. der Bek. vom 1.10.2002 (BGBl. I S. 3866)
AOStrÄndG	Gesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 10.8.1967 (BGBl. I S. 877)
apf	Ausbildung Prüfung Praxis – Zeitschrift für die staatliche und kommunale Verwaltung
APR	Allgemeines Persönlichkeitsrecht
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Zeitschrift)
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz vom 3.9.1953 i.d.F. der Bek. vom 2.7.1979 (BGBl. I S. 853)
ArchKrim.	Archiv für Kriminologie
ArchPF	Archiv für das Post- und Fernmeldewesen
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
arg.	argumentum
Art.	Artikel
ASIL	The American Society of International Law
AsylVfG	Gesetz über das Asylverfahren i.d.F. der Bek. vom 2.9.2008 (BGBl. I S. 1798), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 22.11.2011 (BGBl. I S. 2258)
ATDG	Gesetz zur Errichtung einer standardisierten zentralen Antiterrordatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern (Antiterrordateigesetz – ATDG) v. 22.12.2006
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) vom 31.10.1976 (BGBl. I S. 3053) i.d.F. der Bek. vom 15.7.1985 (BGBl. I S. 1565)
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG), neugefasst durch Bek. vom 25.2.2008 (BGBl. I S. 162); zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 1.6.2012 (BGBl. I S. 1224)
aufg.	aufgehoben

Aufl.	Auflage
AUILR	American University International Law Review
AUR	Agrar- und Umweltrecht
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
ausf.	ausführlich
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz) vom 9.7.1990 (BGBl. I S. 1354), außer Kraft getreten am 31.12.2004
AusnVO	Ausnahme-(Not-)Verordnung (1) VO zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930 (RGBl. I S. 517) (2) VO zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6.10.1931 (RGBl. I S. 537, 563) (3) VO zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8.12.1931 (RGBl. I S. 743) (4) VO über Maßnahmen auf dem Gebiet der Rechtspflege und Verwaltung vom 14.6.1932 (RGBl. I S. 285)
AV	Allgemeine Verfügung
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz (Österreich)
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWG	Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961 (BGBl. I S. 481)
Az	Aktenzeichen
AZR-Gesetz	Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz) vom 2.9.1994 (BGBl. I S. 2265) i.d.F. der Bek. vom 23.12.2003 (BGBl. I S. 2848)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BÄO	Bundesärzteordnung, neugefasst durch Bek. vom 16.4.1987 (BGBl. I S. 1218); zuletzt geändert durch Art. 29 des Gesetzes vom 6.12.2011 (BGBl. I S. 2515)
BAK	Blutalkoholkonzentration
BAnz.	Bundesanzeiger
BaWü.	Baden-Württemberg
Bay.	Bayern, bayerisch
BayAGGVG	Bayerisches Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes vom 23.6.1981 (BayGVBl. S. 188)
BayBS	Bereinigte Sammlung des Bayerischen Landesrechts (1802 bis 1956)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayPAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) i.d.F. d. Bek. v. 14.9.1990 (GVBl. S. 397), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2011 (GVBl. S. 689)
BayRS	Bayerische Rechtssammlung (ab 1.1.1983)
BaySt VollzG	Bayerisches Strafvollzugsgesetz
BayVerf.	Verfassung des Freistaates Bayern vom 2.12.1946 (BayBS. I 3)
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHE	s. BayVGHE
BayVerwBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

BayVGHE	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs mit Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, des Bayerischen Dienststrafhofs und des Bayerischen Gerichtshofs für Kompetenzkonflikte
BayZ	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern (1905–34)
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz vom 14.7.1953 (BGBl. I S. 551) i.d.F. der Bek. vom 31.3.1999 (BGBl. I S. 675)
Bbg.	Brandenburg
BbgVerfG	Brandenburgisches Verfassungsgericht
BC	Business Compliance (Zeitschrift)
Bd.	Band
BDG	Bundesdisziplinargesetz vom 9.7.2001 (BGBl. I S. 1510)
BDH	Bundesdisziplinarhof (jetzt Bundesverwaltungsgericht)
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz i.d.F. der Bek. vom 14.1.2003 (BGBl. I S. 66)
BeamtStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamtStG) vom 17.6.2008 (BGBl. I S. 1010)
Begr.	Begründung
BegrenzungsVO	Verordnung über die Begrenzung der Geschäfte des Rechtspflegers bei der Vollstreckung in Straf- und Bußgeldsachen vom 26.6.1970 (BGBl. I S. 992) i.d.F. der Bek. v. 16.2.1982 (BGBl. I S. 188)
BEG-SchlußG	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 14.9.1965 (BGBl. I S. 1315)
Bek.	Bekanntmachung
Bek. 1924	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 22.3.1924 (RGBl. I S. 299, 322)
Bek. 1950	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 12.9.1950 (BGBl. I S. 629)
Bek. 1965	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 17.9.1965 (BGBl. I S. 1373)
Bek. 1975	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 7.1.1975 (BGBl. I S. 129)
Bek. 1987	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 7.4.1987 (BGBl. I S. 1074)
ber.	berichtigt
BerathG	Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18.6.1980 (BGBl. I S. 689)
BerlVerfGH	Berliner Verfassungsgerichtshof
BerRehaG	Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz – BerRehaG) vom 23.6.1994 (BGBl. I S. 1314)
Beschl.	Beschluss
Bespr.	Besprechung
BeurkG	Beurkundungsgesetz vom 28.8.1969 (BGBl. I S. 1513)
BewHi.	Bewährungshilfe (Zeitschrift)
BezG	Bezirksgericht
Bf.	Beschwerdeführer
BFH	Bundesfinanzhof
BfJG	Gesetz über die Errichtung des Bundesamtes für Justiz = Art. 1 des Gesetzes zur Errichtung und zur Regelung der Aufgaben des Bundesamtes für Justiz vom 17.12.2006 (BGBl. I S. 3171)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18.8.1896 (RGBl. S. 195) i.d.F. der Bek. vom 2.1.2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und BGBl. 2003 I S. 738).

BGBl. I, II, III	Bundesgesetzblatt Teil I, II und III
BGer	Schweizerisches Bundesgericht
BGH	Bundesgerichtshof
BGH-DAT	Datenbank der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auf CD-ROM, herausgegeben von Werner Theune
BGH (ER)	Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof
BGHE Strafs.	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in Strafsachen auf CD-ROM, herausgegeben von Mitgliedern des Gerichts
BGHGrS	Bundesgerichtshof, Großer Senat (hier in Strafsachen)
BGHR	BGH-Rechtsprechung in Strafsachen (Loseblattsammlung)
BGHRZ	BGH-Rechtsprechung in Zivilsachen (Loseblattsammlung)
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGSG	Gesetz über den Bundesgrenzschutz (Bundesgrenzschutzgesetz – BGSG) vom 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978)
BGSNeuRegG	Gesetz zur Neuregelung der Vorschriften über den Bundesgrenzschutz (Bundesgrenzschutzneuregelungsgesetz – BGSNeuRegG) vom 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978)
BinnSchiffG	Gesetz betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt (Binnenschiffahrtsgesetz) vom 15.6.1895 i.d.F. der Bek. vom 15.6.1898 (RGBl. S. 868)
BinSchiffVfG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrts- und Rheinschiffahrtssachen vom 27.9.1952 (BGBl. I S. 641)
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
BJOG	An International Journal of Obstetrics and Gynaecology
BKA	Bundeskriminalamt
BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (Bundeskriminalamtgesetz – BKAG) vom 7.7.1997 (BGBl. I S. 1650)
Bln.	Berlin
Bln.GVBl.Sb.	Sammlung des bereinigten Berliner Landesrechts, Sonderband I (1806 bis 1945) und II (1945 bis 1967)
Blutalkohol	Blutalkohol, Wissenschaftliche Zeitschrift für die medizinische und juristische Praxis
BMI	Bundesminister(-ium) des Innern
BMinG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung (Bundesministergesetz) vom 17.6.1953 (BGBl. I S. 407) i.d.F. der Bek. vom 27.7.1971 (BGBl. I S. 1166)
BMJ	Bundesminister(-ium) der Justiz
BNDG	Gesetz über den Bundesnachrichtendienst vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2979) i.d.F. der Bek. vom 9.1.2002 (BGBl. I S. 361 ff.)
Bonn.Komm.	Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Loseblattausgabe)
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte i.d.F. der Bek. vom 1.11.2001
BPolBG	Bundespolizeibeamtengesetz i.d.F. der Bek. vom 3.6.1976 (BGBl. I S. 1357)
BR	s. BRat
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vom 26.7.1957 (BGBl. I S. 907); ersetzt durch das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
BranntWMonG	Branntweinmonopolgesetz vom 8.4.1922 (RGBl. I S. 405; BGBl. III 612-7)

BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1.8.1959 (BGBl. I S. 565); zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 6.12.2011 (BGBl. I S. 2515)
BRat	Bundesrat
BRDrucks.	Drucksachen des Bundesrats
BReg.	Bundesregierung
Brem.	Bremen
BRProt.	Protokolle des Bundesrates
BS	Sammlung des bereinigten Landesrechts
BSG	Bundessozialgericht
Bsp.	Beispiel
BT	Bundestag
BTDrucks.	Drucksachen des Bundestags
BtG	Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz – BtG) vom 12.9.1990 (BGBl. I S. 2002)
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz) vom 28.7.1981 (BGBl. I S. 681) i.d.F. der Bek. vom 1.3.1994 (BGBl. I S. 358)
BTProt.	s. BTVerh.
BTRAussch.	Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags
BTVerh.	Verhandlungen des Deutschen Bundestags
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12.3.1951 i.d.F. der Bek. vom 11.8.1993 (BGBl. I S. 1473)
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfSchG	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz) vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2954)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BV-G	Bundesverfassungsgesetz (österreichische Verfassung)
BW	Baden-Württemberg
BWahlG	Bundeswahlgesetz neugefasst durch Bek. v. 23.7.1993 BGBl. I S. 1288, 1594
bzgl.	bezüglich
BZRG	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz), neugefasst durch Bek. vom 21.9.1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195); zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15.12.2011 (BGBl. I S. 2714)
2. BZRÄndG	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes (2. BZRÄndG) vom 17.7.1984 (BGBl. I S. 990)
bzw.	beziehungsweise
CAT	siehe UN-CAT
CCBE	Council of the Bars and Law Societies of the European Union
CCC	Constitutio Criminalis Carolina
CCJE	Consultative Council of European Judges
CCPR	siehe HRC
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CD	Collection of Decisions Bd. 1 bis 46 (1960 bis 1974), Entscheidungen

	der Europäischen Kommission für Menschenrechte über die Zulässigkeit von Beschwerden
CDDH	Steering Committee for Human Rights (Europarat)
CDE	Cahiers de droit européen (Zeitschrift)
CDPC	European Committee on Crime Problems
CEAS	Common European Asylum System
CELJ	China-EU Law Journal
CEPEJ	European Commission on the Efficiency of Justice
CEPOL	European Police College
CERD	Internationales Übereinkommen zur Beseitigung von jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) vom 7.3.1966
CERT	Computer Emergency Response Team
CETS	(vgl. CTS)
ChE	Chiemsee-Entwurf (Verfassungsausschuß der Ministerpräsidentenkonferenz der Westlichen Besatzungszonen. Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vom 10. bis 23.8.1948) (1948)
ChemG	Chemikaliengesetz i.d.F. der Bek. vom 20.6.2002 (BGBl. I S. 2090)
CJ	Corpus Juris
CJEL	Columbia Journal of European Law
CMLRev	Common Market Law Review
COSI	Ständiger Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (EU); vgl. ABl. EU 2010 Nr. L 52, 50
CPP	Code Procédure Penal
CPS	Crown Prosecution Service
CPT	Committee for the Prevention of Torture – Europäischer Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Europarat)
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
CRC	Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989 (BGBl. 1992 II S. 122)
Crim.L.R.	Criminal Law Review
CSW	Cross-Border Surveillance Working Group
CWÜAG	Ausführungsgesetz zum Chemiewaffenübereinkommen vom 2.8.1994 (BGBl. I S. 1954)
DA	Dienstanweisung
DAG	Deutsches Auslieferungsgesetz vom 23.12.1929 (BGBl. I S. 239), aufgehoben durch IRG vom 23.12.1982 (BGBl. I S. 2071)
DAJV-Newsletter	Zeitschrift der Deutsch-Amerikanischen Juristen-Vereinigung e.V.
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
DAV	DeutscherAnwaltVerein
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DDevR	Deutsche Devisen-Rundschau (1951–59)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DERechtsmittelG	Diskussionsentwurf für ein Gesetz über die Rechtsmittel in Strafsachen, im Auftrag der JMK vorgelegt von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Strafverfahrensreform (1975)
DG	Disziplinargesetz (der Länder)
Die Justiz	Die Justiz, Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg
Die Polizei	Die Polizei (seit 1955: Die Polizei – Polizeipraxis)
dies.	dieselbe

Diss.	Dissertation
DiszO	Disziplinarordnung (der Länder)
DJ	Deutsche Justiz, Rechtspflege und Rechtspolitik (1933–45)
DJT	Deutscher Juristentag (s. auch VerhDJT)
DJZ	Deutsche Juristenzeitung (1896–1936)
DNA-AnalyseG	Gesetz zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse v. 12.8.2005 (BGBl. I S. 2360)
DNA-IFG	DNA-Identitätsfeststellungsgesetz vom 7.9.1998 (BGBl. I S. 2646; 1999 I S. 1242)
DNP	Die Neue Polizei
DNutzG	Gesetz zur effektiveren Nutzung von Dateien im Bereich der Staatsanwaltschaften vom 10.9.2004 (BGBl. I S. 2318)
DÖD	Der Öffentliche Dienst
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DOGE	Entscheidungen des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet
DPA	Deutsches Patentamt
DR	Deutsches Recht (1931 bis 1945) Decisions and Reports (ab 1975): Entscheidungen über die Zulässigkeit von Beschwerden; Berichte der Europäischen Kommission für Menschenrechte; Resolutionen des Ministerkomitees des Europarates
DRechtsw.	Deutsche Rechtswissenschaft (1936–43)
DRiG	Deutsches Richtergesetz, neugefasst durch Bek. vom 19.4.1972 (BGBl. I S. 713); zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 6.12.2011 (BGBl. I S. 2515)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRpfl.	Deutsche Rechtspflege (1936–1939)
DRsp.	Deutsche Rechtsprechung, herausgegeben von Feuerhake (Loseblattsammlung)
Drucks.	Drucksache
DRZ	Deutsche Rechts-Zeitschrift (1946 bis 1950)
DSB	Datenschutz-Berater
DSteuerR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Strafrecht (1934 bis 1944)
DStrZ	Deutsche Strafrechts-Zeitung (1914 bis 1922)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
dt.	deutsch
DtBR	Das Deutsche Bundesrecht, Gesetzessammlung mit Erläuterungen (Loseblattausgabe)
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DuR	Demokratie und Recht (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DVO	Durchführungsverordnung
DVollzO	Dienst- und Vollzugsordnung
DVOVereinf.VO	Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege vom 8.9.1939 (RGBl. I S. 1703)
DVOZust.VO	Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sonderstrafgerichte sowie sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften vom 13.3.1940 (RGBl. I S. 489)

DVP	Deutsche Verwaltungspraxis – Fachzeitschrift für die öffentliche Verwaltung
DVR	Datenverarbeitung im Recht (Zeitschrift)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
E	Entwurf
E. & P .	International Journal of Evidence & Proof
ebda.	Ebenda
EA	Vertrag über Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft i.d.F. nach dem 1.5.1999
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25.3.1957, Ges. vom 27.7.1957 (BGBl. II S. 753), Bek. vom 27.12. 1957 (BGBl. 1958 II S. 1)
EAJLG	European-Asian Journal of Law and Governance
EAW	European Arrest Warrant, siehe EuHb
EB	Ergänzungsband
EBA	Europäische Beweisanordnung
EBAO	Einforderungs- und Beitreibungsanordnung i.d.F. der Bek. vom 1.4. 2001
ECBA	European Criminal Bar Association
ECG	European Cooperation Group on Undercover Activities (ECG)
ECJ	siehe EuGH (European Court of Justice)
ECLAN	European Criminal Law Academic Network
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat (UN)
ECPT	Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe vom 26.11.1987 (ETS 126; BGBl. 1989 II S. 946)
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance / Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
ECRIS	European Criminal Records Information System
EDS/EDU	Europäische Drogeneinheit (Vorläufer von Europol)/European Drug Unit
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Europäische Ermittlungsanordnung / European Investigation Order (EIO)
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EG	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft i.d.F. nach dem 1.5.1999 (vor dem 1.5.1999: EGV); Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18.8.1896 (RGBl. S. 604) i.d.F. der Bek. vom 21.9.1994 (BGBl. I S. 2494)
EGFaxÜbk	Abkommen vom 26.5.1989 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vereinfachung und Modernisierung der Verfahren zur Übermittlung von Auslieferungsersuchen (BGBl. 1995 II S. 969)
EGFinSchÜbk	Übereinkommen vom 26.7.1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (PIF-Übereinkommen; ABlEG Nr. C 316/49 v. 27.11.1995)
EGFinSchG	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EG-Finanzschutzgesetz – EGFinSchG) vom 10.9.1998 (BGBl. II S. 2322)

EGG	Gesetz über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr (Elektronischer Geschäftsverkehr-Gesetz – EGG) vom 14.12.2001 (BGBl. I S. 3721)
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 27.1.1877 (RGBl. S. 77)
EGH	Ehrengerichtshof in Anwaltssachen
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl. I S. 2911)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der EGKS vom 18.4.1951 (BGBl. II S. 447)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR (GK)	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (Große Kammer)
EGMR (K)	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (Kammer)
EGMR Serie A/B; Reports	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Sammlung in deutscher Übersetzung, Band, Seite; ab 1996: Reports of Judgments and Decisions)
EGMRVerfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Rules of Court) i.d.F. der Bek. vom 1.9.2012 (www.echr.coe.int)
EG-ne bis in idem-Übk	Übereinkommen vom 25.5.1987 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über das Verbot der doppelten Strafverfolgung – EG-ne bis in idem-Übk (BGBl. 1998 II S. 2227)
EGOWiG	Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.5.1968 (BGBl. I S. 503)
EGStGB 1870	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 31.5.1870 (RGBl. S. 195)
EGStGB 1974	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2.3.1974 (BGBl. I S. 469)
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung vom 1.2.1877
EGV	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft i.d.F. vor dem 1.5.1999 (nach dem 1.5.1999: EG)
EGVollstrÜbk	Übereinkommen vom 13.11.1991 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft über die Vollstreckung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung vom 30.1.1877 (RGBl. S. 244)
EhrenGHE	Ehrengerichtliche Entscheidungen (der Ehrengerichtshöfe der Rechtsanwaltschaft des Bundesgebietes und des Landes Berlin)
EHRLR	European Human Rights Law Review
EhrRiVG	Gesetz zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahrensvorschriften zur Wahl und Berufung ehrenamtlicher Richter vom 21.12.2004 (BGBl. I S. 3599)
Einf.	Einführung
EinigungsV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31.8.1990 (BGBl. II S. 889)
EinigungsVG	Gesetz zu dem Vertrag vom 31.8.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertragsgesetz – und der Vereinbarung vom 18.9.1990 vom 23.9.1990 (BGBl. II S. 885)
Einl.	Einleitung
EIO	siehe EEA
EIS	Europol-Informationssystem

EJB	Beschluss des Rates (2002/187/JI) vom 28.2.2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (ABl EG Nr. L 63/1 v. 6.3.2002), geändert durch Beschluss 2003/659/JI des Rates v. 18.6.2003 (ABlEU Nr. L 245 v. 23.9.2003, S. 44) und den Beschluss 2009/426/JI des Rates vom 16.12.2008 zur Stärkung von Eurojust (ABlEU Nr. L 138 v. 4.6. 2009, S. 14.
EJF	Entscheidungen aus dem Jugend- und Familienrecht (1951–1969)
EJG	Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses (2002/187/JI) des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (Eurojust-Gesetz – EJG) vom 12.5.2004 (BGBl. I S. 902), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 7.6.2012 (BGBl. I S. 1270)
EJKoV	Verordnung über die Koordinierung der Zusammenarbeit mit Eurojust (Eurojust-Koordinierungs-Verordnung –) v. 26.9.2012 (BGBl. I S. 2093)
EJN	Europäisches Justitielles Netz / European Judicial Network
EJTAnV	Verordnung über die Benennung und Einrichtung der nationalen Eurojust-Anlaufstelle für Terrorismusfragen (Eurojust-Anlaufstellen-Verordnung –) v. 17.12.2004 (BGBl. I S. 3520), zuletzt geändert durch die VO v. 26.9.2012 (BGBl. I S. 2093)
EJTN	European Judicial Training Network
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EKMRVerfO	Verfahrensordnung der Europäischen Kommission für Menschenrechte i.d.F. der Bek. vom 29.5.1991 (BGBl. II S. 838)
EL	Ergänzungslieferung
ELJ	European Law Journal
ELRev	European Law Review
EMCDDA	European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction
EmmingerVO	Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4.1.1924 (RGBl. I S. 23)
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950 (BGBl. II S. 685, 953) i.d.F. der Bek. vom 22.10.2010 (BGBl. II S. 1198) 1. ZP-EMRK vom 20.3.1952 (BGBl. 1956 II S. 1880) 2. P-EMRK vom 6.5.1963 (BGBl. 1968 II S. 1112) 3. P-EMRK vom 6.5.1963 (BGBl. 1968 II S. 1116) 4. ZP-EMRK vom 16.9.1963 (BGBl. 1968 II S. 423) 5. P-EMRK vom 20.1.1966 (BGBl. 1968 II S. 1120) 6. ZP-EMRK vom 28.4.1983 (BGBl. 1988 II S. 662) 7. ZP-EMRK vom 22.11.1984 8. P-EMRK vom 19.3.1985 (BGBl. 1989 II S. 547) 9. P-EMRK vom 6.11.1990 (BGBl. 1994 II S. 490) 10. P-EMRK vom 25.3.1992 (BGBl. 1994 II S. 490) 11. P-EMRK vom 11.5.1994 (BGBl. 1995 II S. 578) 12. ZP-EMRK vom 4.11.2000 13. ZP-EMRK vom 3.5.2002 (BGBl. 2004 II S. 982) 14. P-EMRK vom 13.5.2004 (BGBl. 2006 II S. 138) 14bis P-EMRK vom 27.5.2009 15. P-EMRK vom 24.6.2013 16. P-EMRK vom 2.10.2013
ENeuOG	Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz – ENeuOG) vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378)

EntlG	Gesetz zur Entlastung der Gerichte vom 11.3.1921 (RGBl. S. 229)
Entsch.	Entscheidung
entspr.	entsprechend
Entw.	Entwurf
Entw. 1908	Entwurf einer Strafprozeßordnung und Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz nebst Begründung (1908), E 1908, MatStrR-Ref. Bd. 11
Entw. 1909	Entwürfe 1. eines Gesetzes, betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, 2. der Strafprozeßordnung (1909), E 1909 RT-Verhandl. Bd. 254 Drucks. Nr. 1310 = MatStrRRef Bd. 12; Bericht der 7. Kommission des Reichstags 1909 bis 1911 zur Vorbereitung der Entwürfe 1. eines Gesetzes betreffend die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, 2. einer Strafprozeßordnung, 3. eines zu beiden Gesetzen gehörenden Einführungsgesetzes = MatStrRRef. Bd. 13
Entw. 1919/1920	Entwürfe 1. eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes (1919), 2. eines Gesetzes über den Rechtsgang in Strafsachen (1920), E 1919/1920, MatStrRRef. Bd. 14
Entw. 1930	Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz 1930, EGStGB-Entw. 1930, RT-Drucks. Nr. 2070 = MatStrRRef. Bd. 7
Entw. 1939	Entwurf einer Strafverfahrensordnung und einer Friedens- und Schiedsmannsordnung (1939), StPO-Entw. 1939, Nachdruck 1954
EP	Europäisches Parlament
EPA	Europäisches Patentamt
EPO	siehe ESA
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERA	Europäische Rechtsakademie (Trier)
ERA-Forum	ERA-Forum (Zeitschrift)
erg.	ergänzend
Erg.	Ergänzung; Ergebnis
ErgBd.	Ergänzungsband
Erl.	Erlass; Erläuterung(en)
ESA	Europäische Schutzanordnung / European Protection Order (EPO)
EStG	Einkommensteuergesetz
ETS	European Treaty Series; Übereinkommen des Europarates (fortlaufend nummeriert; www.coe.int; ab 1949)
EU	Vertrag über die Europäische Union
EuAbgG	Europaabgeordnetengesetz vom 6.4.1979 (BGBl. I S. 413)
EuAlÜbk	Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13.12.1957 (ETS 024; BGBl. 1964 II S. 1369); 2. ZP EuAlÜbk v. 17.3.1978 (ETS 098; BGBl. 1990 II S. 118; 1991 II S. 874)
EUAlÜbk	Übereinkommen vom 27.9.1996 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABlEG Nr. C 313/11 vom 23.10.1996; BGBl. 1998 II S. 2253)
EuArch	Europa-Archiv
EUBestG	Gesetz zu dem Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EU-Bestechungsgesetz – EUBestG) vom 10.9.1998 (BGBl. II S. 2340)
EUC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EUCARIS	Vertrag über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem

EuCLR	European Criminal Law Review (Zeitschrift)
eucrim	Journal for the Protection of the Financial Interests of the European Communities
EuDrogenÜbk	Übereinkommen vom 31.1.1995 über den unerlaubten Verkehr mit Drogen auf hoher See zur Durchführung des Art. 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 20.12.1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (ETS 156; BGBl. 2000 II S. 1313)
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz (Luxemburg)
EuGeldwÜbk	Übereinkommen vom 8.11.1990 über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (ETS 141; BGBl. 1998 II S. 519)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGH Slg.	Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) – Amtliche Sammlung
EuGHG	Gesetz vom 6.8.1998 betreffend die Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens auf dem Gebiet der polizeilichen Zusammenarbeit und der justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen nach Art. 35 des EU-Vertrages – EuGHG (BGBl. 1998 I S. 2035; 1999 II S. 728)
EuGRAG	Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der EG vom 22.3.1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte vom 16.8.1980 (BGBl. I S. 1453)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuHb	Europäischer Haftbefehl / European Arrest Warrant (EAW)
EuHbG	Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Europäisches Haftbefehlsgesetz – EuHbG) vom 21.7.2004 (BGBl. I S. 1748) und vom 20.7.2006 (BGBl. I S. 1721)
EuJCCCJ	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice (Zeitschrift)
EuKonv	Europäischer Konvent
EUMC	siehe ECRI
EuOEÜbk	Europäisches Übereinkommen vom 24.11.1983 über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (ETS 116; BGBl. 2000 II S. 1209)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 9.3.2000 (BGBl. I S. 182)
EuRhÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20.4.1959 (ETS 30; BGBl. 1964 II S. 1369; 1976 II S. 1799); ZP EuRhÜbk vom 17.3.1978 (ETS 99; BGBl. 1990 II S. 124; 1991 II S. 909); 2. ZP EuRHÜbk v. 8.11.2001 (ETS 182)
EURhÜbk	Rechtshilfeübereinkommen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 29.5.2000, ABlEG Nr. C 197/1 vom 12.7.2000; ZP EURHÜbk v. 16.10.2001 (ABlEG Nr. C 326/1 vom 21.11.2001)
EurJCrimeCrLJ	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice
EURODAC	Daktyloskopische Datenbank im Rahmen von Asylantragsverfahren
Eurojust	Europäische Justitielle Clearing- und Dokumentationsstelle (Den Haag)
Europol	Europäisches Polizeiamt (Den Haag)

EuropolÜbk	Übereinkommen vom 26.7.1995 auf Grund von Artikel K.3 des EUV über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamtes, ABlEG Nr. C 316/1 v. 27.11.1995.
EuropolG	Europolgesetz vom 16.12.1997 (BGBl. II S. 2150)
EuroPris	European Organisation of Prison and Correctional Services
EuStA	Europäische Staatsanwaltschaft (geplant)
EuTerrÜbk	Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27.1.1977 (ETS 90; BGBl. 1978 II S. 321, 907)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUVEntw	Entwurf einer Europäischen Verfassung i.d.F des am 18.6.2004 zwischen den Staats- und Regierungschefs erzielten Konsenses (Dokument der Regierungskonferenz CIG 86/04 v. 25.6.2004)
EUVereinfAlÜbk	Übereinkommen vom 10.3.1995 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABlEG Nr. C 78/1 vom 30.3.1995; BGBl. 1998 II S. 2229)
EuVKonv	Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa – vom Europäischen Konvent im Konsensverfahren angenommen am 13.6. und 10.7.2003 – dem Präsidenten des Europäischen Rates in Rom überreicht am 18.7.2003
EuZ	Zeitschrift für Europarecht (Schweiz)
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
evt.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.3.1957 (BGBl. II S. 766)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR-Abk.	Gesetz zu dem Abkommen vom 2.5.1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum
EYHR	European Yearbook on Human Rights
EZAR	Entscheidungssammlung zum Zuwanderungs-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht
EzSt	Entscheidungssammlung zum Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, 1983 bis 1990 (Loseblattausgabe)
f., ff.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), Artikel 1 des Gesetzes vom 17.12.2008 (BGBl. I S. 2586, 2009 I S. 1102); zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 21.7.2012 (BGBl. I S. 1577)
FAG	Gesetz über Fernmeldeanlagen vom 6.4.1892 i.d.F. der Bek. vom 3.7.1989 (BGBl. I S. 1455); ersetzt durch das TKG
FamPLG	Gesetz über Aufklärung, Verhütung, Familienplanung und Beratung vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAO	Fachanwaltsordnung i.d.F. der Bek. vom 22.3.1999, zuletzt geändert durch BRAK-Beschluss vom 6.12.2010
FG	Finanzgericht/Festgabe
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 771)
FGO	Finanzgerichtsordnung, neugefasst durch Bek. vom 28.3.2001

	(BGBl. I S. 442, 2262, 2002 I S. 679); zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 21.7.2012 (BGBl. I S. 1577)
FGPrax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FinB	Finanzbehörde
FinVerwG	Gesetz über die Finanzverwaltung vom 6.9.1950 (BGBl. I S. 448) i.d.F. der Bek. vom 30.8.1971 (BGBl. I S. 1426)
FLF	Finanzierung Leasing Factoring (Zeitschrift)
FlRG	Gesetz über das Flaggenrecht der Seeschiffe und die Flaggenführung der Binnenschiffe (Flaggenrechtsgesetz) vom 8.2.1951 i.d.F. der Bek. vom 29.10.1994 (BGBl. I S. 3140)
FIU	Financial Intelligence Unit
Fn.	Fußnote
FN A	Fundstellennachweis des Deutschen Bundesrechts, Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR
FN B	Fundstellennachweis des Deutschen Bundesrechts, Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR
FO	Fernmeldeordnung i.d.F. der Bek. vom 5.5.1971 (BGBl. I S. 541)
FoR	Forum Recht (Zeitschrift)
FP-IPBPR	(1.) Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 (BGBl. 1992 II S. 1247)
2. FP-IPBPR	2. Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe vom 15.12. 1989 (BGBl. 1992 II S. 390)
FPR	Familie Partnerschaft Recht
FRA	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte / Agency for Fundamental Rights
FRONTEX	Europäische Grenzschutzagentur
FS	Forum Strafvollzug – Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (früher ZfStrV)
FS (Name)	Festschrift, auch Festgabe usw. (angefügt Name des Geehrten)
FuR	Familie und Recht
G 10	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 26.6.2001 (BGBl. I S. 1254), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 7.12.2011 (BGBl. I S. 2576), (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz)
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht, zitiert nach Jahr und Seite (bis 1933: Archiv für Strafrecht und Strafpolitik, zitiert nach Band und Seite)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GBA	Generalbundesanwalt
GBl.	Gesetzblatt
GBl./DDR I, II	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I und II (1949 bis 1990)
GedS	Gedächtnisschrift (angefügt Name des Geehrten)
gem.	gemäß
GemDatG	Gesetz zur Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder vom 22.12. 2006 (Gemeinsame-Dateien-Gesetz) (BGBl. I S. 3409)
GemProt.	Gemeinsames Protokoll
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1.5.1889, neugefasst durch Bek. vom 16.10.2006 (BGBl. I

	S. 2230); zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 25.5.2009 (BGBl. I S. 1102)
GenStA	Generalstaatsanwaltschaft
GerS	Der Gerichtssaal (1849–1942)
Ges.	Gesetz
GeschlkrG	Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23.7.1953 (BGBl. I S. 700)
GeschO	Geschäftsordnung
GETZ	Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum
GewO	Gewerbeordnung vom 21.6.1869, neugefasst durch Bek. vom 22.2. 1999 (BGBl. I S. 202); zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 15.12.2011 (BGBl. I S. 2714)
GewSchG	Gesetz vom 11.12.2001 zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung (Gewaltschutzgesetz – GewSchG; BGBl. I S. 3513)
GewVerbrG	Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.1933 (RGBl. I S. 995)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBl. S. 1)
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718); zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 19.10.2012 (BGBl. I S. 2182)
GKI	Gemeinsame Kontrollinstanz (jeweils eingerichtet bei Europol und Eurojust)
GKÖD	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht
GLY	German Law Journal (Internet-Zeitschrift; www.germanlawjournal.de)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20.4.1892 (RGBl. S. 477); zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 3044)
GMBl.	Gemeinsames Ministerialblatt
GmS-OGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GnO	Gnadenordnung
GNotKG	Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Gerichte und Notare (Gerichts- und Notarkostengesetz) v. 23.7.2013
GoJIL	Göttingen Journal of International Law (Online-Zeitschrift)
GoltdA	s. GA
grds.	grundsätzlich
GRECO	Group of States against Corruption
GreifRecht	Greifswalder Halbjahresschrift für Rechtswissenschaft
GRETA	Group of Experts on Action against Trafficking in Human Beings
GREVIO	Expertengruppe zur Überwachung des Übereinkommens zum Schutz von Frauen vor Gewalt und häuslicher Gewalt (CETS 210)
GrSSt	Großer Senat in Strafsachen
Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, begründet von Gruchot
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRURInt	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht International (Zeitschrift)
GS	Gesetzessammlung

GSNW	Sammlung des bereinigten Landesrechts Nordrhein-Westfalen (1945–56)
GSSchlH	Sammlung des schleswig-holsteinischen Landesrechts, 2 Bde. (1963)
GStA	Generalstaatsanwalt
GÜG	Gesetz zur Überwachung des Verkehrs mit Grundstoffen, die für die unerlaubte Herstellung von Betäubungsmitteln mißbraucht werden können (Grundstoffüberwachungsgesetz – GÜG) vom 7.10.1994 (BGBl. I S. 2835)
GÜV	Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24.5.1961 (BGBl. I S. 607)
GV	Gemeinsame Verfügung (mehrerer Ministerien)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVBl. II	Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz vom 27.1.1877 i.d.F. der Bek. vom 9.5. 1975 (BGBl. I S. 1077)
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher
GVGÄG 1971	Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 8.9.1971 (BGBl. I S. 1513)
GVGÄG 1974	Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 25.3.1974 (BGBl. I S. 761)
GVG/DDR	Gesetz über die Verfassung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik – Gerichtsverfassungsgesetz – vom 27.9.1974 (GBl. I S. 457), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.7.1990 (GBl. I S. 595)
GVO	Gerichtsvollzieherordnung
GVVO	Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung vom 20.3.1935 (RGBl. I S. 403) in der im BGBl. III Gliederungsnummer 300-5 veröffentlichten bereinigten Fassung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27.7.1957 i.d.F. der Bek. vom 26.8.1998 (BGBl. I S. 2546)
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG) vom 25.10.1993 (BGBl. I S. 1770)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
GYIL	German Yearbook of International Law (Zeitschrift)
Haager Abk.	Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17.7.1905 (RGBl. 1909 S. 409)
HalbleiterschutzG	Gesetz über den Schutz der Topographien von mikroelektronischen Halbleitererzeugnissen (Halbleiterschutzgesetz) vom 22.10.1987 (BGBl. I S. 2294)
Hamb.	Hamburg
HambJVBl.	Hamburgisches Justizverwaltungsblatt
Hans.	Hanseatisch
HansGZ	Hanseatische Gerichtszeitung (1880 bis 1927)
HansJVBl.	Hanseatisches Justizverwaltungsblatt (bis 1946/47)
HansOLGSt	Entscheidungen des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Strafsachen (1879 bis 1932/33)
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift (1928–43), vorher:
HansRZ	Hanseatische Rechtszeitschrift für Handel, Schiff-Fahrt und Versicherung, Kolonial- und Auslandsbeziehungen sowie für Hansestädtisches Recht (1918 bis 1927)
HbStrVf/*Verfasser*	Handbuch zum Strafverfahren, hrsg. von Heghmanns/Scheffler

HdR	Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, herausgegeben von Stier-Somlo und Elster (1926 bis 1937)
Hess.	Hessen
HESt	Höchstrichterliche Entscheidungen, Sammlung von Entscheidungen der Oberlandesgerichte und der Obersten Gerichte in Strafsachen (1948–49)
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10.5.1897 (RGBl. S. 219)
h.M.	herrschende Meinung
HmbStVollzG	Hamburgisches Strafvollzugsgesetz
HRC	Human Rights Committee – UN-Menschenrechtsausschuss
HRLR	Human Rights Law Review
HRN	Hamburger Rechtsnotizen (Zeitschrift)
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung (1928 bis 1942)
HRRS	Online-Zeitschrift für Höchstrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht (www.hrr-strafrecht.de)
HRSt	Entscheidungen zum Strafrecht, Strafverfahrensrecht und zu den Nebengebieten (Höchstrichterliche Rechtsprechung) (ab 1996)
HRLJ	Human Rights Law Journal
Hs.	Halbsatz
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
HStVollzG	Hessisches Strafvollzugsgesetz
HUDOC	Human Rights Documentation des Europarates
HuV-I	Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften
HV	Hauptverhandlung
IAGMR	Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
ICC	siehe IStGH
ICJ	siehe IGH
ICLQ	The International and Cooperative Law Quarterly
ICLR	International Criminal Law Review
ICPA	International Corrections and Prisons Association
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
IFCCLGE	International Forum on Crime and Criminal Law in the Global Era (Peking)
IGH	Internationaler Gerichtshof ICJ (Den Haag)
i.H.v.	in Höhe von
IKV	Internationale Kriminalistische Vereinigung
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht
INPOL	Informationssystem der Polizei
InsO	Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl. I S. 2866); zuletzt geändert durch Art. 19 des Gesetzes vom 20.12.2011 (BGBl. I S. 2854)
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 (BGBl. 1973 II S. 1534)
IPBPRG	Zustimmungsgesetz zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 15.11.1973 (BGBl. II S. 1533)
IPWSKR	Internationaler Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vom 19.12.1966 (BGBl. 1973 II S. 1570)
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen i.d.F. der

	Bek. vom 27.6.1994 (BGBl. I S. 1537); zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.7.2012 (BGBl. I S. 1566)
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des/der
IStR	Internationales Steuerrecht – Zeitschrift für europäische und internationale Wirtschaftsberatung
i.S.v.	im Sinne von
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof ICC (Den Haag)
IStGHG	Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof vom 21.6.2002 (BGBl. I S. 2144)
IStGHSt	Gesetz vom 4.12.2000 zum Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 – IStGH-Statutgesetz (BGBl. II S. 1393)
ITRB	IT-Rechts-Berater
Iurratio	Zeitschrift für Stud. Iur und junge Juristen
i.V.m.	in Verbindung mit
IWG	International Working Group on Police Undercover Activities
i.w.S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter für Ausbildung und Examen
JahrbÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JahrbPostw.	Jahrbuch des Postwesens (1937 bis 1941/42)
JAVollzO	Jugendarrestvollzugsordnung vom 12.8.1966 i.d.F. der Bek. vom 30.11.1976 (BGBl. I S. 3270)
JBeitrO	Justizbeitreibungsordnung vom 11.3.1937 (RGBl. I S. 298)
JBl.	Justizblatt / Juristische Blätter (Österreich)
JBlRhPf.	Justizblatt Rheinland-Pfalz
JBlSaar	Justizblatt des Saarlandes
JGG	Jugendgerichtsgesetz vom 4.8.1953 i.d.F. der Bek. vom 11.12.1974 (BGBl. I S. 3427)
JICJ	Journal of International Criminal Justice
JIR	Jahrbuch für internationales Recht
JK	Jura-Kartei
JKassO	Justizkassenordnung
JKomG	Gesetz über die Verwendung elektronischer Kommunikationsformen in der Justiz (Justizkommunikationsgesetz – JKomG) vom 22.3.2005 (BGBl. I S. 832)
JKostG	Justizkostengesetz (Landesrecht)
JMBl.	Justizministerialblatt
JMBlNRW, JMBlNW	Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
JMK	Justizministerkonferenz (Konferenz der Landesjustizministerinnen und -minister)
JoJZG	Journal der Juristischen Zeitgeschichte
JOR	Jahrbuch für Ostrecht
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JP	Juristische Person
JR	Juristische Rundschau
JRP	Journal für Rechtspolitik
JSt	Journal für Strafrecht
JugG	Jugendgericht
JugK	Jugendkammer
JugSchG	Jugendschöffengericht

JugStrafgG	Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (Jugoslawien-Strafgerichtshof-Gesetz) vom 10.4.1995 (BGBl. I S. 485)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JurBüro	Das juristische Büro (Zeitschrift)
JurJahrb.	Juristen-Jahrbuch
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
Justiz	Die Justiz, Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg
JV	Justizverwaltung
JVA	Justizvollzugsanstalt
JVBl.	Justizverwaltungsblatt
JVEG	Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz) vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718)
JVerwA	Justizverwaltungsakt
JverwB	Justizverwaltungsbehörde
JVKostG	Gesetz über Kosten in Angelegenheiten der Justizverwaltung v. 23.7. 2013 (BGBl. I S. 2586)
JVKostO	Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung vom 14.2. 1940 (RGBl. I S. 357) – ersetzt durch das JVKostG mit Wirkung zum 1.8.2013
JVollz.	Jugendstrafvollzugsordnung: s. auch JAVollzO
JVollzGB	Gesetzbuch über den Justizvollzug in Baden-Württemberg
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristen-Zeitung
1. JuMoG	Erstes Gesetz zur Modernisierung der Justiz (1. Justizmodernisierungsgesetz) vom 24.8.2004 (BGBl. I S. 2198)
2. JuMoG	Zweites Gesetz zur Modernisierung der Justiz (2. Justizmodernisierungsgesetz) vom 22.10.2006 (BGBl. I S. 3416)
Kap.	Kapitel
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KFZ	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht/Kommanditgesellschaft
KGJ	Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen (1881–1922)
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KO	Konkursordnung vom 10.2.1877 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 612)
KoDD	Koordinierungsdauerdienst (Eurojust)
KOM	Dokument(e) der Europäischen Kommission
KonsG	Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) vom 1.9.1974 (BGBl. I S. 2317)
KostÄndG	Gesetz zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften vom 26.7.1957 (BGBl. I S. 861)
KostRMoG	Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts vom 5.5.2004 – Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (BGBl. I S. 718)
2. KostRMoG	Zweites Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts vom 23.7.2013 – 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (BGBl. I S. 2586)

KostMaßnG	Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Kostenrechts vom 7.8.1952 (BGBl. I S. 401)
KostO	Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit i.d.F. der Bek. vom 26.7.1957 (BGBl. I S. 861) – ersetzt durch das GNotKG mit Wirkung zum 1.8.2013
KostRÄndG 1994	Gesetz zur Änderung von Kostengesetzen und anderen Gesetzen (Kostenrechtsänderungsgesetz 1994 – KostRÄndG 1994) vom 24.6. 1994 (BGBl. I S. 1325)
KostRspr.	Kostenrechtsprechung (Loseblattsammlung)
KostVfg.	Kostenverfügung, Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
KrG	Kreisgericht
Kriminalist	Der Kriminalist (Zeitschrift)
Kriminalistik	Kriminalistik, Zeitschrift für die gesamte kriminalistische Wissenschaft und Praxis
KrimJ	Kriminologisches Journal
KrimPäd.	Kriminalpädagogische Praxis (Zeitschrift)
Krit.	Kritisch
KritV / CritQ / RCrit	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft / Critical Quarterly for Legislation and Law / Revue critique trimestrielle de jurisprudence et de législation
KronzG	Gesetz zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (Art. 4 des StGBÄndG 1989) vom 9.6.1989 (BGBl. I S. 1059)
KronzVerlG	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz) vom 16.2.1993 (BGBl. I S. 238)
2. KronzVerlG	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (2. Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz) vom 19.1.1996 (BGBl. I S. 58)
KSI	Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung (Zeitschrift)
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KUG	Gesetz über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Fotografie vom 9.1.1907 (RGBl. S. 7)
KUP	Kriminologie und Praxis (Schriftenreihe der Kriminologischen Zentralstelle)
KuR	Kirche und Recht (Zeitschrift)
KUR	Kunst und Recht (Zeitschrift)
k + v	Kraftfahrt und Verkehrsrecht, Zeitschrift der Akademie für Verkehrswissenschaft
KVGKG	Kostenverzeichnis (Anlage 1 zum GKG)
KWKG	Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen i.d.F. der Bek. vom 22.11.1990 (BGBl. I S. 2506)
LegPer.	Legislaturperiode
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht

LJV	Landesjustizverwaltung
LKA	Landeskriminalamt
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs (Loseblattsammlung), hrsg. von Lindenmaier/Möhring u.a.
LMBG	Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen (Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz) i.d.F. der Bek. vom 9.9.1997 (BGBl. I S. 2297)
LMG (1936)	Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Lebensmittelgesetz) vom 5.7.1927 i.d.F. der Bek. vom 17.1.1936 (RGBl. I S. 17)
LPartG	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz) vom 16.2.2001 (BGBl. I S. 266)
LPG	Landespressegesetz
LRE	Sammlung lebensmittelrechtlicher Entscheidungen
Ls.	Leitsatz
LuftFzgG	Gesetz über Rechte an Luftfahrzeugen vom 26.2.1959 (BGBl. I 57)
LuftVG	Luftverkehrsgesetz i.d.F. der Bek. vom 27.3.1999 (BGBl. I S. 550)
LuftVO	Luftverkehrs-Ordnung i.d.F. der Bek. vom 27.3.1999 (BGBl. I S. 580)
LV	Literaturverzeichnis, Schrifttumsverzeichnis
LVerf.	Landesverfassung
LVG	Landesverwaltungsgericht
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht (1907 bis 1933)
MABl.	Ministerialamtsblatt
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen (Markengesetz – MarkenG) vom 25.10.1994 (BGBl. I S. 3082, 1995 I S. 156, 1996 I S. 682); zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 24.11.2011 (BGBl. I S. 2302)
Mat.	s. Hahn
MatStrRRef.	Materialien zur Strafrechtsreform, herausgegeben vom BMJ, Bd. 1–15 (1954–1960) (s. auch Entw.)
MBl.	Ministerialblatt
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
MiStra.	Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen vom 15.3.1985 i.d.F. der Bek. vom 29.4.1998, bundeseinheitlich
MittKV	Mitteilungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung (1889 bis 1914; 1926 bis 1933)
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MOG	Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisation vom 31.8.1972 (BGBl. I S. 1617)
MONEYVAL	Committee of Experts on the Evaluation of Anti-Money Laundering Measures and the Financing of Terrorism
Mot.	Begründung zur Strafprozeßordnung bei Hahn (s. dort)
MR	Medien und Recht (Österreich)
MRG	Militärregierungsgesetz
MSchrKrim.	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
MSchrKrimPsych.	Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform (1904/05 bis 1936)

MStGO	Militärstrafgerichtsordnung i.d.F. der Bek. vom 29.9.1936 (RGBl. I S. 755)
Muster-Entw.	Muster-Entwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes, verabschiedet von der JMK am 10./11.6.1976, geändert durch Beschluss der JMK vom 25.11.1977
MV	Mecklenburg-Vorpommern
m.w.B.	mit weiteren Beispielen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NachtrSichVG	Gesetz zur Einführung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung vom 23.7.2004 (BGBl. I S. 1838)
NATO-Truppenstatut	Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags vom 19.6.1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1190), Bek. vom 16.6.1963 (BGBl. II S. 745)
Nds.	Niedersachsen
NdsAGGVG	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 5.4.1963 (GVBl. S. 225)
NdsRpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
n.F.	neue Fassung
N.F.	Neue Folge
Nieders. GVBl. Sb. I, II	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Sonderband I und II, Sammlung des bereinigten niedersächsischen Rechts
NJ	Neue Justiz (bis 1990 DDR)
NJECL	New Journal of European Criminal Law
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift (nur über beck-online abrufbar)
NJVollzG	Niedersächsisches Justizvollzugsgesetz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NKrimpol.	Neue Kriminalpolitik (Zeitschrift)
NL	Newsletter Menschenrechte
noeP	Nicht offen ermittelnder Polizeibeamter
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
NotVO	s. Ausn. VO
NPA	Neues Polizei-Archiv
NRO	Nichtregierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
NRWO	(österreichisches) Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates (Nationalrats-Wahlordnung 1992)
NStE	Neue Entscheidungssammlung für Strafrecht
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ – Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift, ab 1996)
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	NWB Steuer- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
NWVBl.	Nordrheinwestfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWehrr	Neue Zeitschrift für Wehrrecht

NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
OASG	Gesetz zur Sicherung der zivilrechtlichen Ansprüche der Opfer von Straftaten (Opferanspruchsicherungsgesetz) vom 8.5.1998 (BGBl. I S. 905)
OBLG	Oberstes Landesgericht
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEG	Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 11.5. 1976 (BGBl. I S. 1181) i.d.F. der Bek. vom 7.1.1985 (BGBl. I S. 1)
OER	Osteuropa-Recht
OG	Oberstes Gericht der DDR
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OGHSt	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Strafsachen (1949/50)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (Office Européen de Lutte Anti-Fraude)
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Report Neue Länder
OLGR	OLG-Report
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafverfahrensrecht (Loseblattausgabe, bis 1983)
OLGSt N. F	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafverfahrensrecht, Neue Folge (Loseblattausgabe, ab 1983)
OLGVertrÄndG	Gesetz zur Änderung des Rechts der Vertretung durch Rechtsanwälte vor den Oberlandesgerichten vom 23.7.2002 (BGBl. I S. 2850)
OPCAT	siehe UNCAT
OpferRRG	Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Verletzten im Strafverfahren (Opferrechtsreformgesetz – OpferRRG) vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1354)
2. OpferRRG	Gesetz zur Stärkung der Rechte von Verletzten und Zeugen im Strafverfahren (2. Opferrechtsreformgesetz) vom 29.7.2009 (BGBl. I S. 2280)
OpferschutzG	Erstes Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren (Opferschutzgesetz) vom 18.12.1986 (BGBl. I S. 2496)
OrgKG	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) vom 15.7.1992 (BGBl. I S. 1302)
OrgStA	Anordnung über Organisation und Dienstbetrieb der Staatsanwaltschaften
ÖRiZ	Österreichische Richterzeitung
ÖRZ	Österreichische Raiffeisen-Zeitung
OStA	Oberstaatsanwalt
ÖstAnwBl.	Österreichisches Anwaltsblatt
öStVG	Österreichisches Strafvollzugsgesetz
ÖStZ	Österreichische Steuerzeitung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖVerfG	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWG/DDR	Gesetz zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten (der Deutschen

	Demokratischen Republik) vom 12.1.1968 (GBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.6.1990 (GBl. I S. 526)
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, neugefasst durch Bek. vom 19.2. 1987 (BGBl. I S. 602); zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 29.7.2009 (BGBl. I S. 2353)
OWiGÄndG	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze vom 7.7.1986 (BGBl. I S. 977)
ParlStG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der parlamentarischen Staatssekretäre vom 24.7.1974 (BGBl. I S. 1538)
PartG	Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) neugefasst durch Bek. v. 31.1.1994, BGBl. I S. 149
PaßG	Paßgesetz vom 19.4.1986 (BGBl. I S. 537)
PatAnwO	Patentanwaltsordnung vom 7.9.1966 (BGBl. I S. 557); zuletzt geändert durch Art. 12 des Gesetzes vom 6.12.2011 (BGBl. I S. 2515)
PatG	Patentgesetz, neugefasst durch Bek. vom 16.12.1980 (BGBl. 1981 I S. 1); zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 24.11.2011 (BGBl. I S. 2302)
PAuswG	Gesetz über Personalausweise vom 19.12.1950 (BGBl. I S. 807) i.d.F. der Bek. vom 21.4.1986 (BGBl. I S. 548)
PD-I	Practice Direction – Institution of Proceedings (EGMR)
PD-IM	Practice Direction – Interim Measures (EGMR)
PD-JS	Practice Direction – Just Satisfaction Claims (EGMR)
PD-RfA	Practice Direction – Request for Anonymity (EGMR)
PD-SEF	Practice Direction – Secured Electronic Filing
PD-WP	Practice Direction – Written Pleadings (EGMR)
PflVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter i.d.F. der Bek. vom 5.4.1965 (BGBl. I S. 213)
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKH	Prozesskostenhilfe
PKHÄndG	Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Prozeßkostenhilfe (Prozeßkostenhilfeänderungsgesetz – PKHÄndG) vom 10.10.1994 (BGBl. I S. 2954)
PlenProt.	Plenarprotokoll, Stenographische Berichte der Sitzungen des Deutschen Bundestages
PNR	Passenger Name Record
POGNW	Polizeiorganisationsgesetz (des Landes NRW) i.d.F. der Bek. vom 22.10.1994 (GVNW S. 852)
PolGBW	Polizeigesetz (des Landes BW) i.d.F. der Bek. vom 13.1.1992 (GBl. S. 1)
Polizei	s. Die Polizei
PostG	Gesetz über das Postwesen i.d.F. der Bek. vom 3.7.1989 (BGBl. I S. 1449)
PostO	Postordnung vom 16.5.1963 (BGBl. I S. 341)
PostStruktG	Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz – PoststruktG) vom 8.6.1989 (BGBl. I S. 1026)
Pr.	Preußen
prALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
PräsLG	Präsident des Landgerichts
PräsOLG	Präsident des Oberlandesgerichts

PräsVerfG	Gesetz über die Änderung der Bezeichnungen der Richter und ehrenamtlichen Richter und der Präsidialverfassungen der Gerichte vom 26.5.1972 (BGBl. I S. 841)
PrGS	Preußische Gesetzessammlung (1810–1945)
PrG	Pressegesetz (Landesrecht)
Prot.	Protokoll
ProzeßkostenhG	Gesetz über die Prozeßkostenhilfe vom 13.6.1980 (BGBl. I S. 677)
Pro-Eurojust	Vorgänger- und Gründungseinheit von Eurojust
PrPG	Gesetz zur Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums und zur Bekämpfung der Produktpiraterie (PrPG) vom 7.3.1990 (BGBl. I S. 422)
PrZeugnVerwG	Gesetz über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk vom 25.7.1975 (BGBl. I S. 1973)
PStR	Praxis Steuerstrafrecht
PTNeuOG	Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz – PTNeuOG) vom 14.9.1994 (BGBl. I S. 2325)
PUAG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz – PUAG) vom 19.6.2001 (BGBl. I S. 1142)
PV	Personenvereinigung
PVG	Polizeiverwaltungsgesetz
PVR	Praxis Verkehrsrecht
RA	Rechtsanwalt
RabelsZ	Rabels-Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAG/DDR	Rechtsanwaltsgesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 13.9.1990 (GBl. I S. 1504)
RAHG	s. RHG
RANotz.PrG	Gesetz zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen, Notarbestellungen und Berufungen ehrenamtlicher Richter vom 24.6.1992 (BGBl. I S. 1386)
RAO	Reichsabgabenordnung vom 13.12.1919, aufgehoben durch AO vom 16.3.1976
RAussch.	Rechtsausschuss
RB	Rahmenbeschluss (Art. 34 EU)
RBEuHb	Rahmenbeschluss des Rates (2002/584/JI) vom 13.6.2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (ABlEU Nr. L 190/1 v. 18.7.2002)
RBerG	Gesetz zur Verhütung von Mißbrauch auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13.12.1935 (RGBl. I S. 1478); aufgehoben durch Art. 20 des Gesetzes vom 12.12.2007 (BGBl. I S. 2840)
RdA	Recht der Arbeit
RdErl.	Runderlass
RDG	Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz – RDG) vom 12.12.2007 (BGBl. I. S. 2840)
RDH	Revue des Droits de l'Homme
RDIDC	Revue de droit international et de droit comparé
RdJ	Recht der Jugend und des Bildungswesens (Zeitschrift)
RdK	Das Recht des Kraftfahrers (1926–43, 1949–55)
RdM	Recht der Medizin
RDStH	Entscheidungen des Reichsdienststrafhofs (1939–41)

RDStO	Reichsdienststrafordnung vom 26.1.1937 (RGBl. I S.71)
RDV	Recht der Datenverarbeitung
Recht	Das Recht, begründet von Soergel (1897 bis 1944)
recht	Information des Bundesministers der Justiz
RefE	Referentenentwurf
Reg.	Regierung
RegBl.	Regierungsblatt
RegE	Regierungsentwurf
RegE TKÜ	Entwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/EG vom 18.4.2007
RehabG	Rehabilitierungsgesetz (der Deutschen Demokratischen Republik) von 6.9.1990 (GBl. I S. 1459), aufgehoben durch StrRehaG
Res.	Resolution
RevMC	Revue du Marché commun et de l'Union européenne
Rev.trim.dr.h.	Revue trimestrielle des droits de l'homme
RG	Reichsgericht
RGBl., RGBl. I, II	Reichsgesetzblatt, von 1922 bis 1945 Teil I und II
RGRspr.	Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen (1879 bis 1888)
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RheinSchA	Revidierte Rheinschiffahrtsakte (Mannheimer Akte) i.d.F. der Bek. vom 11.3.1969 (BGBl. II S. 597)
RHG	Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2.5.1953 (BGBl. I S. 161)
RHGDVO	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 23.12.1953 (BGBl. I S. 1569)
RhPf.	Rheinland-Pfalz
RiA	Recht im Amt
RichtlRA	Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts – Richtlinien gem. § 177 Abs. 2 Satz 2 BRAO vom 21.6.1973
RiG/DDR	Richtergesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 5.7.1990 (GBl. I S. 637)
RiJGG	Richtlinien zum Jugendgerichtsgesetz
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren vom 1.12.1970 (BAnz. Nr. 17/1971), i.d.F. der Bek. vom 1.2.1997 mit spät. Änderungen, bundeseinheitlich
RiVASt	Richtlinien für den Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RKG(E)	Reichskriegsgericht (Entscheidungen des RKG)
RL	Richtlinie
RMBl.	Reichsministerialblatt, Zentralblatt für das Deutsche Reich (1923–45)
RMilGE	Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts
Rn.	Randnummer
ROW	Recht in Ost und West (Zeitschrift)
RpflAnpG	Gesetz zur Anpassung der Rechtspflege im Beitrittsgebiet (Rechtspflege-Anpassungsgesetz – RpflAnpG) vom 26.6.1992 (BGBl. I S. 1147)

RpflAnpÄndG	Gesetz zur Änderung des Rechtspflege-Anpassungsgesetzes – RpflAnpG vom 7.12.1995 (BGBl. I S. 1590)
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RpflEntlG	Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege vom 11.1.1993 (BGBl. I S. 50)
RpflG	Rechtspflegergesetz vom 5.11.1969 (BGBl. I S. 2065)
RpflVereinfG	Rechtspflege-Vereinfachungsgesetz vom 17.12.1990 (BGBl. I S. 2847)
Rspr.	Rechtsprechung
RT	Reichstag
RTDE	Revue trimestrielle de droit européen
RTDrucks.	Drucksachen des Reichstags
RTVerh.	Verhandlungen des Reichstags
RuP	Recht und Politik (Zeitschrift)
RVerf.	s. WeimVerf.
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte – Rechtsanwaltsvergütungsgesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718)
RVO	Reichsversicherungsordnung vom 19.7.1911 i.d.F. der Bek. vom 15.12.1924 (RGBl. I S. 779)
RZ	siehe: ÖRiZ
R&P	Recht und Psychiatrie (Zeitschrift)
r+s	Recht und Schaden (Zeitschrift)
S.	Satz, Seite
Sa.	Sachsen
SaAnh.	Sachsen-Anhalt
SaBremR	Sammlung des bremischen Rechts (1964)
SächsArch.	Sächsisches Archiv für Rechtspflege, seit 1924 (bis 1941/42) Archiv für Rechtspflege in Sachsen, Thüringen und Anhalt
SächsOLG	Annalen des Sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden (1880 bis 1920)
SAM	Steueranwaltsmagazin
SchAZtg	Schiedsamtszeitung
SchiedsmZ	Schiedsmannszeitung (1926 bis 1945), seit 1950 Der Schiedsmann
SchiedsstG	Gesetz (der Deutschen Demokratischen Republik) über die Schiedsstellen in den Gemeinden vom 13.9.1990 (GBl. I S. 1527)
SchlH	Schleswig-Holstein
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SchrR	Schriftenreihe
SchrRAGStrafR	Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft Strafrecht im Deutschen Anwaltverein
SchRG	Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15.11.1940 (RGBl. I S. 1499)
SchrRBRAK	Schriftenreihe der Bundesrechtsanwaltskammer
SchwarzArbG	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung vom 23.7.2004 (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG), BGBl. I S. 1842
SchwGBG	Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Geldwäsche und Steuerhinterziehung vom 28.4.2011 (Schwarzgeldbekämpfungsgesetz), BGBl. I S. 676
SchwJZ	Schweizerische Juristenzeitung
SchwZStr	Schweizer Zeitschrift für Strafrecht
SDÜ	Übereinkommen vom 19.6.1990 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, dem

	Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich der Niederlande zur Durchführung des am 14.6.1985 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Durchführungsübereinkommen; ABlEG Nr. L 239/19 vom 22.9.2000)
1. SED-UnberG	Erstes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – 1. SED-UnberG) vom 29.10.1992 (BGBl. I S. 1814)
2. SED-UnberG	Zweites Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – 2. SED–UnBerG) vom 23.6.1994 (BGBl. I S. 1311)
SeeAufgG	Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschiffahrt (Seeaufgabengesetz – SeeAufgG) vom 24.5.1965 i.d.F. der Bek. vom 27.9.1994 (BGBl. I S. 2802)
SeemG	Seemannsgesetz vom 26.7.1957 (BGBl. II S. 713)
SeuffBl.	Seufferts Blätter für Rechtsanwendung (1836–1913)
SFHÄndG	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz (SFHÄndG) vom 21.8.1995 (BGBl. I S. 1050)
SFHG	Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, für Hilfe im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz) vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398)
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch SGB I – Sozialgesetzbuch, Allgemeiner Teil (1. Buch), vom 27.12. 2003 (BGBl. I S. 3022) SGB II – Sozialgesetzbuch, Grundsicherung für Arbeitsuchende (2. Buch), vom 24.12.2003 (BGBl. I S. 2954), SGB III – Sozialgesetzbuch, Arbeitsförderung (3. Buch), vom 27.12. 2003 (BGBl. I S. 3022), SGB IV – Sozialgesetzbuch, Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung (4. Buch) vom 24.7.2003 (BGBl. I S. 1526), SGB V – Sozialgesetzbuch, Gesetzliche Krankenversicherung (5. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022), SGB VI – Sozialgesetzbuch, Gesetzliche Rentenversicherung (6. Buch) vom 29.4.2004 (BGBl. I S. 678), SGB VII – Sozialgesetzbuch, Gesetzliche Unfallversicherung (7. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3019), SGB VIII – Sozialgesetzbuch, Kinder- und Jugendhilfe (8. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022), SGB IX – Sozialgesetzbuch, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (9. Buch) vom 23.4.2004 (BGBl. I S. 606), SGB X – Sozialgesetzbuch, Verwaltungsverfahren (10. Buch) vom 5.4.2004 (BGBl. I S. 718), SGB XI – Sozialgesetzbuch, Soziale Pflegeversicherung (11. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022), SGB XII – Sozialgesetzbuch, Sozialhilfe (12. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022)
SGG	Sozialgerichtsgesetz, neugefasst durch Bek. vom 23.9.1975 (BGBl. I S. 2535); zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21.7.2012 (BGBl. I S. 1577)

SGV.NW	Sammlung des bereinigten Gesetz- und Verordnungsblatts für das Land Nordrhein-Westfalen (Loseblattsammlung)
SichVG	Gesetz zur Rechtsvereinheitlichung der Sicherungsverwahrung (SichVG) vom 16.6.1995 (BGBl. I S. 818)
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry (nationale Kontaktstelle des SIS)
SIS	Schengener Informationssystem
SJIR	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung / Süddeutsche Juristenzeitung (1946–50), dann Juristenzeitung
SkAufG	Gesetz über die Rechtsstellung ausländischer Streitkräfte bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland (Streitkräfteaufenthaltsgesetz – SkAufG) vom 20.7.1995 (BGBl. II S. 554)
s.o.	siehe oben
SortSchG	Gesetz über den Schutz von Pflanzensorten (Sortenschutzgesetz) vom 20.5.1968 i.d.F. der Bek. vom 4.1.1977 (BGBl. I S. 105)
SozVw	Die Sozialverwaltung (Zeitschrift)
SprengG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz – SprengG) vom 13.9.1976 (BGBl. I S. 2737) i.d.F. der Bek. vom 17.4. 1986 (BGBl. I S. 577)
SprengstG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz) vom 25.8.1969 (BGBl. I S. 1358, ber. BGBl. 1970 I S. 224), aufgehoben durch SprengG vom 13.9.1976
SpuRt	Sport und Recht (Zeitschrift)
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10.12.1982 (BGBl. 1994 II S. 1799)
StA	Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft
StAG/DDR	Gesetz über die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik vom 7.4.1977 (GBl. I S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.7.1990 (GBl. I S. 635)
StaatsGH	Staatsgerichtshof
StaatsschStrafsG	Gesetz zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutz-Strafsachen vom 8.9.1969 (BGBl. I S. 1582)
StÄG	s. StRÄndG
StAZ	Das Standesamt (Zeitschrift)
StBerG	Steuerberatungsgesetz, neugefasst durch Bek. vom 4.11.1975 (BGBl. I S. 2735); zuletzt geändert durch Art. 19 des Gesetzes vom 6.12.2011 (BGBl. I S. 2515)
StenB	Stenographischer Bericht
StGB	Strafgesetzbuch, neugefasst durch Bek. vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322); zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 25.6.2012 (BGBl. I S. 1374)
StGB/DDR	Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 12.1. 1968 in der Neufassung vom 14.12.1988 (GBl. I S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.6.1990 (GBl. I S. 526)
StGBÄndG 1976	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 218l)
StGBÄndG 1989	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten vom 9.6.1989 (BGBl. I S. 1059)

StPÄG 1964	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 19.12.1964 (BGBl. I S. 1067)
StPÄG 1972	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 7.8.1972 (BGBl. I S. 1361)
StPÄG 1978	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 14.4.1978 (BGBl. I S. 497)
StPÄG 1986	Paßgesetz und Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 19.4.1986 (BGBl. I S. 537)
StPÄG 1988	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 17.5.1988 (BGBl. I S. 606)
StPO	Strafprozeßordnung vom 1.2.1877 i.d.F. der Bek. vom 7.4.1987 (BGBl. I S. 1074)
StPO/DDR	Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12.1.1968 in der Neufassung vom 19.12.1974 (GBl. 1975 I S. 61)
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
StrafrAbh.	Strafrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Bennecke, dann von Beling, v. Lilienthal und Schoetensack
StraftVVG	Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten v. 30.7.2009 (BGBl. I S. 2437)
StRÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz 1. ~ vom 30.8.1951 (BGBl. I S. 739) 2. ~ vom 6.3.1953 (BGBl. I S. 42) 3. ~ vom 4.8.1953 (BGBl. I S. 735) 4. ~ vom 11.6.1957 (BGBl. I S. 597) 5. ~ vom 24.6.1960 (BGBl. I S. 477) 6. ~ vom 30.6.1960 (BGBl. I S. 478) 7. ~ vom 1.6.1964 (BGBl. I S. 337) 8. ~ vom 25.6.1968 (BGBl. I S. 741) 9. ~ vom 4.8.1969 (BGBl. I S. 1065) 10. ~ vom 7.4.1970 (BGBl. I S. 313) 11. ~ vom 16.12.1971 (BGBl. I S. 1977) 12. ~ vom 16.12.1971 (BGBl. I S. 1779) 13. ~ vom 13.6.1975 (BGBl. I S. 1349) 14. ~ vom 22.4.1976 (BGBl. I S. 1056) 15. ~ vom 18.5.1976 (BGBl. I S. 1213) 16. ~ vom 16.7.1979 (BGBl. I S. 1078) 17. ~ vom 21.12.1979 (BGBl. I S. 2324) 18. ~ vom 28.3.1980 (BGBl. I S. 379) – Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität 19. ~ vom 7.8.1981 (BGBl. I S. 808) 20. ~ vom 8.12.1981 (BGBl. I S. 1329) 21. ~ vom 13.6.1985 (BGBl. I S. 963) 22. ~ vom 18.7.1985 (BGBl. I S. 1510) 23. ~ vom 13.4.1986 (BGBl. I S. 1986) 24. ~ vom 13.1.1987 (BGBl. I S. 141) 25. ~ vom 20.8.1990 – § 201 StG – (BGBl. I S. 1764) 26. ~ vom 24.7.1992 – Menschenhandel – (BGBl. I S. 1255) 27. ~ vom 23.7.1993 – Kinderpornographie – (BGBl. I S. 1346) 28. ~ vom 13.1.1994 – Abgeordnetenbestechung – (BGBl. I S. 84) 29. ~ vom 31.5.1994 – §§ 175, 182 StGB – (BGBl. I S. 1168) 30. ~ vom 23.6.1994 – Verjährung von Sexualstraftaten an Kindern und Jugendlichen – BGBl. I S. 1310)

	31. ~ vom 27.6.1994 – 2. Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität – (BGBl. I S. 1440) 32. ~ vom 1.6.1995 – §§ 44, 69b StGB – (BGBl. I S. 747) 33. ~ vom 1.7.1997 – §§ 177, 178 StGB (BGBl. I S. 1607) 34. ~ vom 22.8.2002 – § 129b StGB (BGBl. I S. 3390) 35. ~ vom 22.12.2003 – Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln (BGBl. I S. 2838) 36. ~ vom 30.7.2004 – § 201a StGB (BGBl. I S. 2012) 37. ~ vom 18.2.2005 – §§ 180b, 181 StGB (BGBl. I S. 239) 40. ~ vom 22.3.2007 – Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen (Anti-Stalking-Gesetz) (BGBl. I S. 354) 41. ~ vom 7.8.2007 – Bekämpfung der Computerkriminalität (BGBl. I S. 1786) 42. ~ vom 29.6.2009 – Anhebung der Höchstgrenze des Tagessatzes bei Geldstrafen (BGBl. I S. 1658) 43. ~ vom 29.7.2009 – Strafzumessung bei Aufklärungs- und Präventionshilfe (BGBl. I S. 2288) 44. ~ vom 1.11.2011 – Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (BGBl. I S. 2130) 45. ~ vom 6.12.2011 – Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum strafrechtlichen Schutz der Umwelt (BGBl. I S. 2557) 46. ~ vom 10.6.2013 – Beschränkung der Möglichkeit zur Strafmilderung bei Aufklärungs- und Präventionshilfe (BGBl. I S. 1497) 47. ~ vom 24.9.2013 – Strafbarkeit der Verstümmelung weiblicher Genitalien (BGBl. I S. 3671)
StraßenVSichG	1. Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs (Straßenverkehrssicherungsgesetz) vom 19.12.1952 (BGBl. I S. 832) 2. Zweites ~ vom 26.11.1964 (BGBl. I S. 921)
StREG	Gesetz über ergänzende Maßnahmen zum 5. StrRG (Strafrechtsreformergänzungsgesetz) vom 28.8.1975 (BGBl. I S. 2289)
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8.3.1971 (BGBl. I S. 157)
StrFG	Straffreiheitsgesetz – 1949 vom 31.12.1949 (BGBl. I S. 37) – 1954 vom 17.7.1954 (BGBl. I S. 203) – 1968 vom 9.7.1968 (BGBl. I S. 773) – 1970 vom 20.5.1970 (BGBl. I S. 509)
StRG	Gesetz zur Reform des Strafrechts 1. ~ vom 25.6.1969 (BGBl. I S. 645) 2. ~ vom 4.7.1969 (BGBl. I S. 717) 3. ~ vom 20.5.1970 (BGBl. I S. 505) 4. ~ vom 23.11.1973 (BGBl. I S. 1725) 5. ~ vom 18.6.1974 (BGBl. I S. 1297) 6. ~ vom 26.1.1998 (BGBl. I S. 164)
StRR	StrafRechtsReport – Arbeitszeitschrift für das gesamte Strafrecht
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG) vom 29.10.1992 (BGBl. I S. 1814) i.d.F. der Bek. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664)
st.Rspr.	ständige Rechtsprechung
StudZR	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft Heidelberg

StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) vom 20.12.1991 (BGBl. I S. 2272)
StuR	Staat und Recht (Zeitschrift DDR, 1950 bis 1990)
StuW	Steuern und Wirtschaft (Zeitschrift)
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
StVÄG 1979	Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 vom 5.10.1978 (BGBl. I S. 1645)
StVÄG 1987	Strafverfahrensänderungsgesetz 1987 vom 27.1.1987 (BGBl. I S. 475)
StVÄG 1999	Strafverfahrensänderungsgesetz 1999 vom 2.8.2000 (BGBl. I S. 1253)
StVG	Straßenverkehrsgesetz vom 3.5.1909 i.d.F. der Bek. vom 19.12.1952 (BGBl. I S. 837)
StVO	Straßenverkehrsordnung vom 16.11.1970 (BGBl. I S. 1565, ber. 1971, S. 38)
StVollstrO	Strafvollstreckungsordnung vom 1.4.2001 (BAnz. Nr. 87) bundeseinheitlich
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung – Strafvollzugsgesetz – vom 16.3.1976 (BGBl. I S. 581)
StVollzGK	Strafvollzugsgesetz-Kommissionsentwurf, herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz
StVollzK	Blätter für Strafvollzugskunde (Beilage zur Zeitschrift „Der Vollzugsdienst“)
1. StVRErgG	Gesetz zur Ergänzung des 1. StVRG vom 20.12.1974 (BGBl. I S. 3686)
1. StVRG	Erstes Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 9.12.1974 (BGBl. I S. 3393)
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 13.11.1937 i.d.F. der Bek. vom 28.9.1988 (BGBl. I S. 1793)
s.u.	siehe unten
SubvG	Subventionsgesetz vom 29.7.1976 (BGBl. I S. 2034)
SVR	Straßenverkehrsrecht (Zeitschrift)
SZ	Süddeutsche Zeitung
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
TerrorismusG	Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2566)
TerrorBekG	Gesetz vom 9.1.2002 zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) (BGBl. I S. 361)
TerrorBekErgG	Gesetz zur Ergänzung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes (Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz) vom 5.1.2007 (BGBl. I S. 2)
TFTP	Terrorist Finance Tracking Program
ThUG	Gesetz zur Therapierung und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (Therapieunterbringungsgesetz) vom 22.12.2010 (BGBl. I S. 2300, 2305)
Thür.	Thüringen
TiefseebergbauG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus vom 16.8.1980 (BGBl. I S. 1457)
TierschG	Tierschutzgesetz vom 24.7.1972 (BGBl. I S. 1277)
TKG	Telekommunikationsgesetz (TKG) vom 25.7.1996 (BGBl. I S. 1120)
TKÜG	Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG vom 21.12.2007 (BGBl. I S. 3198)

TKO	Telekommunikationsordnung vom 16.7.1987 (BGBl. I S. 1761)
TMG	Telemediengesetz vom 26.2.2007 (BGBl. I S. 179)
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence Internationale (1975) – Koordinierungsgruppe
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
TV/L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
Tz.	Teilziffer
UCLAF	Unité de Coordination de la Lutte Anti-Fraude
UdG	Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
ÜAG	Gesetz vom 26.9.1991 zur Ausführung des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen vom 21.3.1983 – Überstellungsausführungsgesetz (BGBl. 1991 I S. 1954)
ÜberlG	Gesetz zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin (West) (Sechstes Überleitungsgesetz) vom 25.9.1990 (BGBl. I S. 2106)
ÜberstÜbk	Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen vom 21.3.1983 (ETS 112; BGBl. 1991 II S. 1006; 1992 II S. 98); ZP ÜberstÜbk vom 18.12.1997 (ETS 167)
Übk	Übereinkommen
ÜF	Übergangsfassung
UHaftÄndG	Gesetz zur Abänderung der Untersuchungshaft vom 27.12.1926 (RGBl. I S. 529)
UN	Vereinte Nationen
UNCAT	Übereinkommen (der Vereinten Nationen) gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10.12.1984 (BGBl. 1990 II S. 246) OPCAT – Fakultativprotokoll vom 18.12.2002 zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe; Gesetz vom 26.8.2008 (BGBl. 2008 II S. 854)
UN-CAT	United Nations Committee against Torture – UN-Antifolterausschuss
UN-FoltKonv.	Siehe UNCAT
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees – Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNO-Pakt	s. IPBPR
UnterbrSichG	Gesetz zur Reform des Rechts der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt vom 16.7.2007 (BGBl. I S. 1327)
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9.9.1965 (BGBl. I S. 1273)
UVollzO	Untersuchungshaftvollzugsordnung vom 12.2.1953 i.d.F. der Bek. vom 15.12.1976, bundeseinheitlich
UZwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes vom 10.3.1961 (BGBl. I S. 165)
UZwGBw	Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen vom 12.8.1965 (BGBl. I S. 796)
VA	Vorzeitige Anwendung (internationaler Übereinkommen)
VBlBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)

VDA	Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Allgemeiner Teil, Bd. 1 bis 6 (1908)
VDB	Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Besonderer Teil, Bd. 1 bis 9 (1906)
VerbrbekG	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetz (Verbrechensbekämpfungsgesetz) vom 28.10. 1994 (BGBl. I S. 3186)
VerbringungsverbG	Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24.5.1961 (BGBl. I S. 607)
VereinfVO	Vereinfachungsverordnung 1. ~, VO über Maßnahmen auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung und Rechtspflege vom 1.9.1939 (RGBl. I S. 1658) 2. ~, VO zur weiteren Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 13.8.1942 (RGBl. I S. 508) 3. ~, Dritte VO zur Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 29.5.1943 (RGBl. I S. 342) 4. ~, Vierte VO zur Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 13.12.1944 (RGBl. I S. 339)
VereinhG	Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts vom 12.9.1950 (BGBl. I S. 455)
VereinsG	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 5.8.1964 (BGBl. I S. 593)
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerfO	Verfahrensordnung (siehe EGMRVerfO)
Verh.	Verhandlungen des Deutschen Bundestages (BT), des Deutschen Juristentages (DJT) usw.
1. VerjährungsG	Gesetz über das Ruhen der Verjährung bei SED-Unrechtstaten vom 26.3.1993 (BGBl. I S. 392)
2. VerjährungsG	Gesetz zur Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen vom 27.9.1993 (BGBl. I S. 1657)
VerkMitt.	Verkehrsrechtliche Mitteilungen
VerpflichtG	Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974 (BGBl. I S. 469)
VerschG	Verschollenheitsgesetz vom 15.1.1951 (BGBl. I S. 59)
VersR	Versicherungsrecht, Juristische Rundschau für die Individualversicherung
VerständigungsG	Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren vom 29.7.2009 (BGBl. I S. 2353)
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verfassungsgerichtshof; Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vhdlgen	s. Verh.
VIS	Visa-Informations-System
VIZ	Vermögens- und Immobilienrecht (Zeitschrift)
VO	Verordnung; s. auch AusnVO
VOBl.	Verordnungsblatt
VOR	Zeitschrift für Verkehrs- und Ordnungswidrigkeitenrecht
VR	Verwaltungsrundschau
VRR	VerkehrsRechtsReport
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung

VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
VStGBG	Gesetz vom 26.6.2002 zur Einführung des Völkerstrafgesetzbuches (BGBl. I S. 2254)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVStVollzG	Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz (bundeseinheitlich) vom 1.7.1976
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung, neugefasst durch Bek. vom 19.3.1991 (BGBl. I S. 686); zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 21.7.2012 (BGBl. I S. 1577)
VwRehaG	Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG) vom 23.6.1994 (BGBl. I S. 1311)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25.5.1976 (BGBl. I S. 1253)
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz vom 3.7.1952 (BGBl. I S. 379)
WDO	Wehrdisziplinarordnung vom 15.3.1957 i.d.F. der Bek. vom 9.6.1961 (BGBl. I S. 697)
WehrbeauftrG	Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages i.d.F. der Bek. vom 16.6.1982 (BGBl. I S. 673)
WeinG	Gesetz über Wein, Likörwein, Schaumwein, weinhaltige Getränke und Branntwein aus Wein (Weingesetz) vom 14.1.1971 (BGBl. I S. 893)
Wiener Übereinkommen	1. Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18.4.1961 (Zustimmungsgesetz vom 6.8.1964, BGBl. II S. 957) 2. Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24.4.1963 (Zustimmungsgesetz vom 26.8.1969, BGBl. II S. 1585)
WiJ	Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V.
1. WiKG	Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 29.7.1976 (BGBl. I S. 2034)
2. WiKG	Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 15.5.1986 (BGBl. I S. 721)
WiStG	Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz 1954) vom 9.7.1954 i.d.F. der Bek. vom 3.6.1975 (BGBl. I S. 1313)
WisteV	Wirtschaftsstrafrechtliche Vereinigung e.V.
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WLR	Weekly Law Reports (Zeitschrift)
WoÜbG	Gesetz zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004 (akustische Wohnraumüberwachung) vom 24.6. 2005 (BGBl. I S. 1841)
WRV	Weimarer Verfassung, Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8. 1919 (RGBl. S. 1383)
WStG	Wehrstrafgesetz vom 30.3.1957 i.d.F. der Bek. vom 24.5.1974 (BGBl. I S. 1213)
WM	Wertpapiermitteilungen (Zeitschrift)
WuV	Wirtschaft und Verwaltung (Zeitschrift)
WuW	Entscheidungssammlung der Zeitschrift Wirtschaft und Wettbewerb
WÜD	s. 1. Wiener Übereinkommen
WÜK	s. 2. Wiener Übereinkommen
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23.5.1969 (BGBl. 1985 II S. 926)

WWSUV	Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18.5.1990 (BGBl. II S. 537)
WWSUVG	Gesetz zu dem Vertrag vom 18.5.1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion … vom 25.6.1990 (BGBl. II S. 518)
WZG	Warenzeichengesetz vom 5.5.1936 i.d.F. der Bek. vom 2.1.1968 (BGBl. I S. 29)
YEL	Yearbook of European Law
YB	Yearbook of the European Convention of the Human Rights, the European Commission and the European Court of Human Rights/ Annuaire de la Convention Européenne des Droits de l'Homme; Commission et Cour Européenne des Droits de l'Homme, hrsg. vom Europarat
ZahlVGJG	Gesetz über den Zahlungsverkehr mit Gerichten und Justizbehörden vom 22.12.2006 = Art. 2 des 2. Justizmodernisierungsgesetzes (BGBl. 2006 I S. 3416)
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht (1934–44)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZBlJugR	Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZCG	Zeitschrift für Corporate Governance
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZER	Zeitschrift für Europarecht (Österreich)
ZERP	Zentrum für europäische Rechtspolitik (Universität Bremen)
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfDG	Gesetz über das Zollkriminalamt und die Zollfahndungsämter (Zollfahndungsdienstgesetz) vom 16.8.2002 (BGBl. I S. 3202)
ZfJ	Zentralblatt für Jugendrecht
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZFSH SGB	Zeitschrift für die sozialrechtliche Praxis
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (jetzt: FS – Forum Strafvollzug)
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (Online-Zeitschrift)
ZJJ	Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium (Online-Zeitschrift)

ZKA	Zollkriminalinstitut
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
ZLR	Zeitschrift für Lebensmittelrecht
ZOV	Zeitschrift für offene Vermögensfragen
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZollG.	Zollgesetz vom 14.6.1961 i.d.F. der Bek. vom 18.5.1970 (BGBl. I S. 529)
ZP	Zusatzprotokoll
ZPO	Zivilprozeßordnung vom 30.1.1877 i.d.F. der Bek. vom 12.9.1950 (BGBl. I S. 533)
ZRFC	Zeitschrift für Risk, Fraud & Compliance
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSchG	Gesetz vom 30.4.1998 zum Schutz von Zeugen bei Vernehmungen im Strafverfahren und zur Verbesserung des Opferschutzes (Zeugenschutzgesetz – ZSchG) (BGBl. I S. 820)
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 26.7.1957 i.d.F. der Bek. vom 1.10.1969 (BGBl. I S. 1756); abgelöst durch das JVEG vom 5.5.2004
ZSHG	Gesetz zur Harmonisierung des Schutzes gefährdeter Zeugen (Zeugenschutz-Harmonisierungsgesetz) vom 11.12.2001 (BGBl. I S. 3510)
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZST	Zeitschrift für Schweizer Recht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Rechtssprechungsdienst
ZusatzAbk.	Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut vom 3.8.1959 (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218)
Zusatzvereinb.	Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des am 31.8.1990 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 18.9.1990 (BGBl. II S. 1239)
ZuSEntschG	Zeugenentschädigung
zust.	zustimmend
ZustErgG	Gesetz zur Ergänzung von Zuständigkeiten auf den Gebieten des Bürgerlichen Rechts, des Handelsrechts und des Strafrechts (Zuständigkeitsergänzungsgesetz) vom 7.8.1952 (BGBl. I S. 407)
ZustG	Gesetz über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderung der Gerichtseinteilung vom 6.12.1933 (RGBl. I S. 1037)
ZustRG	Gesetz zur Reform des Verfahrens bei Zustellung im gerichtlichen Verfahren (Zustellungsreformgesetz – ZustRG) vom 25.6.2001 (BGBl. I S. 1206)
ZustVO	Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften vom 21.2.1940 (RGBl. I S. 405)
Zuwanderungsgesetz	Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern vom 30.7.2004 (BGBl. I S. 1950)

ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (Zwangsversteigerungsgesetz) vom 24.3.1897 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 369, 713)
ZWehrR	Zeitschrift für Wehrrecht (1936/37–44)
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen
ZwHeiratBekG	Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften vom 23.6.2011 (BGBl. I S. 1266)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Literaturverzeichnis

Achenbach/Ransiek	Achenbach/Ransiek, Handbuch Wirtschaftsstrafrecht, 3. Aufl. (2011)
AE-EV	Alternativ-Entwurf Reform des Ermittlungsverfahrens (AE-EV); Entwurf eines Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer (2001)
AE-EuStV	Alternativentwurf Europäische Strafverfolgung; hrsg. von Schünemann (2004)
AE-StuM	Alternativ-Entwurf Strafjustiz und Medien (AE-StuM: Entwurf eines Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer (2004)
Ahlbrecht/Böhm/Esser/Hugger/Kirsch/Rosenthal	Ahlbrecht/Böhm/Esser/Hugger/Kirsch/Rosenthal, Internationales Strafrecht in der Praxis (2008)
AK	Alternativkommentar zur Strafprozeßordnung, Bd. I (§§ 1 bis 93; 1988), Bd. II 1 (§§ 94 bis 212b; 1992), Bd. II 2 (§§ 213 bis 275; 1993), Bd. III (§§ 276 bis 477; 1996)
AK-GG	Alternativkommentar zum Grundgesetz, Bd. I (Art. 1 bis 37; 1989), Bd. II (Art. 38 bis 148; 1989)
AK-StGB	Alternativkommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. I (§§ 1 bis 21; 1990), Bd. III (§§ 80 bis 145d; 1986)
AK-StVollzG	Feest/Lesting, Kommentar zum Strafvollzugsgesetz, AK-StVollzG), 6. Aufl. (2012)
AnwK-StPO	Krekeler/Löffelmann/Sommer, AnwaltKommentar zur Strafprozessordnung 2. Aufl. (2010)
AnwK-StGB	Leipold/Tsambikakis/Zöller (Hrsg.), AnwaltKommentar StGB (2011)
AnwK-UHaft	König (Hrsg.), AnwaltKommentar Untersuchungshaft (2011)
Albrecht	Albrecht, Jugendstrafrecht, 3. Aufl. (2000)
Albrecht (Krim.)	Albrecht, Kriminologie, 3. Aufl. (2005)
Alsberg	Alsberg, Der Beweisantrag im Strafprozeß, 6. Aufl. (2013)
Ambos	Ambos, Internationales Strafrecht, 3. Aufl. (2011)
Arloth	Arloth, Strafprozeßrecht (1995)
Arloth (StVollzG)	Arloth, Strafvollzugsgesetz, 3. Aufl. (2011)
Aschrott	Reform des Strafprozesses, kritische Besprechung der von der Kommission für die Reform des Strafprozesses gemachten Vorschläge, hrsg. von Aschrott (1906)
Artkämper	Artkämper, Die „gestörte“ Hauptverhandlung, 4. Aufl. (2013)
Artkämper/Sotelsek	Artkämper/Sotelsek, Praxiswissen Strafverfahren bei Tötungsdelikten (2011)
Aubert	Aubert, Fernmelderecht I , 3. Aufl. (1976)
Barton	Barton, Mindeststandards der Strafverteidigung (1994)
Barton (Verfahrensg.)	Barton, Verfahrensgerechtigkeit und Zeugenbeweis (2002)
Barton (Strafverteidigung)	Barton, Einführung in die Strafverteidigung (2007)

Baumann	Baumann, Grundbegriffe und Verfahrensprinzipien des Strafprozeßrechts, 3. Aufl. (1979)
Baumann/Weber/Mitsch	Baumann/Weber/Mitsch, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Lehrbuch, 11. Aufl. (2003)
Baumbach/Lauterbach/ Albers/ Hartmann	Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Zivilprozessordnung, Kurzkommentar, 71. Aufl. (2013)
Beck/Berr	Beck/Berr, OWi-Sachen im Straßenverkehrsrecht, 5. Aufl. (2006)
Beck/Bemmann	Beck/Bemmann, Fälle und Lösungen zur StPO (2004)
Beling	Beling, Deutsches Reichsstrafprozeßrecht (1928)
Bender/Nack/Treuer	Bender/Nack/Treuer, Tatsachenfeststellung vor Gericht, 3. Aufl. (2007)
Benfer/Bialon	Benfer/Bialon, Rechtseingriffe von Polizei und Staatsanwaltschaft, 4. Aufl. (2010)
Bente	Bente, Handbuch Wirtschaftsstrafrecht (2004)
Berz/Burmann	Berz/Burmann, Handbuch des Straßenverkehrsrechts, Loseblattausgabe, 2 Bände (2004)
Beulke	Beulke, Strafprozessrecht, 12. Aufl. (2012)
Beulke/Ruhmannseder	Beulke/Ruhmannseder, Die Strafbarkeit des Verteidigers 2. Aufl. (2010)
Birkenstock	Birkenstock, Verfahrensrügen im Strafprozess – Rechtsprechungssammlung, 2 Bände (2004)
Birkmeyer	Birkmeyer, Deutsches Strafprozeßrecht (1898)
Bock	Bock, Criminal Compliance (2011)
Bockemühl	Handbuch des Fachanwalts Strafrecht, hrsg. von Bockemühl, 5. Aufl. (2011)
Bohnert (Ordnungsw.)	Bohnert, Ordnungswidrigkeitenrecht, 4. Aufl. (2010)
Bohnert (OWiG)	Bohnert, Kommentar zum Ordnungswidrigkeitenrecht, 3. Aufl. (2010)
Bohnert	Bohnert, Beschränkungen der strafprozessualen Revision durch Zwischenverfahren (1983)
Bonn.Komm.	Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Loseblattausgabe (ab 1950)
Booß	Booß, Straßenverkehrsordnung, Kommentar, 3. Aufl. (1980)
Bouska/Laeverenz	Bouska/Laeverenz, Fahrerlaubnisrecht, 3. Aufl. (2004)
Böhm/Feuerhelm	Böhm/Feuerhelm, Einführung in das Jugendstrafrecht, 4. Aufl. (2004)
Böhm (Strafvollzug)	Böhm, Strafvollzug (2003)
Böse	Böse (Hrsg.), Europäisches Strafrecht, Enzyklopädie Europarecht, Band 9 (2013)
Brandstetter	Brandstetter, Straffreiheitsgesetz, Kommentar (1956)
Brenner	Brenner, Ordnungswidrigkeitenrecht (1996)
Breyer/Mehle/Osnabrügge/ Schaefer	Breyer/Mehle/Osnabrügge/Schaefer, Strafprozessrecht (2005)
von Briel	von Briel, Steuerstrafrecht, 2. Aufl. (2001)
Bringewat	Bringewat, Strafvollstreckung, Kommentar zu den §§ 449 bis 463d StPO (1993)
Brodag	Brodag, Strafverfahrensrecht, Kurzlehrbuch zum Ermittlungsverfahren, 12. Aufl. (2008)
Brunner	Brunner, Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft, 12. Aufl. (2012)

Brunner/Dölling	Brunner/Dölling, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 12. Aufl. (2011)
Bruns/Schröder/Tappert	Bruns/Schröder/Tappert, Kommentar zum strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (1993)
Brüssow/Gatzweiler/ Krekeler/Mehle	Brüssow/Gatzweiler/Krekeler/Mehle, Strafverteidigung in der Praxis, 4. Aufl. (2007)
Buddendiek/Rutkowski	Buddendiek/Rutkowski, Lexikon des Nebenstrafrechts, zugleich Registerband zum Erbs/Kohlhaas, Strafrechtliche Nebengesetze, 35. Aufl. (2012)
Burchardi/Klempahn/Wetterich	Burchardi/Klempahn/Wetterich, Der Staatsanwalt und sein Arbeitsgebiet, 5. Aufl. (1982)
Burhoff (Ermittlungsv.)	Burhoff, Handbuch für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren, 6. Aufl. (2012)
Burhoff (Hauptv.)	Burhoff, Handbuch für die strafrechtliche Hauptverhandlung, 7. Aufl. (2012)
Burhoff/Stephan	Burhoff/Stephan, Strafvereitelung durch Strafverteidiger (2008)
Burhoff/Kotz	Burhoff/Kotz, Handbuch für strafrechtliche Rechtsmittel und Rechtsbehelfe (2012)
Burmann/Heß/Jahnke/Janker	Burmann/Heß/Jahnke/Janker, Straßenverkehrsrecht, 22. Aufl. (2012)
Calliess/Müller-Dietz	Calliess/Müller-Dietz, Strafvollzugsgesetz, Kommentar, 11. Aufl. (2008)
Ciolek-Krepold	Ciolek-Krepold, Durchsuchung und Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen (2000)
Corstens/Pradel	Corstens/Pradel, European Criminal Law (2002)
Cramer	Cramer, Straßenverkehrsrecht StVO – StGB, Kommentar, 2. Aufl. (1977)
Cramer/Bürgle	Cramer/Bürgle, Die strafprozessualen Beweisverwertungsverbote, 2. Aufl. (2004)
Cramer/Cramer	Cramer/Cramer, Anwalts-Handbuch Strafrecht (2002)
Cryer/Friman/Robinson/Wilmshurst	Cryer/Friman/Robinson/Wilmshurst, An Introduction to International Criminal Law and Procedure (2010)
Cullen/Jund	Cullen/Jund, Strafrechtliche Zusammenarbeit in der Europäischen Union nach Tampere (2002)
Dahs (Hdb.)	Dahs, Handbuch des Strafverteidigers, 7. Aufl. (2005)
Dahs (Rechtl. Gehör)	Dahs, Rechtliches Gehör im Strafverfahren (1963)
Dahs	Dahs/Dahs, Die Revision im Strafprozess, 8. Aufl. (2012)
Dalcke/Fuhrmann/Schäfer	Dalcke/Fuhrmann/Schäfer, Strafrecht und Strafverfahren, Kommentar, 37. Aufl. (1961)
Dallinger/Lackner	Dallinger/Lackner, Jugendgerichtsgesetz und ergänzende Vorschriften, Kommentar, 2. Aufl. (1965)
Dallmayer/Eickmann	Dallmayer/Eickmann, Rechtspflegergesetz, Kommentar, 31. Aufl. (1996)
Dannecker/Knierim	Dannecker/Knierim, Insolvenzstrafrecht, 2. Aufl. (2011)
Deckers	Deckers, Der strafprozessuale Beweisantrag, 3. Aufl. (2013)
Delmas-Marty	Delmas-Marty, Corpus Juris der strafrechtlichen Regelungen zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union (1998)

Delmas-Marty/Vervaele	Delmas-Marty/Verwaele, The Implementation of the Corpus Juris in the Member States, 4 Bände (2001)
Detter	Detter, Revision im Strafverfahren (2011)
Diemer/Schatz/Sonnen	Diemer/Schatz/Sonnen, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 6. Aufl. (2011)
Dölling/Duttge/Rössner	Dölling/Duttge/Rössner, Gesamtes Strafrecht – Handkommentar 2. Aufl. (2011) (zit.: HK-GS/*Verfasser*)
Doswald-Beck/Kolb	Doswald-Beck/Kolb, Judicial Process and Human Rights – United Nations, European, American and African Systems – Texts and summaries of international case law, 2004
Eb. Schmidt	Eberhard Schmidt, Lehrkommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, Teil I: Die rechtstheoretischen und die rechtspolitischen Grundlagen des Strafverfahrensrechts, 2. Aufl. (1964); Teil II: Erläuterungen zur Strafprozeßordnung und zum Einführungsgesetz (1957); Teil III: Erläuterungen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zum Einführungsgesetz (1960), Nachtrag I: Nachträge und Ergänzungen zu Teil II (1967), Nachtrag II: Nachtragsband II (1970)
Eb. Schmidt (Geschichte)	Schmidt, Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, 3. Aufl. (1965)
Eb. Schmidt (Kolleg)	Schmidt, Deutsches Strafprozeßrecht, ein Kolleg (1967)
Eberth/Müller/Schütrumpf	Eberth/Müller/Schütrumpf, Verteidigung in Betäubungsmittelsachen, 5. Aufl. (2009)
Eidam	Eidam, Unternehmen und Strafe, 3. Aufl. (2008)
Eisenberg	Eisenberg, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 16. Aufl. (2013)
Eisenberg (Beweismittel)	Eisenberg, Persönliche Beweismittel in der StPO, 2. Aufl. (1996)
Eisenberg (Beweisrecht)	Eisenberg, Beweisrecht der StPO, Spezialkommentar, 8. Aufl. (2013)
Eisenberg (Krim.)	Eisenberg, Kriminologie, 6. Aufl. (2005)
Endriß (BtM-Verfahren)	Endriß, Verteidigung in Betäubungsmittelverfahren (1998)
Endriß/Malek	Endriß/Malek, Betäubungsmittelstrafrecht, 3. Aufl. (2008)
Engländer	Engländer, Examensrepetitorium Strafprozessrecht, 5. Aufl. (2011)
Erbs/Kohlhaas	Erbs/Kohlhaas, Strafrechtliche Nebengesetze, Kurzkommentar, Loseblattausgabe, 189. Aufl. (2012)
Eser	Eser, Einführung in das Strafprozeßrecht (1983)
Eser/Hassemer/Burkhardt	Eser/Hassemer/Burkhardt, Die deutsche Strafrechtswissenschaft vor der Jahrtausendwende (2000)
Esser	Esser, Auf dem Weg zu einem europäischen Strafverfahrensrecht (2002)
Esser EuStR	Esser, Europäisches u. Internationales Strafrecht (2013)
Fahl	Fahl, Rechtsmißbrauch im Strafprozeß (2004)
Fehn/Wamers	Fehn/Wamers, ZfdG – Zollfahndungsdienstgesetz – Handkommentar (2003)
Feisenberger	Feisenberger, Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz (1926)
Ferner	Ferner, Strafzumessung (2005)

Feuerich/Weyland	Feuerich/Weyland, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar, 8. Aufl. (2012)
Fezer	Fezer, Strafprozeßrecht, 2. Aufl. (1995)
Fischer	Fischer, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, Kommentar, 60. Aufl. (2013)
Flore/Tsambikakis	Flore/Tsambikakis (Hrsg.), Steuerstrafrecht (2012)
Franke/Wienroeder	Franke/Wienroeder, BtMG, 3. Aufl. (2008)
Franzen/Gast/Joecks	Franzen/Gast/Joecks, Steuerstrafrecht mit Zoll- und Verbrauchsteuerstrafrecht, 7. Aufl. (2009)
Freyschmidt	Freyschmidt, Verteidigung in Straßenverkehrssachen, 9. Aufl. (2009)
Fromm	Fromm, Verteidigung in Straßenverkehrs- und Ordnungswidrigkeitenverfahren (2011)
Frowein/Peukert	Frowein/Peukert, Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK-Kommentar, 3. Aufl. (2009)
FS 45. DJT	Festschrift für den 45. Deutschen Juristentag (1964)
FS Achenbach	Festschrift für Hans Achenbach zum 70. Geburtstag (2011)
FS Adamovich	Staatsrecht und Staatswissenschaften in Zeiten des Wandels – Festschrift für Ludwig Adamovich zum 60. Geburtstag (1992)
FS AG Strafrecht DAV	Strafverteidigung im Rechtsstaat – 25 Jahre Arbeitsgemeinschaft Strafrecht des Deutschen Anwaltvereins (2009)
FS Amelung	Grundlagen des Straf- und Strafverfahrensrechts – Festschrift für Knut Amelung zum 70. Geburtstag (2009)
FS Androulakis	Festschrift für Nikolaos Androulakis zum 70. Geburtstag (2003)
FS Augsburg	Recht in Europa – Festgabe zum 30-jährigen Bestehen der Juristischen Fakultät Augsburg (2002)
FS Baudenbacher	Economic law and justice in times of globalisation – Festschrift für Carl Baudenbacher (2007)
FS Baumann	Festschrift für Jürgen Baumann zum 70. Geburtstag (1992)
FS Baumgärtel	Festschrift für Gottfried Baumgärtel zum 70. Geburtstag (1990)
FS BayVerfGH	Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs (1997)
FS Bemmann	Festschrift für Günther Bemmann zum 70. Geburtstag (1997)
FS Bernhardt	Recht zwischen Umbruch und Bewahrung – Festschrift für Rudolf Bernhardt (1995)
FG Beulke	Strafverteidigung – Grundlagen und Stolpersteine: Symposion für Werner Beulke (2012)
FS Binding	Festschrift für Karl Binding zum 4. Juni 1911
FS BGH	Festschrift aus Anlass des 50-jährigen Bestehens von Bundesgerichtshof, Bundesanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft beim Bundesgerichtshof (2000)
FS II BGH	50 Jahre Bundesgerichtshof, Festgabe aus der Wissenschaft, hrsg. von Roxin/Widmaier, Bd. IV: Strafrecht (2000)
FS Blau	Festschrift für Günter Blau zum 70. Geburtstag (1985)
FS Bockelmann	Festschrift für Paul Bockelmann zum 70. Geburtstag (1979)
FS Böhm	Festschrift für Alexander Böhm zum 70. Geburtstag (1999)

FS Böttcher	Recht gestalten – dem Recht dienen, Festschrift für Reinhard Böttcher zum 70. Geburtstag (2007)
FS Boujong	Verantwortung und Gestaltung, Festschrift für Karlheinz Boujong zum 65. Geburtstag (1996)
FS BRAK	Festschrift zu Ehren des Strafrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer (2006)
FS Brauneck	Ehrengabe für Anne-Eva Brauneck (1999)
FS Bruns	Festschrift für Hans-Jürgen Bruns zum 70. Geburtstag (1978)
FS Burgstaller	Festschrift für Manfred Burgstaller zum 65. Geburtstag (2004)
FS Carstens	Einigkeit und Recht und Freiheit, Festschrift für Karl Carstens zum 70. Geburtstag (1984)
FS Dahs	Festschrift für Hans Dahs zum 70. Geburtstag (2005)
FS Damaska	Festschrift for Mirjan Damaska (2008)
FS Delbrück	Liber Amicorum Jost Delbrück (2005)
FS Dencker	Festschrift für Friedrich Dencker zum 70. Geburtstag (2012)
FS Doehring	Staat und Völkerrechtsordnung – Festschrift für Karl Doehring; Beiträge zum ausländischen Recht und Völkerrecht Bd. 98 (1989)
FS Dreher	Festschrift für Eduard Dreher zum 70. Geburtstag (1977)
FS Dünnebier	Festschrift für Hanns Dünnebier zum 75. Geburtstag (1982)
FS Eide	Human rights and criminal justice for the downtrodden; Essays in honour of Asbjørn Eide (2003)
FS Eisenberg	Festschrift für Ulrich Eisenberg zum 70. Geburtstag (2009)
FS Engisch	Festschrift für Karl Engisch zum 70. Geburtstag (1969)
FS Ermacora	Fortschritt im Bewußtsein der Grund- und Menschenrechte, Festschrift für Felix Ermacora zum 65. Geburtstag (1988)
FS Eser	Menschengerechtes Strafrecht, Festschrift für Albin Eser zum 70. Geburtstag (2005)
FS Europa-Institut	Europäische Integration und Globalisierung, Festschrift zum 60-jährigen Bestehen des Europa-Instituts (2011)
FS Everling	Festschrift für Ulrich Everling (1993)
FS Faller	Festschrift für Hans Joachim Faller (1984)
FS Fezer	Festschrift für Gerhard Fezer zum 70. Geburtstag (2008)
FS Fiedler	Verfassung – Völkerrecht – Kulturgüterschutz, Festschrift für Wilfried Fiedler zum 70. Geburtstag (2011)
FS Flume	Festgabe für Werner Flume zum 90. Geburtstag (1998)
FS Friauf	Festschrift für Karl Heinrich Friauf (1996)
FS Friebertshäuser	Festgabe für den Strafverteidiger Dr. Heino Friebertshäuser (1997)
FS Gallas	Festschrift für Wilhelm Gallas zum 70. Geburtstag (1973)
FS Geerds	Kriminalistik und Strafrecht, Festschrift für Friedrich Geerds zum 70. Geburtstag (1995)
FS Geiger	Verantwortlichkeit und Freiheit. Die Verfassung als wertbestimmende Ordnung; Festschrift für Willi Geiger zum 80. Geburtstag (1989)
FS Geiß	Festschrift für Karlmann Geiß zum 65. Geburtstag (2000)
FS Geppert	Festschrift für Klaus Geppert zum 70. Geburtstag (2011)

FS Gollwitzer	Verfassungsrecht – Menschenrechte – Strafrecht, Kolloquium für Dr. Walter Gollwitzer zum 80. Geburtstag (2004)
FS Gössel	Festschrift für Karl Heinz Gössel zum 70. Geburtstag (2002)
FS Graßhoff	Der verfasste Rechtsstaat, Festgabe für Karin Graßhoff (1998)
FS Grünwald	Festschrift für Gerald Grünwald zum 70. Geburtstag (1999)
FS Grützner	Aktuelle Probleme des Internationalen Strafrechts, Festschrift für Heinrich Grützner zum 65. Geburtstag (1970)
FS Hacker	Wandel durch Beständigkeit, Festschrift für Jens Hacker (1998)
FS Haffke	Das Dilemma des rechtsstaatlichen Strafrechts: Symposium für Bernhard Haffke zum 65. Geburtstag (2009)
FS Hamm	Festschrift für Rainer Hamm zum 65. Geburtstag (2008)
FS Hanack	Festschrift für Ernst-Walter Hanack zum 70. Geburtstag (1999)
FS Hassemer	Festschrift für Winfried Hassemer zum 70. Geburtstag (2010)
FS Heinitz	Festschrift für Ernst Heinitz zum 70. Geburtstag (1972)
FS Heinz	Festschrift für Wolfgang Heinz zum 70. Geburtstag (2012)
FS Heldrich	Festschrift für Andreas Heldrich zum 70. Geburtstag (2005)
FS Helmrich	Für Staat und Recht, Festschrift für Herbert Helmrich zum 60. Geburtstag (1994)
FS Henkel	Grundfragen der gesamten Strafrechtswissenschaft, Festschrift für Heinrich Henkel zum 70. Geburtstag (1974)
FS Herzberg	Strafrecht zwischen System und Telos, Festschrift für Rolf Dietrich Herzberg zum 70. Geburtstag (2008)
FS Heusinger	Ehrengabe für Bruno Heusinger (1968)
FS Hilger	Datenübermittlungen und Vorermittlungen, Festgabe für Hans Hilger (2003)
FS Hirsch	Berliner Festschrift für Ernst E. Hirsch (1968)
FS B. Hirsch	Mit Recht für Menschenwürde und Verfassungsstaat, Festgabe für Burkhard Hirsch (2007)
FS H. J. Hirsch	Festschrift Hans Joachim Hirsch zum 70. Geburtstag (1999)
FS Hubmann	Beiträge zum Schutz der Persönlichkeit und ihrer schöpferischen Leistung, Festschrift für Heinrich Hubmann zum 70. Geburtstag (1985)
FS Huber	Recht als Prozess und Gefüge, Festschrift für Hans Huber zum 80. Geburtstag (1981)
FS Ismayr	Analyse demokratischer Regierungssysteme, Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag (2010)
FS Jahrreiß	Festschrift für Hermann Jahrreiß zum 70. Geburtstag (1964)
FS II Jahrreiß	Festschrift für Hermann Jahrreiß zum 80. Geburtstag (1974)
FS Jakobs	Festschrift für Günther Jakobs zum 70. Geburtstag (2007)

FS Jescheck	Festschrift für Hans-Heinrich Jescheck zum 70. Geburtstag (1985)
FS Jung	Festschrift für Heike Jung zum 65. Geburtstag (2007)
FS JurGes. Berlin	Festschrift zum 125jährigen Bestehen der Juristischen Gesellschaft zu Berlin (1984)
FS Kaiser	Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht, Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag (1998)
FS Arthur Kaufmann	Strafgerechtigkeit, Festschrift für Arthur Kaufmann zum 70. Geburtstag (1993)
FS Kern	Tübinger Festschrift für Eduard Kern (1968)
FS Kielwein	Dogmatik und Praxis des Strafverfahrens, Beiträge anläßlich des Colloquiums zum 65. Geburtstag von Gerhard Kielwein (1989)
FS Klecatsky	Auf dem Weg zur Menschenwürde und Gerechtigkeit, Festschrift für Hans Klecatsky zum 60. Geburtstag (1980)
FS Klein	Festschrift für Franz Klein zum 60. Geburtstag (1914)
FS Kleinknecht	Strafverfahren im Rechtsstaat, Festschrift für Theodor Kleinknecht zum 75. Geburtstag (1985)
FS Klug	Festschrift für Ulrich Klug zum 70. Geburtstag (1983)
FS Koch	Strafverteidigung und Strafprozeß, Festgabe für Ludwig Koch (1989)
FS Kohlmann	Festschrift für Günter Kohlmann zum 70. Geburtstag (2003)
FS Kralik	Festschrift für Winfried Kralik zum 65. Geburtstag (1986)
FS Krause	Festschrift für Friedrich-Wihelm Krause zum 70. Geburtstag (1990)
FS Krauss	Prozessuales Denken als Innovationsanreiz für das materielle Strafrecht, Kolloquium zum 70. Geburtstag von Detlef Krauss (2006)
FS Kriele	Staatsphilosophie und Rechtspolitik, Festschrift für Martin Kriele zum 65. Geburtstag (1997)
FS Krey	Festschrift für Volker Krey zum 70. Geburtstag (2010)
FS Kunert	Freiheit, Gesetz und Toleranz, Symposium zum 75. Geburtstag von Karl Heinz Kunert (2006)
FS Kühne	Festschrift für Hans-Heiner Kühne zum 70. Geburtstag (2013)
FS Küper	Festschrift für Wilfried Küper zum 70. Geburtstag (2007)
FS Lackner	Festschrift für Karl Lackner zum 70. Geburtstag (1987)
FS Lampe	Jus humanum: Grundlagen des Rechts und Strafrechts, Festschrift für Ernst-Joachim Lampe zum 70. Geburtstag (2003)
FS Lange	Festschrift für Richard Lange zum 70. Geburtstag (1976)
FS Leferenz	Kriminologie – Psychiatrie – Strafrecht, Festschrift für Heinz Leferenz zum 70. Geburtstag (1983)
FS Lenckner	Festschrift für Theodor Lenckner zum 70. Geburtstag (1998)
FS Lerche	Wege und Verfahren des Verfassungslebens, Festschrift für Peter Lerche zum 65. Geburtstag (1993)
FS Loebenstein	Der Rechtsstaat in der Krise – Festschrift für Edwin Loebenstein zum 80. Geburtstag (1991)
FS Loewenstein	Festschrift für Karl Loewenstein zum 80. Geburtstag (1971)

FS von Lübtow	De iustitia et iure – Festschrift für Ulrich von Lübtow zum 80. Geburtstag (1980)
FS Lüderssen	Festschrift für Klaus Lüderssen zum 70. Geburtstag (2002)
FS Machacek und Matscher	Rechtsschutz gestern – heute – morgen, Festgabe zum 80. Geburtstag für Rudolf Machacek und Franz Matscher (2008)
FS Maelicke	Wertschöpfung durch Wertschätzung, Festschrift für Bernd Maelicke zum 70. Geburtstag (2011)
FS Maihofer	Festschrift für Werner Maihofer zum 70. Geburtstag (1988)
FS Maiwald	Fragmentarisches Strafrecht, Für Manfred Maiwald aus Anlass seiner Emeritierung (2003)
FS Mangakis	Festschrift für Georgios Mangakis (1999)
FS Manoledakis	Festschrift für Ioannis Manoledakis (2005)
FS Maurach	Festschrift für Reinhard Maurach zum 70. Geburtstag (1972)
FS Mayer	Beiträge zur gesamten Strafrechtswissenschaft, Festschrift für Hellmuth Mayer zum 70. Geburtstag (1966)
FS Mehle	Festschrift für Volkmar Mehle zum 65. Geburtstag (2009)
FS Meyer-Goßner	Festschrift für Lutz Meyer-Goßner zum 65. Geburtstag (2001)
FS Mezger	Festschrift für Edmund Mezger zum 70. Geburtstag (1954)
FS Middendorf	Festschrift für Wolf Middendorf zum 70. Geburtstag (1986)
FS Miebach	NStZ-Sonderheft – Zum Eintritt in den Ruhestand für Klaus Miebach (2009)
FS Miklau	Strafprozessrecht im Wandel, Festschrift für Roland Miklau zum 65. Geburtstag (2006)
FS Miyazawa	Festschrift für Koichi Miyazawa (1995)
FS Möhring	Festschrift für Philipp Möhring zum 65. Geburtstag (1965)
FS Mosler	Völkerrecht als Rechtsordnung, Internationale Gerichtsbarkeit, Menschenrechte; Festschrift für Hermann Mosler zum 70. Geburtstag (1983)
FS E. Müller	Opuscula Honoraria, Egon Müller zum 65. Geburtstag (2003)
FS E. Müller II	Festschrift für Egon Müller zum 70. Geburtstag (2008)
FS Müller-Dietz	Grundlagen staatlichen Strafens, Festschrift für Heinz Müller-Dietz zum 70. Geburtstag (2001)
FS Nehm	Strafrecht und Justizgewährung, Festschrift für Kay Nehm zum 65. Geburtstag (2006)
FS Nishihara	Festschrift für Harua Nishihara zum 70. Geburtstag (1998)
FS Odersky	Festschrift für Walter Odersky zum 65. Geburtstag (1996)
FS Oehler	Festschrift für Dietrich Oehler zum 70. Geburtstag (1985)
FS Otto	Festschrift für Harro Otto zum 70. Geburtstag (2007)
FS Paarhammer	In mandatis meditari, Festschrift für Hans Paarhammer zum 65. Geburtstag (2012)
FS Partsch	Des Menschen Recht zwischen Freiheit und Verantwortung, Festschrift für Karl Josef Partsch zum 75. Geburtstag (1989)
FS Paulus	Festgabe des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg für Rainer Paulus zum 70. Geburtstag (2009)

FS Peters	Einheit und Vielfalt des Strafrechts, Festschrift für Karl Peters zum 70. Geburtstag (1974)
FS Peters II	Wahrheit und Gerechtigkeit im Strafverfahren, Festgabe für Karl Peters zum 80. Geburtstag (1984)
FS Pfeiffer	Strafrecht, Unternehmensrecht, Anwaltsrecht, Festschrift für Gerd Pfeiffer zum Abschied aus dem Amt als Präsident des Bundesgerichtshofes (1988)
FS Pfenniger	Strafprozeß und Rechtsstaat, Festschrift zum 70. Geburtstag von H. F. Pfenniger (1976)
FS Platzgummer	Festschrift für Winfried Platzgummer zum 65. Geburtstag (1995)
FS Pöttering	Processus Criminalis Europeus, Festschrift für Hans-Gert Pöttering (2008)
FS Puppe	Strafrechtswissenschaft als Analyse und Konstruktion, Festschrift für Ingeborg Puppe zum 70. Geburtstag (2011)
FS Rebmann	Festschrift für Kurt Rebmann zum 65. Geburtstag (1989)
FS Reichsgericht	Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben, Festgabe der juristischen Fakultäten zum 50jährigen Bestehen des Reichsgerichts, Bd. 5, Strafrecht und Strafprozeß (1929)
FS Reichsjustizamt	Vom Reichsjustizamt zum Bundesministerium der Justiz, Festschrift zum 100jährigen Gründungstag des Reichsjustizamtes am 1.1.1877 (1977)
FS Remmers	Vertrauen in den Rechtsstaat, Beiträge zur deutschen Einheit im Recht, Festschrift für Walter Remmers (1995)
FS Ress	Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte, Festschrift für Georg Ress zum 70. Geburtstag (2005)
FS Richter	Verstehen und Widerstehen, Festschrift für Christian Richter II zum 65. Geburtstag (2006)
FS Rieß	Festschrift für Peter Rieß zum 70. Geburtstag (2002)
FS Rill	Grundfragen und aktuelle Probleme des öffentlichen Rechts – Festschrift für Heinz Peter Rill zum 60. Geburtstag (1995)
FS Rissing-van Saan	Festschrift für Ruth Rissing-van Saan zum 65. Geburtstag (2011)
FS Rittler	Festschrift für Theodor Rittler zu seinem 80. Geburtstag (1957)
FS Rolinski	Festschrift für Klaus Rolinski zum 70. Geburtstag (2002)
FS Rosenfeld	Festschrift für Ernst Heinrich Rosenfeld zu seinem 80. Geburtstag (1949)
FS Rowedder	Festschrift für Heinz Rowedder zum 75. Geburtstag (1994)
FS Roxin	Festschrift für Claus Roxin zum 70. Geburtstag (2001)
FS Roxin II	Festschrift für Claus Roxin zum 80. Geburtstag (2011)
FS Imme Roxin	Festschrift für Imme Roxin zum 75. Geburtstag (2012)
Rudolphi-Symp.	Zur Theorie und Systematik des Strafprozeßrechts, Symposium zu Ehren von Hans-Joachim Rudolphi zum 60. Geburtstag (1995)
FS Rudolphi	Festschrift für Hans-Joachim Rudolphi zum 70. Geburtstag (2004)
FS Rüping	Recht und Macht: zur Theorie und Praxis von Strafe, Festschrift für Hinrich Rüping zum 65. Geburtstag (2008)
FS Rüter	Festschrift für C. F. Rüter zum 65. Geburtstag (2003)
FS Salger	Straf- und Strafverfahrensrecht, Recht und Verkehr, Recht

	und Medizin, Festschrift für Hannskarl Salger zum Abschied aus dem Amt als Vizepräsident des Bundesgerichtshofes (1995)
FS Samson	Festschrift für Erich Samson zum 70. Geburtstag (2010)
FS Sarstedt	Festschrift für Werner Sarstedt zum 70. Geburtstag (1981)
FS Sauer	Festschrift für Wilhelm Sauer zu seinem 70. Geburtstag (1949)
FS G. Schäfer	NJW-Sonderheft für Gerhard Schäfer zum 65. Geburtstag (2002)
FS Schäfer	Festschrift für Karl Schäfer zum 80. Geburtstag (1980)
FS Schindler	Im Dienst an der Gemeinschaft, Festschrift für Dietrich Schindler zum 65. Geburtstag (1989)
FS Schmidt	Festschrift für Eberhard Schmidt zum 70. Geburtstag (1961)
FS Schlochauer	Staatsrecht – Völkerrecht – Europarecht, Festschrift für Hans Jürgen Schlochauer (1981)
FS Schlüchter	Freiheit und Verantwortung in schwieriger Zeit, Kritische Studien aus vorwiegend straf(prozess-)rechtlicher Sicht zum 60. Geburtstag von Ellen Schlüchter (1998)
FS H. Schmidt	Kostenerstattung und Streitwert, Festschrift für Herbert Schmidt (1981)
FS Schmidt-Leichner	Festschrift für Erich Schmidt-Leichner zum 65. Geburtstag (1975)
FS Schmitt-Glaeser	Recht im Pluralismus, Festschrift für Walter Schmitt-Glaeser zum 70. Geburtstag (2003)
FS Schneider	Kriminologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Festschrift für Hans Joachim Schneider zum 70. Geburtstag (1998)
FS Schöch	Festschrift für Heinz Schöch zum 70. Geburtstag (2010)
FS Schreiber	Strafrecht, Biorecht, Rechtsphilosophie, Festschrift für Hans-Ludwig Schreiber zum 70. Geburtstag (2003)
FS Schroeder	Festschrift für Friedrich-Christian Schroeder zum 70. Geburtstag (2006)
FS Schüler-Springorum	Festschrift für Horst Schüler-Springorum zum 65. Geburtstag (1993)
FS Schultz	Lebendiges Strafrecht. Festgabe zum 65. Geburtstag von Hans Schultz (1977)
FS Schwind	Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen, Festschrift für Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag (2006)
FS Seebode	Festschrift für Manfred Seebode zum 70. Geburtstag (2008)
FS Seidl-Hohenveldern	Völkerrecht, Recht der Internationalen Organisationen, Weltwirtschaftsrecht; Festschrift für Ignaz Seidl-Hohenveldern zum 70. Geburtstag (1988)
FS Sendler	Bürger-Richter-Staat, Festschrift für Horst Sendler zum Abschied aus seinem Amt (1991)
FS Spendel	Festschrift für Günter Spendel zum 70. Geburtstag (1992)
FS Spinellis	Festschrift für Dionysios Spinellis zum 70. Geburtstag (1999–2003)
FS StA Schleswig-Holstein	Strafverfolgung und Strafverzicht, Festschrift zum 125jährigen Bestehen der Staatsanwaltschaft Schleswig-Holstein (1992)

FS Steinberger	Tradition und Weltoffenheit des Rechts, Festschrift für Helmut Steinberger (2002)
FS Steinhilper	Kriminologie und Medizinrecht, Festschrift für Gernot Steinhilper zum 70. Geburtstag (2013)
FS Stober	Festschrift für Rolf Stober, Wirtschaft – Verwaltung – Recht (2008)
FS Stock	Studien zur Strafrechtswissenschaft, Festgabe für Ulrich Stock zum 70. Geburtstag (1966)
FS Stöckel	Strafrechtspraxis und Reform, Festschrift für Heinz Stöckel zum 70. Geburtstag (2010)
FS Strauda	Festschrift zu Ehren des Strafrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer anlässlich seiner 196. Tagung vom 13.–15.10.2006 in Münster (2006)
FS Stree/Wessels	Beiträge zur Rechtswissenschaft, Festschrift für Walter Stree und Johannes Wessels zum 70. Geburtstag (1993)
FS Szwarc	Vergleichende Strafrechtswissenschaft, Frankfurter Festschrift für Andrzej J. Szwarc zum 70. Geburtstag (2009)
FS Tepperwien	NJW-Festheft zum 65. Geburtstag von Ingeborg Tepperwien (2010)
FS Tiedemann	Strafrecht und Wirtschaftsstrafrecht, Festschrift für Klaus Tiedemann zum 70. Geburtstag (2008)
FS Tondorf	Festschrift für Günter Tondorf zum 70. Geburstag (2004)
FS Trechsel	Strafrecht, Strafprozessrecht und Menschenrechte, Festschrift für Stefan Trechsel zum 65. Geburtstag (2002)
FS Triffterer	Festschrift für Otto Triffterer zum 65. Geburtstag (1996)
FS Tröndle	Festschrift für Herbert Tröndle zum 70. Geburtstag (1989)
FS Trusen	Festschrift für Winfried Trusen zum 70. Geburtstag (1994)
FS Verdross	Völkerrecht und zeitliches Weltbild, Festschrift für Alfred Verdross zum 70. Geburtstag (1960)
FS Verdross II	Ius humanitas, Festschrift für Alfred Verdross zum 90. Geburtstag (1980)
FS Verosta	Völkerrecht und Rechtsphilosophie, Internationale Festschrift für Stephan Verosta zum 70. Geburtstag (1980)
FS Volk	In dubio pro libertate, Festschrift für Klaus Volk zum 65. Geburtstag (2009)
FS von Simson	Grundrechtsschutz im nationalen und internationalen Recht – Festschrift für Werner von Simson zum 75. Geburtstag (1983)
FS Wassermann	Festschrift für Rudolf Wassermann zum 60. Geburtstag (1985)
FS v. Weber	Festschrift für Hellmuth von Weber zum 70. Geburtstag (1963)
FS Weber	Festschrift für Ulrich Weber zum 70. Geburtstag (2004)
FS Weißauer	Ärztliches Handeln – Verrechtlichung eines Berufsstandes; Festschrift für Walther Weißauer zum 65. Geburtstag (1986)
FS Welp	Strafverteidigung in Forschung und Praxis, Kriminalwissenschaftliches Kolloquium aus Anlaß des 70. Geburtstages von Jügen Welp (2006)
FS Welzel	Festschrift für Hans Welzel zum 70. Geburtstag (1974)
FS Widmaier	Strafverteidigung, Revision und die gesamten Strafrechtswissenschaften – Festschrift für Gunter Widmaier zum 70. Geburtstag (2008)

FS Winkler	Beiträge zum Verfassungs- und Wirtschaftsrecht, Festschrift für Günther Winkler (1989)
FS Wolff	Festschrift für Ernst Amadeus Wolff zum 70. Geburtstag (1998)
FS Wolter	Festschrift für Jürgen Wolter zum 70. Geburtstag (2013)
FS Würtenberger	Kultur, Kriminalität, Strafrecht, Festschrift für Thomas Würtenberger zum 70. Geburtstag (1977)
FS Würtenberger II	Verfassungsstaatlichkeit im Wandel, Festschrift für Thomas Würtenberger zum 70. Geburtstag (2013)
FS Würzburger Juristenfakultät	Raum und Recht, Festschrift 600 Jahre Würzburger Juristenfakultät (2002)
FS Zeidler	Festschrift für Wolfgang Zeidler (1987)
FS Zoll	Rechtsstaat und Strafrecht, Festschrift für Andrzej Zoll zum 70. Geburtstag (2012)
Full/Möhl/Rüth	s. Rüth/Berr/Berz
Gaede	Gaede, Fairness als Teilhabe – das Recht auf konkrete und wirksame Teilhabe durch Verteidigung gemäß Art. 6 EMRK (2007)
Gaier/Wolf/Göcken	Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht (2010)
GedS Bleckmann	Rechtssstaatliche Ordnung Europas – Gedächtnisschrift für Albert Bleckmann (2007)
GedS Blomeyer	Recht der Wirtschaft und Arbeit in Europa. Gedächtnisschrift für Wolfgang Blomeyer (2004)
GedS Blumenwitz	Iustitia et Pax, Gedächtnisschrift für Dieter Blumenwitz (2008)
GedS Bruns	Gedächtnisschrift für Rudolf Bruns (1980)
GedS Eckert	Gedächtnisschrift für Jörn Eckert (2008)
GedS Geck	Verfassungsrecht und Völkerrecht, Gedächtnisschrift für Wilhelm Karl Geck (1989)
GedS A. Kaufmann	Gedächtnisschrift für Armin Kaufmann (1986)
GedS H. Kaufmann	Gedächtnisschrift für Hilde Kaufmann (1986)
GedS Keller	Gedächtnisschrift für Rolf Keller (2003)
GedS Küchenhoff	Recht und Rechtsbesinnung, Gedächtnisschrift für Günter Küchenhoff (1987)
GedS Lisken	Lauschen im Rechtsstaat – Zu den Konsequenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum großen Lauschangriff, Gedächtnisschrift für Hans Lisken (2004)
GedS Meurer	Gedächtnisschrift für Dieter Meurer (2002)
GedS Meyer	Gedächtnisschrift für Karlheinz Meyer (1990)
GedS Noll	Gedächtnisschrift für Peter Noll (1984)
GedS H. Peters	Gedächtnisschrift für Hans Peters (1967)
GedS Ryssdal	Protection des droits de l'homme: la perspective européenne/Protecting Human Rights: The European Perspective, Gedächtnisschrift für Rolv Ryssdal (2000)
GedS Schlüchter	Gedächtnisschrift für Ellen Schlüchter (2002)
GedS Schröder	Gedächtnisschrift für Horst Schröder (1978)
GedS Trzaskalik	Gedächtnisschrift für Christoph Trzaskalik (2005)
GedS Vogler	Gedächtnisschrift für Theo Vogler (2004)
GedS Zipf	Gedächtnisschrift für Heinz Zipf (1999)
Geerds	Handbuch der Kriminalistik, begr. von H. Groß, neubearbeitet von Geerds, 10. Aufl. (Bd. I 1977, Bd. II 1978)

Geiger/Khan/Kotzur	Geiger/Khan/Kotzur, EUV/AEUV, Kommentar, 5. Aufl. (2010)
Gerland	Gerland, Der Deutsche Strafprozeß (1927)
Gerold/Schmidt	Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert/Müller-Rabe, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, Kommentar, 20. Aufl. (2012)
Glaser	Glaser, Handbuch des Strafprozesses, in Binding, Systematisches Handbuch der Deutschen Rechtswissenschaft (Bd. I 1883, Bd. II 1885)
Göbel	Göbel, Strafprozess, 8. Aufl. (2013)
Göhler	Göhler, Ordnungswidrigkeitengesetz, Kurzkommentar erläutert von Erich Göhler, fortgef. von Peter König und Helmut Seitz, 16. Aufl. (2012)
Götz/Tolzmann	Götz/Tolzmann, Bundeszentralregistergesetz, Kommentar, 4. Aufl. (2000); Nachtrag zur 4. Auflage (2003)
Gössel	Gössel, Strafverfahrensrecht, Studienbuch (1977)
Gössel/Dölling	Gössel/Dölling, Strafrecht, Besonderer Teil 1, 2. Aufl. (2004)
Goldschmidt	Goldschmidt, Der Prozeß als Rechtslage (1925)
Grabenwarter/Pabel	Grabenwarter/Pabel, Europäische Menschenrechtskonvention, 5. Aufl. (2012)
Grabitz/Hilf/Nettesheim	Grabitz/Hilf/Nettesheim, Das Recht der Europäischen Union, begr. von Grabitz, Loseblattausgabe (ab 1999)
Graf	Graf, Strafprozessordnung, 2. Aufl. (2012)
Graf (BGH Jahr)	Graf, BGH-Rechtsprechung Strafrecht 2010 (2011); 2011/2012 (2012)
Graf/Jäger/Wittig	Graf/Jäger/Wittig, Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (2011)
Graf zu Dohna	Graf zu Dohna, Das Strafprozeßrecht, 3. Aufl. (1929)
Greeve/Leipold	Greeve/Leipold, Handbuch des Baustrafrechts (2004)
Grote/Marauhn	Grote/Marauhn, EMRK/GG, Konkordanzkommentar zum europäischen und deutschen Grundrechtsschutz (2006)
Grunau/Tiesler	Grunau/Tiesler, Strafvollzugsgesetz, Kommentar, 2. Aufl. (1982)
Grützner/Pötz/Kreß	Grützner/Pötz/Kreß, Internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen, Loseblattausgabe, 3. Aufl. (ab 2008)
Guradze	Guradze, Die Europäische Menschenrechtskonvention, 1968
Gürtner	Das kommende deutsche Strafverfahren, Bericht der amtlichen Strafprozeßkommission, hrsg. von Gürtner (1938)
Habschick	Habschick, Erfolgreich Vernehmen, 3. Aufl. (2012)
Hackner/Schierholt	Hackner/Schierholt, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, 2. Aufl. (2012)
Hahn	Hahn, Die gesamten Materialien zur Strafprozeßordnung und dem Einführungsgesetz, Bd. I (1880), Bd. II (1881)
Haller/Conzen	Haller/Conzen, Das Strafverfahren, 6. Aufl. (2011)
Hamm/Hassemer/Pauly	Hamm/Hassemer/Pauly, Beweisantragsrecht, 2. Aufl. (2007)
Hamm	Hamm, Die Revision in Strafsachen, 7. Aufl. (2010)
Hanack-Symp.	Aktuelle Probleme der Strafrechtspflege, Beiträge eines Symposions anläßlich des 60. Geburtstags von Ernst Walter Hanack (1991)
Hansens	Hansens, RVG, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 9. Aufl. (2009)

Hartmann	Hartmann, Kostengesetze, 43. Aufl. (2013)
Hartung/Schons/Enders	Hartung/Schons/Enders, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), Kommentar, 2. Aufl. (2013)
Haupt/Weber/Bürner/Frankfurth/ Luxemburger/Marth	Haupt/Weber/Bürner/Frankfurth/Luxemburger/Marth, Handbuch Opferschutz und Opferhilfe, 2. Aufl. (2003)
HdbVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts, hrsg. von Benda/Maihofer/Vogel, 2. Aufl. (1994)
Hecker	Hecker, Europäisches Strafrecht, 4. Aufl. (2012)
Heghmanns	Heghmanns, Das Arbeitsgebiet des Staatsanwalts, 4. Aufl. (2010)
Heghmanns, Verteidigung	Heghmanns, Verteidigung in Strafvollstreckung und Strafvollzug, 2. Aufl. (2012)
Heghmanns/Scheffler	Heghmanns/Scheffler, Handbuch zum Strafverfahren (2008) (zit.: HbStrVf/*Verfasser*)
Hellebrand	Hellebrand, Die Staatsanwaltschaft (1999)
Hellmann	Hellmann, Strafprozessrecht, 2. Aufl. (2005)
Henkel	Henkel, Strafverfahrensrecht, Lehrbuch, 2. Aufl. (1968)
Henssler/Prütting	Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar, hrsg. von Henssler/Prütting, 3. Aufl. (2010)
Hentschel	Hentschel, Fahrverbot – Führerscheinentzug, Band I, Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, 10. Aufl. (2006)
Hentschel/König/Dauer	Hentschel/König/Dauer, Straßenverkehrsrecht, 42. Aufl. (2013)
Herrmann	Herrmann, Untersuchungshaft (2007)
Heselhaus/Nowak	Heselhaus/Nowak, Handbuch der Europäischen Grundrechte (2006)
Herzog/Mülhausen	Herzog/Mülhausen, Geldwäschebekämpfung und Gewinnabschöpfung (2006)
von Hippel	von Hippel, Der deutsche Strafprozeß, Lehrbuch (1941)
HK	Heidelberger Kommentar zur Strafprozeßordnung, 5. Aufl. (2012)
HK-GS	*siehe* Dölling/Duttge/Rössner
HK-OWiG	Heidelberger Kommentar zum Ordnungswidrigkeitenrecht, 2. Aufl. (2005)
Höflich/Schriever	Höflich/Schriever, Grundriss Vollzugsrecht, 3. Aufl. (2003)
Hofmann	Hofmann, IPBPR Erläuterung, in: Das Deutsche Bundesrecht I A 10c (1986)
von Holtzendorff	von Holtzendorff, Handbuch des deutschen Strafprozesses (1879)
HRRS-FG Fezer	HRRS-Festgabe für Gerald Fezer zum 70. Geburtstag (2008)
Ignor/Rixen	Ignor/Rixen, Handbuch Arbeitsstrafrecht, 2. Aufl. (2008)
IK-EMRK	Pabel/Schmahl (Hrsg.), Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention
Ipsen	Ipsen, Völkerrecht, 5. Aufl. 2004
Isele	Isele, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar (1976)
Jacobs/White/Ovey	Jacobs/White/Ovey, The European Convention on Human Rights, 5. Aufl. 2010
Jahn/Krehl/Löffelmann/Güntge	Die Verfassungsbeschwerde in Strafsachen (2011)
Jahn/Nack (I)	Jahn/Nack (Hrsg.), Strafprozessrechtspraxis und Rechtswissenschaft, 1. Karlsruher Strafrechtsdialog (2007)

Jahn/Nack (II)	Jahn/Nack (Hrsg.), Rechtsprechung, Gesetzgebung, Lehre: Wer regelt das Strafrecht?, 2. Karlsruher Strafrechtsdialog (2009)
Jahn/Nack (III)	Jahn/Nack (Hrsg.), Gegenwartsfragen des europäischen und deutschen Strafrechts, 3. Karlsruher Strafrechtsdialog (2011)
Jakobs	Jakobs, Strafrecht Allg. Teil, Lehrbuch, 2. Aufl. (1991)
Janiszewski	Janiszewski, Verkehrsstrafrecht, 5. Aufl. (2004)
Jansen	Jansen, Zeuge und Aussagepsychologie, 2. Aufl. (2011)
Janssen	Janssen, Gewinnabschöpfung im Strafverfahren (2007)
Jarass	Jarass, Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2010)
Jarass/Pieroth	Jarass/Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 12. Aufl. (2012)
Jescheck/Weigend	Jescheck/Weigend, Lehrbuch des Strafrechts, Allgemeiner Teil, 5. Aufl. (1996)
Jessnitzer/Ulrich	Jessnitzer, Der gerichtliche Sachverständige, Handbuch für die Praxis, 12. Aufl. (2007)
Joachimski/Haumer	Joachimski/Haumer, Strafverfahrensrecht, 5. Aufl. (2006)
Joecks	Joecks, Studienkommentar StPO, 3. Auflage (2011)
John	John, Strafprozeßordnung, Kommentar, Bd. I (1884), Bd. II (1888), Bd. III Lfg. 1 (1889)
Jung	Jung, Praxiswissen Strafverteidigung von Ausländern (2009)
Junker	Junker, Beweisantragsrecht im Strafprozess (2007)
Junker/Armatage	Junker/Armatage, Praxiswissen Strafverteidigung (2009)
Kaiser	Kaiser, Kriminologie, Lehrbuch, 3. Aufl. (1996)
Kaiser/Schöch	Kaiser/Schöch, Kriminologie, Jugenstrafrecht, Strafvollzug, Lehrbuch, 7. Aufl. (2010)
Kamann	Kamann, Handbuch für die Strafvollstreckung und den Strafvollzug, 2. Aufl. (2008)
Kammeier	Kommentar zum Maßregelvollzugsrecht, hrsg. von Kammeier, 3. Aufl. (2010)
Karpenstein/Mayer	Karpenstein/Mayer (Hrsg.), EMRK – Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (2012)
Katholnigg	Katholnigg, Strafgerichtsverfassungsrecht, 3. Aufl. (1999)
Kämmerer/Eidenmüller	Kämmerer/Eidenmüller, Post- und Fernmeldewesen (1971)
Kindhäuser	Kindhäuser, Strafgesetzbuch, Lehr- und Praxiskommentar, 5. Aufl. (2012)
Kindhäuser (StPO)	Kindhäuser, Strafprozessrecht, 3. Aufl. (2013)
Kinzig	Kinzig, Die rechtliche Bewältigung von Erscheinungsformen organisierter Kriminalität (2004)
Kirsch	Kirsch (Hrsg.), Internationale Strafgerichtshöfe (2005)
Kissel/Mayer	Kissel/Mayer, Gerichtsverfassungsgesetz, Kommentar, 7. Aufl. (2013)
Klemke/Elbs	Klemke/Elbs, Einführung in die Praxis der Strafverteidigung, 2. Aufl. (2009)
KK	Karlsruher Kommentar zur Strafprozeßordnung, hrsg. von Pfeiffer, 6. Aufl. (2008)
KK-OWiG	Karlsruher Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz, hrsg. von Boujong, 3. Aufl. (2006)

Klein/Orlopp	Klein, Abgabenordnung, Kommentar, 11. Aufl. (2012)
Klemke/Elbs	Klemke/Elbs, Einführung in die Praxis der Strafverteidigung (2007)
Klesczewski	Klesczewski, Strafprozessrecht (2007)
KMR	Kommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, hrsg. von Heintschel-Heinegg/Stöckel, Loseblattausgabe (ab 1998)
Knierim/Rübenstahl/Tsambikakis	Knierim/Rübenstahl/Tsambikakis (Hrsg.), Internal Investigations (2012)
Koch/Scholtz	Koch/Scholtz, Abgabenordnung, Kommentar, 5. Aufl. (1996)
König	König, Anwaltkommentar Untersuchungshaft (2011)
Koeniger	Koeniger, Die Hauptverhandlung in Strafsachen (1966)
Körner/Patzak/Volkmer	Körner/Patzak/Volkmer, Betäubungsmittelgesetz, Kommentar, 7. Aufl. (2012)
Kohlmann	Kohlmann, Steuerstrafrecht mit Ordnungswidrigkeitenrecht und Verfahrensrecht, Loseblattausgabe
Kohlrausch	Kohlrausch, Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz, Kommentar, 24. Aufl. (1936)
Krack	Krack, Die Rehabilitierung des Beschuldigten im Strafverfahren (2002)
Kramer	Kramer, Grundbegriffe des Strafverfahrensrechts, 7. Aufl. (2009)
Krause/Nehring	Krause/Nehring, Strafverfahrensrecht in der Polizeipraxis (1978)
Krekeler	Krekeler, Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen (2002)
Krey	Krey, Deutsches Strafverfahrensrecht, Bd. I (2006), Band 2 (2007)
von Kries	von Kries, Lehrbuch des Deutschen Strafprozeßrechts (1892)
Kühne	Kühne, Strafprozeßrecht, 8. Aufl. (2010)
Kunz	Kunz, StrEG – Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, 4. Aufl. (2010)
Kunz/Zellner/Gelhausen/Weiner	Kunz/Zellner/Gelhausen/Weiner, Opferentschädigungsgesetz, 5. Aufl. (2010)
Lackner/Kühl	Lackner/Kühl, Strafgesetzbuch, Kommentar, 27. Aufl. (2011)
Laubenthal	Laubenthal, Strafvollzug, 6. Aufl. (2011)
Laubenthal/Baier/Nestler	Laubenthal/Baier/Nestler, Jugendstrafrecht, 2. Aufl. (2010)
Laubenthal/Nestler	Laubenthal/Nestler, Strafvollstreckung (2010)
Leitner/Michalke	Leitner/Michalke, Strafprozessuale Zwangsmaßnahmen (2007)
Lemke/Mosbacher	Lemke/Mosbacher, Ordnungswidrigkeitengesetz, 2. Aufl. (2005)
Lesch	Lesch, Strafprozeßrecht, 2. Aufl. (2001)
von Lilienthal	von Lilienthal, Strafprozeßrecht, Lehrbuch (1923)
Lisken/Denninger	Handbuch des Polizeirechts, hrsg. von Lisken/Denninger, 5. Aufl. (2012)
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 12. Aufl., hrsg. von Laufhütte/Rissing-van Saan/Tiedemann (ab 2006)
Löffler	Löffler, Presserecht, 5. Aufl. (2006)

LR[25]	Löwe-Rosenberg, Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, hrsg. von Rieß, 25. Aufl. (1997 bis 2009)
MAH	Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung, hrsg. von Widmaier (2006)
MAH (WSSt)	Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen, hrsg. von Volk (2006)
Malek	Malek, Verteidigung in der Hauptverhandlung, 4. Aufl. (2011)
Malek (Internet)	Malek, Strafsachen im Internet (2005)
Malek (BtMG)	Malek, Betäubungsmittelstrafrecht, 3. Aufl. (2008)
von Mangoldt/Klein/Starck	von Mangoldt/Klein/Starck, Das Bonner Grundgesetz, 5. Aufl. (2005 ff.), 3 Bd.
Marberth-Kubicki	Marberth-Kubicki, Computer- und Internetstrafrecht 2. Aufl. (2010)
Marschner/Volckart/Lesting	Marschner/Volckart/Lesting, Freiheitsentziehung und Unterbringung, 5. Aufl. (2010)
Marx/Roderfeld	Marz/Roderfeld, Rechtsschutz bei überlangen Gerichts- und Ermittlungsverfahren (2013)
Marxen/Tiemann	Marxen/Tiemann, Die Wiederaufnahme in Strafsachen, 2. Aufl. (2006)
Matt/Renzikowski	Matt/Renzikowski, StGB, Kommentar (2013)
Maunz/Dürig	Maunz/Dürig, Grundgesetz, Kommentar, Loseblattausgabe, 8. Aufl. (ab 2003)
Maurach/Zipf	Maurach/Zipf, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Teilbd. 1, 8. Aufl. (1992)
Maurach/Gössel/Zipf	Maurach/Gössel/Zipf, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Teilbd. 2, 7. Aufl. (1989)
Maurach/Schroeder/Maiwald	Maurach/Schroeder/Maiwald, Strafrecht, Besonderer Teil, Teilbd. 1, 10. Aufl. (2009), Teilbd. 2, 10. Aufl. (2013)
Mayer/Kroiß	Mayer/Kroiß, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 6. Aufl. (2013)
Meier (Kriminologie)	Meier, Kriminologie, 4. Aufl. (2010)
Meier (Sanktionen)	Meier, Strafrechtliche Sanktionen, 3. Aufl. (2009)
Meier/Rössner/Trüg/Wulf	Meier/Rössner/Trüg/Wulf, Jugendgerichtsgesetz (2011)
Mellinghoff	Mellinghoff, Fragestellung, Abstimmungsverfahren und Abstimmungsgeheimnis im Strafverfahren (1988)
Mende	Mende, Grenzen privater Ermittlungen durch den Verletzten einer Straftat (2001)
Merten/Papier	Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa (ab 2004)
Mertens/Stuff	Mertens/Stuff, Verteidigervergütung (2010)
Meyer D.	Meyer D., Strafrechtsentschädigung, 8. Aufl. (2011)
Meyer D. (GKG)	Meyer D., GKG/FamGKG, Kommentar, 12. Aufl. (2012)
Meyer/Höver/Bach	Meyer/Höver/Bach, Die Vergütung und Entschädigung von Sachverständigen, Zeugen, Dritten und von ehrenamtlichen Richtern nach dem JVEG, 25. Aufl. (2010)
Meyer-Goßner (Prozess)	Meyer-Goßner, Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse (2011)
Meyer-Goßner	Meyer-Goßner, Strafprozessordnung mit GVG, Nebengesetzen und ergänzenden Bestimmungen, Kommentar, 56. Aufl. (2013)

Meyer-Goßner/Appl	Meyer-Goßner/Appl, Die Urteile in Strafsachen sowie Beschlüsse und Protokoll der Hauptverhandlung, 28. Aufl. (2008)
Meyer-Ladewig	Meyer-Ladewig, Handkommentar zur EMRK, 3. Aufl. (2011)
Minoggio	Minoggio, Firmenverteidigung, 2. Aufl. (2010)
Mitsch	Mitsch, Recht der Ordnungswidrigkeiten, Lehrbuch, 2. Aufl. (2005)
Momsen/Grützner	Momsen/Grützner, Wirtschaftsstrafrecht (2013)
Möller/Wilhelm	Möller/Wilhelm, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, Gesamtdeutsche Darstellung, 5. Aufl. (2003)
Möthrath/Rüther/Bahr	Möthrath/Rüther/Bahr, Verteidigung ausländischer Beschuldigter (2012)
Müller	Müller, Der Sachverständige im gerichtlichen Verfahren, Handbuch des Sachverständigenbeweises, 3. Aufl. (1988)
Müller (Beiträge)	Müller, Beiträge zum Strafprozessrecht 1969–2001 (2003)
Müller/Sax	s. KMR
Müller-Gugenberger/Bieneck	Wirtschaftsstrafrecht, 5. Aufl. (2011)
von Münch/Kunig	von Münch/Kunig, Grundgesetz, Kommentar, 2 Bände, 6. Aufl. (2012)
Münchhalffen/Gatzweiler	Münchhalffen/Gatzweiler, Das Recht der Untersuchungshaft, 3. Aufl. (2009)
Murmann	Murmann, Prüfungswissen Strafprozessrecht (2008)
MüKo-ZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozeßordnung, hrsg. von Lüke/Walchshofer, 3. Aufl. (2007)
MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, hrsg. von Rixecker/Säcker, 5. Aufl. (ab 2006)
MüKo-StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, hrsg. von Joecks/Miebach (ab 2003), 2. Aufl. (ab 2011)
Niese	Niese, Doppelfunktionelle Prozeßhandlungen (1950)
Nipperdey/Scheuner	Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, 4 Bände (ab 1954)
NK-StGB	Nomos-Kommentar zum Strafgesetzbuch, hrsg. von Kindhäuser/Neumann/Paeffgen, 4. Aufl. (2013)
Nobis	Nobis, Strafverteidigung vor dem Amtsgericht (2011)
Nowak	Nowak, UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte und Fakultativ-Protokoll – CCPR Kommentar, 2. Aufl. (2005)
Nowak	Nowak, CCPR – Commentary – Commentary on the U.N. Covenant on Civil and Political Rights, 2nd Edition (2005)
Oetjen/Endriß	Oetjen/Endriß, Leitfaden Untersuchungshaft (1999)
OK-GG	Beck-Online-Kommentar zum GG
OK-StGB	Beck-Online-Kommentar zum StGB
OK-StPO	Beck-Online-Kommentar zur StPO
Ostendorf	Ostendorf, Strafprozessrecht (2012)
Ostendorf (Jugendstrafrecht)	Ostendorf, Jugendstrafrecht, 7. Aufl. (2013)
Ostendorf (U-Haft)	Ostendorf, Untersuchungshaft und Abschiebehaft (2012)
Ostendorf (JStVollzR)	Ostendorf, Jugendstrafvollzugsrecht, 2. Aufl. (2012)
Ostendorf (Jugendgerichtsgesetz)	Ostendorf, Jugendgerichtsgesetz, 9. Aufl. (2012)

Palandt	Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, Kurzkommentar, 72. Aufl. (2013)
Park	Park, Handbuch Durchsuchung und Beschlagnahme 2. Aufl. (2009)
Park (Kapitalmarkt)	Park, Kapitalmarktstrafrecht, Handkommentar, 3. Aufl. (2013)
Partsch	Partsch, Die Rechte und Freiheiten der Europäischen Menschenrechtskonvention, 1966 (Sonderdruck aus Bettermann/Neumann/Nipperdey (Hrsg.), Die Grundrechte der Welt Bd. I 1)
Peter (Opferanwalt)	Peter, Das 1x1 des Opferanwalts, 2. Aufl. (2013)
Peter	Peter, Das 1x1 der Hauptverhandlung, 2. Aufl. (2011)
Peters/Altwicker (EMRK)	Peters/Altwicker, Europäische Menschenrechtskonvention, 2. Aufl. (2012)
Peters	Peters, Strafprozeß, Lehrbuch, 4. Aufl. (1985)
Peters (Fehlerquellen)	Peters, Fehlerquellen im Strafprozeß, Band I (1970), Band II (1972), Band III (1974)
Pfeiffer	Pfeiffer, Strafprozeßordnung, Kommentar, 5. Aufl. (2005)
Pfordte/Degenhard	Pforte/Degenhard, Der Anwalt im Strafrecht (2005)
Piller/Hermann	Piller/Hermann, Justizverwaltungsvorschriften, Loseblattsammlung
Plötz (Fürsorgepflicht)	Plötz, Die gerichtliche Fürsorgepflicht im Strafverfahren (1980)
Pohlmann/Jabel/Wolf	Pohlmann/Jabel/Wolf, Strafvollstreckungsordnung, Kommentar, 7. Aufl. (2001)
Poller/Teubel	Poller/Teubel, Gesamtes Kostenhilferecht, 2. Aufl. (2013)
Popp	Popp, Grundzüge der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen (2001)
Potrykus	Potrykus, Kommentar zum Jugendgerichtsgesetz, 4. Aufl. (1955)
Protokolle	Protokolle der Kommission für die Reform des Strafprozesses (1905)
Püschel/Bartmeier/Mertens	Püschel/Bartmeier/Mertens, Untersuchungshaft in der anwaltlichen Praxis (2011)
Putzke/Scheinfeld	Putzke/Scheinfeld, Strafprozessrecht, 4. Aufl. (2012)
Quedenfeld/Füllsack	Quedenfeld/Füllsack, Verteidigung in Steuerstrafsachen, 4. Aufl. (2011)
Quellen	Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozeßrechts, hrsg. von Schubert/Regge/Rieß/Schmid, I. Abt. – Weimarer Republik, II. Abt. NS-Zeit – Strafgesetzbuch, III. Abt. NS-Zeit – Strafverfahrensrecht (ab 1988)
Radtke/Hohmann	Radtke/Hohmann, Strafprozessordnung, Kommentar (2011)
Randt	Randt, Der Steuerfahndungsfall (2004)
Ranft	Ranft, Strafprozeßrecht, 3. Aufl. (2005)
Rebmann/Roth/Hermann	Rebmann/Roth/Hermann, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, Kommentar, Loseblattausgabe
Rebmann/Uhlig/Pieper	Rebmann/Uhlig/Pieper, Bundeszentralregistergesetz, Kommentar (1985)

Reisert	Reisert, Anwaltsgebühren im Straf- und Bußgeldrecht, 2. Aufl. (2011)
Ricker/Weberling	Ricker/Weberling, Handbuch des Presserechts, 5. Aufl. (2005)
Riedel/Sußbauer	Riedel/Sußbauer, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 10. Aufl. (2013)
Rieß	Rieß, Beiträge zur Entwicklung der deutschen Strafprozessordnung (2012)
Rode/Legnaro	Rode/Legnaro, Psychiatrische Sachverständige im Strafverfahren (1994)
Röttle/Wagner	Röttle/Wagner, Strafvollstreckung, 8. Aufl. (2009)
Rolletschke	Rolletschke, Steuerstrafrecht, 4. Aufl. (2012)
Rolletschke/Kemper	Rolletschke/Kemper, Steuerverfehlungen – Kommentar zum Steuerstrafrecht (2008)
Rosenberg/Schwab/Gottwald	Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozessrecht, 17. Aufl. (2010)
Rosenfeld	Rosenfeld, Deutsches Strafprozeßrecht, 2 Bände (1926)
Rostek	Rostek, Verteidigung in Kapitalstrafsachen (2012)
Rotberg	Rotberg, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, Kommentar, 5. Aufl., bearbeitet von Kleinwefers, Boujong und Wilts (1975)
Roxin/Schünemann	Roxin/Schünemann, Strafverfahrensrecht, 27. Aufl. (2012)
Roxin (StrafR)	Roxin, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Bd. I, 4. Aufl. (2006), Bd. II (2003)
Roxin-Symp.	Bausteine des Europäischen Strafrechts, Coimbra-Symposium für Claus Roxin, hrsg. von Schünemann/de Figueiredo Dias (1995)
Roxin (I.)	Roxin, I., Die Rechtsfolgen schwerwiegender Rechtsstaatsverstöße in der Strafrechtspflege, 4. Aufl. (2005)
Rönnau	Rönnau, Vermögensabschöpfung in der Praxis (2003)
Rösch (Jugendrichter)	Rösch, Handbuch für den Jugendrichter (2001)
Rösch	Rösch, Das Urteil in Straf- und Bußgeldsachen, 2. Aufl. (2010)
Rüping	Rüping, Das Strafverfahren, 3. Aufl. (1997)
Rüth/Berr/Berz	Rüth/Berr/Berz, Straßenverkehrsrecht, 2. Aufl. (1988)
Sachs	Sachs, Grundgesetz, Kommentar, 6. Aufl. (2011)
Sack	Sack, Umweltschutz-Strafrecht, Erläuterungen der Straf- und Bußgeldvorschriften, Loseblattausgabe (ab 2003)
Satzger	Satzger, Die Europäisierung des Strafrechts (2001)
Satzger (Intern. Strafrecht)	Satzger, Internationales und Europäisches Strafrecht, 6. Aufl. (2013)
Sauer	Sauer, Allgemeine Prozeßrechtslehre (1951)
Schäfer	Schäfer, Die Praxis des Strafverfahrens, 7. Aufl. (2012)
Schäfer/Sander/van Gemmeren	Schäfer/Sander/van Gemmeren, Praxis der Strafzumessung, 5. Aufl. (2013)
Schaffstein/Beulke	Schaffstein/Beulke, Jugendstrafrecht, 14. Aufl. (2002)
Schellenberg	Schellenberg, Die Hauptverhandlung im Strafverfahren, 2. Aufl. (2000)
Schenke	Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht, 7. Aufl. (2011)
Schilken	Schilken, Gerichtsverfassungsrecht, Lehrbuch, 4. Aufl. (2007)
Schlüchter	Schlüchter, Das Strafverfahren, Lehrbuch, 2. Aufl. (1983)
Schlothauer/Weider	Schlothauer/Weider, Untersuchungshaft, 4. Aufl. (2010)

Schlothauer/Weider (Revision)	Schlothauer/Weider, Verteidigung im Revisionsverfahren, 2. Aufl. (2013)
Schmid	Schmid, Die Verwirkung von Verfahrensrügen im Strafprozess (1967)
Schmidt	s. Eb. Schmidt
Schmidt (Ausländer)	Schmidt, Verteidigung von Ausländern, 3. Aufl. (2012)
Schmidt (Gewinnabschöpfung)	Schmidt, Gewinnabschöpfung im Straf- und Bußgeldverfahren (2006)
Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Hopfauf	Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Hopfauf, Kommentar zum Grundgesetz, 12. Aufl. (2011)
Schmidt-Räntsch	Schmidt-Räntsch, Deutsches Richtergesetz, Kommentar, 6. Aufl. (2009)
Schneider	Schneider, Kriminologie, Lehrbuch, 3. Aufl. (1992)
Schneider (JVEG)	Schneider, JVEG, Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (2007)
Schneider/Volpert/Fölsch	Schneider/Volpert/Fölsch (Hrsg.), Gesamtes Kostenrecht (2013)
Schölz/Lingens	Schölz/Lingens, Wehrstrafgesetz, 4. Aufl. (2000)
Schomburg/Lagodny/Gleß/Hackner	Schomburg/Lagodny/Gleß/Hackner, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, 5. Aufl. (2012)
Schönke/Schröder	Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, Kommentar, 28. Aufl. (2010)
Schorn	Schorn, Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und ihr Zusatzprotokoll in Einwirkung auf das deutsche Recht (1965)
Schorn/Stanicki	Schorn/Stanicki, Die Präsidialverfassung der Gerichte aller Rechtswege, 2. Aufl. (1975)
Schroeder/Verrel	Schroeder/Verrel, Strafprozeßrecht, 5. Aufl. (2011)
Schröder	Schröder, Europäische Richtlinien und deutsches Strafrecht (2002)
Schröder (KapitalStR)	Schröder, Handbuch Kapitalmarktstrafrecht, 2. Aufl. (2010)
Schroth	Schroth, Die Rechte des Opfers im Strafprozess, 2. Aufl. (2011)
Schulz/Berke-Müller/Händel	Schulz/Berke-Müller/Händel, Strafprozeßordnung, 7. Aufl. (1983)
Schünemann-Symp.	Empirische und dogmatische Fundamente, kriminalpolitischer Impetus, Symposium für Bernd Schünemann zum 60. Geburtstag, hrsg. von Hefendehl (2005)
Schwind	Schwind, Kriminologie, 21. Aufl. (2011)
Schwind/Böhm/Jehle/Laubenthal	Strafvollzugsgesetz, Kommentar, hrsg. von Schwind/Böhm/Jehle/Laubenthal, 6. Aufl. (2013)
Schwinge	Schwinge, Grundlagen des Revisionsrechts, 2. Aufl. (1960)
Seier	Seier, Verteidigung in Straßenverkehrssachen (2012)
Seifert/Hömig	Seifert/Hömig, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 9. Aufl. (2010)
Simma/Fastenrath	Simma/Fastenrath, Menschenrechte. Ihr Internationaler Schutz, Textsammlung, 6. Aufl. (2010)
Sieber/Brüner/Satzger/v. Heintschel-Heinegg	Sieber/Brüner/Satzger/v. Heintschel-Heinegg, Europäisches Strafrecht (2011)
SK	Systematischer Kommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz (ab 1987)

SK-StGB	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. 1, Allgemeiner Teil, Bd. 2, Besonderer Teil, Loseblattausgabe (ab 1975)
Sommer	Sommer, Effektive Strafverteidigung (2011)
Sowada	Sowada, Der gesetzliche Richter im Strafverfahren (2002)
Stein/Jonas	Stein/Jonas, Zivilprozessordnung, 22. Aufl. (ab 2003)
Stern	Stern, Verteidigung in Mord- und Totschlagsverfahren, 3. Aufl. (2012)
Strauda-Denkschrift	Reform der Verteidigung im Ermittlungsverfahren – Thesen mit Begründung, vorgelegt vom Strafrechtsausschuss der Bundesrechtsanwaltskammer (2004)
Streinz/Ohler/Herrmann	Streinz/Ohler/Herrmann, Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU, 3. Aufl. 2010
Streng	Streng, Strafrechtliche Sanktionen, 3. Aufl. (2012)
Tettinger/Stern	Tettinger/Stern, Kölner Gemeinschaftskommentar zur Europäischen Grundrechte-Charta (2006)
Thomas/Putzo	Thomas/Putzo, Zivilprozessordnung, Kommentar, 34. Aufl. (2013)
Tondorf/Tondorf	Tondorf, Psychologische und psychiatrische Sachverständige im Strafverfahren, 3. Aufl. (2011)
Trechsel	Trechsel, Human Rights in Criminal Prodeedings (2005)
Ulsenheimer	Ulsenheimer, Arztstrafrecht in der Praxis, 4. Aufl. (2007)
Umbach	Umbach, Bundesverfassungsgerichtsgesetz: Mitarbeiterkommentar und Handbuch, 2. Aufl. (2005)
Verdross/Simma	Verdross/Simma, Universelles Völkerrecht, 3. Aufl. (1984)
Villiger	Villiger, Handbuch der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), 2. Aufl. 1999
Vogler/Walter/Wilkitzki	Vogler/Walter/Wilkitzki, Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Kommentar (1983)
Volckart/Pollähne/Woynar	Volckart/Pollähne/Woynar, Verteidigung in der Strafvollstreckung und im Vollzug, 4. Aufl. (2008)
Volk (Prozessvoraussetzungen)	Volk, Prozeßvoraussetzungen im Strafrecht (1978)
Volk/Engländer (Strafprozessrecht)	Volk/Engländer, Grundkurs StPO, 8. Aufl. (2013)
Vordermayer/v. Heintschell-Heinegg	Handbuch für den Staatsanwalt, hrsg. von Vordermayer/v. Heintschell-Heinegg, 4. Aufl. (2012)
Wabnitz/Janovsky	Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts, 3. Aufl. (2007)
Wagner/Kallin/Kruse	Wagner/Kallin/Kruse, Betäubungsmittelstrafrecht, 2. Aufl. (2004)
Wankel	Wankel, Zuständigkeitsfragen im Haftrecht (2002)
Wasmeier/Möhlig	Wasmeier/Möhlig, Strafrecht der Europäischen Union, 2. Aufl. (2008)
Weber	Weber, Betäubungsmittelgesetz, 4. Aufl. (2013)
Weidemann	Weidemann, Die Revision im Strafrecht, 2. Aufl. (2012)
Weihrauch/Bosbach	Weihrauch/Bosbach, Verteidigung im Ermittlungsverfahren 7. Aufl. (2011)
Weiner/Ferber	Weiner/Ferber, Handbuch des Adhäsionsverfahrens (2008)
Welzel	Welzel, Das Deutsche Strafrecht, 11. Aufl. (1969)

Wendler/Hoffmann	Wendler/Hoffmann, Technik und Befragung im Gerichtsverfahren (2009)
Werle	Werle, Völkerstrafrecht, 3. Aufl. (2012)
Wieczorek/Schütze	Wieczorek/Schütze, Zivilprozeßordnung und Nebengesetze, 3. Aufl. (ab 1995)
Wiesneth	Wiesneth, Handbuch für das ermittlungsrichterliche Verfahren (2006)
Wiesneth (U-Haft)	Wiesneth, Untersuchungshaft (2010)
Wiesneth (Bereitschaftsdienst)	Wiesneth, Der amtsgerichtliche Bereitschaftsdienst, 2. Aufl. (2012)
Wolf	Wolf, Gerichtsverfassungsrecht aller Verfahrenszweige 6. Aufl. (1987)
Zieschang/Hilgendorf/Laubenthal	Strafrecht und Kriminalität in Europa, hrsg. von Zieschang/Hilgendorf/Laubenthal (2003)
Zieger	Zieger, Verteidigung in Jugendstrafsachen, 6. Aufl. (2012)
Ziegert	Ziegert, Grundlagen der Strafverteidigung (2000)
Zipf	Zipf, Kriminalpolitik, 2. Aufl. (1980)
Zöller	Zöller, Zivilprozessordnung, Kommentar, 29. Aufl. (2012)
Zwiehoff	Zwiehoff, Der Befangenheitsantrag im Strafverfahren, 2. Aufl. (2013)

Strafprozeßordnung

Vom 1. Februar 1877 in der Fassung der Bekanntmachung
vom 7. April 1987

(BGBl. I S. 1074, 1319)

ERSTES BUCH

Allgemeine Vorschriften

ACHTER ABSCHNITT

Beschlagnahme, Überwachung des Fernmeldeverkehrs, Rasterfahndung, Einsatz technischer Mittel, Einsatz Verdeckter Ermittler und Durchsuchung

Vorbemerkungen

Schrifttum (Auswahl)

Siehe zunächst die Angaben bei den Einzelkommentierungen. *Adam* Aktuelle Rechtsprechung des BVerfG zum Strafrecht und Strafprozessrecht, NStZ **2010** 321; *Ahlers* Grenzbereich zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, Diss. Marburg 1997; *Albers* Die Determination polizeilicher Tätigkeit in den Bereichen der Straftatenverhütung und der Verfolgungsvorsorge, Diss. Bielefeld 2000; *Allgayer* Die Verwendung von Zufallserkenntnissen aus Überwachungen der Telekommunikation gem. §§ 100a f. StPO (und anderen Ermittlungsmaßnahmen), NStZ **2006** 603; *Amelung* Probleme der Einwilligung in strafprozessuale Grundrechtsbeeinträchtigungen, StV **1985** 257; *ders.* Informationsbeherrschungsrechte im Strafprozeß (1990); *ders.* Die Verwertbarkeit rechtswidrig gewonnener Beweismittel zugunsten des Angeklagten und deren Grenzen, StraFo **1999** 181; *ders.* Subjektive Rechte in der Lehre von den strafprozessualen Beweisverboten, FS Bemmann 505; *ders.* Entwicklung, gegenwärtiger Stand und zukunftsweisende Tendenzen der Rechtsprechung zum Rechtsschutz gegen strafprozessuale Grundrechtseingriffe, FS II BGH 911; *ders.* Streit um die Grundlagen der Lehre von den Beweisverwertungsverboten, FS Roxin 1259; *Arzt* Die verfahrensrechtliche Bedeutung polizeilicher Vorfeldermittlungen. Zugleich eine Studie zur Rechtsstellung des von Vorfeldermittlungen betroffenen Personenkreises (2000); *Asbrock* „Zum Mythos des Richtervorbehalts" als wirksames Kontrollinstrument im Zusammenhang mit besonderen polizeilichen Eingriffsbefugnissen, KritV **1997** 255; *ders.* Der Richtervorbehalt – prozessuale Grundrechtssicherung oder rechtsstaatliches Trostpflaster? ZRP **1998** 17; *Bachmann* Probleme des Rechtsschutzes gegen Grundrechtseingriffe im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren (1994); *Bär* Computerkriminalität und EDV-Beweissicherung, in: Wabnitz/Janovsky; *Benfer* Großer Lauschangriff – einmal ganz anders gesehen, NVwZ **1999** 237; *Bernsmann* Heimliche Ermittlungsmethoden und ihre Kontrolle – Ein systematischer Überblick, StV **1998** 217; *Beulke* Hypothetische Kausalverläufe im Strafverfahren bei rechtswidrigem Vorgehen von Ermittlungsorganen, ZStW **103** (1991) 657; *Bienert* Private Ermittlungen und ihre Bedeutung auf dem Gebiet der Beweisverwertungsverbote, Diss. Köln 1997; *Binder* Rechtsprobleme des Einsatzes technischer Mittel gem. §§ 100c, d StPO und des Lausch-

angriffs, Diss. Bonn 1997; *Bittmann* Das staatsanwaltschaftliche Auskunftsverlangen gemäß § 95 StPO – Zugleich Besprechung zu LG Halle und LG Gera, NStZ **2001** 276 –, NStZ **2001** 231; *Bockemühl* Private Ermittlungen im Strafprozeß, Diss. Regensburg 1995/96; *Boetticher/Landau* Plädoyer für eine Stärkung des Richters im Ermittlungsverfahren, FS BGH 555; *Bosch* Aspekte des nemo-tenetur-Prinzips aus verfassungsrechtlicher und strafprozessualer Sicht. Ein Beitrag zur funktionsorientierten Auslegung des Grundsatzes „nemo tenetur se ipsum accusare" (1998); *Brandt/Kukla* Anmerkung zu LG Hildesheim, Beschluss vom 21. April 2010 (26 Qs 58/10, wistra **2010** 414), wistra **2010** 415; *Chirinio Sánchez* Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und seine Geltung im Strafverfahren, am Beispiel der neuen Ermittlungsmethoden in der Strafprozeßordnung, (1999); *Ciolek-Krepold* Durchsuchung und Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen (2000); *Dahs* Die Ausweitung des Widerspruchserfordernisses, StraFo **1998** 253; *Dalakouras* Beweisverbote bezüglich der Achtung der Intimsphäre – unter besonderer Berücksichtigung der Grundrechtsproblematik sowie des griechischen Rechts (1988); *Degener* Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und strafprozessuale Zwangsmaßnahmen (1985); *Dencker* Verwertungsverbote im Strafprozeß (1977); *ders.* Über Heimlichkeit, Offenheit und Täuschung bei der Beweisgewinnung im Strafverfahren, StV **1994** 667; *ders.* Verwertungsverbote und Verwendungsverbote im Strafprozeß, FS Meyer-Goßner 237; *Denninger* Lauschangriff – Anmerkungen eines Verfassungsrechtlers, StV **1998** 401; *Deutsch* Die heimliche Erhebung von Informationen und deren Aufbewahrung durch die Polizei (1992); *Dittrich* Der „Große Lauschangriff" – diesseits und jenseits der Verfassung, NStZ **1998** 336; *Dornach* Der Strafverteidiger als Mitgarant eines justizförmigen Strafverfahrens (1994); *Dörschuck* Polizeiliches Eingriffsrecht. Polizei- und strafverfahrensrechtliche Rechtsgrundlagen vollzugspolizeilicher Eingriffe (2000); *Dudel* Das Widerspruchserfordernis bei Beweisverwertungsverboten (1999); *Duttge* Strafprozessualer Einsatz von V-Personen und Vorbehalt des Gesetzes, JZ **1996** 556; *Einmahl* Gefahr im Verzug und Erreichbarkeit des Ermittlungsrichters bei Durchsuchungen und Beschlagnahmen, NJW **2001** 1393; *Eisenberg* Straf(verfahrens)rechtliche Maßnahmen gegenüber „Organisiertem Verbrechen", NJW **1993** 1033; *Erfurth* Verdeckte Ermittlungen. Problemlösung durch das OrgKG? (1997); *Eschelbach* Rechtsfragen zum Einsatz von V-Leuten, StV **2000** 390; *Feigen* Neue Risiken für die Rechte des Beschuldigten, Rudolphi-Symposium (1995), 161; *Felsch* Zuhälter oder Schornsteinfeger? Gedanken zur „limitierten Tarnkappe" des Verdeckten Ermittlers beim Betreten von Wohnungen nach § 110c Satz 2 StPO, StV **1998** 285; *Fezer* Grundfragen der Beweisverwertungsverbote (1995); *Geiger* Verfassungsfragen der polizeilichen Anwendung der Video-Überwachungstechnologie bei der Straftatbekämpfung (1994); *Gercke* Straftaten und Strafverfolgung im Internet, GA **2012** 474; *ders.* Anmerkung zur Entscheidung des BVerfG vom 12. Oktober 2011 (Az: 2 BvR 236/08, StV 2012, 257), StV **2012** 266; *Germann* Gefahrenabwehr und Strafverfolgung in Internet (2000); *Glaser/Gedeon* Dissonante Harmonie – Zu einem zukünftigen „System" strafprozessualer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen, GA **2007** 415; *Gleß/Lüke* Rechtsschutz gegen grenzüberschreitende Strafverfolgung in Europa, Jura **2000** 400; *Görtz-Leible* Die Beschlagnahmeverbote des § 97 Abs. 1 StPO im Lichte der Zeugnisverweigerungsrechte, 2000, zugl. Diss. Bayreuth 1999; *Gössel* Die Unterscheidung zwischen absoluten und relativen Beweisverwertungsverboten als neuer Ausgangspunkt einer Lehre von den Beweisverboten im Strafprozeß, FS Hanack 277; *Gössel* Über das Verhältnis von Beweisermittlungsverbot und Beweisverwertungsverbot unter besonderer Berücksichtigung der Aufklärungsmaxime der §§ 160, 244 II StPO – Zugleich Besprechung der Beschlüsse des Ermittlungsrichters des BGH – 1 BGs 65/97 und 1 BGs 88/97, NStZ **1998** 126; *Götting* Beweisverwertungsverbote in Fällen gesetzlich nicht geregelter Ermittlungstätigkeit – Durch V-Leute, Scheinaufkäufer und Privatleute (2000); *Graf* Rasterfahndung und organisierte Kriminalität, Diss. Bonn 1997; *Gropp* Besondere Ermittlungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, ZStW **105** (1993) 405; *Groth* Verdeckte Ermittlung im Strafverfahren und Gewinnabschöpfung. Eine verfassungsrechtliche Untersuchung zweier Maßnahmenkomplexe zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (1996); *Grüner* Über den Mißbrauch von Mitwirkungsrechten und die Mitwirkungspflichten des Verteidigers im Strafprozeß (2000); *Grünwald* Beweisrecht der Strafprozeßordnung (1993); *Gruske* Telekommunikationsüberwachung und Pressefreiheit, Diss. 2011; *Günther* Zur strafprozessualen Erhebung von Telekommunikationsdaten – Verpflichtung zur Sachverhaltsaufklärung oder verfassungsrechtlich unkalkulierbares Wagnis? NStZ **2005** 485; *Haas* V-Leute im Ermittlungs- und Hauptverfahren. Neue prozessuale Aspekte (1986); *Haas* Großer Lauschangriff und Anwaltskanzlei, BRAK-Mitt. **1997** 225; *Hamm* Verwertung

rechtswidriger Ermittlungen – nur zugunsten des Beschuldigten? StraFo **1998** 361; *ders.* Der Einsatz heimlicher Ermittlungsmethoden und der Anspruch auf ein faires Verfahren, StV **2001** 81; *Hassemer* Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität (OrgKG), KritJ **1992** 64; *Hefendehl* Die neue Ermittlungsgeneralklausel der §§ 161, 163 StPO: Segen oder Fluch? StV **2001** 700; *Heneka* Rechtsschutz gegen polizeiliche Ermittlungstätigkeit zur Erforschung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, (1993); *Hilger* Über den „Richtervorbehalt" im Ermittlungsverfahren, JR **1990** 485; *ders.* Neues Strafverfahrensrecht durch das OrgKG, NStZ **1992** (I) 457, (II) 523; *ders.* Verdeckte Ermittler, V-Leute, FS Hanack 207; *Hofe* Zur Zulässigkeit von Abhörmaßnahmen in und aus Wohnungen, DuR **1993** 117; *Hofmann* Die Online-Durchsuchung – staatliches „Hacken" oder zulässige Ermittlungsmaßnahme? NStZ **2005** 121; *Hölscher* Der Rechtsschutz und die Mitteilungspflichten bei heimlichen strafprozessualen Zwangsmaßnahmen (2001); *Hoppe* Vorfeldermittlungen im Spannungsverhältnis von Rechtsstaat und der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, Diss. Hamburg 1998; *Hund* Verdeckte Ermittlungen – ein gelöstes Problem? StV **1993** 379; *ders.* Der Einsatz technischer Mittel in Wohnungen. Versuch einer verfassungskonformen Lösung, ZRP **1995** 334; *ders.* Besonderheiten und Eingriffsbefugnisse im Betäubungsmittelstrafverfahren, in: Kreuzer (Hrsg), Handbuch des Betäubungsmittelstrafrechts (1998), § 12; *Jähnke* Verwertungsverbote und Richtervorbehalt beim Einsatz Verdeckter Ermittler, FS Odersky 427; *Joecks* Die Stellung der Kreditwirtschaft im steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen Kunden, WM-Sonderbeilage Nr. 1/**1998**; *Katzer* Die Tätigkeit durch V-Leute als staatliches Handeln, Diss. Kiel 2001; *Kelnhofer* Hypothetische Ermittlungsverläufe im System der Beweisverbote (1994); *Klesczewski* Anmerkung zu BGH, Urteil vom 29. April 2009 (1 StR 701/08, StV 2010, 458), StV **2010** 462; *ders.* Straftataufklärung im Internet – Technische Möglichkeiten und rechtliche Grenzen von strafprozessualen Ermittlungseingriffen im Internet, ZStW **123** (2011) 737; *Köhler* Prozeßrechtsverhältnis und Ermittlungseingriffe, ZStW **107** (1995) 10; *Krach* Rechtsschutz gegen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen, Jura **2001** 737; *Konrad, Sabine* Die Beschlagnahme von Verteidigungsunterlagen – Das deutsche Recht auf dem Prüfstand der Menschenrechte, zugleich ein Beitrag zum Rang der EMRK im innerstaatlichen Recht (2000); *Kretschmer* Der große Lauschangriff auf die Wohnung als strafprozessuale Ermittlungsmaßnahme – BGH-Beschluß vom 15.1.1997 – StB 27/96=NJW 1997, 108 –, Jura **1997** 581; *Krey* Rechtsprobleme des strafprozessualen Einsatzes Verdeckter Ermittler (1993); *ders.* Zur Problematik privater Ermittlungen des durch eine Straftat Verletzten. Zulässigkeit und Schranken privater Straftataufklärung durch den Verletzten, seinen Rechtsanwalt und durch Detektive zum Zwecke der Strafverfolgung (1994); *ders.* Rechtsprobleme beim Einsatz Verdeckter Ermittler einschließlich der elektronischen Überwachung (Lauschangriff) zu ihrem Schutz und als Instrument der Strafverfolgung in Deutschland, JR **1998** 1; *Krey/Haubrich* Zeugenschutz, Rasterfahndung, Lauschangriff, Verdeckte Ermittler – Kritische Stellungnahme zu den strafprozessualen Reformvorschlägen im Gesetzentwurf des Bundesrates zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG), JR **1992** 309; *Kudlich* Strafprozessuale Probleme des Internet. Rechtliche Probleme der Beweisgewinnung in Computernetzen, JA **2000** 227; *ders.* Mitteilung der Bewegungsdaten eines Mobiltelefons als Überwachung der Telekommunikation – BGH NJW **2001** 1587, JuS **2001** 1165; *ders.* Straftaten und Strafverfolgung im Internet, StV **2012** 560; *von Kühlewein* Der Richtervorbehalt im Polizei- und Strafprozessrecht; *Kunz* Durchsuchung und Beschlagnahme im Steuerstrafverfahren, BB **2000** 438; *Lagodny* Verdeckte Ermittler und V-Leute im Spiegel von § 136a StPO als „angewandtem Verfassungsrecht" – Zugleich eine Analyse neuerer BGH-Entscheidungen, StV **1996** 167; *Landau/Sander* Ermittlungsrichterliche Entscheidungen und ihre Revisibilität, StraFo **1998** 397; *Lange* Vorermittlungen. Die Behandlung des staatsanwaltschaftlichen Vorermittlungsverfahrens unter besonderer Berücksichtigung von Abgeordneten, Politikern und Prominenten (1999) (zitiert: Lange); *ders.* Staatsanwaltschaftliche Vorermittlungen – ohne rechtliche Grundlage? DRiZ **2002** 264; *Lesch* „Hörfalle" und kein Ende – Zur Verwertbarkeit von selbstbelastenden Angaben des Beschuldigten in der Untersuchungshaft, GA **2000** 355; *Leutheuser-Schnarrenberger* Der „große Lauschangriff" – Sicherheit statt Freiheit, ZRP **1998** 87; *Lilie* Das Verhältnis von Polizei und Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren, ZStW **106** (1994) 625; *ders.* Verdeckte Ermittler und Vertrauenspersonen, in: Hirsch/Hofmanski/Plywaczewski/Roxin (Hrsg.), Neue Erscheinungsformen der Kriminalität in ihrer Auswirkung auf das Straf- und Strafprozeßrecht. Deutsch-polnisches Strafrechtskolloquium Bialystok/Rajgród 12.–17. September 1995 (1996),

499; *Lindemann* Straftaten von erheblicher Bedeutung. Von der Karriere eines unbestimmten Rechtsbegriffs, KritJ **2000** 86; *Lisken* Anhörung zum „Großen Lauschangriff". Eine Dokumentation der Stellungnahmen einiger Sachverständiger im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages am 21. November 1997, KritJ **1998** 106; *Löffelmann* Die Übertragbarkeit der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts zur akustischen Wohnraumüberwachung auf die Telekommunikationsüberwachung und andere verdeckte Ermittlungsmaßnahmen, ZStW **118** (2006) 358; *ders.* Die Lehre von den Verwertungsverboten oder die Freude am Hindernislauf auf Umwegen, JR **2009** 10; *Lohner* Der Tatverdacht im Ermittlungsverfahren. Begriff, rechtliche Ausgestaltung, praktische Handhabung und Kontrolle am Beispiel der polizeilichen Verdachtsfeststellung (1994); *Lützner* Strafprozessuale Zwangs- und Überwachungsmaßnahmen im Recht der USA und der Bundesrepublik Deutschland (1999); *Mahlstedt* Die verdeckte Befragung des Beschuldigten im Auftrag der Polizei, zugl. Diss Regenburg 2011; *Makrutzki* Verdeckte Ermittlungen im Strafprozeß. Rechtswissenschaftliche Analyse – Rechtsvergleichende Studie mit dem U.S.-amerikanischen Prozeßrecht (2000), zugl. Diss. Freiburg i.Br. 1998, *Malek/Wohlers* Zwangsmaßnahmen und Grundrechtseingriffe im Ermittlungsverfahren, 2. Aufl. (2001); *Maul* Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Verdeckten Ermittler, StraFo **1997** 38; *Maul* Die Probleme des Bundesgerichtshofs mit der Tatprovokation, FS BGH 567; *Maul/Eschelbach* Zur „Widerspruchslösung" von Beweisverwertungsverboten in der Rechtsprechung, StraFo **1996** 66; *Meertens* Das Gesetz gegen die Organisierte Kriminalität, eine unerträgliche Geschichte! ZRP **1992** 205; *Mertens* Strafprozessuale Grundrechtseingriffe und Bindung an den Wortsinn der ermächtigenden Norm (1996), zugl. Diss. Bonn 1995; *Messer/Siebenbürger* Eingriffsmaßnahmen, in: Vordermayer/von Heintschel-Heinegg (Hrsg.) Handbuch für den Staatsanwalt, 2000, Teil A Kap. 1; *Meurer* Informelle Ausforschung, FS Roxin 1281; *Meyer/Hetzer* Neue Gesetze gegen die Organisierte Kriminalität. Geldwäschebekämpfung, Gewinnabschöpfung und Einsatz technischer Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen zu Beweiszwecken im Bereich der Strafverfolgung, NJW **1998** 1017; *Meyer-Goßner* Theorie ohne Praxis und Praxis ohne Theorie im Strafverfahren, ZRP **2000** 345; *Meyer-Goßner/Appl* Die Ausweitung des Widerspruchserfordernisses, StraFo **1998** 258; *Möhrenschläger* Das OrgKG – eine Übersicht nach amtlichen Materialien, wistra **1992** 281; *Möllers* Gefahr im Verzug – Die Unverletzlichkeit der Wohnung vor der Strafverfolgung, NJW **2001** 1397; *Momsen* Der „große Lauschangriff". Eine kritische Würdigung der neuen Vorschriften zur „elektronischen Wohnraumüberwachung", ZRP **1998** 459; *Morré/Bruns* Einfluß verdeckter Ermittlungen auf die Struktur des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens, FS BGH 581; *Müller, Martin* Der sogenannte „Große Lauschangriff". Eine Untersuchung zu den Rechtsproblemen der Einführung der elektronischen Wohnraumüberwachung zur Beweismittelgewinnung, Diss. Bochum 2000; *Müller, Rudolf* Neue Ermittlungsmethoden und das Verbot des Zwanges zur Selbstbelastung, EuGRZ **2001** 546; *Nack* Verwertung rechtswidriger Ermittlungen nur zugunsten des Beschuldigten? StraFo **1998** 366; *Nagel* Verwertung und Verwertungsverbote im Strafverfahren, Diss. Leipzig 1998; *Nehm* Umfang der Bindung des Ermittlungsrichters an Anträge der Staatsanwaltschaft, FS Meyer-Goßner 277; *Nöding* Die Novellierung der strafprozessualen Regelungen zur Telefonüberwachung, StraFo **2007** 456; *Paeffgen* „Verpolizeilichung" des Strafprozesses – Chimäre oder Gefahr? Rudolphi-Symposium (1995) 13; *Paeffgen* Strafprozeßrecht im Umbruch – oder: Vom unmöglichen Zustand des Strafprozeßrechts, StV **1999** 625; *Parigger* Zum Begründungszwang bei Durchsuchungsbeschlüssen, in: FS Friebertshäuser 179; *Park* Durchsuchung und Beschlagnahme, 2. Aufl. 2009; *Paulus* Beweisverbote als Prozeßhandlungshindernisse, GedS Meyer 309; *Pawlik* Verdeckte Ermittlungen und das Schweigerecht des Beschuldigten. Zu den Anwendungsgrenzen der §§ 136 Abs. 1 Satz 2 und 136a StPO, GA **1998** 378; *Perschke* Die Zulässigkeit nicht spezialgesetzlich geregelter Ermittlungsmethoden im Strafverfahren (1997); *Podolsky* Wahrnehmung, Ermittlung und Verfolgung neuerer Kriminalitätsformen in Deutschland. Analyse von Problemen des Einsatzes klassischer polizeilicher Ermittlungsmethoden, mit Blick auf die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Einsatzes von Verdeckten Ermittlern und V-Personen. Diss. Tübingen 1995; *Prittwitz* Zur Verwertbarkeit zufällig aufgezeichneter Raum- und Hintergrundgespräche, StV **2009** 437; *Puschke/Singelnstein* Telekommunikationsüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und (sonstige) heimliche Ermittlungsmaßnahmen der StPO nach der Neuregelung zum 1.1.2008, NJW **2008** 113; *Radtke* Aktive Mitwirkungspflichten und die „freiwillige" aktive Mitwirkung des Betroffenen bei dem Zugriff auf elektronisch gespeicherte Daten im Strafprozeß – Überlegungen am Beispiel der sog. Bankendurchsuchungen, FS Meyer-Goßner 321; *Ransiek* Strafprozessuale Abhörmaßnahmen und

verfassungsrechtlicher Schutz der Wohnung – ein rechtsvergleichender Blick, GA **1995** 23; *Raum* Zur verfassungsrechtlichen Problematik des „Großen Lauschangriffs", JZ **1994** 447; *Rebmann* Der Einsatz verdeckt ermittelnder Polizeibeamter im Bereich der Strafverfolgung, NJW **1985** 1; *Reiß* Der strafprozessuale Schutz verfassungsrechtlich geschützter Kommunikation vor verdeckten Ermittlungsmaßnahmen, StV **2008** 539; *Remmers* Die Entwicklung der Gesetzgebung zur Geldwäsche (1998), zugl. Diss. Göttingen 1997; *Riepl* Informationelle Selbstbestimmung im Strafverfahren (1998); *Rieß* Legalitätsprinzip – Interessenabwägung – Verhältnismäßigkeit, FS Dünnebier 149; *ders.* Neue Gesetze zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, NJ **1992** 491; *ders.* Gerichtliche Kontrolle des Ermittlungsverfahrens, FS Geerds 501; *Rogall, Klaus* Moderne Fahndungsmethoden im Lichte eines gewandelten Grundrechtsverständnisses, GA **1985** 1; *ders.* Hypothetische Ermittlungsverläufe im Strafprozeß, Ein Beitrag zur Lehre der Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote, NStZ **1988** 385; *ders.* Informationseingriff und Gesetzesvorbehalt im Strafprozeßrecht, ZStW **103** (1991), 907; *ders.* Informationseingriff und Gesetzesvorbehalt im Strafprozeßrecht, 1992; *ders.* Beweisverbote im System des deutschen und des amerikanischen Strafverfahrensrechts, Rudolphi-Symposium (1995), 113; *ders.* Abwägungen im Recht der Beweisverbote, FS Hanack 293; *ders.* Zur Lehre von den Beweisverboten, FS Grünwald 523; *Rogall, Sylvia*, Der Verdeckte Ermittler – einsamer Wolf auf schwankendem Floß, in: Duttge (Hrsg.), Freiheit und Verantwortung in schwieriger Zeit. Kritische Studien aus vorwiegend straf(prozess)rechtlicher Sicht zum 60. Geburtstag von Ellen Schlüchter (1998), 71; *Roggan* Anmerkung zu LG Ulm, Beschluss vom 19. April 2004 (1 Qs 1036/04, StV 2006, 8), StV **2006** 9; *Rothfuß* Heimliche Beweisgewinnung unter Einbeziehung des Beschuldigten, StraFo **1998** 289; *Ruhmannseder* Die Neuregelung der strafprozessualen verdeckten Ermittlungsmaßnahmen, JA **2009** 57; *Rüthing* Die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG n.F.), JuS **1998** 506; *Sachs* Grundrechte: Fernmeldegeheimnis und Unverletzlichkeit der Wohnung, JuS **2012** 374; *Sankol* Strafprozessuale Zwangsmaßnahmen und Telekommunikation – Der Regelungsgehalt der §§ 100a ff. StPO, JuS **2006** 698; *G. Schäfer* Zum Schutz der Verteidigung gegen Zugriffe der Strafverfolgungsorgane, FS Hanack 77; *Schaefer, Hans Christoph* Die Staatsanwaltschaft im Rechtsschutzsystem, NJW **2001** 1396; *Schelter* Verbrechensbekämpfung mit elektronischen Mitteln – ein Tabu? ZRP **1994** 52; *Schenke* Verfassungsrechtliche Probleme einer präventiven Überwachung der Telekommunikation, AöR **125** (2000), 1; *Schenke* Exekutive Rechtssetzung bei der strafprozessualen Überwachung der Telekommunikation, ein Verstoß gegen den Vorbehalt des Gesetzes? MMR **2002** 8; *Schlehofer* Die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes – absolute oder relative Begrenzung staatlicher Strafgewalt? GA **1999** 357; *Schlothauer* Ermittlungsrichterliche Entscheidungen und ihre Revisibilität, StraFo **1998** 402; *Schlüchter* Wert der Form im Strafprozeß, Rudolphi-Symposium 1995, 205; *Schmitz, Monika* Rechtliche Probleme des Einsatzes Verdeckter Ermittler, Diss. Bonn 1995; *Schneider, Hartmut* Überlegungen zur Zulässigkeit des Aushorchens von Inhaftierten durch V-Leute unter Einsatz technischer Mittel, JR **1996** 401; *ders.* Zur Zulässigkeit strafprozessualer Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Abhören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes in Kraftfahrzeugen, NStZ **1999** 388; *ders.* Verdeckte Ermittlungen in Haftanstalten, NStZ **2001** 8; *Schoch* Rechtsschutz gegen polizeiliche Maßnahmen, Jura **2001** 628; *Schoreit* Bestimmtheit einer Durchsuchungsanordnung, NStZ **1999** 173; *Schroeder, Friedrich-Christian* Darf die StPO von „Tätern" sprechen? NJW **2000** 2483; *Schröder, Lars-Hendrik* Das verwaltungsrechtlich organisatorische Verhältnis der strafverfolgenden Polizei zur Staatsanwaltschaft (1996); *Schröder, Svenja* Beweisverwertungsverbote und die Hypothese rechtmäßiger Beweiserlangung im Strafprozeß, (1992); *Schroth* Der Rechtsschutz gegen strafprozessuale Grundrechtseingriffe, StV **1999** 117; *Schulz, Lorenz* Normiertes Mißtrauen – Der Verdacht im Strafverfahren (2001); *Stein* Die Ungleichbehandlung von Beschuldigten und Nichtbeschuldigten durch strafprozessuale Eingriffsermächtigungen, FS Grünwald 685; *Steinmetz* Zur Kumulierung strafprozessualer Ermittlungsmaßnahmen, NStZ **2001** 344; *von Stetten* Beweisverwertung beim Einsatz Verdeckter Ermittler (1999); *Stümper* Rechtspolitische Nachlese zum „Großen Lauschangriff", ZRP **1998** 463; *Stürmer* Beurteilungsspielräume im Strafverfahren, ZStW **108** (1996) 494; *Stürmer* Der gerichtliche Prüfungsumfang bei Telefonüberwachungen – Beurteilungsspielraum bei Anordnungen nach § 100a StPO, StV **1995** 653; *Thommes* Verdeckte Ermittlungen im Strafprozeß aus der Sicht des Datenschutzes, StV **1997** 657; *Tolksdorf* Verwertungsverbot wegen unterlassener Beschuldigtenbelehrung nur bei Widerspruch? FS Graßhof 255; *Vahle* Ein Koloß auf tönernen Füßen. Anmerkungen zur (Neu-)Regelung des sogenannten Großen Lauschangriffs, Kriminalistik

1998 378; *Vassilaki* Die Überwachung des Fernmeldeverkehrs nach der Neufassung der §§ 100a, 100b StPO – Erweiterung von staatlichen Grundrechtseingriffen? JR **2000** 446; *Verrel* Nemo tenetur – Rekonstruktion eines Verfahrensgrundsatzes, NStZ **1997** (I) 361, (II) 415; *ders.* Die Selbstbelastungsfreiheit im Strafverfahren (2001); *Vogelberg* Durchsuchung und Beschlagnahme im Steuerrecht (2010); *Volkmer* Verwertbarkeit von Vorratsdaten, NStZ **2010** 318; *Wagner* Rechtliches Gehör im Ermittlungsverfahren, ZStW **109** (1997) 545; *Walischewski* Das Recht auf Akteneinsicht bei strafprozessualen Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren, StV **2001** 243; *Warntjen* Heimliche Zwangsmaßnahmen und der Kernbereich privater Lebensgestaltung, zugl. Diss. Göttingen 2007; *Warntjen* Die verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine gesetzliche Regelung der Online-Durchsuchung, Jura **2007** 581; *Wecker* Beweisverwertungsverbote als Folge rechtswidriger Hausdurchsuchungen (2001), zugl. Diss. Köln 2000; *Weiler* Die Befragung von Beschuldigten oder aussageverweigerungsberechtigten Zeugen im Ermittlungsverfahren durch V-Leute, GA **1996** 101; *ders.* Irreparable Verletzung des Rechts des Beschuldigten auf ein faires rechtsstaatliches Strafverfahren, GA **1994** 561; *ders.* Grundlagen und Grenzen des polizeilichen Einsatzes von Vertrauenspersonen im Strafverfahren, 2001; *Weißer* Zeugnisverweigerungsrechte und Menschenwürde als Schutzschild gegen heimliche strafprozessuale Zugriffe auf Kommunikationsinhalte? GA **2006** 148; *Wesemann* Heimliche Ermittlungsmethoden und Interventionsmöglichkeiten der Verteidigung, StV **1997** 597; *Weßlau* Vorfeldermittlungen. Probleme bei der Legalisierung „vorbeugender Verbrechensbekämpfung" aus strafprozeßrechtlicher Sicht (1989); *ders.* Waffengleichheit mit dem „Organisierten Verbrechen"? Zu den rechtsstaatlichen und bürgerlichrechtlichen Kosten des Anti-OK-Sonderrechtssystems, KritV **1997** 238; *ders.* Zwang, Täuschung und Heimlichkeit im Strafverfahren, ZStW **110** (1998), 1; *Wölfl* Rechtfertigungsgründe bei der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, Jura **2000** 231; *ders.* Heimliche private Tonaufnahmen im Strafverfahren, StraFo **1999** 74; *ders.* Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft, JuS **2001** 478; *Wolter* Nichtverdächtige und Zufallsfunde im modernen Strafverfahren – Zur Einführung eines grundrechtsschützenden Zeugnis- und Herausgabeverweigerungsrechts, Rudolphi-Symposium (1995), 49; *ders.* Alternativen zum Regierungs-Entwurf 2007 zur Neuregelung der Ermittlungsmaßnahmen, GA **2007** 183; *Wulf* Telefonüberwachung und Geldwäsche im Steuerstrafrecht, wistra **2008** 321; *Zaczyk* Prozeßsubjekte oder Störer? Die Strafprozeßordnung nach dem OrgKG – dargestellt an der Regelung des Verdeckten Ermittlers, StV **1993** 490; *Zöller* Heimliche und verdeckte Ermittlungsmaßnahmen im Strafverfahren, ZStW **124** (2012) 411; *Zuck* Faires Verfahren und der Nemo tenetur-Grundsatz bei der Besuchsüberwachung in der Untersuchungshaft, JR **2010** 17.

Entstehungsgeschichte

1. Der Achte Abschnitt, der **ursprünglich** (als Siebter Abschnitt) mit „Durchsuchung und Beschlagnahme"[1] **nur offene,**[2] d.h. nicht auf Verheimlichung angelegte **Ermittlungsmaßnahmen zur Erlangung von Sachbeweisen**, vorsah, hat lange Zeit unverändert bestanden. In jüngerer Zeit wurde er durch die sukzessive Einführung einer **Reihe von heimlichen Ermittlungsmethoden,**[3] meist zur Informationsbeschaffung von Zielpersonen, also letztlich von **Personalbeweis,**[4] grundlegend **verändert.** Dies erfolgte auch, um technische „Waffengleichheit" der Ermittlungsorgane mit moderner, insbesondere organisierter Kriminalität herzustellen.[5] Aus dem jetzigen Normenbestand ist kein allgemeiner

---

[1] Vgl. *Hahn* Materialien Bd. III.1, 124 ff.

[2] Zur historischen Entwicklung der heimlichen Ermittlungsmethoden *Dencker* StV **1994** 667 ff.; s.a. *Erfurth* 33 ff., 40 ff.; *Makrutzki* 51 ff.

[3] Zum Begriff *Hölscher* 3 ff.; *Morré/Bruns* 581, 582.

[4] *Makrutzki* 51 ff.

[5] Vgl. für präventiv-polizeiliche Maßnahmen BbgVerfG LKV **1999** 450, 451.

„Grundsatz der Offenheit" von Ermittlungen mehr zu entnehmen.[6] Allerdings sind die heimlichen Ermittlungsmaßnahmen regelmäßig subsidiär; insoweit gilt der Grundsatz der Offenheit von Datenerhebungen, der von Ausnahmetatbeständen durchbrochen, aber auch bestätigt wird.[7]

2. Veränderungen des ursprünglichen Normenbestandes des Achten Abschnitts waren anfangs noch nicht gravierend; sie sind erst in jüngerer Zeit immer tiefgreifender geworden:

Art. 6 der 4. VereinfVO, der dem Staatsanwalt das Recht einräumte, Beschlagnahmen und Durchsuchungen anzuordnen sowie Briefe zu öffnen und Papiere durchzusehen, wurde durch Art. 8 Nr. 40 VereinhG wieder aufgehoben.

Die §§ **95, 96** bestehen von Anfang an weitgehend unverändert. Das Abgeordnetengesetz vom 11. November 1994 (BGBl. I S. 3346)[8] führte nur eine geringfügige Anpassung des § 96 herbei. Eine Regelung über das Verbot der Herausgabe von Bild- und Tonträgern mit Aussagen von Verbrechensopfern gegen deren Willen durch den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Verletztenrechte[9] ist nicht in Kraft getreten.

Eine inhaltliche Änderung des § **97** brachte Art. 4 Nr. 12 des 3. StRÄndG vom 4. August 1953 (BGBl. I S. 753), ferner nach zahlreichen Änderungsentwürfen zur Anpassung an Zeugnisverweigerungsrechte, die nicht (oder noch nicht) Gesetz wurden,[10] das Gesetz zur Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für Beratung in Fragen der Betäubungsmittelabhängigkeit vom 23. Juli 1992 (BGBl. I S. 1365)[11] und das PsychotherapeutenG vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1311)[12] sowie das Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung vom 15. Februar 2002 (BGBl. I S. 682).

Auch in den letzten zehn Jahren war § **97** wiederholt Gegenstand gesetzgeberischer Aktivitäten: Veränderungen brachten das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG) vom 14. November 2003 (BGBl. I S. 2190), das für den gesamten Achten Abschnitt bedeutsame Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG vom 21. Dezember 2007

---

[6] BGHSt (GrSSt) **42** 139, 159.

[7] *Hefendehl* StV **2001** 700, 705; *Meurer* FS Roxin 1281, 1294; *Martin Müller* 10, 20.

[8] Entwurf BTDrucks. **12** 7777; Beschlussempfehlung und Berichte BTDrucks. **12** 7994, **12** 7995.

[9] Hamburger Entwurf BRDrucks. 507/99.

[10] Entwurf des Saarlandes für ein Gesetz zur Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für Mitarbeiter/innen von Drogenberatungsstellen BRDrucks. 733/89; entsprechender Entwurf von Hamburg BRDrucks. 5690; entsprechender SPD-Entwurf BTDrucks. **11** 3280, **12** 655, RAussch BTDrucks. **12** 2738; entsprechender Entwurf DIE GRÜNEN BTDrucks. **11** 3482, ferner von derselben Fraktion für AIDS-Beratungsstellen BTDrucks. **11** 3483; Entwurf von Berlin und Bremen für ein Gesetz zur Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts und eines Beschlagnahmeverbots für selbst erarbeitetes Pressematerial BRDrucks. 486/89; entsprechender SPD-Entwurf BTDrucks. **11** 5377, **12** 1112; entsprechender Entwurf von Hamburg und vom Saarland BRDrucks. 479/89, BTDrucks. **11** 7031, BRDrucks. 105/91, BTDrucks. **12** 499; entsprechender Entwurf DIE GRÜNEN BTDrucks. **11** 2000, **13** 5285; F.D.P.-Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Pressefreiheit BTDrucks. **14** 1602.

[11] Abgeordneten-Entwurf BTDrucks. **12** 655; Bundesratsentwurf BTDrucks. **12** 870; RAussch. BTDrucks. **12** 2738.

[12] Entwurf BTDrucks. **13** 8035 (AfGesundh BTDrucks. **13** 9212, Zuweisung an AfGesundh BRDrucks. 927/97, Anrufung der VermA BTDrucks. **13** 9540, VermA BTDrucks. **13** 9770).

(BGBl. I S. 3198),[13] das Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung – Erweiterung des Beschlagnahmeschutzes bei Abgeordneten vom 26. Juni 2009 (BGBl. I S. 1597) und das Gesetz zur Stärkung der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht (PrStG) vom 25. Juni 2012 (BGBl. I S. 1374).

Durch Art. 4 Nr. 1 des 4. StRÄndG (vom 11. Juni 1957, BGBl. I S. 597) ist den §§ **98, 105** jeweils ein Absatz 4 über Maßnahmen in Anlagen der Bundeswehr angefügt worden. Im Übrigen hatte ein Großteil der zuletzt zitierten Gesetze auch Auswirkungen auf die Fassung des § **98**.

3. Nachträglich eingefügt wurden § **111l** (früher § 101a) zur Notveräußerung durch Art. 4 Nr. 13 des 3. StRÄndG, § **111a** zur vorläufigen Entziehung der Fahrerlaubnis durch Art. 3 Nr. 1 des StraßenVerkSichG vom 19. Dezember 1952 (BGBl. I S. 832), aber auch §§ **100a, 100b** zur Überwachung und Aufnahme (zunächst) des Fernmeldeverkehrs als erste „heimliche Ermittlungsmethode“[14] durch Art. 2 Nr. 2 des G 10. Diese Regelung über die Überwachung (nunmehr) der Telekommunikation[15] wurde hinsichtlich ihrer Grundlagen wesentlich geändert aufgrund des Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz – PostStruktG) vom 14. Juni 1989 (BGBl. I S. 1026),[16] des PTNeuOG vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325)[17] und des BegleitG zum TKG[18] vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3108)[19] i.V.m. der TKÜV.[20] Hinzu kamen im Anschluss an erledigte, gescheiterte oder noch nicht realisierte Änderungsvorschläge[21] Anpassungen dieser Normen an Änderungen des

---

[13] Zur Verfassungsmäßigkeit wesentlicher mit diesem Gesetz eingeführter Regelungen BVerfGE **129** 208 ff.; vgl. außerdem BVerfGE **125** 260 ff.

[14] Zur Frage des Eingriffscharakters heimlicher Ermittlungen *Makrutzki* 63 ff.; mit Blick auf Internet-Ermittlungen *Germann* 494 ff., 519 ff.

[15] Zum Umfang der Anwendung der Maßnahme BTDrucks. **14** 7521.

[16] Regierungsvorlage BTDrucks. **11** 2854, Ausschussberichte BTDrucks. **11** 4316, **11** 4365, Zuweisung an Ausschüsse BRDrucks. 240/88, 223/89; Bericht der Bundesregierung „Die Reform des Post- und Fernmeldewesens …“ BTDrucks. **11** 2855.

[17] Regierungsvorlage BRDrucks. 115/94 = BTDrucks. **12** 7270, (Ausschussberichte BTDrucks. **12** 8060, **12** 8129, Zuweisung an Ausschuss BRDrucks. 677/94); damit zusammengeführt worden war der Entwurf der CDU/CSU, SPD und F.D.P. BTDrucks. **12** 6718.

[18] Vgl. *Bär* CR **1998** 434 ff.; *Felixberger* CR **1998** 143 ff.; *Vassilaki* JR **2000** 446 ff.

[19] BRDrucks. 369/97, BTDrucks. **13** 8016 und **13** 8453 (AfPost BTDrucks. **13** 8776; HaushAussch BTDrucks. **13** 8797; abgelehnter Änderungsantrag DIE GRÜNEN BTDrucks. **13** 8858).

[20] Vom 22. Januar 2002 BGBl. I S. 458; dazu *Eckhardt* CR **2001** 670 ff.; *Kloepfer* K&R **2001** 545 ff.

[21] In BRDrucks. 633/94 für erledigt erklärter Entwurf von Bayern für ein Gesetz zur Stärkung des Rechtsfriedens usw. BRDrucks. 792/92, BTDrucks. **12** 5683 (RAussch BTDrucks. **12** 7827); abgelehnter SPD-Entwurf eines Gesetzes zur Einschränkung von Rüstungsexporten BTDrucks. **12** 120 (Bericht BTDrucks. **12** 289), BTDrucks. **12** 209 (WirtschAussch BTDrucks. **12** 289); entsprechender Entwurf der CDU/CSU und F.D.P. BTDrucks. **12** 104, BRDrucks. 193/91 (VermA BRDrucks. 346/91, Zustimmung versagt BTDrucks. **12** 703), erneut BTDrucks. **12** 899; erledigte Länderanträge BRDrucks. 380/91, erledigte Fraktionsentwürfe BTDrucks. **12** 104, **12** 765, **12** 899; durch BRDrucks. 963/97 für erledigt erklärter Entwurf von Niedersachsen für ein Gesetz zur Reform der Strafvorschriften gegen Kinderhandel BRDrucks. 874/95, BTDrucks. **13** 6038 (RAussch BTDrucks. **13** 8991, **13** 9064); Entwurf eines KorruptionsbekG BRDrucks. 298/95 und 571/95, BTDrucks. **13** 3353; Entwurf eines StrÄndG – Sexueller Mißbrauch von Kindern – BRDrucks. 706/98, BTDrucks. **14** 162 und **14** 1125.

AWG,[22] so zuletzt durch das Gesetz zur Modernisierung des Außenwirtschaftsrechts vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482),[23] und des StGB bezüglich des Menschenhandels.[24] Durch Gesetz vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3858) wurden anstelle der bisherigen Regelung über die Auskunft bezüglich Telekommunikationsverbindungen gemäß § 12 FAG die inhaltlich detaillierteren, aber auch mit engeren Eingriffsvoraussetzungen versehenen §§ **100g, 100h**[25] sowie durch Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3018) § **100i** (IMSI-Catcher) neu eingeführt.

Aus jüngerer Zeit seien Änderungen durch das – für den gesamten Achten Abschnitt bedeutsame – Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3198), oben Rn. 2, und das Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2437) erwähnt. Zuletzt noch eingefügt wurde ein neuer § **100j** durch Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes und zur Neuregelung der Bestandsdatenauskunft vom 20. Juni 2013 (BGBl. I S. 1602).

Im Übrigen muss hier wie sonst auf die Kommentierung der einzelnen Vorschriften verwiesen werden.

4. Zu früheren Gesetzesänderungen sei ergänzend angemerkt: Erste deutliche Veränderungen hat der Achte Abschnitt im Jahre 1974 erfahren. Durch Art. 21 Nr. 15 ff. des EGStGB 1974 vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) wurde der Beschlagnahmeteil auseinandergerissen. §§ 94 bis 101 gelten nun nur noch für die Beschlagnahme von Beweismitteln und Führerscheinen; die Beschlagnahme von Verfalls- und Einziehungsgegenständen, auch zur **Sicherung von Ansprüchen des Verletzten,**[26] bestimmt sich dagegen nach §§ **111b ff**. Die Vorschriften über die Durchsuchung (§§ 102 ff.) finden aufgrund ausdrücklicher Bestimmung (§ 111b Abs. 4) aber auch für die Beschlagnahme von Verfalls- und Einziehungsgegenständen Anwendung. Der bisherige § 111 über die Herausgabe von beschlagnahmten Gegenständen wurde § 111k und gilt für beide Beschlagnahmearten. Die Vorschrift über die Notveräußerung beschlagnahmter Sachen (§ 111l) hat nur für Verfalls- und Einziehungsgegenstände Bedeutung. Insgesamt ist dadurch ein z.T. verworrenes Normengeflecht entstanden. Weitere wesentliche Änderungen des Abschnitts brachte Art. 1 Nr. 23 ff. des 1. StVRG vom 9. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3393, 3533). Entsprechend dem Ziel dieser Reform, die Rechte der Staatsanwaltschaft im Vorverfahren zu erweitern, wurden die §§ 100, 110 und 111l dahin geändert, dass eine Reihe von Befugnissen, die bisher nur dem Richter zustanden, auf die Staatsanwaltschaft übertra-

---

[22] Vgl. zunächst Gesetz zur Änderung des AWG vom 28. Februar 1992, BGBl. I S. 372, Regierungsvorlage BRDrucks. 449/91, BTDrucks. **12** 1134, **12** 1475 (Berichte BTDrucks. **12** 1952, BRDrucks. **42** 92); Achtes Gesetz zur Änderung des AWG vom 9. August 1994, BGBl. I S. 2068, BRDrucks. **27** 94, BTDrucks. **12** 6911, **12** 7115 (WirtschaftsA BTDrucks. **12** 7793, Zuweisung an WirtschaftsA BRDrucks. 600/94, SPD-Änderungsantrag BTDrucks. **12** 7901).

[23] BRDrucks. 519/12; BTDrucks. **17** 11127 und **17** 12101.

[24] 26. StrÄndG vom 14. Juli 1992 BGBl. I S. 1255, Entwurf BRDrucks. 567/90, BTDrucks. **12** 2046 (RAussch BTDrucks. **12** 2589, Zuweisung an RAussch BRDrucks. 389/92).

[25] RegE BTDrucks. **14** 7008, Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung BTDrucks. **14** 7258; Bericht des RAussch BTDrucks. **14** 7679.

[26] Vgl. zur „Zurückgewinnungshilfe" *Achenbach* NStZ **2001** 401 ff.

gen wurden. Ferner wurden die Anordnungs- und Kontrollkompetenzen in § 98 Abs. 2 neu geregelt. Anstelle der vorher in den Landespressegesetzen enthaltenen Sondervorschriften für die Pressebeschlagnahme fügte Art. 1 des Gesetzes über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiter der Presse und Rundfunk vom 25. Juli 1975 (BGBl. I S. 1973) die §§ **111m**, **111n** in die Strafprozessordnung ein. Eine Erweiterung des Rechts der Gebäudedurchsuchung erfolgte durch Art. 1 Nrn. 1 bis 3 des StPÄG 1978 (Anti-Terror-Novelle) mit einer Änderung der §§ 103, 105 und 108, während Art. 1 Nr. 4 desselben Gesetzes eine ausdrückliche gesetzliche Regelung über die Einrichtung von Kontrollstellen in § **111** einfügte, wonach in Fällen des Verdachts terroristischer Straftaten oder des schweren Raubes bzw. schwerer räuberischer Erpressung auch Nichtverdächtige an einer Sperre auf öffentlichen Straßen oder Plätzen kontrolliert werden können.

5. Besonders tiefgreifende Änderungen des Achten Abschnitts erfolgten in der Vergangenheit durch das Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität – **OrgKG** – vom 17. Juli 1992 (BGBl. I S. 1301).[27] Es brachte die Einführung der Regeln über die Rasterfahndung (§§ **98a bis 98c**), eine Änderung der Vorschriften über die Überwachung des Fernmeldeverkehrs (§§ 100a, 100b), die Einführung der §§ **100c**, **100d** zunächst zur Regelung des „kleinen Lauschangriffs", eine Anpassung des § 101, die Neueinführung der §§ **110a bis 110e** zum Einsatz Verdeckter Ermittler und die Einführung der §§ 111o und 111p über den dinglichen Arrest und die Vermögensbeschlagnahme zur Sicherung einer späteren Vermögensstrafe (§ 43a StGB).[28]

Die zurückgestellte Regelung des „großen Lauschangriffs" wurde durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 13) vom 26. März 1998 (BGBl. I 610) eingeführt.[29]

6. Anknüpfungstatbestand für Eingriffsnormen und für Verfahrensvorschriften zur Sicherung einer Gewinnabschöpfung ist auch der durch das OrgKG eingeführte, weitreichende Straftatbestand der **Geldwäsche** (§ 261 StGB),[30] der selbst in der jüngeren Vergangenheit vielfache Änderungen erfahren hat. Damit ist eine große Bandbreite möglicher Tathandlungen mit sehr unterschiedlichem Schuldgewicht Verdachtsgrund für erhebliche Ermittlungsmaßnahmen. Die Fassung des materiell-strafrechtlichen Geldwäschetatbestandes war ein Kompromiss. Wegen der Einzelheiten der Entstehungsgeschichte wird auf die Vorauflage verwiesen.

---

[27] RegE zur Vermögensstrafe und deren prozessualer Sicherung (§§ 111o, 111p) BTDrucks. **11** 5461; Bundesratsentwurf zum OrgKG BTDrucks. **12** 989 (RAussch BTDrucks. **12** 2720).

[28] § 111o und § 111p sind gegenstandslos geworden durch das Urteil des BVerfG im Verfahren 2 BvR 794/95 BVerfGE **105** 135 ff., durch das die gesetzliche Regelung zur Vermögensstrafe für verfassungswidrig erklärt wurde.

[29] Entwurf der CDU/CSU, SPD und F.D.P. BTDrucks. **13** 8650; Empfehlung des RAussch BTDrucks. **13** 9642; Bericht BTDrucks. **13** 9660; Änderungsantrag DIE GRÜNEN BTDrucks. **13** 9663; Entschließungsantrag BTDrucks. **13** 9662; Gesetzesbeschluss BRDrucks. 898; dazu *Martin Müller* 14 ff., 155 ff.

[30] Vgl. *Burger* wistra **2002** 1, 6.

Übersicht

	Rn.
1. Überblick	
a) Die §§ 94 ff. als Eingriffsermächtigungen für Grundrechtseingriffe	1
b) Normadressaten	2
c) Regelungsgegenstände der Vorschriften des Achten Abschnitts	6
aa) §§ 94 bis 98	7
bb) §§ 98a ff.	8
cc) §§ 99 bis 100j	9
dd) §§ 100c, 100d	10
ee) §§ 102 bis 110	11
ff) §§ 110a ff.	12
gg) § 111	13
hh) § 111a	14
ii) §§ 111b–111i, 111l	15
jj) § 111k	16
kk) §§ 111m, 111n	17
ll) §§ 111o, 111p	18
d) Geltungsbereich der Vorschriften des Achten Abschnitts	
aa) Erkenntnisverfahren	19
bb) Vollstreckungs- und Auslieferungsverfahren	21
2. Die Vorschriften des Achten Abschnitts als abschließende Regelungen	
a) Bedeutung der spezialgesetzlichen Regelungen	
aa) Exklusivität der §§ 94 ff.	22
bb) Verbot der analogen Anwendung der Eingriffsnormen und des Rückgriffs auf die subsidiäre Ermittlungsgeneralklausel bei einer Sperrwirkung der Spezialnormen	23
cc) Herleitung und Bedeutung des Prinzips vom Vorbehalt des Gesetzes	25
(1) Extrempositionen	26
(2) Wesentlichkeitstheorie	28
(3) Schwellentheorie	32
(4) Sphären-Theorie	33
(5) Lehre vom Informationseingriff	36
(6) Lehre von den Informationsbeherrschungsrechten	37
b) Erweiterung der Eingriffsbefugnisse	38
aa) Unselbständige Begleitmaßnahmen zu den spezialgesetzlich geregelten Eingriffsakten	39
bb) Generalklauseln als Ermächtigung zum Eingriff in die Rechte aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 3 GG	42
(1) Regelungsbestand	43
(2) Gestattung von Eingriffen in das Persönlichkeitsrecht durch Generalklauseln	48
(3) Freiwilligkeit	53
(4) Bagatellausschlussprinzip	54
(5) Regelungserfordernis aufgrund des Rechtes auf ein faires Verfahren und aufgrund der Selbstbelastungsfreiheit	57
cc) „Ermittlungsnotstand“	67
dd) Gewohnheitsrecht	68
ee) Übergangsbonus für den Gesetzgeber	71
c) Maßnahmen zur Gefahrenabwehr	73
3. Verhältnismäßigkeit	78
a) Prüfung von Eingriffsnorm und Eingriffsakt	78
b) Gesetzgeberische Wertungen	82
c) Wichtige Abwägungsfaktoren	84
4. Rechtsschutz	87

Alphabetische Übersicht

Abschließende Regelung 22
Agents provocateurs 4, 77
Analoge Anwendung 23
Bagatellausschlussprinzip 54
Bagatellhandlungen 54
Bestimmtheitsgebot 46
Beweiserhebungsverbot 52, 61
Doppelfunktionale Maßnahme 76
Erkundigungen 55
Ermittlungsgeneralklausel 23, 44
Ermittlungsnotstand 67
Faires Verfahren 57
Freiwilligkeit 53
Generalklauseln als Ermächtigung 42
Gewohnheitsrecht 68
Heimlichkeit 50
Informationsbeherrschungsrechte 37
Informationseingriff 36
Internet-Streife 55
Nemo tenetur se ipsum accusare 62
Raster personenbezogener Daten 56
Rechtsschutz 87
Regelungslücken 51
Schwellentheorie 32
Sphären-Theorie 33
Spurensuche 55
Stufungen von Eingriffen 63
Totalüberwachung 56
Übergangsbonus für den Gesetzgeber 71
Unselbständige Begleitmaßnahmen 39
Verpolizeilichung des Strafverfahrens 75
Vorbehalt des Gesetzes 23
Wesentlichkeitstheorie 28

1. Überblick

1 a) **Die §§ 94 ff. als Ermächtigungen für Grundrechtseingriffe.** Der Achte Abschnitt regelt Ermittlungsmaßnahmen, die in verschiedene Grundrechte eingreifen können, nämlich die „klassischen" **offenen Ermittlungszugriffe**, wie Beschlagnahme und Durchsuchung, aber auch **„heimliche Ermittlungsmethoden"**, wie die Überwachung der Telekommunikation, die Feststellung der Telekommunikationsverbindungen oder den Einsatz Verdeckter Ermittler. Unabhängig von der Art der Vorgehensweise handelt es sich, soweit keine wirksame Einwilligung des Betroffenen[31] vorliegt, regelmäßig um **Eingriffe in Grundrechte,**[32] seien es spezielle Grundrechte, wie diejenigen aus Art. 10,[33] 12 Abs. 1,[34] 13 Abs. 1,[35] 14 Abs. 1 GG, oder in das allgemeine Persönlichkeitsrecht[36] aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG sowie in das Recht auf ein faires Verfahren[37] aus Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip. Dabei ist von einem modernen Eingriffsbegriff auszugehen, wonach jede nicht unerhebliche Einwirkung des Staates auf ein grundrechtliches Schutzgut ausreicht.[38] Befehl und Zwang, die früher als maßgebliche Kriterien eines Eingriffs angesehen wurden, sind als Mittel des Eingriffs heute nicht mehr bestimmend und Eingriffe in Freiheit und Eigentum sind nicht mehr die einzigen Grundrechtseingriffe.[39] Insbesondere heimliche Ermittlungen sind nach verbreiteter Ansicht „mit einem tiefgehenden Eingriff in Grundrechte verbunden".[40] Auch die lückenlose Überwachung von Personen mit einer Mehrzahl von Ermittlungsmaßnahmen,[41] die u.a. ein vollständiges „Bewegungsbild" erstellen, kann intensiv in das Persönlichkeitsrecht der Zielperson eingreifen. Solche Eingriffsmaßnahmen betreffen hinsichtlich des Inhalts der Informationen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.[42] Sie kollidieren im Ansatz zudem mit der sich aus Art. 19 Abs. 4 GG ergebenden Rechtsschutzgarantie,[43] deren Beeinträchtigung z.T. durch einen Richtervorbehalt und durch die nachträgliche Unterrichtung der Betroffenen, um sodann gerichtlichen Rechtsschutz zu ermöglichen, kompensiert werden kann.[44] Das im Achten Abschnitt nicht besonders geregelte **Recht**

---

[31] Allg. *Bethge* VVDStRL **57** (1998), 1, 44; zum Strafverfahren *Makrutzki* 105 f.; zur Frage der Einwilligung des Wohnrechtsinhabers in das Betreten der Wohnung durch einen Beamten, der eine Legende verwendet, BGH NJW **1997** 1516 ff. mit Anm. *Felsch* StV **1998** 285 ff.; *Frister* JZ **1997** 1130 ff.; *Hilger* NStZ **1997** 449 f.; *Nitz* JR **1998** 211 ff.; *Roxin* StV **1998** 43 ff.; *Wollweber* StV **1997** 507 ff.; s.a. *Martin Müller* 53.

[32] *Podolsky* 158 ff.

[33] Vgl. BGH (ER) StV **2001** 214, 215 = NJW **2001** 1587 f.

[34] Die Berufsausübungsfreiheit gemäß Art. 12 Abs. 1 GG schützt den Berufstätigen aber nicht davor, dass er wegen der Begehung von Straftaten bei Gelegenheit seiner Berufsausübung verfolgt wird; BVerfG – Kammer – NJW **2000** 3557 f.; Beschl. vom 7. Mai 2001 – 2 BvR 2013/00.

[35] Vgl. BVerfGE **42** 212, 219; **103** 142, 150 ff.; BgbVerfG LKV **1999** 450, 460 f.; MecklVorpVerfG LKV **2000** 345, 351.

[36] Zum Eingriff in das Persönlichkeitsrecht durch heimliche Ermittlungen BGHSt **34** 39, 41; **44** 13, 16; **44** 243 ff.; *Makrutzki* 69 ff.

[37] BVerfGE **57** 250, 275; BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234 mit Anm. *Weßlau* StV **2000** 468 ff. = NStZ **2000** 489, 490 mit Anm. *Rogall*; *Hamm* StV **2001** 81 ff.

[38] *Bethge* VVDStRL **57** (1998), 1, 40 m.w.N.

[39] BVerfGE **40** 237, 249.

[40] BTDrucks. **14** 1484 S. 29; s.a. BbgVerfG LKV **1999** 450, 453.

[41] BGHSt **46** 266 ff. = StV **2001** 216, 219 zum Einsatz eines „global positioning system" mit Anm. *Bernsmann* StV **2001** 382 ff.; *Kühne* JZ **2001** 1148; *Steinmetz* NStZ **2001** 344 ff.

[42] Vgl. BbgVerfG LKV **1999** 450, 451.

[43] BVerfGE **100** 313, 364, 380; BbgVerfG LKV **1999** 450, 457; MecklVorpVerfG LKV **2000** 345, 348 ff.; SächsVerfGH LKV **1996** 273, 286 ff.; *Makrutzki* 59 f.

[44] Für das Polizeirecht MecklVorpVerfG LKV **2000** 345, 347; SächsVerfGH LKV **1996** 273, 287 f.

auf effektive Verteidigung[45] gegen solche Maßnahmen als Teil der Rechtsschutzgarantie[46] bedarf noch der Anpassung an die modernen Ermittlungsmethoden.[47]

2 **b) Normadressaten.** Normadressaten der Eingriffsermächtigungen sind **Ermittlungsbeamte** und **Richter**, grundsätzlich aber nicht Privatpersonen, die mangels hoheitlicher Tätigkeit keiner gesetzlichen Ermächtigung bedürfen. Ihr Verhalten hat sich an den Regeln des Zivil- und (materiellen) Strafrechts zu orientieren.[48] Gleiches gilt auch für „verdeckte Ermittlungen" von Privatpersonen.[49] Deren Erkenntnisse können im Strafverfahren grundsätzlich verwertet werden, solange der private Informationszugriff, dessen Ergebnis später an die Strafverfolgungsbehörde weitervermittelt wird, nicht eine absolute Grenze überschreitet, die beim unmittelbaren staatlichen Zugriff § 136a Abs. 1 oder Art. 1 Abs. 1 GG verletzen würde.[50] Allerdings bedarf auch die staatliche Ausnutzung solcher Vorgehensweisen von Privaten genauer Prüfung anhand des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.

3 Ob die von Ermittlungsorganen mit der Vornahme bestimmter Maßnahmen beauftragten Privatpersonen, sogenannte **V-Leute**, die Vorschriften des Achten Abschnitts beachten müssen und ob im Strafverfahren insoweit die Einhaltung der Grenzen der Eingriffsbefugnisse nach den §§ 94 ff. berücksichtigt werden muss, ist umstritten. Dies ist zunächst eine Frage der **Zurechnung.**[51] Der Staat ist auch im Bereich der strafrechtlichen Ermittlungstätigkeit nicht zur „Flucht ins Privatrecht" befugt. Sind Privatpersonen im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 2c oder Nr. 4 StGB „Amtsträger", so erscheint grundsätzlich eine Zurechnung ihres Verhaltens zum staatlichen Strafverfahren möglich.[52]

4 Selbst das Verhalten einer Strafgefangenen, die regelmäßig Mitgefangene unter Vorspiegelung wahrsagerischer Fähigkeiten aushorchte und dann ihre Erkenntnisse als **Informant** an die Polizeibehörde weitergab, rechnete BGHSt **44** 129, 133 f.[53] der Strafverfolgungsbehörde zu, weil diese infolge der Dauer und Häufigkeit der früheren Ausforschungsmaßnahmen mit weiteren Handlungen rechnen musste und gegenüber Gefangenen zur Fürsorge verpflichtet war. Ähnlich EGMR StraFo **2003** 162. Das Verhalten eines V-Manns als **agent provocateur** wurde von BGHSt **45** 321, 331[54] aufgrund des polizeilichen Ermittlungsauftrags der Behörde zugerechnet. Nicht zurechenbar ist ein exzessives Verhalten von V-Leuten oder Informanten, mit dem die Behörden nicht rechnen können und müssen.

---

[45] Zur Herleitung des Rechts auf effektive Verteidigung aus Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip BVerfG (Kammer) StV **2000** 416, 417; Beschl. vom 30. Januar 2002 – 2 BvR 2248/00.

[46] Vgl. *Walischewski* StV **2001** 243, 244 ff.

[47] Zur „Akteneinsicht" in Bänder einer Telefonüberwachung OLG Frankfurt StV **2001** 611, 612.

[48] Zu privaten Tonaufnahmen *Wölfl* StraFo **1999** 74 ff.

[49] *Krey* Zur Problematik privater Ermittlungen 74 ff.

[50] Näher *Götting* 275 ff.

[51] Vgl. BGHSt **44** 129, 134 f.; **45** 321, 331; **47** 44; BGH NStZ **2001** 353, 354; BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234; *Dencker* StV **1994** 667, 671 f.; *Erfurth* 30 ff.; *Eschelbach* StV **2000** 390, 392; *Götting* 172; *Katzer* 14 ff.; *Makrutzki* 107 ff.; *Maul* FS BGH 569, 578; *Meurer* FS Roxin 1281, 1290; *Weiler* GA **1996** 101, 108.

[52] Vgl. BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234: s.a. *Podolsky* 152 ff.

[53] Dazu *Artkämper* NJ **1998** 604; *Fahl* JA **1999** 102 ff.; *Hanack* JR **1999** 348 ff.; *Jahn* JuS **2000** 441 ff.; *Lesch* GA **2000** 355, 367 ff.; *Martin* JuS **1999** 196 f.; *Roxin* NStZ **1999** 149 ff.; s.a. *Schneider* NStZ **2001** 8 ff.

[54] Bestätigt durch BGHSt **47** 44; zu BGHSt **45** 321 s. *Endriß/Kinzig* NStZ **2000** 271 ff.; *Geppert* JK 00 EMRK Art. 6 I/1; *Kudlich* JuS **2000** 951 ff.; *Lesch* JA **2000** 450 ff.; *Roxin* JZ **2000** 369 ff.; *Sinner/Kreuzer* StV **2000** 114 ff.; *Sommer* StraFo **2000** 150 ff.

5 Ob im Fall der Unanwendbarkeit der §§ 94 ff. der Einsatz von Privatpersonen durch die Strafverfolgungsorgane, insbesondere bei V-Personen, eine **Gesetzesumgehung** darstellt, ist eine umstrittene Anschlussfrage.[55] Dabei geht es im Zusammenhang mit den Vorschriften des Achten Abschnitts weniger um eine Umgehung von Vernehmungsregeln durch „vernehmungsähnliche Maßnahmen" als um eine Umgehung der Eingriffsvoraussetzungen für gesetzlich gestattete Maßnahmen durch „informelles Handeln".

6 **c) Regelungsgegenstände der Vorschriften des Achten Abschnitts.** Die Vorschriften des Achten Abschnitts regeln inzwischen sehr verschiedene Maßnahmen, die zum Teil der Beweisgewinnung und -sicherung, zum Teil der Sicherung künftiger Sanktionen dienen.

7 **aa)** §§ 94 bis 98 betreffen die **Sicherstellung von Beweismitteln** und dienen damit der Beweisbeschaffung und der **Beweissicherung**. Soweit § 94 Abs. 3 die Vorschrift auch auf Führerscheine anwendet, die der Einziehung unterliegen, handelt es sich aber nicht um Beweissicherung, sondern um **Sicherung der Einziehung des Führerscheins** und um die Durchsetzung der Fahrerlaubnisentziehung nach § 111a, also einer Präventivmaßnahme.

8 **bb)** §§ 98a ff. normieren die **Rasterfahndung** unter **Datenabgleich** mit Hilfe von EDV, eine Maßnahme, die in das informationelle Selbstbestimmungsrecht eingreifen kann.

9 **cc)** §§ 99 bis 100j durchbrechen das **Post- und Fernmeldegeheimnis** (Art. 10 GG) zur Beschaffung von Beweismitteln und gestatten deshalb die Beschlagnahme von Briefen, Sendungen und Telegrammen „auf der Post" (§§ 99, 100) bzw. die **Überwachung der Telekommunikation**, ferner die nachträgliche Erfassung der Telekommunikationsverbindungsdaten zu einem bestimmten Endgerät, die auch in das informationelle Selbstbestimmungsrecht eingreift.[56]

10 **dd)** §§ 100c, 100d regeln neben dem **Einsatz** sonstiger **technischer Mittel**, etwa zur **Observation**, die **Überwachung und Aufzeichnung des nichtöffentlich gesprochenen Wortes** außerhalb bzw. innerhalb von Wohnungen.[57] Dadurch wird in den Schutzbereich des

---

[55] BGHSt **40** 211, 213 erklärte, eine Umgehung gesetzlicher Aussageverweigerungsrechte liege nur vor, wenn ein bereits ausgeübtes Schweigerecht gezielt umgangen werde; zust. *Weßlau* ZStW **110** (1998), 1, 11. S. auch EGMR StraFo **2003** 162 = JR **2004** 127 mit Aufs. *Esser*. Die Zurechnung des Verhaltens von Privatpersonen zum Strafverfahren bei „Hörfallen" lehnten ab: BGHSt **39** 335 ff. mit Anm. *Dencker* StV **1994** 667 ff.; *Lisken* NJW **1994** 2069 f.; *Neuhaus* Kriminalistik **1995** 787 ff.; *Sternberg-Lieben* Jura **1995** 299 ff.; *Tietje* MDR **1994** 1078 ff.; *Welp* NStZ **1994** 292 ff.; BGHSt (GrSSt) **42** 139 ff. mit Anm. *Artkämper* NJ **1998** 604; *Bär* CR **1997** 367 f.; *Bernsmann* StV **1997** 116 ff.; *Bosch* Jura **1998** 236 ff.; *Derksen* JR **1997** 167 ff.; *Kudlich* JuS **1997** 696 ff.; *Lesch* JA **1997** 15 ff.; *Popp* NStZ **1998** 95 f.; *Renzikowski* JZ **1997** 710 ff.; *Rieß* NStZ **1996** 505 f.; *Weßlau* ZStW **110** (1998), 1 ff.; im Ergebnis anders der Vorlagebeschluss des 5. Strafsenats StV **1996** 242 ff. mit Anm. *Fezer* NStZ **1996** 289 f.; *Lesch* JA **1996** 632 ff. Die Verfassungsbeschwerden gegen BGHSt **39** 335; **42** 139 wurden aus verfassungsprozessualen Gründen nicht zur Entscheidung angenommen, BVerfG (Kammer) NStZ **2000** 488 f.; **2000** 489 = JR **2000** 467 f. mit Anm. *Franke* = StV **2000** 467 f. mit Anm. *Weßlau*.

[56] BTDrucks. **14** 7008 S. 1, 6.

[57] Zum Vorgarten als Teil des Sphäre des Art. 13 GG BGH (ER) NJW **1997** 2189 f. mit Anm. *Gössel* NStZ **1998** 126 ff.; zum Vereinsbüro BGH StV **1997** 114 ff. mit Anm. *Kretschmer* Jura **1997** 581 ff.; *Martin* JuS **1997** 758; *Scholz* NStZ **1997** 196 ff.; *Wollweber* NStZ **1997** 351; zur Überwachung des Besuchsraums einer Untersuchungshaftanstalt BGH NJW **1998** 3284 ff.

speziellen Grundrechts aus Art. 13 Abs. 1 GG, bei Maßnahmen außerhalb einer Wohnung in das allgemeine Persönlichkeitsrecht eingegriffen.[58]

ee) §§ 102 bis 110 regeln die Durchsuchung von Personen, Sachen und Räumen beim Beschuldigten und bei anderen Personen zur **Ergreifung des Beschuldigten** und zur **Beschaffung von Beweismitteln**. Die Vorschriften gelten nach § 111b entsprechend für die Durchsuchung zur Beschlagnahme von **Gegenständen, die dem Verfall oder der Einziehung unterliegen**. Die Durchsuchung berührt den Schutzbereich der Art. 13 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 GG. **11**

ff) §§ 110a ff. behandeln den Einsatz **Verdeckter Ermittler**, der verschiedene Grundrechtssphären betreffen kann, je nachdem, ob Zielperson der heimlichen Ermittlungen ein Beschuldigter, ein Zeuge oder ein Dritter ist und auf welche Weise dieser Person gegenüber gehandelt wird. **12**

gg) § 111 regelt die Möglichkeit, **Kontrollstellen** einzurichten, um bei bestimmten schweren Straftaten, wie terroristischen Anschlägen oder Raubüberfällen, die noch unbekannten Täter zu ergreifen oder Beweismittel sicherzustellen. **13**

hh) § 111a enthält mit der **vorläufigen Entziehung der Fahrerlaubnis** eine Präventivmaßnahme, die mit den §§ 112a, 126a und 132a verwandt ist und zweckmäßigerweise mit diesen zusammen in einem Abschnitt zu regeln gewesen wäre. **14**

ii) §§ 111b bis 111i und 111l regeln die **Sicherstellung von Gegenständen,** die dem Verfall oder der Einziehung unterliegen, und sichern die spätere **Vollstreckung**. Gleichzeitig sollen sie auch die Zugriffsmöglichkeit des Geschädigten sichern. **15**

jj) § 111k ordnet die **Rückgabe** nach § 94 als Beweismittel sichergestellter oder nach §§ 111b ff. zur Sicherung des Verfalls oder der Einziehung beschlagnahmter **beweglicher Sachen an den Verletzten** an. **16**

kk) § 111m und § 111n enthalten für den Bereich der **Pressebeschlagnahme** zur Sicherung der Einziehung Einschränkungen gegenüber §§ 111b ff. **17**

ll) §§ 111o, 111p betreffen den dinglichen **Arrest und die Vermögensbeschlagnahme** zur Sicherung einer späteren Vermögensstrafe[59] unter Eingriff in den Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG. **18**

d) Geltungsbereich der Vorschriften des Achten Abschnitts

aa) **Erkenntnisverfahren.** Die Vorschriften des Achten Abschnitts des Ersten Buches der StPO, die grundsätzlich auch im Bußgeldverfahren anwendbar sind,[60] gehören zu den allgemeinen Vorschriften. Sie gelten demnach in allen Verfahrensabschnitten. Nicht **19**

---

[58] Von zentraler Bedeutung für das Verständnis dieser Vorschriften ist BVerfGE **109** 279 ff. Wegen der Einzelheiten muss auf die dortige Kommentierung verwiesen werden.

[59] Die Vorschriften sind gegenstandslos geworden durch das Urteil des BVerfG im Verfahren 2 BvR 794/95 BVerfGE **105** 135, durch das die gesetzliche Regelung zur Vermögensstrafe für verfassungswidrig erklärt wurde.

[60] Vgl. *Benfer/Bialon* Rn. 139 ff.

nur **im Ermittlungsverfahren**, sondern auch **im Zwischen- und Hauptverfahren**[61] dürfen sie deshalb grundsätzlich angewendet werden.

20 Allerdings ist zu berücksichtigen, dass wegen des nach der Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft bestehenden uneingeschränkten Rechts auf Akteneinsicht (vgl. § 147 Abs. 2) eine **Geheimhaltung** der in den Akten zu dokumentierenden Vorgänge rechtlich nicht mehr möglich ist. Soweit danach solche Maßnahmen noch praktikabel sind, kann sie die Staatsanwaltschaft vornehmen.

21 **bb) Vollstreckungs- und Auslieferungsverfahren.** Der durch das OrgKG[62] geänderte § 457 bestimmt ergänzend, dass alle Maßnahmen, die im Erkenntnisverfahren **zur Ergreifung des Beschuldigten** in Betracht kommen, im Vollstreckungsverfahren ebenfalls zulässig sind; das gilt folglich auch für die Maßnahmen nach dem Achten Abschnitt des Ersten Buches. Indes ist wiederum von Fall zu Fall zu prüfen, ob eine bestimmte Maßnahme zur Ergreifung des Verurteilten geeignet, erforderlich und angemessen ist.[63] Ähnliches gilt für die Anwendung der Vorschriften des Achten Abschnitts im Auslieferungsverfahren.[64]

2. Die Vorschriften des Achten Abschnitts als abschließende Regelungen

a) Bedeutung der spezialgesetzlichen Regelungen

22 **aa) Exklusivität der §§ 94 ff.** Die Vorschriften des Achten Abschnitts enthalten, soweit nicht ergänzende Normen aus anderen Gesetzen hinzutreten, für den jeweiligen Regelungsbereich eine **abschließende Regelung.**[65] Auch im Bereich unterhalb der Anwendung unmittelbaren Zwanges liegende Grundrechtseingriffe sind, soweit sie nicht außerhalb des Achten Abschnitts gesetzlich geregelt sind, deshalb zunächst nur nach Maßgabe der vorliegenden Vorschriften gestattet. Nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit kann aber auch **ein Minus** zu den gesetzlich gestatteten Maßnahmen in Betracht kommen. Praxisrelevant ist insoweit z.B. ein Auskunftsverlangen anstelle von Maßnahmen gemäß §§ 94, 95, 102 ff.[66]

23 **bb) Verbot der analogen Anwendung der Eingriffsnormen und des Rückgriffs auf die subsidiäre Ermittlungsgeneralklausel bei einer Sperrwirkung der Spezialnormen.** Eine entsprechende Anwendung der Normen des Achten Abschnitts zum Nachteil des Betroffenen kommt nicht in Betracht,[67] weil dies dem Prinzip vom **Vorbehalt des Gesetzes**[68] nicht genügen würde.[69]

24 Die Maßnahmen des Achten Abschnitts greifen oft in spezielle Grundrechte nach Art. 10, 13, 14 GG ein, die nach ausdrücklicher grundgesetzlicher Bestimmung einem

---

[61] Vgl. zur Durchsuchung von Behördenräumen und Beschlagnahme von Behördenakten durch das erkennende Gericht im Hauptverfahren OLG Jena NJW **2001** 1290, 1291 ff. mit Anm. *Hohmann* wistra **2001** 196 ff.

[62] Begr. des RegE BTDrucks. **12** 989 S. 44 f.

[63] Vgl. PfzOLG Zweibrücken StV **2001** 305 zur Telefonüberwachung bei der Fahndung im Vollstreckungsverfahren.

[64] Zur dortigen Überwachung der Telekommunikation OLG Hamm wistra **2000** 278, 279.

[65] Vgl. BGHSt **31** 296, 298; **31** 304, 306.

[66] Vgl. *Bittmann* NStZ **2001** 231 ff.

[67] Zur Unanwendbarkeit der §§ 110a ff. auf nicht offen ermittelnde Polizeibeamte BGHSt **41** 42, 44 ff.; BGH StV **1996** 241, 242; **1997** 233 f.; *Makrutzki* 113 f.

[68] Näher *Perschke* 25 ff. m.w.N.

[69] *Binder* 191 ff.; *Makrutzki* 114; *Weiler* Grundlagen und Grenzen des polizeilichen Einsatzes von V-Leuten, 185 ff.; im Ansatz **a.A.** *Oliver Mertens* 62 ff.

Gesetzesvorbehalt unterliegen. Zudem liegt meist ein Eingriff in Art. 2 Abs. 1 GG vor, der auch nach der „Wesentlichkeitstheorie" des Bundesverfassungsgerichts jedenfalls im Allgemeinen keinem strikten Gesetzesvorbehalt unterliegt und im Übrigen nach § 161 Abs. 1 Satz 1 n.F. gestattet sein kann.[70] Analogien zu den §§ 94 ff. sind grundsätzlich ausgeschlossen, weil die so gebildeten Regeln nicht auf einer parlamentarischen Entscheidung, sondern auf derjenigen des Rechtsanwenders beruhen würden. Nur eine **entsprechende Anwendung** von Regeln, die **für den Betroffenen günstig** sind, ist dogmatisch zulässig.[71] Dies gilt insbesondere für Rechtsschutzmöglichkeiten, wie in § 98 Abs. 2 Satz 2, oder Hindernisse für behördliche Eingriffsakte, wie das Verbot der Beschlagnahme von Verteidigungsunterlagen.[72]

cc) Herleitung und Bedeutung des Prinzips vom Vorbehalt des Gesetzes. Im Einzelnen ist die Bedeutung des Prinzips vom Vorbehalt des Gesetzes, das bei verschiedenen Grundrechtsbestimmungen unterschiedliche Ausprägungen aufweist und durch einen Allgemeinvorbehalt außerhalb des geschriebenen Verfassungsrechts ergänzt wird,[73] für die strafrechtliche Ermittlungstätigkeit unklar. **25**

(1) **Extrempositionen.** Entgegen einer früher in der Literatur vertretenen Auffassung kann ein Handeln der Exekutive, das kein Verwaltungsakt ist, nicht grundsätzlich als Verwaltungsinternum betrachtet werden. Insbesondere verdeckte Ermittlungen sind daher nicht bereits wegen ihrer Eigenschaft als **Realhandlungen** von der Kategorie der Grundrechtseingriffe ausgeschlossen.[74] Ermittlungsmaßnahmen sind oftmals Realhandlungen. **26**

Andererseits ist die gegenläufige **Lehre vom Totalvorbehalt**, wonach jedes Handeln der Exekutive einem Gesetzesvorbehalt unterworfen ist, mit dem Regelungssystem der Grundrechtsnormen kaum vereinbar.[75] **27**

(2) **Wesentlichkeitstheorie.** Es gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die auf das **Demokratie-, Rechtsstaats- und Gewaltenteilungsprinzip** gestützte „Wesentlichkeitstheorie",[76] wonach der Gesetzgeber zwar nicht alle, wohl aber alle wesentlichen Entscheidungen in Bereichen, die für die Verwirklichung von Grundrechten wesentlich sind, selbst zu treffen hat. **28**

Dabei kann sich der Gesetzgeber in bestimmten Bereichen eingriffsintensiver hoheitlicher Maßnahmen auch **nicht** auf die Schaffung von **Generalermächtigungen** an die Exekutive oder Judikative, wie § 161 Abs. 1 Satz 1 n.F., zurückziehen. Denn damit würde er wiederum die vom Gesetzesvorbehalt geforderte parlamentarische Entscheidung über die Voraussetzungen, Umstände und Folgen von Eingriffsmaßnahmen der Sache nach aus der Hand geben.[77] Schließlich muss auch z.B. bei einer Verordnungsermächtigung des **29**

---

[70] Vgl. *Rogall* NStZ **2000** 490, 492 f.

[71] Zu einem über § 97 hinausgehenden Beschlagnahmeverbot für Verteidigungsunterlagen im Besitz des Beschuldigten BGHSt **44** 46, 48 ff. mit Anm. *Martin* JuS **1998** 850 f.; *Satzger* JA **1998** 632 ff.; *Schneider* Jura **1999** 411 ff.; BVerfG – Kammer – Beschl. vom 30. Januar 2002 – 2 BvR 2248/00.

[72] Vgl. etwa BGH NStZ **2001** 604, 606; LG München I NStZ **2001** 612, 613.

[73] Vgl. *Bethge* VVDStRL **57** (1998), 1, 27 ff.

[74] So aber *Kloepfer* Datenschutz als Grundrecht (1980), 24; *Ramsauer* VerwArch **72** (1981), 104; dagegen z.B. *Hoppe* 46; *Podolsky* 160.

[75] Vgl. *Makrutzki* 49 m.w.N.

[76] Z.B. BVerfGE **61** 260, 275.

[77] Vgl. für heimliche präventivpolizeiliche Eingriffe in geschützte Vertrauensbeziehungen SächsVerfGH LKV **1996** 273, 285.

Gesetzgebers an die Exekutive das ermächtigende Gesetz selbst Inhalt, Zweck und Ausmaß der Eingriffsbefugnisse regeln (Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG); hinter dieses Anforderungsprofil darf in grundrechtswesentlichen Bereichen der Gesetzgebung nicht durch Generalklauseln zurückgewichen werden.

30 Nach der Wesentlichkeitstheorie darf der Gesetzgeber auch nicht der fachgerichtlichen **Rechtsprechung** die wesentlichen Entscheidungen überlassen.[78]

31 Namentlich die **heimliche Ausforschung von Zielpersonen** ist ihrer Natur nach ein nachrichtendienstliches Mittel.[79] Sie ist aufgrund der Verheimlichung des staatlichen Eindringens in die Privatsphäre besonders eingriffsintensiv und dürfte deshalb zu dem Bereich zu rechnen sein, der nach der „Wesentlichkeitstheorie" einem Gesetzesvorbehalt unterliegt.

32 (3) **Schwellentheorie.** Für die Frage, ob im Einzelfall ein Grundrechtseingriff vorliegt, der dem Prinzip vom Vorbehalt des Gesetzes unterliegt, kann die Eingriffsintensität der Maßnahme nicht unberücksichtigt bleiben. Ohne Rücksicht auf den betroffenen Schutzbereich verschiedener Grundrechtsnormen wird man einen Grundsatz, der dem materiell-rechtlichen Bagatellausschlussprinzip ähnelt („minima non curat praetor"), auch im Verfahrensrecht anerkennen können. Erst ab einer relevanten, verifizierbaren Eingriffsintensität wird danach die **Schwelle zum Grundrechtseingriff** überschritten, während **Minima** (Rn. 54 ff.) außer Betracht bleiben müssen, um die Ermittlungspraxis nicht zu überfordern und zu blockieren. Für das Strafverfahrensrecht ist das insbesondere im Bereich der informatorischen Befragungen, welche die befragte Person nicht in rechtlich erheblicher Weise beeinträchtigt, anerkannt. Daran anknüpfend kann auch nach dem Volkszählungsurteil in BVerfGE **65** 1, 41 ff. immer noch in gewissem Umfang eine Schwellentheorie vertreten werden,[80] die allerdings nur Bagatellhandlungen im Randbereich des Persönlichkeitsrechts der betroffenen Person von der Kategorie des Grundrechtseingriffs ausschließt.[81]

33 (4) **Sphären-Theorie.** Die Schwellentheorie wird ergänzt durch die Sphären-Theorie,[82] welche die Intensität der Eingriffe und das Erfordernis des „Ob" und „Wie" einer Legitimation des Eingriffs anhand der beeinträchtigten Schutzsphäre misst. Diese Theorie kennt eine Sphäre des absolut geschützten Kernbereichs der Persönlichkeit (**Intimsphäre**), in die einzudringen und deren Inhalte zu verwerten den staatlichen Strafverfolgungsorganen ohne Einschränkung verboten sein soll.

34 Neben dem Kernbereich privater Lebensgestaltung gibt es eine nicht absolut, aber relativ geschützte Sphäre. Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht liegen danach auch vor, wenn zwar keine im Sinne des Art. 13 Abs. 1 GG genau räumlich abgrenzbare, aber der Sache nach gegen den beliebigen Informationszugriff Dritter abgegrenzte Sphäre der Persönlichkeitsentfaltung betroffen ist.[83] Denn die Persönlichkeitsentfaltung ist nicht nur räumlich auf einen häuslichen Bereich beschränkt. Die **Privatsphäre** ist vielmehr „räum-

---

[78] Vgl. BVerfGE **88** 103, 115 ff.

[79] SächsVerfGH LKV **1996** 275, 286; *Haas* V-Leute 10 f.; *Makrutzki* 55; *Weßlau* Vorfeldermittlungen 228.

[80] Krit. *Erfurth* 56 f.; *Germann* 479; *Hoppe* 47, 52 ff.; *Makrutzki* 115 ff.; *Chirinio Sánchez* 188 f.

[81] In der Benutzung einer Legende durch einen nicht offen ermittelnden Polizeibeamten sah BGH NStZ **1996** 450 mit Anm. *Rogall* eine nur unerhebliche Täuschung des Beschuldigten.

[82] BVerfGE **27** 1, 7; **27** 344, 350 ff.; **32** 373; **34** 238; **35** 202; **44** 353; **54** 148, 153; **63** 131.

[83] Vgl. BVerfGE **101** 361, 384 f.

lich und thematisch" bestimmt.[84] Sie betrifft einen Bereich privater Lebensgestaltung, der nicht für jedermann zugänglich ist.[85] In diesem Bereich darf insbesondere das nichtöffentlich gesprochene Wort nicht ohne gesetzliche Ermächtigung durch staatliche Ermittlungsorgane erfasst werden.[86]

Dagegen ist das gesprochene oder aufgezeichnete Wort in einer **Sphäre der sozialen Kommunikation**, also etwa beim Gespräch auf der offenen Straße, im Großraumbüro oder in einem öffentlichen Verkehrsmittel, nicht nur für jeden Privaten zur Erfassung und Verwendung preisgegeben, sondern auch dem staatlichen Informationszugriff. Dies folgt aus der Gemeinschaftsbezogenheit dieser Form der Persönlichkeitsentfaltung.[87] **35**

(5) **Lehre vom Informationseingriff.** Zum Teil zu weit geht die Lehre vom Informationseingriff,[88] die letztlich jede staatliche Informationsbeschaffung, welche personenbezogene Daten betrifft, als Grundrechtseingriff im Sinne des Prinzips vom Vorbehalt des Gesetzes betrachtet.[89] Sie kann allerdings auf eine nicht entscheidungstragende[90] Bemerkung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Volkszählungsurteil,[91] es gebe letztlich „kein belangloses Datum", verweisen. Das kommt jedoch im Ergebnis einem „**Totalvorbehalt**"[92] gleich, der **zu weit** geht (Rn. 27). Freilich hat auch der Gesetzgeber des StVÄG 1999 (vgl. die Ausführungen zur Entstehungsgeschichte) und des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 zur Auskunft über Telekommunikationsverbindungen (§§ 100g, 100h)[93] angenommen, dass die strafprozessuale Erfassung und Verwendung von Informationen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung beschränke. **36**

(6) **Lehre von den Informationsbeherrschungsrechten.** Will man den Ansatz des Eingriffs in subjektive Rechte an personenbezogenen Daten differenzierend weiterverfolgen, so kann man im Ansatz mit *Amelung* an **Informationsbeherrschungsrechte** anknüpfen.[94] Aus einer solchen Rechtsposition, die dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung ähnelt, wird zum Teil hergeleitet, dass verdeckte Ermittlungen, die auf eine informelle Befragung aussageverweigerungsberechtigter Personen, also Beschuldigte und zur Zeugnisverweigerung befugte Zeugen, zielen, welche in einer Vernehmung ein Aussageverweigerungsrecht hätten, über das sie aus Gründen der Vorsorge und Fürsorge[95] sogar zu belehren wären, in spezifisch geschützte prozessuale Rechtspositionen eingreifen und daher einem Gesetzesvorbehalt unterliegen.[96] Dies korrespondiert mit dem Ansatz in **37**

---

[84] BVerfGE **101** 361, 382.

[85] Zur Zugänglichkeit personenbezogener Daten als Kriterium der Eingriffsbegrenzung *Germann* 485 f.

[86] Enger vom Standpunkt der Art. 6, 8 EMRK aus EGMR StV **1992** 499 f. = NJW **1992** 3088 f.

[87] Diese in BVerfGE **80** 367 ff. nicht näher behandelte dritte Sphäre erläutert – für Bildaufnahmen – BVerfGE **101** 361, 380 ff.

[88] Vgl. *Chirinio Sánchez* 185 ff. m.w.N.; s.a. SächsVerfGH LKV **1996** 273, 280 zum „polizeilichen Informationseingriff"; ähnlich MecklVorpVerfG LKV **2000** 149, 151 f.; abl. etwa *Podolsky* 159.

[89] *Chirinio Sánchez* 191 f.

[90] Die Informationseingriffe aufgrund des VZG betrafen jeweils erhebliche Mengen an personenbezogenen Daten; auf Einzeldaten, die für sich genommen wenig Aussagekraft für die Persönlichkeit haben, kam es in BVerfGE **65** 1, 41 ff. nicht an.

[91] BVerfGE **65** 1, 45.

[92] Näher *Perschke* 26 ff. m.w.N.

[93] BTDrucks. **14** 7008 S. 1, 6.

[94] *Amelung* FS Bemmann 505 ff. und FS Roxin 1259 ff.; krit. *Rogall* FS Grünwald 523, 531 ff.

[95] Zum Vorsorglichkeits- und Fürsorgecharakter der Belehrungspflichten BGHSt **25** 325, 330 (zu § 243 Abs. 4); **38** 214, 221 (zu § 136 Abs. 1).

[96] *Weiler* GA **1996** 101 ff.

BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234, wo zumindest in der Verletzung besonders geschützter Vertrauensbeziehungen ohne spezialgesetzliche Gestattung auch ein Verstoß gegen den Anspruch auf ein fair trial gesehen wurde.[97]

38 **b) Erweiterungen der Eingriffsbefugnisse.** Da die §§ 94 ff. immer noch Regelungslücken im Vergleich mit dem Kanon der bereits praktizierten Ermittlungsmaßnahmen aufweisen,[98] stellt sich die Frage, ob Eingriffsmaßnahmen im Einzelfall auch ohne spezialgesetzliche Regelung, insbesondere aufgrund der subsidiären Generalermächtigung nach § 161 Abs. 1 Satz 1 n.F., rechtmäßig sein oder ob zulässige Ermittlungseingriffe um flankierende Maßnahmen ohne Sonderregelungen ergänzt werden können.

39 **aa) Unselbständige Begleitmaßnahmen zu den spezialgesetzlich geregelten Eingriffsakten.** Von der Eingriffsermächtigung für die Hauptmaßnahme gedeckt sind unselbständige Begleitmaßnahmen,[99] zumindest soweit sie nicht in den Schutzbereich weiterer Grundrechtspositionen – über die vom Zwangseingriff ohnehin auch mitbetroffene Willensfreiheit hinaus – eingreifen.[100] Begleitmaßnahmen, die den Schutzbereich anderer Grundrechtspositionen betreffen, sind bei nachkonstitutionellen Eingriffsnormen dagegen nicht zugleich mit der Hauptmaßnahme gestattet; dem steht schon das Zitiergebot gemäß Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG entgegen. Das Zitiergebot spielt hingegen bei vorkonstitutionellen Eingriffsnormen[101] oder der nachkonstitutionellen Wiederholung früherer Normen[102] keine Rolle; diese Normen können folglich auch über die Grenzen des Schutzbereichs einzelner Grundrechte hinaus Begleitmaßnahmen im Schutzbereich anderer Grundrechte als derjenigen, die durch die Hauptmaßnahme eingeschränkt werden, legitimieren.

40 Von diesem Blickwinkel aus hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs die **Öffnung eines Kraftfahrzeugs zur Anbringung einer „Wanze"** aufgrund von § 100c erlaubt, die Wegnahme des Fahrzeugs, um die Maßnahme in einer Werkstatt durchführen zu können, aber nicht gestattet;[103] denn in Letzterem liegt eine Besitzentziehung, die

---

[97] In der Entscheidung heißt es: „Sie (gemeint: die Beschwerdeführer) zeigen damit auch eine Verletzung ihres Anspruchs auf ein faires rechtsstaatliches (Ermittlungs-)Verfahren auf. Denn das den Ermittlungsbehörden im Rahmen des erteilten Auftrags zuzurechnende Vorgehen der Vertrauensleute (vgl. BGH StV **2000** 57, 61 = BGHSt **47** 321 331) stellt sich nicht nur als eine rein passive Informationserlangung ohne Eingriffscharakter, sondern spätestens mit der Nachfrage bei der Zeugin nach ihrer spontanen Äußerung als eine heimliche Befragung einer Aussageperson durch V-Personen und damit als eine Maßnahme dar, die jedenfalls ohne spezielle gesetzliche Ermächtigungsgrundlage nicht zulässig war. Die darin liegende Missachtung des Vertrauensverhältnisses zwischen einem Beschuldigten und seinen Angehörigen im Sinne des § 52 StPO enthält einen Verstoß gegen das Prinzip eines fairen Verfahrens, da der in verschiedenen Vorschriften des Strafverfahrensrechts garantierte Schutz eines Angehörigenverhältnisses (vgl. § 52 Abs. 1 und 3, § 97 Abs. 1, § 100d Abs. 3 Satz 3, § 252 StPO) in seinem Kernbestand zu den rechtsstaatlich unverzichtbaren Erfordernissen eines fairen Verfahrens zählt".

[98] Zum Fehlen einer Rechtsgrundlage für einen BtM-Scheinkauf durch einen nicht offen ermittelnden Polizeibeamten, der kein VE ist, in einer Wohnung BGH NJW **1997** 151 ff.

[99] *Geppert* JK 01, StPO § 100c/4;.

[100] Vgl. *Dörschuck* 21 f.; zur zwangsweisen Veränderung der Haar- und Barttracht bei einer Gegenüberstellung nach §§ 81b, 81a BVerfGE **47** 239, 246 ff. mit Anm. *Grünwald* JZ **1981** 423 ff.

[101] BVerfGE **2** 121, 122.

[102] Vgl. BVerfGE **5** 13, 15 f.

[103] BGH (ER) StV **1997** 400f mit Anm. *Burghard* Kriminalistik **1998** 63; *Gössel* NStZ **1998** 126 ff.; *Gropp* JZ **1998** 501 ff.; *Heger*

nicht durch § 100c gestattet ist. BGHSt **46** 266, 275 f. hat demgegenüber allerdings mit Hinweis auf eine Annexkompetenz der Ermittlungsbehörden den ergänzenden Eingriff in den Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG durch kurzzeitige heimliche Wegnahme eines Kraftfahrzeugs zur Anbringung eines Peilsenders für ein „global positioning system" aufgrund von § 100c für gerechtfertigt erachtet.

Eine besondere Problemzone bildet die Mischung von repressiven polizeilichen Maß- **41**
nahmen mit solchen zur Gefahrenabwehr. Ein Beispiel dafür ist der **„Sicherungslauschangriff"**, bei dem ein auch in einer fremden Wohnung nach den §§ 110a ff. eingesetzter Verdeckter Ermittler zur Eigensicherung vor Gefahren für Leib oder Leben mit akustischen Überwachungsmitteln ausgestattet wird.[104] Für diese Zusatzmaßnahme, die eigenständiges Gewicht als Grundrechtseingriff besitzt, bedarf es einer ergänzenden Legitimation. Art. 13 Abs. 5 GG n.F. gestattet den Sicherungslauschangriff verfassungsrechtlich.[105] Durch § 161 Abs. 3 ist er nun auch im einfachen Recht geregelt.[106]

bb) Generalklauseln als Ermächtigung zum Eingriff in die Rechte aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 3 GG. Verschiedene Ermittlungsmaßnahmen, insbesondere der Einsatz nicht offen ermittelnder Polizeibeamter oder von V-Leuten, wurden bisher von der strafgerichtlichen Rechtsprechung aufgrund allgemeiner Regeln über strafprozessuale Kompetenzen und die Aufklärungspflicht für zulässig erachtet.[107] Dies wird neuerdings durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts[108] und des EGMR,[109] aber auch durch die formelle Subsidiarität der Ermittlungsgeneralklausel des § 161 Abs. 1 n.F. in Frage gestellt. **42**

(1) Regelungsbestand. Der bis zum Inkrafttreten des StVÄG 1999 geltenden **Befug-** **43**
nisnorm des § 163 a.F. und der **Aufgabenzuweisungsregelung** des § 161 a.F. konnte entgegen einer verbreiteten Auffassung in der Rechtsprechung[110] und Literatur[111] jenseits des Bereichs von Bagatellhandlungen[112] oder Maßnahmen, die infolge der Einwilligung des Betroffenen keine Eingriffsqualität besitzen,[113] keine ausreichende Ermächtigung entnommen werden.[114]

Davon ging auch der Gesetzgeber des StVÄG 1999 aus.[115] Die durch dieses Gesetz **44**
geschaffene **Ermittlungsgeneralklausel** des § 161 Abs. 1 i.V.m. § 163 Abs. 1 n.F. gestattet der Staatsanwaltschaft und ihren Ermittlungspersonen Ermittlungen jeder Art und das

---

JR **1998** 163 ff.; *Janker* NJW **1998** 269 ff.; *Martensen* JuS **1999** 433 ff.; *Schairer* Kriminalistik **1998** 119 f.

104 Zutr. *Binder* 182 ff.: Schwerpunkt der Gesamtaktion bei der Repression; **a.A.** *Martin Müller* 31 ff.: für sich genommen rein präventive Maßnahme.

105 Dazu *Martin Müller* 169 ff.

106 *Brodersen* NJW **2000** 2536, 2539.

107 Vgl. *Jähnke* FS Odersky 427, 430.

108 BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234.

109 EGMR EuGRZ **1999** 660 ff. (Teixeira de Castro ./. Portugal).

110 BayObLGSt **1959** 38, 39 f.; **1969** 79, 80.

111 *Bachmann* 22 f.; *Bockemühl* JA **1996** 695, 697 f. (für Bagatelleingriffe); *Bottke* GedS Meyer, 37, 47; *Kramer* NJW **1992** 2732, 2735 (für Maßnahmen ohne Zwang); *ders.* Kriminalistik **1993** 227, 230; *Rebmann* NJW **1985** 1, 3; *Rogall* Informationseingriff 73; *Rieß* JR **1993** 438, 439 (für Maßnahmen ohne Zwang).

112 Krit. *Perschke* 82 f. m.w.N.

113 Vgl. *Podolsky* 161.

114 *Germann* 479 f., 503 f.; *Makrutzki* 118; *Perschke* 93 ff. (nur Befugnis z.B. zu tatspurenbezogenen Ermittlungen oder informatorischen Befragungen, die aber mangels Eingriffsqualität gar keiner gesetzlichen Ermächtigung bedürfen); *Monika Schmitz* 51; **a.A.** *Kramer* Kriminalistik **1993** 227.

115 Vgl. BTDrucks. **14** 1484 S. 16.

Einholen von Behördenauskünften, soweit nicht Spezialvorschriften vorgehen. Sie regelt aber insbesondere nicht im Einzelnen[116] die Voraussetzungen und die Folgen heimlicher Ermittlungen durch V-Leute oder nicht offen ermittelnde Polizeibeamte.[117] Die Annahme, der Gesetzesvorbehalt werde durch § 161 n.F. in sein Gegenteil verkehrt,[118] geht in dieser Allgemeinheit zu weit.

45 Nach ihrem Zweck und Regelungszusammenhang mit den Vorschriften des Achten Abschnitts sind die §§ **161, 163** nicht dazu geschaffen, als **Eingriffsermächtigungen** zu dienen, soweit es um mehr geht als um singuläre Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht. Ein tieferer Eingriff in Grundrechte[119] liegt aber bei heimlichen Ermittlungen schon wegen der damit verbundenen Einschränkungen von Verteidigungsmöglichkeiten und der Erschütterung des Grundvertrauens in die Offenheit staatlichen Handelns vor.

46 Die § 161 Abs. 1 Satz 1, § 163 n.F. genügen auch nicht den Anforderungen an die Bestimmtheit einer aufgrund der Wesentlichkeitstheorie für heimliche staatliche Ausforschungsmaßnahmen erforderlichen speziellen Eingriffsermächtigung.[120] Das **Gebot der Bestimmtheit** von Eingriffsermächtigungen wird ebenso wie der Gesetzesvorbehalt als solcher auch aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleitet.[121] Es verpflichtet den Gesetzgeber, die zu Eingriffen in Grundrechte ermächtigenden Gesetze so zu fassen, dass der potentiell Betroffene ebenso wie der Rechtsanwender Inhalt und Grenzen der Ermächtigung erkennen können. Das Gesetz selbst muss danach die Eingriffsvoraussetzungen bestimmen und es darf dies nicht den mit der Gesetzesanwendung und mit dem Gesetzesvollzug betrauten Behörden oder Gerichten überlassen. Je intensiver der mögliche Grundrechtseingriff ist, zu dem die Norm ermächtigt, desto höhere Anforderungen werden an den Gesetzgeber gestellt, Art und Umfang des Eingriffs an bestimmte Voraussetzungen zu knüpfen.[122] Es liegt auf der Hand, dass dies für eingriffsintensive heimliche Ermittlungsmaßnahmen in besonderem Maße gilt. EGMR JZ **2000** 993 leitet aus Art. 8 Abs. 2 EMRK Ähnliches her. Zum Teil wird darauf verwiesen, dass die präventiv-polizeirechtliche Generalklausel, wonach die Polizeibehörden zu Handlungen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ermächtigt sind, als hinreichend bestimmte und daher ausreichende Ermächtigungsnorm[123] angesehen wird; Gleiches müsse für eine strafverfahrensrechtliche Ermittlungsgeneralklausel gelten.[124] Dabei werden allerdings rechtliche Regelungen gleichgesetzt, die verschiedene Zwecke verfolgen; das präventive Polizeirecht zielt auf den Schutz des Einzelnen oder der Allgemeinheit vor Gefahren; das Strafverfahrensrecht zielt dagegen auf die Feststellung der Strafbarkeit verdächtiger Personen. Damit weisen die – sonst gleichartigen – Eingriffsmaßnahmen, die verschiedenen Zwecken dienen, auch hinsichtlich ihrer weiteren Wirkungen und Folgen eine verschiedenartige Eingriffsqualität auf, die u.a. auch im Blick auf Verteidigungsinteressen der betroffenen

---

[116] Zum rechtsstaatlichen Gebot der Bestimmtheit präventivpolizeilicher Eingriffsnormen BbgVerfG LKV **1999** 450, 452; MecklVorpVerfG LKV **2000** 149, 155; SächsVerfGH LKV **1996** 273, 281.

[117] *Hefendehl* StV **2001** 700, 704.

[118] *Dencker* FS Meyer-Goßner 237, 242.

[119] Vgl. für Maßnahmen nach den §§ 98a, 100a, 100c, 110a in Bezug auf die Datenverwendungsregelung des § 477 Abs. 2 Satz 2 n.F. BTDrucks. **14** 1484 S. 29.

[120] *Weiler* Grundlagen und Grenzen des polizeilichen Einsatzes von V-Leuten 195; einschränkend *Perschke* 99 ff.

[121] Vgl. für präventivpolizeiliche Eingriffsmaßnahmen BbgVerfG LKV **1999** 450, 452.

[122] BbgVerfG LKV **1999** 450, 452.

[123] Vgl. BVerfGE **54** 143, 144 f.

[124] *Dörschuck* 5 ff., 20 f.

Person zu verschiedenartigen Anforderungen an die Bestimmtheit der gesetzlichen Ermächtigungen führen kann.

Ungeklärt ist jedoch, für welche **Einzelhandlungen** eine spezialgesetzliche Ermächtigung erforderlich ist.[125] BVerfG (Kammer) NStZ **2000** 489, 490 (Rn. 37) mit Anm. *Rogall* und Anm. *Weßlau* StV **2000** 468 ff. weist darauf hin, dass eine „passive Informationserlangung ohne Eingriffscharakter" schon bei einer Nachfrage eines V-Manns bei der verdeckten Befragung einer Zielperson nicht mehr vorgelegen habe; damit ist umgekehrt in den Raum gestellt worden, dass passives Verhalten von Hoheitsträgern oder deren Hilfspersonen, das zu einer staatlichen Informationserlangung führt, kein Eingriffsakt ist, der einer Ermächtigung bedürfte. Verdeckt ermittelnde Beamte und V-Leute dürfen sich also in eine Szene begeben und dort Informationen an sich herantragen lassen. Voraussetzung für das Vorliegen eines Eingriffs ist eine dem Staat zuzurechnende **Aktivität**, die für die staatliche Informationserlangung ursächlich ist. Da jedoch nach allgemeinen Kausalitäts- und Zurechnungsregeln auch ein mittelbar für den Datenzufluss ursächliches, dem Staat zuzurechnendes Handeln ausreicht, etwa der aktive Aufbau einer „Legende" (§ 110a Abs. 2), ist mit der Begrenzung des Eingriffsbegriffs auf Aktivitäten der für den Staat handelnden Personen nicht viel gewonnen.[126] **47**

(2) **Gestattung von Eingriffen in das Persönlichkeitsrecht durch Generalklauseln.** Eine gesetzliche Grundlage bereits für die Erhebung, Speicherung und Verwendung von personenbezogenen Daten wurde von BVerfGE **65** 1, 41 ff. (Volkszählungsurteil)[127] mit Bindungswirkung (§ 31 BVerfGG) bei Eingriffen in das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung** vorausgesetzt.[128] Zwar sieht Art. 2 Abs. 1 GG, auf dem das genannte Recht beruht,[129] keinen speziellen Gesetzesvorbehalt vor, weshalb er auch nicht dem Zitiergebot des Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG unterfällt. Der Gesetzesvorbehalt, den das Volkszählungsurteil herangezogen hat, beruht auf der „Wesentlichkeitstheorie" (Rn. 28).[130] Er gilt sodann für das Recht auf Selbstbestimmung über alle Daten, die irgendetwas über die Identität einer Person, ihre Eigenschaften, ihre Beziehungen zur Umwelt oder ihr Verhalten aussagen.[131] Ein Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung kann z.B. im Onlinezugriff auf nicht allgemein zugängliche Daten mittels EDV liegen.[132] In **48**

---

[125] Vgl. *Bär* in: Wabnitz/Janovsky 18. Kap. Rn. 249.

[126] *Germann* 484.

[127] Folgerechtsprechung: BVerfGE **76** 363, 388 zur Zeugenvernehmung (!) durch einen Untersuchungsausschuss entsprechend der StPO; BVerfG (Kammer) NJW **1987** 2805 ff.; **1988** 959 ff.; **1988** 962 ff., jew. zum Volkszählungsgesetz 1987; BVerfGE **78** 77, 84 ff. zu § 687 ZPO; BVerfG (Kammer) StV **1991** 556 f. zu § 11 BZRG; BVerfG (Kammer) DVBl. **1993** 601 f. zum Melderecht; BVerfG (Kammer) StV **1995** 618 ff. zur DNA-Analyse; BVerfG (Kammer) Beschl. vom 14. Dezember 2001 – 2 BvR 152/01– zur Weitergabe von Informationen über Prämienrückstände an Versicherer; s.a. SächsVerfGH LKV **1996** 273, 279 zum Polizeirecht. In BVerfGE **100** 313, 358 zur Telekommunikationsüberwachung durch den BND wurde angenommen, das informationelle Selbstbestimmungsrecht sei gegenüber dem Grundrecht aus Art. 10 GG subsidiär.

[128] Zur Bedeutung im Strafverfahren *Perschke* 53 ff.; *Chirinio Sánchez* 185 ff.; zum Eingriffscharakter von Internet-Ermittlungen *Germann* 468 ff., 511 ff.; allgemein *Bethge* VVDStRL **57** (1998), 1, 21.

[129] Der mit unklarer dogmatischer Bedeutung hinzuzitierte Art. 1 Abs. 1 GG kennt gar keinen Gesetzesvorbehalt. Er kann allerdings durch kollidierende Rechte Dritter begrenzt werden.

[130] Dazu *Perschke* 33 ff.

[131] Vgl. *Germann* 471.

[132] Abl. zur Abgrenzung des Eingriffsbegriffs nach dem Kriterium der Zugänglichkeit *Germann* 485 f.

freiwillig einer beliebigen Öffentlichkeit preisgegebene Informationen wird hingegen nicht eingegriffen. Nach der Rechtsprechung setzt das materielle Grundrecht auch Maßstäbe für eine effektiven Grundrechtsschutz ermöglichende **Verfahrensgestaltung.**[133] Dies ist namentlich für heimliche Ermittlungsmethoden von Bedeutung, welche die verfahrensrechtliche Stellung des Betroffenen besonders beeinträchtigen und im Grundsatz jedenfalls die nachträgliche Offenlegung erfordern (§ 101), damit alsdann Rechtsschutz ermöglicht wird (Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG).

49 Eingriffe in Rechte aus Art. 2 Abs. 1 GG werden durch die **Ermittlungsgeneralklausel in § 161 Abs. 1 Satz 1 n.F.** gestattet.[134] Deren **Unbestimmtheit** lässt aber Zweifel darüber aufkommen, ob damit für das Strafverfahren gegenüber dem vorherigen Rechtszustand viel an Rechtsstaatlichkeit gewonnen ist. Ob die Überlegungen des Volkszählungsurteils, das den Gesetzgeber zur Schaffung der Generalklausel veranlasst hat, dahin zu verstehen waren, dass sie auf jede staatliche Informationserlangung und -verwertung im Strafverfahren, das allgemein auf Wahrheitserforschung ausgerichtet ist, übertragbar sind, ist noch nicht abschließend geklärt.[135] Dagegen spricht, dass das Volkszählungsgesetz einerseits einen bußgeldbewehrten Zwang zur Auskunft enthielt, andererseits aber auch im Einklang mit BVerfGE **56** 37, 51 ein Verwertungsverbot für Sanktionen gegen den Auskunftgeber; denn § 11 Abs. 3 Satz 3 VZG bestimmte: „Aus den Angaben gewonnene Erkenntnisse dürfen nicht zu Maßnahmen gegen den Betroffenen verwendet werden". Bei den im Strafverfahren umstrittenen ungeregelten Maßnahmen geht es dagegen um solche, die nicht mit einem Zwang zur aktiven Mitwirkung des Beschuldigten oder eines Dritten verbunden sind. Jedoch ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in der dem Volkszählungsurteil nachfolgenden verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung auf nicht zwangsbewehrte Informationsbeschaffungsmaßnahmen ausgedehnt worden. Es gilt zudem nicht nur im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung. Daher ist etwa auch **das gezielte Aushorchen** eines Bürgers durch einen Verdeckten Ermittler, einen sonstigen noch offen ermittelnden Polizeibeamten oder eine V-Person der Polizei, deren Handeln dem Staat zuzurechnen ist, ein Eingriff in dieses Recht.[136] Aus der Perspektive der Zielperson macht es keinen Unterschied, ob ein Verdeckter Ermittler, ein sonstiger nicht offen ermittelnder Polizeibeamter oder eine V-Person im behördlichen Auftrag handelt.[137] *Rogall*[138] meint, Generalklauseln seien ausreichend, wenn „der Eingriff nichts weiter als das Recht auf informationelle Selbstbestimmung betrifft". Dies entspricht auch der Vorstellung des Gesetzgebers des StVÄG 1999. Allerdings ist für Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht durch DNA-Identitätsfeststellung im Blick auf BVerfGE **65** 1, 41 ff. in den §§ 81e ff. und im DNA-IFG eine dezidierte Regelung geschaffen worden, die BVerfGE **103** 21 ff.[139] als mit dem rechtsstaatlichen Gebot der Bestimmtheit und Normenklarheit vereinbar erklärt und zur Ausfüllung des Schrankenvorbehalts geeignet angesehen hat. Ob daraus umgekehrt zu entnehmen ist, dass dieses „Mehr" an Spezifizierung eines Eingriffstatbestandes erforderlich war, bleibt vorerst ungeklärt.

---

[133] Vgl. BVerfGE **65** 1, 44 f.; BbgVerfG LKV **1999** 450, 455.

[134] Vgl. dazu die Begründung des RegE zum StVÄG 1999 BTDrucks. **14** 1484 S. 16.

[135] Abl. z.B. *Lesch* GA **2000** 355, 363 f., der im Legalitätsprinzip und in der Aufklärungspflicht eine ausreichende Legitimation für strafprozessuale Datenerhebungen sieht.

[136] BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234; *Podolsky* 161; offengel. von *Makrutzki* 94 ff.

[137] *Jähnke* FS Odersky 427, 430.

[138] *Rogall* Rudolphi-Symposium 113, 146.

[139] Anschlussentscheidung BVerfG (Kammer) NJW **2001** 2320 ff. mit Aufs. *Kropp* NJ **2001** 576 ff.

Durch die **Heimlichkeit** des Vorgehens von V-Personen und verdeckt ermittelnden Polizeibeamten unter Ausnutzung von Vertrauen in eine „Legende" kann darüber hinaus auch ein **weitergehender Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht** vorliegen.[140] In qualifizierten Fällen, wie den „Romeo-Fällen",[141] ist zugleich ein Eingriff in den **Kernbereich** des Persönlichkeitsrechts und damit eine Antastung der Menschenwürde möglich.[142] **50**

Trotz tiefgreifender gesetzgeberischer Änderungen gerade im Bereich des Achten Abschnitts bestehen nach wie vor in den §§ 94 ff., die der formell subsidiären Ermittlungsgeneralklausel des § 161 Abs. 1 Satz 1 vorgehen und diese in ihrem Anwendungsfeld verdrängen,[143] für einzelne der oft praktizierten Ermittlungsmaßnahmen **Regelungslücken**, die nach und nach ausgefüllt werden. Personenbezogene Observationen,[144] die ein Datenraster, Persönlichkeitsprofil oder Bewegungsprofil entstehen lassen, und so in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingreifen können,[145] waren bis zum StVÄG 1999 nicht geregelt,[146] soweit nicht zugleich ein Einsatz technischer Mittel vorliegt, der gemäß § 100c gestattet ist.[147] Nun gilt § 163f für längerfristige Observationen, § 161 Abs. 1 Satz 1 für kurzfristige Beobachtungen.[148] Demgegenüber ist der in der Praxis häufige, auch observierende Einsatz von **V-Personen** und **nicht offen ermittelnden Polizeibeamten**, die nicht als Verdeckte Ermittler im Sinne der §§ 110a f. gelten, auch nach dem StVÄG 1999 noch nicht durch Spezialgesetz geregelt.[149] Es gelten insoweit nur Richtlinien, die aber die gesetzlichen Regeln der Strafprozessordnung nicht abändern können.[150] Zwar ist die bloße Informationsbeschaffung durch die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen – nur – unter Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Zielperson gemäß § 161 Abs. 1 Satz 1 gestattet,[151] also etwa ein bloßes „Zuhören", das aber in dieser reinen Form praktisch kaum vorkommen wird.[152] Heimliche Ermittlungen gehen regelmäßig über eine solche passive Informationsbeschaffung weit hinaus.[153] Die §§ 110a ff. gehen als Spezialtatbestände für den heimlichen Einsatz von Ermittlungspersonen unter Verwendung einer „Legende" dem formell subsidiären § 161 Abs. 1 vor und verdrängen diesen. Eine spezialgesetzliche Regelung erscheint deshalb verfassungsrechtlich aufgrund der Wesentlichkeitstheorie und einfach-rechtlich zur Verhinderung einer faktischen Umgehung der §§ 110a ff. geboten.[154] **51**

---

[140] *Hefendehl* StV **2001** 700, 703; *Makrutzki* 69 ff.

[141] *Götting* 246; *Weiler* Grundlagen und Grenzen des polizeilichen Einsatzes von Vertrauenspersonen im Strafverfahren, 43, 222.

[142] *Eschelbach* StV **2000** 390, 394; *Makrutzki* 68.

[143] Vgl. BTDrucks. **14** 1484 S. 23.

[144] Vgl. *Hefendehl* StV **2000** 270 ff.; *Podolsky* 162.

[145] Für Videoaufnahmen BGHSt **44** 13, 16; dazu *Amelung* NStZ **1998** 631 f.; *Asbrock* NStZ **1998** 632 f.; *Gehrlein* NJW **1999** 104 f.; *Rogall* JZ **1998** 796 ff.; *Satzger* JA **1998** 539 ff.

[146] *Hefendehl* StV **2000** 270, 273 ff.; *Perschke* 14.

[147] BGHSt **44** 13, 17 ff.; BGH StV **2001** 216, 217 zum „global positioning system".

[148] BVerfGK **16** 1, 12.

[149] Vgl. BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234 mit Anm. *Weßlau* StV **2000** 468 ff. = NStZ **2000** 489, 490 mit Anm. *Rogall*; *Eschelbach* StV **2000** 390, 391; *Germann* 523 ff.; *Hefendehl* StV **2001** 700, 701 f.; zur Entbehrlichkeit einer spezialgesetzlichen Regelung BGHSt **40** 211, 213; **41** 42, 45 mit abl. Anm. *Fezer* JZ **1995** 972 und *Lilie/Rudolph* NStZ **1995** 513.

[150] Vgl. BVerfGE **40** 237, 247.

[151] Vgl. *Hilger* NStZ **2000** 561, 564 Fn. 47; BTDrucks. **14** 1484 S. 23 nennt beim Aufzählen von Beispielen zum Anwendungsfeld des § 161 Abs. 1 die Informationsbeschaffung durch V-Leute nicht.

[152] *Rogall* NStZ **2000** 490, 491.

[153] Vgl. *Makrutzki* 104 ff.; zweifelnd *Rogall* NStZ **2000** 490, 492 f.

[154] Den präventivpolizeilichen V-Mann-Einsatz sieht BbgVerfG LKV **1999** 450, 461 als

52 Mangels spezialgesetzlicher Grundlage einzelner Ermittlungshandlungen, die über eine bloße Informationsbeschaffung nach § 161 Abs. 1 Satz 1 hinausgehen, sind nach dem Prinzip vom Vorbehalt des Gesetzes alle heimlichen Ermittlungsmaßnahmen mit Eingriffscharakter grundsätzlich unzulässig.[155] Es besteht ein **Beweiserhebungsverbot**. Eine andere Frage ist diejenige nach den Rechtsfolgen eines mangels gesetzlicher Eingriffsgestattung rechtswidrigen Handelns, also die Frage nach einem **Beweisverwertungsverbot** für die Hauptverhandlung (Rn. 81).[156]

53 (3) **Freiwilligkeit.** Vergleichbare Probleme wie beim V-Mann-Einsatz ergeben sich auch in Fällen des heimlichen Mithörens von Gesprächen unter Anwesenden oder am Telefon.[157] Ist dies ein dem Staat zuzurechnender „Informationseingriff" in das Persönlichkeitsrecht der betroffenen Personen, dann wäre der sich ggf. aus der Wesentlichkeitstheorie ergebende Gesetzesvorbehalt zu beachten. Handelt es sich dagegen wegen der „Freiwilligkeit" der Teilnahme am Gespräch nicht um einen solchen Eingriff, so bestehen gegen das polizeiliche Mithören keine Bedenken, solange eine rechtsstaatliche Grenze nicht überschritten wird. Davon geht BGHSt (GrSSt) **42** 139 ff. aus. Aber der Ansatz, dass die „Freiwilligkeit" der Teilnahme am scheinbaren Privatgespräch in Unkenntnis der für das Strafverfahren bestimmenden Umstände zu einem Grundrechtsverzicht führen kann, greift jedenfalls beim gezielten Aushorchen einer Person nicht durch.[158] Es fehlt dabei an der **Kenntnis der maßgebenden Umstände**, die eine Minimalvoraussetzung für einen Grundrechtsverzicht des Betroffenen ist. Anders kann es bei offenen Ermittlungsmaßnahmen liegen, wie freiwilligen Massenblutproben zur Durchführung von DNA-Analysen (vgl. dazu jetzt § 81h). Wird aber dem betroffenen Bürger der Eindruck vermittelt, auf seine Einwilligung komme es nicht an, dann liegt kein Grundrechtsverzicht vor.[159] Bedenken bestehen auch gegen die Annahme, es liege keine Durchsuchung vor, wenn ein Gewahrsamsinhaber sich gegenüber den überraschend auftretenden Ermittlungsbeamten, die ggf. bereits eine Durchsuchungsanordnung erwirkt haben, „mit der Inspizierung seines Herrschaftsbereichs freiwillig einverstanden" erklärt.[160] Anders als bei der Befolgung eines Herausgabeverlangens nach § 95 Abs. 1, einer anderen freiwilligen aktiven Mitwirkungshandlung, wie einer „Abwendungsauskunft"[161] oder der widerspruchslosen Hinnahme einer formlosen Sicherstellung von Beweisgegenständen nach § 94 Abs. 1, die eine förmliche Beschlagnahme entbehrlich macht, beugt sich der Gewahrsamsinhaber in diesen Fällen meist nur der für ihn unwiderstehlichen staatlichen Gewalt; dies ist kein Grundrechtsverzicht, der die formellen Durchsuchungsvoraussetzungen nach § 105 entbehrlich macht. *Benfer/Bialon* Rn. 14 f. wollen der Einwilligung des Betroffenen deshalb bei sol-

---

ebenso gravierenden Eingriff an, wie andere heimliche Ermittlungen; s.a. *Benfer/Bialon* Rn. 1188 ff.; *Rogall* NStZ **2000** 490, 492.

155 Vgl. *Malek/Wohlers* 486.

156 Vgl. zur Unterscheidung dieser Fragen BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234; von der Abwägungslehre ausgehend *Eschelbach* StV **2000** 390, 395 ff.; *Rogall* NStZ **2000** 490, 493; andererseits sieht EGMR JZ **2000** 994 ff. mit abw. Votum *Loucaides* und abl. Anm. *Kühne/Nash* in einem gesetzlich (Art. 8 EMRK) nicht geregelten Lauschangriff in einer Wohnung noch kein unfaires Verfahren im Sinne des Art. 6 Abs. 1 EMRK, wenn die Beweisführung im ganzen nicht unfair ist.

157 Zur „Hörfalle" BGHSt **39** 335, 338 ff.; **42** 139, 145 ff. (GrSSt); s. auch EGMR JR **2004** 127 ff. mit Aufs. *Esser*.

158 *Eschelbach* StV **2000** 390, 393; *Makrutzki* 105 ff.; *Podolsky* 161; *Weiler* Grundlagen und Grenzen des polizeilichen Einsatzes von V-Leuten, 180 ff.

159 *Dörschuck* 23 f.

160 So aber *Einmahl* NJW **2001** 1393, 1394.

161 Krit. *Radtke* FS Meyer-Goßner 321, 339 ff., 344 ff.

chen Zwangsmaßnahmen, die nach dem Legalitätsprinzip geboten sind, eine den Eingriffscharakter beseitigende Bedeutung absprechen. Jedenfalls liegt die Annahme nahe, eine rechtlich relevante Freiwilligkeit setze in solchen Überraschungssituationen eine Belehrung des Betroffenen über seine Rechte voraus.

54 (4) **Bagatellausschlussprinzip.** In welchen Einzelfällen die Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten im Strafverfahren einem Gesetzesvorbehalt im Sinne von BVerfGE **65** 1, 41 ff. (zur operativen Aufklärung des BND anhand des spezielleren Art. 10 GG ähnlich BVerfGE **100** 313, 358 ff.)[162] unterliegt, ist ungeklärt. Es dürfte auch hier der zunächst für das materielle Recht geprägte Satz gelten: „Minima non curat praetor". **Bagatellhandlungen** besitzen danach keine Eingriffsqualität.[163] Der subsidiär geltende § 161 Abs. 1 Satz 1 wird insoweit als Generalermächtigung nicht einmal benötigt.

55 Dies gilt insbesondere für eine **Spurensuche**[164] außerhalb besonders geschützter räumlicher Sphären, ferner für **Erkundigungen**, die zwar auch zur Erfassung personenbezogener Daten führen können, aber insoweit in einem Bagatellbereich liegen, der nicht zum Schutzbereich des Art. 2 Abs. 1 GG zu rechnen ist.[165] Anderes wird aber schon für informatorische Befragungen gelten, wenn sie vernehmungsähnlichen Charakter haben. Darauf macht der Bundesgerichtshof aufmerksam, wenn er in BGHSt **38** 214, 227 von „der missverständlichen Gegenüberstellung von informatorischer Befragung und Vernehmung" spricht. Eine „**Internet-Streife**" in nicht zugangsgeschützten Datenangeboten dürfte dagegen schon mit Blick auf die freiwillige Preisgabe der Informationen im Internet keinen Eingriffscharakter haben.[166] Das „Volkszählungsurteil" steht dem Bagatellausschlussprinzip nicht entgegen. Es bezog sich nur auf den Schutz des Bürgers vor nahezu unbegrenzter Datenerhebung, -speicherung und -verwertung, die durch neue technische Möglichkeiten, insbesondere die elektronische Datenverarbeitung, entstanden sind. Datensammlungen, die „zu einem teilweise oder weitgehend vollständigen Persönlichkeitsbild zusammengefügt werden" können, sollen danach einem strengen Gesetzesvorbehalt unterworfen sein.[167] Die Frage, ob auch Einzelinformationen dem Schutzbereich des Grundrechts unterfallen, stand nicht zur Entscheidung. Sie wurde mit der Bemerkung, es gebe letztlich kein „belangloses Datum", erfasst, war aber nicht entscheidungserheblich.[168]

56 Vor diesem Hintergrund hat BGHSt **44** 13, 16 angenommen, dass die längerfristige Observation eines Betroffenen mit Hilfe einer Videoaufzeichnung, aus der ein partielles **Raster personenbezogener Daten**[169] entstanden war, ein „Bewegungsbild", in das Persönlichkeitsrecht eingreife und dem Vorbehalt des Gesetzes unterworfen sei, der durch

---

[162] Dazu *Müller-Terpitz* Jura **2000** 296 ff.

[163] *Benfer/Bialon* Rn. 11 ff.; s.a. *Bethge* VVDStRL **57** (1998), 1, 45.

[164] Vgl. zur Spurensuche und DNA-Analyse von Zellspuren BVerfG (Kammer) NJW **1996** 771 ff.

[165] Vgl. BGHSt **38** 214, 227 („im Hinblick auf § 136 StPO indifferente Informationssammlung); *Hefendehl* StV **2001** 700, 704.

[166] Das Einwählen in öffentliche Datennetze, das Erlangen der dort allgemein zugänglichen Informationen und deren Verwertung sind erlaubt; vgl. *Kudlich* JA **2000** 227 ff. Rechtliche Hindernisse könnten sich ergeben, wenn von den Ermittlungsorganen Zugangsbeschränkungen ohne Wissen des Berechtigten oder unter Verwendung einer falschen Identität überwunden werden. Zu „Chaträumen" *Graf* DRiZ **1999** 281, 284. Allg. zur Bedeutung des Internet für Ermittlungen *Chirinio Sánchez* 248 ff.; zum Eingriffscharakter von Internetrecherchen *Germann* 468 ff., 511 ff.

[167] BVerfGE **65** 1, 42 ff.

[168] BVerfGE **65** 1, 45.

[169] Die Datenrasterung wird vom SächsVerfGH LKV **1996** 283, 294 als geringfügiger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung angesehen.

§ 100c, seit Inkrafttreten des StVÄG 1999 auch durch die §§ 163f, 161 Abs. 1 Satz 1, ausgefüllt wird. BGHSt **46** 266, 276 f. hat für einen Fall der **Totalüberwachung** ergänzend ausgeführt, dass die Summe einer Mehrzahl kombinierter Überwachungsmaßnahmen keine weitergehenden Anforderungen an das Ermittlungsverfahren im Ganzen und an einzelne Eingriffsmaßnahmen ergibt als die besondere Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bei der Anordnung und Durchführung der Einzelmaßnahmen. BGHSt **44** 13, 16 hat bei der Bestimmung der Untergrenze zum Grundrechtseingriff letztlich wiederum auf die Schwellentheorie zurückgegriffen. Die Eingriffsqualität folge bei der längerfristigen technikgestützten Observation aus der Intensivierung des entstehenden Datenrasters gegenüber einer bloßen menschlichen Beobachtung, wie sie etwa durch eine V-Person erfolgen kann. Damit ist freilich nicht ausgeschlossen, dass auch eine intensive Beobachtung ohne technische Mittel im Einzelfall zur Erfassung eines Persönlichkeitsbildes des Betroffenen führen kann, welches zum Beispiel der Auswertung durch Kriminalpsychologen („profiling")[170] zugänglich wäre. Daraus ergeben sich keine besonderen Eingriffsvoraussetzungen nach ungeschriebenem Strafverfahrensrecht, wohl aber die Erforderlichkeit der besonderen Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Die Erhebung und die Verwendung der personenbezogenen Daten ggf. durch kumulative Eingriffsakte ist jeweils ein Eingriff in das Persönlichkeitsrecht, der die Beachtung des Übermaßverbots voraussetzt. Umgekehrt sind Einzelbeobachtungen vom Erscheinungsbild und Verhalten eines Bürgers in der Öffentlichkeit, d.h. außerhalb einer geschützten Sphäre im Sinne des Art. 13 GG oder einer sonstigen geschützten Persönlichkeitssphäre im Sinne des Art. 2 Abs. 1 GG, noch keine Grundrechtseingriffe. Man muss also differenzieren: Es kommt für die Frage, ob die Schwelle zum Eingriff in den Schutzbereich des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG überschritten ist, nicht auf das Medium an, das die Erhebung, Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten vermittelt. Vielmehr entscheiden – vom räumlichen Sphärenschutz abgesehen – die **Menge und Aussagekraft der** von einem zielgerichteten Informationsbeschaffungsakt **erfassten personenbezogenen Daten**. Danach ist nicht jede singuläre Information (Spur, Äußerung, Beobachtung) notwendigerweise für die Annahme eines Grundrechtseingriffs durch Datenerfassung, -speicherung und -verwendung ausreichend. Zudem sind **ungezielte Maßnahmen**, wie informatorische Befragungen, die „Zufallserkenntnisse" erbringen, keine Eingriffsakte.

57 (5) **Regelungserfordernis aufgrund des Rechtes auf ein faires Verfahren und aufgrund der Selbstbelastungsfreiheit.** Es ist nicht zulässig, durch **informelle Vorgehensweisen** solche prozessualen Rechtspositionen faktisch zu umgehen, die sonst im Gesetz besonders geschützt sind.[171] Davon geht BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234 (Rn. 37) aus und dies wird durch § 161 Abs. 1 Satz 1 bestätigt. Danach ist die Ermittlungsgeneralklausel, die Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht allgemein zulässt, gegenüber den besonderen Eingriffsermächtigungen des Achten Abschnitts formell subsidiär. In deren Regelungsbereich kommt die Generalklausel folglich nicht zum Zuge. Bestehen dort für bestimmte Maßnahmentypen besondere Voraussetzungen, sind diese Erfordernisse aber im Einzelfall nicht erfüllt, so kann nicht auf die Generalklausel zurückgegrif-

---

[170] Zum „psychological profiling" *Reinwart* Kriminalistik **1986** 173 f., bzw. „criminal profiling" *Winzenried* Kriminalistik **1989** 434 ff., zum „Täter-profiling multipler Raubmörder" *Harbort* Kriminalistik **1998** 481 ff., 785 ff.; zu Tatortanalyse und Täterprofiling *Nagel/Horn* Kriminalistik **1998** 54 ff.; zum „DNA-profiling" *Kimmich/Spyra/Steinke* NStZ **1990** 318 ff. und NStZ **1993** 23 ff.

[171] *Eschelbach* StV **2000** 390, 395; *Meurer* FS Roxin 1281, 1293.

fen werden.[172] Dies gilt insbesondere für heimliche Ermittlungen, für welche die Voraussetzungen der §§ 100a f., 100c f., 110a ff. nicht vorliegen.

Insoweit ist der von BGHSt **40** 211 ff. und BVerfG StV **2000** 233 f. (Rn. 37) entschiedene Fall (**Mordfall Sedlmayr**) aufschlussreich.[173] Nach den Feststellungen des Tatgerichts waren dort zwei Vertrauensleute von der ermittelnden Polizeibehörde förmlich für den öffentlichen Dienst verpflichtet worden. Sie hatten monatelang im Umfeld der beiden des Raubmordes verdächtigen Beschwerdeführer ermittelt und das Vertrauen der Verlobten eines Beschuldigten gewonnen. Diese äußerte sich zunächst ungefragt gegenüber einem der Vertrauensleute zur Herkunft des Tatwerkzeugs und erläuterte ihre Bemerkung auf Nachfrage. Diese Informationen flossen durch die Vernehmung der Vertrauensleute als Zeugen in das Strafurteil ein, obwohl die Verlobte des Beschuldigten in der Hauptverhandlung die Aussage verweigert hatte. In dieser Informationsbeschaffung durch die V-Leute lag ein Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der zeugnisverweigerungsberechtigten Zeugin.[174] Eine rein passive Informationserlangung ohne Eingriffscharakter lag jedenfalls ab der Nachfrage des V-Manns nicht mehr vor.[175] Das Verhalten von Vertrauensleuten der Polizei im Rahmen ihres Auftrags war auch der Ermittlungsbehörde zuzurechnen.[176] Einem Grundrechtsverzicht oder einer Einwilligung der Zeugin in die staatliche Informationserlangung und -verwertung stand die Heimlichkeit der Ermittlungen entgegen.[177] Einen Eingriff in das subjektive Recht der Verlobten konnten die Beschuldigten allerdings nicht unmittelbar für sich geltend machen. Jedoch waren sie in ihrem Anspruch auf ein rechtsstaatliches Strafverfahren betroffen. **58**

Der **Anspruch auf ein faires Verfahren**, der aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG hergeleitet wird,[178] ist jedoch **nicht durch jeden Verfahrensfehler** verletzt. Ein Eingriff in dieses Recht liegt in der Beeinträchtigung rechtsstaatlicher Verfahrensprinzipien.[179] Dazu zählt der Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen einem Beschuldigten und seinen Angehörigen im Sinne des § 52 Abs. 1.[180] Dieses Vertrauensverhältnis gibt dem Angehörigen eines Beschuldigten nicht nur das Recht zur Zeugnisverweigerung, über das er in einer Vernehmung zu belehren ist (§ 52 Abs. 1 und 3), sondern es begründet auch ein Beschlagnahmeverbot für die im Gewahrsam des Angehörigen befindlichen Sachbeweise (§ 97 Abs. 1) mit der Folge eines Hindernisses für eine Durchsuchung zur Auffindung solcher Sachbeweise. Es zwingt die Ermittlungsbehörden ferner zur Zurückhaltung bei der Aufzeichnung des nicht-öffentlich gesprochenen Wortes in der Wohnung (§ 100c **59**

---

172 BTDrucks. **14** 1484 S. 23.

173 Erstverfahren: LG München I Urt. vom 21. Mai 1993 – Ks 122 Js 3887/91; BGHSt **40** 211 ff.; BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234 mit Anm. *Weßlau* StV **2000** 468 ff. = NStZ **2000** 489, 490 mit Anm. *Rogall*; Wiederaufnahmeverfahren: LG Augsburg Beschl. vom 14. Dezember 1999 – 8 Ks 401 Js 136969/97; OLG München Beschl. vom 10. Juni 1999 – 3 Ws 295/99; BVerfG (Kammer) Beschl. vom 31. Januar 2000 – 2 BvR 1284/99.

174 BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234; s.a. *Bockemühl* 23; *Eschelbach* StV **2000** 390, 393 f.; *Perschke* 80 ff., 91 ff., 119 f.; *Riepl* 212 f.; *Chirinio Sánchez* 217 ff.; *Monika Schmitz* 142 ff.

175 BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234 mit Anm. *Weßlau* StV **2000** 468 ff. = NStZ **2000** 489, 490 mit Anm. *Rogall*; s.a. *Hilger* FS Hanack 207, 215 f.

176 Vgl. für den genannten Fall BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234; anders BGHSt **40** 211, 213 ff.; s. nun aber BGHSt **45** 321, 331; BGHSt **47** 44; *Maul* FS 50 Jahre BGH 569, 578.

177 Vgl. *Frister* StV **1993** 151, 152; *Martin Müller* 53; *Monika Schmitz* 33.

178 BVerfGE **57** 250, 274 f.

179 *Eschelbach* StV **2000** 390, 394.

180 BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234.

Abs. 3).[181] Es schließt zum Teil den Rückgriff auf Aussagen des Angehörigen in einer früheren Vernehmung aus, wenn dieser in der Hauptverhandlung das Zeugnis verweigert (§ 252). Auf diese vom Gesetz geschützten Vertrauensverhältnisse dürfen Ermittlungsmaßnahmen mit Eingriffscharakter deshalb nur einwirken, soweit das Gesetz dies besonders gestattet; denn soweit heimliche Ermittlungsmethoden, die in solche Beziehungen eingreifen, im Gesetz geregelt sind, unterliegen sie engen Voraussetzungen. Sie sind nur bei Vorliegen des Verdachts einer bestimmten Kategorie von Straftaten von erheblicher Bedeutung zulässig. Sie setzen ferner die Beachtung der Subsidiarität der Maßnahme und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit voraus. Sie unterliegen grundsätzlich einem Richtervorbehalt sowie Verwendungsbeschränkungen für die erhobenen Daten. Ein Eingriff in eine gesetzlich geschützte Vertrauensbeziehung ohne eine Ermächtigungsgrundlage, die dem sonst im Gesetz berücksichtigten Schutzbedürfnis in vergleichbarer Weise Rechnung trägt, konterkariert zwar die Aussage- und Zeugnisverweigerungsrechte der § 136 Abs. 1 Satz 2, §§ 52, 53 nur dann, wenn ein bereits ausgeübtes Aussage- oder Zeugnisverweigerungsrecht gezielt umgangen wird; er missachtet aber die speziellen Eingriffsermächtigungen nach den Vorschriften des Achten Abschnitts. Deshalb verletzt er den Anspruch eines Beschuldigten auf ein faires, rechtsstaatliches Strafverfahren.[182] Er bedarf einer spezialgesetzlichen Regelung.[183]

60 **Allgemeine Regeln**, auch § 161 Abs. 1 Satz 1, und **Richterrecht** reichen insoweit nicht aus. Die neue subsidiäre Ermittlungsgeneralklausel gilt im Regelungsbereich der Vorschriften des Achten Abschnitts auch dann nicht, wenn die Voraussetzungen der speziellen Eingriffsermächtigungen nicht vorliegen. Vielfach wurde zwar, auch vom Bundesverfassungsgericht in Kammerentscheidungen, angenommen, der V-Mann-Einsatz sei erforderlich und deshalb ohne weiteres zulässig. Der dafür angeführten Entscheidung BVerfGE **57** 250, 284 ist dies aber nicht zu entnehmen; denn die Zulässigkeit eines bestimmten Einsatzes von V-Leuten im Vorverfahren war dort nicht Verfahrensgegenstand. Es ging nur um die Frage, ob heimlich erlangtes Wissen nach § 251 StPO in die Hauptverhandlung eingeführt werden darf. Die Voraussetzungen für einen Eingriffsakt im Vorverfahren waren dort nicht zu prüfen.

61 Das staatliche Handeln ohne gesetzliche Legitimation führt zur **Rechtswidrigkeit der Beweiserhebung**. Eine andere Frage ist diejenige nach den Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen den Anspruch auf ein faires Verfahren im Bereich der Beweisverwertung.[184] Nicht zwingend, sondern nur von Fall zu Fall ist ein **Beweisverwertungsverbot** anzunehmen, soweit nicht § 136a Abs. 3 (ggf. i.V.m. § 69 Abs. 3, § 72)[185] eingreift.[186] § 252, aus dem aufgrund einer Abwägung der widerstreitenden Interessen im Einzelfall ein Verwertungsverbot entnommen wird,[187] muss nicht notwendigerweise analog angewendet werden. Die Annahme, nur bei gezielter Umgehung eines bereits zuvor ausgeübten Zeugnisverweigerungsrechts durch heimliche Ermittlungen sei die entsprechende Anwendung

---

[181] *Martin Müller* 200 ff.

[182] BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234.

[183] Vgl. für den präventivpolizeilichen Eingriff in geschützte Vertrauensbeziehungen SächsVerfGH LKV **1996** 273, 285.

[184] *Eschelbach* StV **2000** 390, 395 ff.; *Steiner* 192 ff.; einschränkend zu Art. 6 Abs. 1 EMRK EGMR JZ **2000** 994 ff. mit abw. Votum *Loucaides* und abl. Anm. *Kühne/Nash*.

[185] Die § 69 Abs. 3, § 136a Abs. 1 Satz 3 kommen etwa dann zum Zuge, wenn gegenüber einem auskunftsverweigerungsberechtigten Zeugen zu Unrecht Zwang i.S.v. § 70 angewendet wird, vgl. BVerfG (Kammer) NJW **1999** 779 f.; StV **2001** 257, 258.

[186] BVerfGE **56** 37, 51.

[187] BGHSt **45** 203, 205; **45** 342, 345; **46** 1, 3; s.a. *Kretschmer* Jura **2000** 461 ff.

des § 252 geboten, ist jedenfalls willkürfrei möglich. Wie in den übrigen Fällen zu entscheiden ist, hängt vom rechtlichen Ansatz zur Begründung von Beweisverwertungsverboten ab.[188]

62 Problematisch ist in Fällen der heimlichen Ausforschung des Beschuldigten die Verletzung des Prinzips **nemo tenetur se ipsum accusare,**[189] also des Rechts, nicht durch aktives Verhalten[190] selbst an der eigenen Überführung teilnehmen zu müssen. Es gehört möglicherweise zum „Unverfügbaren" im Strafprozess und könnte insoweit einer einschränkenden gesetzlichen Regelung gar nicht zugänglich sein.[191] Dann wäre freilich auch die heimliche Belauschung von Beschuldigten nach §§ 100a, 100c, 110a verfassungsrechtlich bedenklich.[192] Seine Herleitung aus dem fair trial-Prinzip lässt gestufte Rechtsfolgen zu.

63 Die Rechtsprechung geht, jedenfalls wenn man verschiedene Entscheidungen, wie BGHSt **38** 214, 219 ff.; **42** 139 ff. (GrSSt), zusammennimmt, im Ergebnis davon aus, dass es verschiedene **Stufungen von Eingriffen in die Rechtsposition des Beschuldigten** gibt,[193] wobei das nemo tenetur-Prinzip im engeren Sinne als ausnahmslos geltender Grundsatz[194] nur die erste Stufe ausfüllt, während die folgenden Stufen am allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG, Art. 8 EMRK) bzw. am fair trial-Prinzip orientiert sind.[195]

64 **1. Stufe:** Die Anwendung von Zwang zur aktiven Mitwirkung an der eigenen Überführung, bewusste Täuschung und ähnlich massive Einflüsse im Sinne des § 136a Abs. 1 sind danach generell verboten[196] und führen zu einem umfassenden Beweiserhebungs- und -verwertungsverbot (§ 136a Abs. 3).[197] Es geht (nur) in diesen Fällen um einen absolut geschützten Kernbereich der Beschuldigtenrechte (Art. 1 Abs. 1 GG).[198]

65 **2. Stufe:** Bei weniger gravierenden Eingriffen, wie Belehrungsmängeln, ist dagegen nur eine Stufe der subjektiven prozessualen Rechte des Beschuldigten betroffen, die disponibel sind, insbesondere das materielle Persönlichkeitsrecht oder das auf einer gleichartigen verfassungsrechtlichen Ebene angesiedelte prozessuale Recht auf ein faires Strafverfahren. Auf dieser Ebene hängt die Verwertbarkeit der Äußerungen des Beschuldigten von einer Abwägung der widerstreitenden Belange ab. Zudem ist die Verwertbarkeit in der Hauptverhandlung zur Disposition der Verteidigung gestellt, worauf die Wider-

---

188 Zur Verwertung heimlich erlangter Informationen zeugnisverweigerungsberechtigter Personen im Hinblick auf § 52 Abs. 3, § 252 *von Stetten* 140 ff., 151 ff.

189 *Katzer* 123 ff.; *Podolsky* 164 ff.

190 Passive Duldungspflichten, die dem Beschuldigten etwa nach § 81a auferlegt werden, sind davon nicht erfasst; vgl. KG JR **2001** 162, 163 mit abl. Anm. *Hackethal* zum Brechmitteleinsatz bei der Sicherstellung verschluckter Drogenportionen.

191 So zu den Hörfallen-Fällen *Weßlau* ZStW **110** (1998), 1, 27 ff.

192 So für § 110a *Rzepka* Zur Fairness im deutschen Strafverfahren (2000), 426 f.; ähnlich *Kahlo* FS E.A. Wolff 153, 187 f.

193 Vgl. *Eschelbach* StV **2000** 390, 396; der Sache nach ebenso *Katzer* 123 ff., die begrifflich zwischen dem nemo-tenetur-Prinzip und dem fair-trial-Grundsatz unterscheidet.

194 *Rudolf Müller* EuGRZ **2001** 546, 553 f. m.w.N.

195 *Rudolf Müller* EuGRZ **2001** 546, 557; *Weiler* Grundlagen und Grenzen des polizeilichen Einsatzes von V-Leuten, 231 ff.

196 BVerfGE **56** 37, 49; BVerfG (Kammer) StV **2001** 257, 258.

197 Vgl. BGHSt **51** 285, 291; **52** 11, 23 f.; **53** 294, 304 ff.; **55** 138, 142 ff.

198 In diesem Zusammenhang auch von Interesse EGMR NStZ **2008** 699 ff.; BVerfGK **4** 283 ff.

spruchslösung aufbaut. Das Bundesverfassungsgericht hat in jüngster Zeit ausführlich zu den in diesem Zusammenhang durch den Bundesgerichtshof entwickelten Grundsätzen Stellung genommen und die von der fachgerichtlichen Rechtsprechung entwickelten Grundsätze gebilligt.[199]

66 **3. Stufe:** Auch unter Beachtung der gegebenenfalls einschlägigen wesentlichen Verfahrensförmlichkeiten freiwillig gemachte Angaben des Beschuldigten, insbesondere in einem Geständnis oder einer geständnisgleichen Äußerung außerhalb einer Vernehmung, sind grundsätzlich verwertbar.

67 **cc) „Ermittlungsnotstand".** Nicht positivrechtlich geregelte Eingriffsmaßnahmen im Strafverfahren hielt die Praxis früher mit Hinweis auf einen „Ermittlungsnotstand", namentlich gegenüber organisierter Kriminalität, für erlaubt. § **34 StGB** enthält, von außergewöhnlichen Situationen,[200] wie einer konkreten und gegenwärtigen Bedrohung von Leib, Leben oder Freiheit eines verdeckt ermittelnden Beamten oder V-Manns abgesehen, aber **keine neben § 161 Abs. 1, § 163 geltende Rechtsgrundlage** für Grundrechtseingriffe im Bereich repressiver Verbrechensbekämpfung wegen eines „Ermittlungsnotstands".[201] Denn diese zu anderen Zwecken, als Erlaubnissatz des materiellen Rechts, geschaffene Norm ermächtigt die staatlichen Ermittlungsorgane nicht abstrakt-generell zu bestimmten[202] Maßnahmen, die in den Schutzbereich von Grundrechten eingreifen. Ein andauernder, von konkreten Einzelfallgestaltungen unabhängiger Ermittlungsnotstand ist auch keine konkrete Gefahr im Sinne des § 34 StGB.

68 **dd) Gewohnheitsrecht.** Die Neugestaltung der §§ 161, 163 i.d.F. des StVÄG 1999 hat die Frage gegenstandslos gemacht, ob Gewohnheitsrecht Ermittlungseingriffe legitimieren kann.

69 **ee) Übergangsbonus für den Gesetzgeber.** Soweit eine gesetzliche Ermächtigung zu bestimmten Ermittlungshandlungen nicht vorlag, deren Regelungsbedürftigkeit sich erst nach und nach gezeigt hat, insbesondere erst im Anschluss an die Betonung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung in BVerfGE **65** 1, 41 ff., wird in der Rechtsprechung,[203]

---

[199] BVerfG NJW **2012** 907 ff. = NStZ **2012** 496 ff. = StraFo **2012** 27 ff.

[200] Vgl. BGH StV **1986** 325, 328; *Krey* Rechtsprobleme des strafprozessualen Einsatzes Verdeckter Ermittler, 605.

[201] BGH NJW **1977** 2172; *Binder* 193 ff.; *Dencker* FS Dünnebier, 457; *Erfurth* 57; *Franzheim* NJW **1979** 2015 ff.; *Krehl* NStZ **1991** 387 ff.; *Makrutzki* 119 ff.; *Malek/Wohlers* 482; *Meurer* FS Roxin 1281, 1295; *Perschke* 126 f.; *Rebmann* NJW **1985** 1, 3; *Monika Schmitz* 55; **a.A.** OLG Saarbrücken NStZ **1991** 386; *Bottke* Jura **1987** 356, 363 f.; *Friedrichs* Der Einsatz von „V-Leuten" durch die Ämter für Verfassungsschutz, 125; *Gropp* StV **1989** 216, 222; für Ausnahmefälle auch *Dörschuck* S. 12 ff.

[202] Zur mangelnden Bestimmtheit *Binder* 194; **a.A.** *Mann/Müller* ZRP **1995** 180, 184 ff.

[203] Für die längerfristige Observation vor Inkrafttreten des § 100c BGH NStZ **1992** 44 f. (dazu BVerfG [Kammer] Beschl. vom 9. März 2000 – 2 BvR 1087/91) mit Anm. *Amelung* JuS **1993** 196 ff.; *Gusy* StV **1991** 499 f.; *Hassemer* JuS **1992** 161 f.; *Hippel* JR **1992** 316 ff.; *Kramer* NJW **1992** 2732 f.; *Merten* NJW **1992** 354 f.; *Rogall* NStZ **1992** 45 ff.; *Wolter* Jura **1992** 520 ff.; zu polizeilichen Datensammlungen BVerfG NJW **1990** 2765, 2767; BayVerfGH NJW **1986** 915, 916; OVG Berlin NJW **1986** 2004, 2005; OLG Frankfurt NJW **1989** 47, 50 f.; **1995** 1102 ff.; OLG Hamm NStZ **1986** 236; NJW **1988** 1402; OLG Karlsruhe NStZ **1988** 184, 185 f.; **1994** 50, 51 f.

seltener in der Literatur,[204] dafür plädiert, die Praxis **zur Vermeidung eines noch unerträglicheren Zustands** innerhalb einer Übergangsfrist bis zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung hinzunehmen. Das entspricht im Ansatz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, bei Beanstandung eines bestehenden Gesetzes dem Gesetzgeber eine Frist zur Herstellung des verfassungsmäßigen Zustands einzuräumen. Dies wurde zuletzt, freilich mit einer eigenen Übergangsregelung durch das Gericht, für das Postulat eines „in camera-Verfahrens" zur gerichtlichen Kontrolle der behördlichen Aktensperrung nach § 99 VwGO, einer Parallelnorm zu § 96 StPO, im Verwaltungsprozess angenommen.[205] Auch der Bundesrat[206] geht von der Möglichkeit eines „Übergangsbonus" aus. Das StVÄG 1999 trägt dem nun zum Teil in Bezug auf Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht Rechnung.

Jedoch erscheint die Gewährung eines Übergangsbonus für den Gesetzgeber, die im Bereich der Leistungsverwaltung zugunsten des betroffenen Bürgers wirkt, im Bereich der Eingriffsrechte der Strafverfolgungsbehörden **bedenklich**. Es wirkt überraschend, wenn ein Beschwerdeführer, der durch eine mangels gesetzlicher Grundlage rechtswidrige Eingriffsmaßnahme in seinen Rechten verletzt wurde, mit seinem Rechtsbehelf deshalb scheitern soll, weil er auf eine künftige gesetzliche Regelung verwiesen wird. Effektiver Grundrechtsschutz (Art. 19 Abs. 4 GG) wird durch eine solche Rechtfertigung von an sich rechtswidrigen Handlungen ausgehöhlt. Auch ist die **Dauer der „Übergangsfrist"**, soweit eine zeitliche Begrenzung, z.B. auf eine oder mehrere Legislaturperioden, überhaupt erwogen wird,[207] **unklar**. **70**

Die **Literatur**[208] spricht sich **zunehmend gegen die Zubilligung einer Übergangsfrist** bis zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung aus, weil darin eine Umgehung des Prinzips vom Vorbehalt des Gesetzes liege. Gesetzgeberische Untätigkeit dürfe nicht belohnt, eine Ausnutzung der Situation durch die Exekutive zum Nachteil der in ihren Grundrechten betroffenen Bürger nicht hingenommen werden. **71**

Berechtigt erscheint solche Kritik jedenfalls dann, wenn der Gesetzgeber, wie bei den verdeckten Ermittlungen, Teilbereiche regelt (§§ 110a ff.),[209] im Übrigen aber die Schaffung von speziellen Eingriffsermächtigungen über längere Zeit bewusst zurückstellt oder gar ablehnt.[210] Nach verbreiteter Auffassung ist der „Übergangsbonus" insoweit inzwischen jedenfalls **aufgebraucht.**[211] **72**

c) Maßnahmen zur Gefahrenabwehr. Die abschließenden Regelungen des Achten Abschnitts gelten grundsätzlich nur für den Bereich repressiver Strafverfolgung im Rah- **73**

---

[204] *Hilgendorf-Schmidt* wistra **1989** 208, 213; früher LR/*Rieß*[24] § 160, 6; *Krey* FS Miyazawa 505, 603; *Rogall* Informationseingriff 102 f. und NStZ **2000** 490, 493; *Vogelgesang* DVBl. **1989** 963; einschr. *Lammer* 36 ff.

[205] BVerfGE **101** 106, 132 mit Bspr. *Ehlers* JK 00 GG Art. 19 IV, 21; *Sachs* JuS **2000** 702 f.; s.a. *Geppert* JK 00, StPO § 261/17.

[206] Entwurf eines StVÄG 1994 BRDrucks. 620/94 S. 13.

[207] Keine zeitliche Befristung nehmen an BayVerfGH NJW **1986** 915, 916; OLG Frankfurt NJW **1995** 1102; OLG Hamm NStZ **1986** 236; NJW **1988** 1402; OLG Karlsruhe NStZ **1994** 50, 52; *Becker* Die Polizei **1996** 25, 26; *Pitschas/Aulehner* NJW **1989** 2353, 2359; *Rogall* Informationseingriff 103; *Vogelgesang* DVBl. **1989** 962, 969; für ein Ende der Übergangsfrist mit Ablauf der Legislaturperiode im Jahr 1994 *Lammer* 36.

[208] *Alberts* ZRP **1987** 196; *Scholderer* NStZ **1989** 586.

[209] *Monika Schmitz* 158 ff.; zum Grund für das Absehen von einer Regelung des V-Mann-Einsatzes *Hilger* FS Hanack 207, 212 ff.

[210] *Hilger* FS Hanack 207, 212 ff.; *Makrutzki* 119; s.a. *Perschke* 133 ff.

[211] *Germann* 478; *Makrutzki* 119.

men eines Strafverfahrens, nach BVerfGE **30** 1, 29; **103** 21, 30 f. freilich auch bei vorsorglichen Maßnahmen mit der Zielrichtung der (künftigen) Strafverfolgung.[212] Die Zulässigkeit präventiv-polizeilicher Maßnahmen bestimmt sich dagegen nach dem Polizeirecht des Bundes und der Länder.[213]

74 Viele Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Bekämpfung organisierter Kriminalität, betreffen sowohl die Aufklärung begangener Straftaten als auch die Abwehr künftiger Taten. Eine klare Trennung von präventiv-polizeilicher Tätigkeit und Strafverfolgung ist in diesem Bereich nicht mehr eindeutig möglich.[214] Dann muss anhand eines rechtlichen Kriteriums die **doppelfunktionale Maßnahme** entweder dem Gefahrenabwehrrecht oder dem Strafprozessrecht zugeordnet werden. Es entscheidet nach verbreiteter Auffassung[215] der **Schwerpunkt der polizeilichen Tätigkeit** über den Charakter der Einzelmaßnahme. Eine andere Meinung[216] will dagegen beide Regelungssysteme alternativ zur Anwendung kommen lassen mit der Folge, dass die Maßnahme rechtlich unbedenklich ist, wenn sie entweder nach Polizeirecht oder Strafverfahrensrecht rechtmäßig ist.[217]

75 Dabei besteht eine Tendenz zu einer **„Verpolizeilichung" des Strafverfahrens.**[218] Diese Tendenz konterkariert die zuletzt in § 161 i.d.F. des StVÄG 1999 aufrechterhaltene Konzeption der StPO,[219] die von der Leitungsmacht der Staatsanwaltschaft und der Funktion der Polizei, dieser unterstützende Ermittlungspersonen zur Verfügung zu stellen, ausgeht und den Vorrang der bundesrechtlichen vor den landesrechtlichen Regeln voraussetzt (vgl. Art. 6 EGStPO). Der Bundesgerichtshof[220] spricht sich verstärkt für die Anwendung des Strafprozessrechts aus. Kompetenzrechtlich ist nach BVerfGE **30** 1, 29; **103** 21, 30 f. schließlich auch das Vorfeld des Strafverfahrens Regelungsgegenstand des „gerichtlichen Verfahrens" in Strafsachen (Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG),[221] soweit es um Maßnahmen zur (künftigen) Strafverfolgung geht.

76 Für die Abgrenzung von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung entscheidend ist die **Zielrichtung der Maßnahme.**[222] Viele Autoren wollen hier wiederum im Zweifel zugunsten eines Vorrangs der Prävention vor der Repression entscheiden.[223] Auch wegen der zunehmenden Schwierigkeiten bei der Grenzziehung von repressiver und präventiver Polizeitätigkeit hat sich der Schwerpunkt des staatlichen Handelns vom staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren zum polizeilichen Erstzugriff mit anschließender poli-

---

[212] Vgl. BGHSt **45** 321, 337; **47** 44, 48.

[213] Vgl. BayVerfGH DVBl. **1995** 347, 349; BbgVerfG LKV **1999** 450, 451; MecklVorpVerfG LKV **2000** 149, 150; SächsVerfGH LKV **1996** 273, 275.

[214] Eine eindeutige Zuordnung fordert insbesondere *Schoreit* ZRP **1981** 73, 74; DRiZ **1982** 401, 403; **1989** 259, 261; NJW **1985** 169, 172.

[215] Vgl. BayVGH BayVBl. **1986** 337; OVG Berlin NJW **1971** 637; OVG Münster DÖV **1980** 574; AK/*Achenbach* § 163, 11.

[216] Vgl. *Götz* NVwZ **1984** 211, 215 und JuS **1985** 869, 872; *Rieger* Die Abgrenzung doppelfunktionaler Maßnahmen der Polizei, 147 f.; *Schwan* VerwArch **70** (1979), 109, 129.

[217] Im Ergebnis auch für den Fall der Videoüberwachung vor Inkrafttreten des § 100c StPO und einer entsprechenden konkreten Regelung des Landespolizeirechts BGH NStZ **1992** 44 f.

[218] *Paeffgen* Rudolphi-Symposium 13; *Erfurth* 147; zum technischen Vorsprung der Polizeibeamten gegenüber Staatsanwälten *Martin Müller* 151.

[219] *Podolsky* 129.

[220] Vgl. BGHSt **41** 64, 68; **45** 321, 337 f.; **47** 44, 48.

[221] Vgl. *Rackow* Das DNA-Identitätsfeststellungsgesetz und seine Probleme (2001), 28 ff.

[222] *Albers* 265 ff.; *Hoppe* 74; s.a. *Hefendehl* StV **2001** 700, 705.

[223] *Czarnecki* Kriminalistik **1996** 143, 145; *Kniesel* Kriminalistik **1987** 315, 316.

zeilicher Tätigkeit bis zum Abschluss der Ermittlungen verschoben.[224] Die präventivpolizeiliche Erlangung von Informationen schließt es jedoch nicht aus, dass diese Erkenntnisse für Strafverfolgungszwecke beigezogen und im Strafverfahren verwertet werden dürfen,[225] auch wenn die Eingriffsvoraussetzungen nach der StPO im Einzelfall nicht gegeben waren.[226] Das StVÄG 1999 hat in den § 161 Abs. 1, § 163 Abs. 1 insoweit die bisherige Rechtslage bestätigt.

77 Der Bundesgerichtshof[227] sieht auch im **Handeln von „agents provocateurs" gegenüber Unverdächtigen** zur Bekämpfung künftiger Straftaten, zu denen die V-Leute oder verdeckt ermittelnden Polizeibeamten erst „anstiften", ein Anwendungsfeld straf- und strafverfahrensrechtlicher Vorschriften. Dadurch wird das grundsätzlich vorrangige Bundesrecht anstelle der Polizeigesetze der Länder zur Anwendung gebracht (s.a. Art. 6 EGStPO). Dort fehlt, auch in den §§ 110a ff., eine gesetzliche Legitimation staatlicher Tatprovokationen gegenüber Unverdächtigen. Die Anwendung des formellen und materiellen Strafrechts auf solche Fälle ist zudem mit Blick auf die im Strafverfahren zu beachtenden Rechtsfolgen zwingend; denn das präventive Polizeiverwaltungsrecht gestattet keine vergleichbar abgestufte Kompensation[228] unverhältnismäßiger Eingriffe wie das formelle oder materielle Strafrecht, das Verfahrenshindernisse, Opportunitätsregeln (§§ 153 ff.), Beweisverbote, ferner Schuldausschließungs- oder Strafmilderungsgründe und schließlich eine Berücksichtigung der staatlichen Beeinflussung der Beweislage bei der Beweiswürdigung[229] als Rechtsfolgenmöglichkeiten anbietet.[230]

3. Verhältnismäßigkeit

78 **a) Prüfung von Eingriffsnorm und Eingriffsakt.** Wie alle Zwangsmaßnahmen unterliegen auch die im Achten Abschnitt geregelten Eingriffshandlungen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.[231] Dieser gilt für die Anordnung und Vollziehung von Zwangsmaßnahmen, aber auch für deren Aufrechterhaltung.[232] Der jeweilige **Eingriff** muss insbesondere **in einem angemessenen Verhältnis zur Stärke des Tatverdachts** stehen;[233] das ist ein gewisses Dilemma, weil die Maßnahmen auch auf Verdachtsklärung abzielen. Zudem sind die **Eingriffsnormen** selbst am Maßstab der Verhältnismäßigkeit zu messen.[234] Für

---

224 Vgl. dazu krit. *Roxin* DRiZ **1997** 120.

225 *Jähnke* FS Odersky 427, 431; krit. *Strate* StraFo **1999** 73 f.

226 Zur Verwertung der Erkenntnisse aus einem präventiv-polizeilichen „Lauschangriff" im Strafverfahren BGHR StPO § 100a Verwertungsverbot 8; BGH NStZ **1995** 601 f. mit krit. Anm. *Bockemühl* JA **1996** 695 ff.; *Köhler* StV **1996** 186 f.; *Roggan* KritV **1998** 336 ff.; *Staechelin* ZRP **1996** 430 ff.; *Welp* NStZ **1995** 602 ff.

227 BGHSt **45** 321, 337 f. mit Anm. *Endriß/Kinzig* NStZ **2000** 271 ff.; *Geppert* JK 00 EMRK Art. 6 I/1; *Kudlich* JuS **2000** 951 ff.; *Lesch* JA **2000** 450 ff. und JR **2000** 434 ff.; *Roxin* JZ **2000** 369 ff.; *Sinner/Kreuzer* StV **2000** 114 ff.; *Sommer* StraFo **2000** 150 ff.; Folgeentscheidungen BGH NStZ **2001** 53; StV **2001** 461; s.a. BGHSt **47** 44 ff.

228 Zum Erfordernis der Kompensation EGMR EuGRZ **1999** 660 ff.

229 Vgl. BGH NStZ **2000** 265, 266 in Abgrenzung zu BVerfGE **101** 106, 126.

230 Vgl. BGHSt **45** 321 336 ff., der eine Strafzumessungslösung befürwortet.

231 Vgl. BVerfGE **20** 182, 186 f.; **42** 212, 220; **44** 353, 373.

232 LG Aachen StV **2000** 548.

233 BVerfGE **20** 162, 186 f.; **42** 212, 219 f.; **59** 95, 97.

234 Vgl. für den „großen Lauschangriff" *Martin Müller* 78 ff.; für besondere polizeirechtliche Maßnahmen zur Datenerhebung bei der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung" SächsVerfGH LKV **1996** 273, 282 ff.

die Praxis der Strafverfolgungsorgane bedeutsamer ist allerdings meist die Kontrolle der konkreten Maßnahmen.

79 Zu prüfen sind die **Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit** der jeweiligen Maßnahme.[235] Treffen **mehrere Eingriffsakte zusammen**, so kann sich aus ihrer Kumulierung kein neues Tatbestandserfordernis ergeben; wohl aber ist bei der Anordnung und Vollziehung jeder weiteren Maßnahme zu beachten, dass auch die kumulative Eingriffsintensität angemessen sein muss.[236] Für die Frage der **Geeignetheit** kommt es nicht nur auf die generelle Eignung der Maßnahme zur Erreichung des angestrebten Zwecks, sondern auch auf deren konkrete Eignung an. Dies kann bei Ermittlungs- und Sicherungsmaßnahmen für künftige Maßregeln oder Sanktionen unterschiedlich zu beurteilen sein. Bei der **Erforderlichkeit** von Beweiserhebungen ist darauf zu achten, dass sowohl Beweisbeschaffung als auch Beweissicherung angestrebt werden kann (s. § 160 Abs. 2, 2. Halbsatz). Zu Zwecken der Sachaufklärung erscheint etwa ein Ermittlungseingriff nach den §§ 94, 95, 100a, 100c, 102, 103, 110a zunächst nicht mehr erforderlich, wenn ein glaubhaft erscheinendes Geständnis vorliegt; zur Beweissicherung können weitere Eingriffe aber gleichwohl erforderlich bleiben, wenn mit dem Widerruf des Geständnisses zu rechnen ist. Auch kann es erforderlich sein, über die eigentliche Tatbestandsverwirklichung hinaus das kriminelle Umfeld aufzuklären. Unter den verschiedenen Maßnahmen, die nach den Vorschriften des Achten Abschnitts in Betracht kommen, besteht eine Abstufung, die im Rahmen der Erforderlichkeitsprüfung die Auswahl des mildesten Mittels gebietet. Bei der **Angemessenheitsprüfung** sind das besonders durch das Gewicht des Vorwurfs ausgedrückte Interesse der Allgemeinheit an der Klärung des Verdachts in Bezug auf die konkrete Straftat gegenüber der Eingriffsintensität der Maßnahme zum Nachteil des betroffenen Bürgers abzuwägen. Abwägungsfaktoren sind dabei vor allem die Schwere der aufzuklärenden Straftat, der Grad des Verdachts,[237] die Beweisbedeutung der konkreten Maßnahme, die Art und Intensität des hiermit verbundenen Grundrechtseingriffs, einschließlich der Wirkung einer **Summe kombinierter Eingriffsmaßnahmen,**[238] der Eingriff in Rechtspositionen Nichtverdächtiger,[239] das Interesse an der Beweisführung zur Entlastung Unschuldiger, gegebenenfalls aber auch das Interesse der Verteidigung an der Verwertung von Entlastungsbeweisen, die mit Hilfe der Maßnahme zu Tage gefördert werden können.

80 Nicht nur die Maßnahme an sich, sondern auch bereits verschiedene **Einzelvoraussetzungen** des gesetzlichen Eingriffstatbestands sind vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geprägt, so der Grad oder die Ausrichtung des erforderlichen Verdachts auf Straftaten von mehr oder weniger erheblicher Bedeutung und die Subsidiarität der besonders schwerwiegenden heimlichen Ermittlungsmethoden.

81 Die **Rechtsfolge eines Eingriffsakts, der unverhältnismäßig ist**, kann im Einzelfall ein Beweisverwertungsverbot sein (BVerfGE **44** 353, 383 f.). Dafür kommt es aber auf eine verwertungsbezogene Abwägung der widerstreitenden Belange an, nämlich des konkreten Interesses der Allgemeinheit an der Wahrheitserforschung mit Hilfe des konkreten

---

[235] Zur Verhältnismäßigkeitsprüfung bei einer DNA-Reihenuntersuchung (jetzt: § 81h) BVerfG (Kammer) NJW **1996** 3071 ff. mit Anm. *Benfer* NStZ **1997** 397 f.; *Gusy* JZ **1996** 1176 ff.; *Huber* Kriminalistik **1997** 733 ff.; *Rogall* NStZ **1997** 399 f.

[236] BGHSt **46** 266, 277; *Steinmetz* NStZ **2001** 344 ff.

[237] Vgl. LG Freiburg StV **2001** 266, 267.

[238] Vgl. zur „Totalüberwachung" einer Person u.a. mit einem „global positioning system", BGHSt **46** 266.

[239] Vgl. BGH NStZ **2002** 215; LG Zweibrücken StV **2000** 553 zur Durchsuchung einer Arztpraxis.

Beweises und des vom Verwertungsakt betroffenen Individualinteresses.[240] Bewegt sich der Eingriff unterhalb der Schwelle zur Berührung des absolut geschützten Kernbereichs der Persönlichkeitsentfaltung, der ohne weiteres zur Unverwertbarkeit der so erhobenen Beweise führt (Art. 1 Abs. 1 GG, § 136a Abs. 3; vgl. dazu oben),[241] so ist auch auf der Rechtsfolgenseite zu prüfen, ob die Verwertung des konkreten Beweises in der Hauptverhandlung für die Aufklärung der Straftat geeignet und erforderlich ist und ob der dadurch bedingte erneute Eingriff in Rechte des Angeklagten zum strafrechtlichen Aufklärungsziel nicht außer Verhältnis steht.[242] Dies entspricht allgemein der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.[243]

82 b) **Gesetzgeberische Wertungen.** Die für den Eingriffsakt erforderliche **Abwägung hat der Gesetzgeber zum Teil** bereits selbst **vorgenommen**, um dem **Zweck der Maßnahme** Rechnung zu tragen. Jedoch ist auch in diesen Fällen nicht davon auszugehen, dass gar keine Einzelfallprüfung mehr stattzufinden hat.[244] Insbesondere kann auch bei solchen Maßnahmen noch zu prüfen sein, ob Ausnahmen in Betracht kommen.

83 Anders liegt es regelmäßig bei den verschiedenen Ermittlungseingriffen zur Sachaufklärung; dort hat der Gesetzgeber dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwar zum Teil durch die Ausgestaltung der gesetzlichen Eingriffsvoraussetzungen Rechnung getragen, aber nicht in ebenso weitreichendem Umfang (vgl. etwa § 100a). Gleichwohl kann bei der Prüfung der Anordnung der Maßnahme nach Bejahung der Tatbestandsvoraussetzungen der Eingriffsnorm nicht auf eine ergänzende **einzelfallbezogene Abwägung** der widerstreitenden Belange verzichtet werden.

84 c) **Wichtige Abwägungsfaktoren.** Fast keine gesetzgeberischen Vorgaben in einzelnen Tatbestandsmerkmalen zur Abwägung enthalten die „alten" Normen zu den klassischen Ermittlungseingriffen der Beschlagnahme (Ausnahme etwa: § 97 Abs. 5) und Durchsuchung. Die entsprechenden Vorschriften gelten im Kern seit Inkrafttreten der StPO unverändert. Der Gesetzgeber sah regelmäßig keinen Anlass, hier den allgemeinen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ausdrücklich in die Eingriffsvoraussetzungen der Maßnahmen aufzunehmen; dies ist auch entbehrlich, da der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffsakte ohnehin grundsätzlich zu beachten ist. Auch bei Beschlagnahme und Durchsuchung ist also in jedem Einzelfall die Verhältnismäßigkeit als ungeschriebene, von Verfassungs wegen den Eingriff begrenzende Voraussetzung umfassend und einzelfallbezogen zu prüfen.[245] Dabei kann von Gewicht sein, dass durch die Maßnahme die **Rechte Dritter** beeinträchtigt werden.[246] Drittbetroffenen ist ein Eingriff

---

[240] BVerfGE **80** 367, 376 f.

[241] Vgl. zur entsprechenden Folge der Verletzung des Prinzips „nemo tenetur se ipsum accusare" BVerfGE **56** 37, 51.

[242] Für selbständige Beweisverwertungsverbote von Verfassungs wegen BVerfGE **80** 367, 376; zur Übertragbarkeit des Ansatzes auf unselbständige Beweisverwertungsverbote *Rogall* FS Hanack 293, 296 f.

[243] BGHSt **19** 325, 329 f.; **27** 355, 357; **31** 304, 307 ff.; **35** 32, 34 f.; **37** 30, 31 f.; **38** 214, 219 ff.; **38** 372, 373 f.; **44** 243, 249 f. und ständig.

[244] BVerfG (Kammer) Beschl. vom 25. September 2000 – 2 BvQ 30/00 – weist unter Zitierung der zum Beschlagnahmerecht ergangenen Entscheidung BVerfGE **44** 353, 373 undifferenziert darauf hin, dass strafprozessuale Grundrechtseingriffe „wie die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis" auch im Einzelfall dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz genügen müssen.

[245] Vgl. BGHR StPO § 94 Beweismittel 3 und Verhältnismäßigkeit 2; LG Zweibrücken StV **2000** 553 (Arztpraxis); BVerfGE **44** 353, 380 (Suchtberatungsstelle).

[246] Zur Beschlagnahme von Krankenunterlagen BGH StV **1997** 622, 623.

in ihre Grundrechte durch Ermittlungsmaßnahmen nicht in gleichem Maße zumutbar wie Beschuldigten; das zeigen z.B. die §§ 102, 103, die an die Durchsuchung bei Verdächtigen und Unverdächtigen unterschiedliche Anforderungen nicht nur hinsichtlich des Auffindungsverdachts stellen.

85 Erst recht bedarf eine richterliche Gestattung **heimlicher Ermittlungsmaßnahmen,** die grundsätzlich ohne vorherige Anhörung im Einzelfall in die Persönlichkeitssphäre eines Bürgers eingreifen, der über die Prüfung der einzelnen Tatbestandsvoraussetzungen hinausgehenden Abwägung der betroffenen Belange auf der Grundlage sämtlicher im konkreten Fall relevanten Erkenntnisse.[247]

86 Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist vor allem auch bei Eingriffen in **besonders geschützte Vertrauensbeziehungen** (§§ 52,[248] 53,[249] 148[250]) zu berücksichtigen. Dies kommt in § 100c Abs. 3 Satz 3 zum Ausdruck,[251] gilt aber im Ansatz auch bei anderen Maßnahmen.[252] Erst recht ist ein gesetzlich nicht gestatteter Eingriff in eine Vertrauensbeziehung, die sonst im Gesetz geschützt ist, ohne spezialgesetzliche Grundlage kein faires Verfahren. Dies gilt etwa beim Aushorchen von Angehörigen des Beschuldigten durch V-Leute[253] (s. auch Rn. 37). Im Ergebnis Ähnliches gilt aber auch für die **Ausnutzung einer Liebesbeziehung** durch eine V-Person mit einem Beschuldigten („Romeo-Fälle").[254] Andererseits ist, wie § 97 Abs. 2 Satz 3 zeigt, eine Vertrauensbeziehung nicht mehr schutzwürdig, wenn eine Tatverstrickung des Partners vorliegt; auch die Berufsausübungsfreiheit bietet dann keinen durchgreifenden Schutz vor Strafverfolgung.[255]

---

247 BGHSt **42** 103, 104 ff. mit krit. Anm. *Bernsmann* NStZ **1997** 250f; *Weßlau* StV **1996** 579 f.

248 Vgl. zum Verstoß gegen das fair trial-Prinzip BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234 mit Anm. *Weßlau* StV **2000** 468 ff. = NStZ **2000** 489, 490 mit Anm. *Rogall*.

249 Zur Durchsuchung einer Arztpraxis LG Zweibrücken StV **2000** 553.

250 Zum bedenklichen Eindringen eines V-Manns in die Vertrauensbeziehung zwischen Verteidiger und Mandant BGH NStZ **2000** 216, 217; Vorinstanz LG Hamburg Urt. vom 17. Juni 1999 – 619 KLs 5/99; zur Durchsuchung in der Kanzlei des Verteidigers LG Fulda StV **2000** 548 ff.; zum Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen Strafverteidiger und Mandant allgemein *G. Schäfer* FS Hanack 77 ff.

251 Dazu *Martin Müller* 200 ff.

252 Vgl. auch BbgVerfG LKV **1999** 450, 456 f.; SächsVerfGH LKV **1996** 273, 285 zum präventivpolizeilichen Eingriff in geschützte Vertrauensbeziehungen; s.a. MecklVorpVerfG LKV **2000** 345, 352 zum präventivpolizeilichen Lauschangriff gegenüber Rechtsanwälten.

253 BVerfG (Kammer) StV **2000** 233, 234 mit Anm. *Weßlau* StV **2000** 468 ff. = NStZ **2000** 489, 490 mit Anm. *Rogall*.

254 AG Heidenheim NJW **1981** 1628: Verfahrenseinstellung wegen Ausnutzung einer Liebesbeziehung zur Tatprovokation; LG Hamburg Urt. vom 14. September 1990 – (95) 19/89 KLs: strafmildernd berücksichtigte Intimbeziehung einer weiblichen V-Person mit einem Beschuldigten, dazu BGH Beschl. vom 23. Mai 1991 – 5 StR 176/91 – (Beschl. nach § 349 Abs. 2 StPO) und BVerfG Beschl. vom 26. August 1991 – 2 BvR 959/91 (Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde mangels Kausalität der Intimbeziehung für die Tat und die Beweisgrundlage des Urteils nach Geständnis des Angeklagten); **a.A.** *Küpper* JR **2000** 257, 259.

255 Vgl. BVerfG – Kammer – NJW **2000** 3557 f. (Arzt); Beschl. vom 7. Mai 2001 – 2 BvR 2013/00 – (Rechtsanwalt mit zivilrechtlichem Mandat); BVerfG (Kammer) NJW **2002** 2090 (Straßenverkehrsdelikt des Mitglieds einer Anwaltskanzlei).

4. Rechtsschutz. Der Rechtsschutz gegen Maßnahmen (nicht nur des Achten Abschnitts) der StPO hat zahlreiche Facetten. So ist er bedeutsam unter den Stichworten **vorbeugende und der Vollziehung nachfolgende gerichtliche Kontrolle von Maßnahmen der Exekutive.** Er spielt aber auch eine Rolle bei der wegen Art. 19 Abs. 4 GG gebotenen gerichtlichen Überprüfung der Ausübung **nichtrichterlicher Eilkompetenzen bei Gefahr im Verzug.** Dazu hat sich BVerfGE **103** 142, 150 ff. mit Blick auf Art. 13 Abs. 2, 19 Abs. 4 GG, § 105 Abs. 1 grundlegend geäußert.[256] Die dortigen Ausführungen dürften wegen des allgemein gemäß Art. 19 Abs. 4 GG zu fordernden Rechtsschutzstandards im Wesentlichen auch bei anderen Eingriffsmaßnahmen als der Durchsuchung, die eine vergleichbare Eilkompetenz vorsehen, entsprechend gelten.[257] Schließlich hat das Stichwort Rechtsschutz Bedeutung auch für den Instanzenzug und die Frage der Verwertung von Erkenntnissen unter Verstoß gegen verfahrensrechtliche Gewährleistungen samt einer eventuellen Fernwirkung. Wegen der Einzelheiten muss auf die Kommentierung bei den einzelnen Vorschriften, insbesondere zu § 101 und § 105, verwiesen werden. Zu der über den Anwendungsbereich des Achten Abschnitts weit hinausreichenden Widerspruchslösung sei im Übrigen auf die Hinweise in der Vorauflage Bezug genommen. **87**

§ 94

(1) Gegenstände, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können, sind in Verwahrung zu nehmen oder in anderer Weise sicherzustellen.

(2) Befinden sich die Gegenstände in dem Gewahrsam einer Person und werden sie nicht freiwillig herausgegeben, so bedarf es der Beschlagnahme.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Führerscheine, die der Einziehung unterliegen.

Schrifttum

Allgemeines zur Beschlagnahme (Auswahl):

Achenbach Verfahrenssichernde und vollstreckungssichernde Beschlagnahme im Strafprozess, NJW **1976** 1068; *Amelung* Entschädigungsanspruch aus enteignendem Eingriff für Schäden, die mittelbar durch eine rechtmäßige Sicherstellung verursacht werden? StV **1988** 326; *ders.* Grenzen der Beschlagnahme notarieller Unterlagen, DNotZ **1984** 195; *ders.* Probleme der Einwilligung in strafprozessuale Grundrechtsbeeinträchtigungen, StV **1985** 257; *ders.* Zur dogmatischen Einordnung strafprozessualer Grundrechtseingriffe, JZ **1987** 737; *Andreas* Beschlagnahme von Krankenunterlagen ohne Einwilligung des Patienten, ArztR **1998** 294; *Arloth* Neue Wege zur Lösung des strafprozessualen „V-Mann-Problems" – Durch Beschlagnahme von Behördenakten? NStZ **1993** 467; *Bär* Beschlagnahme von Computerdaten, CR **1996** 675 und 744; *ders.* Der Zugriff auf Computerdaten im Strafverfahren, (1992) (dazu Buchbesprechung von *Rogall* ZStW **110** [1998],

[256] Dazu *Amelung* NStZ **2001** 337 ff.; *Asbrock* StV **2001** 322 ff.; *Bittmann* wistra **2001** 451 ff.; *Gusy* JZ **2001** 1033 ff.; *Möllers* NJW **2001** 1397 f.; *Ostendorf/Brüning* JuS **2001** 1063 ff.; Folgeentscheidung BVerfG (Kammer) Beschluss vom 14. November 2001 – 2 BvR 1118/01.

[257] *Amelung* NStZ **2001** 337, 342; *Gusy* JZ **2001** 1033, 1034.

745, 755 ff.); *ders.* EDV-Beweissicherung im Strafverfahrensrecht, CR **1998** 434; *Bandisch* Mandant und Patient – schutzlos bei Durchsuchung von Kanzlei und Praxis? AnwBl. **1987** 436; *Bauer* Die Grenzen der Beschlagnahme nach den §§ 94 ff. StPO, Diss. Erlangen 1933; *Baumann* Alternativ-Entwurf Zeugnisverweigerungsrechte und Beschlagnahmefreiheit (AE-ZVR). Entwurf eines Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer (1996); *Bauwens* Beschlagnahme von Buchführungsunterlagen beim Steuerberater, wistra **1985** 179; *Birmanns* Die Beschlagnahme von Buchführungsunterlagen beim Steuerberater, MDR **1981** 102; *Bittmann* Das Beiziehen von Kontounterlagen im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren, wistra **1990** 325; *Böing* Das Beschlagnahmeprivileg der steuerberatenden Berufe gem. § 97 StPO unter besonderer Berücksichtigung der Bedingungen der modernen Informationsverarbeitung, Diss. Münster 1993; *Bohmeyer* Die Rückgabe von Überführungsstücken, GA **1974** 191; *Bornheim* Steuerfahndung, Steuerstrafverteidigung. Durchsuchung, Beschlagnahme, Verhaftung, Befugnisse der Steuerfahndung, Selbstanzeige, Verteidigungsstrategien (1998); *Bramow* Festnahmen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen (kriminologisch – kriminalistisch), BKA (Hrsg.), Das kriminalpolizeiliche Ermittlungsverfahren (1957), 183; *Brenner* Zur Beschlagnahmefähigkeit von Buchhaltungen und Bilanzen beim Steuerberater, BB **1984** 137; *Breuer* Beschlagnahme- und Ausschüttungskonkurrenzen bei parallellaufenden Straf- und Konkursverfahren, KTS **1995** 1; *Burhoff* Durchsuchung und Beschlagnahme im Strafverfahren, ZAP Fach 22, 299; *von Busch* Die Beschlagnahme von Druckschriften unter besonderer Berücksichtigung der Presse, Diss. Kiel 1928/29; *von Canstein* Die öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Tragweite der prozessualen Beschlagnahme, Diss. Köln 1931; *Ciolek-Krepold* Durchsuchung und Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen (2000); *Creifelds* Die Beschlagnahme von Handakten des Verteidigers, GA **1960** 65; *van Delden* Die privatrechtlichen Wirkungen einer Beschlagnahme nach § 94 StPO, Diss. Köln 1935; *Dörn* Sicherstellung von Geld durch die Finanzbehörde im Steuerstrafverfahren, wistra **1990** 181; *Ehlers* Durchsuchung – Beschlagnahme – Bankgeheimnis, BB **1978** 1515; *Eisenberg* Beschlagnahme von Akten der Jugendgerichtshilfe durch das Jugendgericht, NStZ **1986** 308; *Eller* Die bürgerlichrechtlichen Wirkungen einer Beschlagnahme nach § 94 StPO, Diss. Hamburg 1935; *Erhart* Die Beschlagnahme von Buchhaltungsunterlagen des Beschuldigten beim steuerlichen Berater, Diss. Heidelberg 1994; *Feiber* Beschlagnahme im Privatklageverfahren, NJW **1964** 709; *Flore* Durchsuchung. Beschlagnahmefreiheit von E-Mails, Praxis Steuerstrafrecht **2000** 87; *Freyberg* Über die Beschlagnahme, Diss. Frankfurt a.M. 1971; *Freyberg* Die Beschlagnahme als kriminalistische Maßnahme, ArchKrim **150** 167; *Geppert* Polizeiliche Sicherstellung von Kraftfahrzeugen im Rahmen der Verkehrsüberwachung? DAR **1988** 12; *Gilgan* Verhaltensempfehlungen bei Durchsuchung und Beschlagnahme beim Steuerberater, Stbg **1989** 321; *Göggerle* Durchsuchungen und Beschlagnahmen bei den Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe, BB **1986** 41; *Göppinger* Entbindung von der Schweigepflicht und die Herausgabe oder Beschlagnahme von Krankenblättern, NJW **1958** 241; *Grau/Blechschmidt* Ersatzansprüche für Schäden durch strafprozessuale Maßnahmen – insbesondere Durchsuchungsaktionen und Beschlagnahmen, BB **2011** 2378; *Graulich* Die Sicherstellung von während einer Durchsuchung aufgefundenen Gegenständen – Beispiel Steuerstrafverfahren, wistra **2009** 299; *Gülzow* Beschlagnahme von Unterlagen der Mandanten bei deren Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern, NJW **1981** 265; *Haffke* Einschränkung des Beschlagnahmeprivilegs des Verteidigers durch den Rechtsgedanken der Verwirkung? NJW **1975** 808; *Heinrich* Zur Operationsvorbereitung entnommene Blutproben als Beweismittel im Strafprozeß (1996); *Herdegen* Zur Beschlagnahme und Verwertung schriftlicher Mitteilungen im Gewahrsam von Angehörigen des Beschuldigten (§§ 52, 97 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 S. 2 StPO), GA **1963** 141; *Hilgendorf* Zur Zulässigkeit der Beschlagnahme von Behördenakten im Strafverfahren, JZ **1993** 368; *von Hippel* Über Grenzen der Beschlagnahme, ZStW **47** (1927), 523; *Höser* Nochmals: Die Beschlagnahme von Buchführungsunterlagen bei dem Steuerberater – Entgegnung auf den Beitrag von Birmanns, MDR 1981, S. 102 f., MDR **1982** 535; *Hoffmann/Knierim* Rückgabe von im Strafverfahren sichergestellten oder beschlagnahmten Gegenständen. NStZ **2000** 461; *Jahn/Geck* Tagebuchfall revisited – Der Bundesgerichtshof, die Gedankenfreiheit und sein Selbstgespräch im Auto, JZ **2012** 561; *Janoschek* Strafprozessuale Durchsuchung und Beschlagnahme bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Diss. Trier 1990; *Janssen* Rechtliche Grundlagen und Grenzen der Beschlagnahme, Diss. Bielefeld 1995; *Joecks* Die Stellung der Kreditwirtschaft im steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahren, WM-Sonderbeilage Nr. 3/1998; *Kalf* Die Beschlagnahme von Verteidigungsunterlagen in der Wohnung

des Beschuldigten, Die Polizei **1985** 4; *Kay* Die Beschlagnahme von Druckschriften durch die Polizei, Die Polizei **1989** 240; *Kemper* Die Beschlagnahme von Beweisgegenständen bei fehlender Beschlagnahmeanordnung, wistra **2006** 171; *Keunecke* Durchsuchung und Beschlagnahme. Die gesetzlichen Voraussetzungen nach Strafprozeßrecht und Polizeirecht (1966); *Kielbach/Ohm* Zulässigkeit der Beschlagnahmeanordnung und Kostenerstattungsanspruch der Kreditinstitute, WM **1986** 313; *Klos* Die Beschlagnahme von Geld durch die Steuerfahndung, wistra **1987** 121; *Koch* Die Beschlagnahme von Geschäftsunterlagen im Wirtschaftsstrafverfahren und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, wistra **1983** 63; *Koch* Entschädigung bei unbegründeter Beschlagnahme im Strafverfahren? JR **1959** 293; *Kohlhaas* Herausgabepflicht und Beschlagnahme ärztlicher Aufzeichnungen, NJW **1964** 1162; *Kramer* Die Beschlagnahmefähigkeit von Behördenakten im Strafverfahren, NJW **1984** 1502; *Krekeler* Durchsuchung und Beschlagnahme in Anwaltsbüros, FS Koch, 165; *Kudlich* Der heimliche Zugriff auf Daten in einer Mailbox: ein Fall der Überwachung des Fernmeldeverkehrs? – BGH, NJW 1997, 1934, JuS **1998** 209; *Kunert* Beschlagnahme von Geschäftspapieren, die nach dem Gesetz aufzubewahren sind, bei den nach § 53 Abs. 1 Nr. 2, 3 zeugnisverweigerungsberechtigten Personen, MDR **1973** 179; *Ledschbor* Die Rückgabe beschlagnahmter Gegenstände, Diss. Köln 1931; *Lemcke* Die Sicherstellung gem. § 94 StPO und deren Förderung durch die Inpflichtnahme Dritter als Mittel des Zugriffs auf elektronisch gespeicherte Daten, Diss. Bochum 1994; *Löffler* Die Herausgabe von beschlagnahmten oder sichergestellten Sachen im Strafverfahren, NJW **1991** 1705; *Löwenstein* Zwangsmittel im Strafverfahren. Beschlagnahme, Durchsuchung, Untersuchungshaft, in *Aschrott* 273; *Lohmeyer* Beschlagnahme von Fahndungsakten und Steuergeheimnis, JR **1964** 171; *Lühr* Eingeschränkte Beschlagnahmemöglichkeiten von „Mailbox-Systemen" aufgrund des Fernmeldegeheimnisses? wistra **1995** 19; *Lüttger/Kaul* Ist die gerichtliche Beschlagnahme künftiger Auflagen von erfahrungsgemäß staatsgefährdenden periodischen Schriften zulässig? GA **1961** 74; *Luther* Entziehung der Fahrerlaubnis und Beschlagnahme des Führerscheins, NJ **1992** 164; *Mayer-Wegelin* Der Rechtsschutz im Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung: Theorie und Wirklichkeit, DStZ **1984** 244; *Meier/Böhm* Strafprozessuale Probleme der Computerkriminalität, wistra **1992** 165; *Meyer* Anspruch des tatunbeteiligten Dritten auf Zinsschaden, wenn bei ihm Geld gem. §§ 94, 95 StPO beschlagnahmt bzw. sichergestellt wird? JurBüro **1993** 1; *Mothes* Die Beschlagnahme nach Wesen, Art und Wirkungen (1903); *Müller-Dietz* Die Beschlagnahme von Krankenblättern im Strafverfahren, Diss. Freiburg 1965; *Nestler-Tremel* Darf ein nach § 148a StPO vorläufig in Verwahrung genommener Brief des Beschuldigten an seinen Verteidiger als Beweismittel für ein anderes, schon anhängiges Strafverfahren beschlagnahmt werden? StV **1990** 147; *Nothacker* Zur Durchsuchung und Beschlagnahme. Probleme verfahrensrechtlicher Regelungen und ihrer Anwendung aus kriminologischer und kriminalistischer Sicht, ArchKrim. **178** (1986), 1; *Ost* Zur Beschlagnahme des Testaments eines Klienten beim Berufsgeheimnisträger, wistra **1993** 177; *Palm/Roy* Mailboxen – Staatliche Eingriffe und andere rechtliche Aspekte, NJW **1996** 1791; *Papier/Dengler* Verfassungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit Steuerfahndungsmaßnahmen bei Banken, BB **1996** 2541, 2593; *Quermann* Durchsuchung und Beschlagnahme beim steuerlichen Berater, wistra **1988** 254; *Reiß* Beschlagnahmebefugnis der Strafgerichte und Auslieferungs- und Auskunftspflichten der Behörden gegenüber Behörden und Staatsanwaltschaft in Strafverfahren, StV **1988** 31; *Ried* Amtlich verwahrte Beweisstücke (§ 147 StPO), FS Peters II 113; *Ronsdorf* Die Beschlagnahme von Zufallsfunden bei Durchsuchungen, Diss. Frankfurt a.M. 1992; *Sangmeister* Polizeilicher Vollzug von Beschlagnahmebeschlüssen im Privatklageverfahren, NJW **1964** 16; *G. Schäfer* Einige Fragen zur Verjährung in Wirtschaftsstrafsachen, FS Dünnebier 541; *ders.* Zum Schutz der Verteidigung gegen Zugriffe der Strafverfolgungsorgane FS Hanack 77; *H. Schäfer* Die Beschlagnahme von Handelsbüchern beim Steuerberater, wistra **1985** 12; *ders.* Der Computer im Strafverfahren, wistra **1989** 8; *ders.* Der Konkursverwalter im Strafverfahren, wistra **1985** 209; *ders.* Die Rückgabe beschlagnahmter Beweismittel nach Rechtskraft des Urteils, wistra **1984** 136; *Schaefgen* Durchsuchung – Beschlagnahme – Bankgeheimnis, BB **1979** 1498; *Schiller* Unzulässige Einschränkungen des Anwaltprivilegs bei der Beschlagnahme? StV **1985** 169; *Schroth/Schneider* Die Sichtung von Datenträgern vor Ort, CR **1992** 173; *Schuhmann* Durchsuchung und Beschlagnahme im Steuerstrafverfahren, wistra **1994** 93; *Seibert* Zur Zulässigkeit der Beschlagnahme von ärztlichen Abrechnungsunterlagen bei den Krankenkassen, NStZ **1987** 398; *Sieg* Aushändigung von Kopien beschlagnahmter Unterlagen, wistra **1984** 172; *Spangenberg* Umfang und Grenzen der Beschlagnahmeverbote gem. § 97 StPO in der steuerlichen Beratungspraxis, Diss Bonn 1991; *Spaniol* Beschlagnahme, in Ulsamer

(Hrsg.) Lexikon des Rechts/Strafrecht, Strafverfahrensrecht, 2. Aufl., 119; *Stahl* Beschlagnahme von Anderkonten von Berufsgeheimnisträgern bei Kreditinstituten, wistra **1990** 94; *von Stetten* Strafprozessuale Verwertung von beschlagnahmten Akten privater Kfz-Haftpflichtversicherer, JA **1996** 55; *Stratenwerth* Zur Beschlagnahme von Behördenakten im Strafverfahren, JZ **1959** 693; *Streck* Erfahrungen bei der Anfechtung von Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüssen in Steuerstrafsachen, StV **1984** 348; *Stypmann* Rechtliche und tatsächliche Probleme bei staatsanwaltschaftlichen Durchsuchungs- und Beschlagnahmehandlungen, wistra **1982** 11; *Trupp* Widersprüchliches zur Führerscheinbeschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten, NZV **2004** 389; *Tschacksch* Die strafprozessuale Editionspflicht (1988); *Vogelberg* Durchsuchung und Beschlagnahme im Steuerrecht (2010); *Volk* Durchsuchung und Beschlagnahme von Geschäftsunterlagen beim Steuerberater, DStR **1989** 338; *Wagner* Zur Zulässigkeit der Beschlagnahme von Behördenakten und zum Schutz personenbezogener Daten Unbeteiligter bei der Beschlagnahme, DRiZ **1985** 16; *Wasmuth* Beschlagnahme von Patientenkarteien und Krankenscheinen im Strafverfahren wegen Abrechnungsbetruges des Arztes, NJW **1989** 2297; *Wehnert* Zur Praxis der Durchsuchung und Beschlagnahme, StraFo **1996** 77; *Weinmann* Die Beschlagnahme von Geschäftsunterlagen des Beschuldigten bei Zeugnisverweigerungsberechtigten, FS Dünnebier 199; *Welp* Zeugnisverweigerungsrechte und Beschlagnahmeverbote – Anmerkungen zum Alternativentwurf „Zeugnisverweigerungsrechte und Beschlagnahmefreiheit", FS Bemmann 626; *Wieland* Buchhaltungsunterlagen als Gegenstand der Beschlagnahme beim Steuerberater des Beschuldigten, Diss. Bochum 1997; *Wilhelm* Beschlagnahme von Gegenständen, die einem Rechtsanwalt (Verteidiger) von seinem Mandanten übergeben worden sind, NJW **1959** 1716; *Wolffgramm* Beschlagnahme des Führerscheins durch die Polizei, Berliner AnwBl. **1995** 269; *Wolter* Nichtverdächtige und Zufallsfunde im modernen Strafverfahren. Zur Einführung eines grundrechtsschützenden Zeugnis- und Herausgabeverweigerungsrechtes, Rudolphi-Symposium (1995), 49; *Zecher* Die Beschlagnahme von Buchführungsunterlagen im Rahmen von § 97 Abs. 1 Ziff 3 StPO, Diss. Tübingen 1986.

Beschlagnahme im Internet (neuere Literatur; Auswahl):

Albrecht Sicherstellung von E-Mails auf dem Mailserver eines Internetdienstleisters und anderer beweiserheblicher „Gegenstände", jurisPR-ITR 25/**2009** Anm. 4; *Bär* Anmerkung zum Beschluss des BGH vom 31.03.2009 (Az 1 StR 76/09, NStZ 2009, 397), NStZ **2009** 398; *Brandt/Kukla* Anmerkung zu LG Hildesheim, Beschluss vom 21. April 2010 (26 Qs 58/10, wistra 2010 414), wistra **2010** 415; *Brodowski* Strafprozessualer Zugriff auf E-Mail-Kommunikation, JR **2009**, 402; *Brunst* Anmerkung zu BVerfG, Beschluss vom 16. Juni 2009 (2 BvR 902/06, CR 2009, 584), CR **2009** 591; *Gercke* Anmerkung zu BGH, Beschluss vom 31. März 2009 (1 StR 76/09, StV 2009, 623), StV **2009**, 624; *Härting* Beschlagnahme und Archivierung von Mails, CR **2009** 581; *Kemper* Anforderungen und Inhalt der Online-Durchsuchung bei der Verfolgung von Straftaten, ZRP **2007** 105; *Klein* Offen und (deshalb) einfach – Zur Sicherstellung und Beschlagnahme von E-Mails beim Provider, NJW **2009** 2996; *Krüger* Anmerkung zu BVerfG, Beschluss vom 16. Juni 2009 (2 BvR 902/06, MMR 2009, 673), MMR **2009** 680; *Lampe* Beschlagnahmefähigkeit von dem Postgeheimnis unterliegenden Informationen beim Postdienstleister, jurisPR-StrafR 24/**2009** Anm. 2; *Meinicke* Anmerkung zu AG Reutlingen, Beschluss vom 31.10.2011 (5 Ds 43 Js 18155/10 jug, StV 2012, 462), StV **2012** 463; *Roggenkamp* Beschlagnahme von Facebook-Konten, AnwZertITR 12/**2012** Anm. 2; *Sankol* Verletzung fremdstaatlicher Souveränität durch ermittlungsbehördliche Zugriffe auf E-Mail-Postfächer, K&R **2008** 279; *Schlegel* „Beschlagnahme" von E-Mail-Verkehr beim Provider, HRRS **2007** 44; *Störing* Strafprozessualer Zugriff auf E-Mail-boxen, CR **2009** 475; *Szebrowski* E-Mail-Beschlagnahme – Klärung durch den BGH?, MMR **2009** Nr. 7, V–VI; *Winkler* Beschlagnahme von gespeicherten E-Mails, jurisPK-StrafR 10/**2010** Anm. 3. Vgl. außerdem die Kommentierung zu § 99.

Pressebeschlagnahme:

Becker Medienfreiheit und Strafverfolgung aus der Sicht des Intendanten, in: Medienfreiheit und Strafverfolgung (1985), 15; *Beckmann* Staatsanwaltschaftliche Ermittlungstätigkeit als Grenze der Freiheit der Berichterstattung, Film und Recht **1982** 73; *Bertuleit/Herkströter* Medienfreiheit und Beschlagnahmeverbot. Zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Beschlagnahme von selbst-

recherchiertem Fernsehmaterial, KJ **1988** 318; *Birkner/Rösler*, Pressefreiheit stärken – Strafprozessordnung ändern, ZRP **2006** 109; *Dörr* Durchsuchungen und Beschlagnahmen bei Medienunternehmen, AfP **1995** 378; *Erhard* Mediales Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot im Spannungsverhältnis zwischen Medienfreiheit und Strafverfolgung, in Medienfreiheit und Strafverfolgung (1985), 5; *Gerhardt* Beschlagnahme von Bildunterlagen bei Presse oder Fernsehen, AfP **1979** 394; *Glauben* Beschlagnahme von Filmmaterial für polizeiliche Ermittlungen, DRiZ **1988** 352; *Groß* Das journalistische Zeugnisverweigerungsrecht, VerwR **1989** 73; *ders.* Zum journalistischen Zeugnisverweigerungsrecht, ZUM **1994** 214; *ders.* Zur Beschlagnahme von Druckwerken, VerwR **1995** 41; *Gössel* Der Schutz der Medienfreiheit im Strafverfahren, in: Medienfreiheit und Strafverfolgung (1985), 49; *Huppertz* Zeugnisverweigerungsrecht, Beschlagnahme- und Durchsuchungsverbot zugunsten des Rundfunks im Strafprozess (1971); *Ignor/Sättele,* Plädoyer für eine Stärkung der Pressefreiheit im Strafrecht, ZRP **2011** 69; *Jarass* Grenzen des Zugriffs der Strafverfolgungsbehörden auf Presse- und Rundfunkmaterial, AfP **1977** 214; *Jung* Durchsuchung und Beschlagnahme in Medienangelegenheiten, AfP **1995** 375; *Jung* Neuregelung des Zeugnisverweigerungsrechts der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk, JuS **1975** 672; *Jutzi* Durchsuchung und Beschlagnahme bei Presseunternehmen, NJ **2007** 218; *Kerscher* Strafjustiz contra Medien – ein Anachronismus, NJW **1997** 1350; *Leutheusser-Schnarrenberger* Die gesetzliche Sicherung der Pressefreiheit: Eine endlose Geschichte, ZRP **2007** 249; *Lisken* Pressefreiheit und Strafprozess, ZRP **1988** 193; *Löffler* Lücken und Mängel im neuen Zeugnisverweigerungs- und Beschlagnahmerecht von Presse und Rundfunk, NJW **1978** 913; *ders.* Die Verwertung rechtswidrig erlangter Informationen durch Presse und Rundfunk, NJW **1976** 1079; *Mensching* Das Zeugnisverweigerungsrecht der Medien. Inhalt und Reichweite des Zeugnisverweigerungsrechts und des damit korrespondierenden Beschlagnahme- und Durchsuchungsverbotes im Medienbereich, Diss. Bonn 2000; *J. Meyer* Zur Beschlagnahme selbstrecherchierten Materials von Journalisten, FS Tröndle 837; *Ollendorf* Der Schutz der Recherche im strafprozessualen Zeugnisverweigerungsrecht der Medienschaffenden in der Bundesrepublik Deutschland, Diss. Freiburg 1990; *Peters* Die Strafprozeßordnung und das Zeugnisverweigerungsrecht, das Beschlagnahme- und Durchsuchungsverbot, in: Strafrechtlicher Schutz der Informationsquellen in Presse und Rundfunk (1975) 51; *Rebmann* Beschlagnahme von terroristischen „Bekennerschreiben" bei Presseunternehmen, FS Pfeiffer 234; *Scherer* Journalistisches Zeugnisverweigerungsrecht, Beschlagnahme in Redaktionsräumen und Pressefreiheit, EuGRZ **1979** 412; *Schippan* Der Umgang der Presse mit anonym zugesandtem Material, ZUM **2008** 572; *Schmude* Beschlagnahme von Foto- und Fernsehaufnahmen, Film und Recht **1981** 481; *Vieweg* Medienfreiheit und Strafverfolgung, Film und Recht **1984** 523; *Wallraf* Medienfreiheit und Strafverfolgung, AfP **1985** 166; *Wente* Die Verwendbarkeit rechtswidrig recherchierten Materials, ZUM **1988** 438. Vgl. außerdem die Kommentierung zu § 97.

Beweisverbote von Verfassungs wegen:

Amelung Der Grundrechtsschutz der Gewissenserforschung und die strafprozessuale Behandlung von Tagebüchern, NJW **1988** 1002; *ders.* Die zweite Tagebuchentscheidung des BVerfG, NJW **1990** 1753; *ders.* Informationsbeherrschungsrechte im Strafprozeß. Dogmatische Grundlagen individualrechtlicher Beweisverbote (1990); *ders.* Probleme des Rechtsschutzes gegen strafprozessuale Grundrechtseingriffe, NJW **1979** 1687; *ders.* Subjektive Rechte in der Lehre von den strafprozessualen Beweisverboten, FS Bemmann 505; *ders.* Zur dogmatischen Einordnung strafprozessualer Grundrechtseingriffe, JZ **1987** 737; *Baumann/Brenner* Die strafprozessualen Beweisverwertungsverbote (1991); *Bienert* Private Ermittlungen und ihre Bedeutung auf dem Gebiet der Beweisverwertungsverbote, Diss. Köln 1997; *Dahs* Verwertungsverbote bei unzulässiger Beschlagnahme von Tagebuchaufzeichnungen, Verteidigungsunterlagen sowie bei unzulässiger Gesprächsaufzeichnung und Blutprobe, in: DAV (Hrsg.), Wahrheitsfindung und ihre Schranken (1989), 122; *Dalakouras* Beweisverbote bezüglich der Achtung der Intimsphäre (1988); *Degener* Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und strafprozessuale Zwangsmaßnahmen (1985); *Delius* Tagebücher als Beweismittel im Strafverfahren (1967); *Dencker* Verwertungsverbote im Strafprozeß (1977); *Dünnebier* Zur Tagebuchentscheidung des Bundesgerichtshofs, MDR **1964** 965; *Feckler* Die Verwendbarkeit von Tonbandaufnahmen als Beweismittel im Strafprozeß, Diss. Köln 1962; *Frank* Die Verwertbarkeit rechtswidriger Tondbandaufnahmen Privater (1996); *Gauthier* Die Beweisverbote, ZStW **103**

(1991), 796; *Geis* Der Kernbereich des Persönlichkeitsrechts. Ein Plädoyer für die „Sphärentheorie", JZ **1991** 112; *Gössel* Die Beweisverbote im Strafverfahren, FS Bockelmann 801; *ders.* Die Beweisverbote im Strafverfahrensrecht der Bundesrepublik Deutschland, GA **1991** 483; *ders.* Kritische Bemerkungen zum gegenwärtigen Stand der Lehre von den Beweisverboten im Strafverfahren, NJW **1981** 649; *ders.* Überlegungen zu einer neuen Beweisverbotslehre, NJW **1981** 2217; *ders.* Verfassungsrechtliche Verwertungsverbote im Strafverfahren – Bemerkungen zu den Urteilen des BGH vom 16.3.1983 – 2 StR 775/82 und 17.3.1983 – 4 StR 640/82 –, JZ **1984** 361; *ders.* Die Beweisverbote im Strafrecht der Bundesrepublik Deutschland, GA **1991** 483; *Gramse* Zulässigkeit und Grenzen der Verwendung von Ton- und Bildaufnahmen als Beweismittel im Strafverfahren (Privatklageverfahren), AnwBl. **1980** 433; *Gropp* Zur Verwertbarkeit eigenmächtig aufgezeichneter (Telefon-)Gespräche. Der Fall Schenck und die Lehre von den Beweisverboten, StV **1989** 216; *Grünwald* Beweisverbote und Verwertungsverbote im Strafverfahren, JZ **1966** 489; *Gusy* Grundrechtsschutz vor staatlichen Informationseingriffen, VerwArch **74** (1983), 91; *Habscheid* Das Persönlichkeitsrecht als Schranke der Wahrheitsfindung im Prozeßrecht, GedS H. Peters, 840; *Hassemer* Unverfügbares im Strafprozeß, FS Maihofer 183; *Heinitz* Die Verwertung von Tagebüchern als Beweismittel im Strafprozeß, JR **1964** 441; *Herdegen* Bemerkungen zur Lehre von den Beweisverboten, DAV (Hrsg.), Wahrheitsfindung und ihre Schranken (1989), 103; *Herrmann* Beweisverbote im Strafverfahrensrecht, NJ **1984** 285; *Hofmann* Beweisverbote im Strafprozeß – Beweiserhebungsverbote und Beweisverwertungsverbote, JuS **1992** 587; *Hofmann* Beweisverbote im Strafprozeß – Beweiserhebungsverbote und Bewiesverwertungsverbote, JuS **1992** 587; *Kelnhofer* Hypothetische Ermittlungsverläufe im System der Beweisverbote, Diss. Mannheim 1994; *Kleb-Braun* Tagebuchaufzeichnungen als Beweismittel. Demokratie – Grenzkonflikt zwischen Meinung, Macht und Recht, CR **1990** 344; *Klöhn* Der Schutz der Intimsphäre im Strafprozeß, Diss. Göttingen 1984; *Koberger* Grenzenloser Schutz der Privatsphäre vor Tondbandgeräten? ÖJZ **1990** 330; *Kohlhaas* Beweisverbote im Strafprozeß, DRiZ **1966** 286; *Kohlhaas* Die Tonbandaufnahme als Beweismittel im Strafprozeß, NJW **1957** 81; *Koriath* Über Beweisverbote im Strafprozeß (1994); *Kramer* Heimliche Tonbandaufnahmen im Strafprozeß, NJW **1990** 1760; *Krauß* Der Schutz der Intimsphäre im Strafprozeß, FS Gallas 365; *Krier* Die heimliche Tonbandaufnahme und ihre prozessuale Verwertung im amerikanischen und deutschen Recht, Diss. Bonn 1973; *Küpper* Tagebücher, Tonbänder, Telefonate. Zur Lehre von den selbständigen Beweisverwertungsverboten im Strafverfahren, JZ **1990** 416; *Kühne* Strafprozessuale Beweisverbote und Art. 1 Abs. 1 GG. Zugleich ein Beitrag zur Auslegung des Rechtsbegriffs Menschenwürde (1970); *Laber* Die Verwertbarkeit von Tagebuchaufzeichnungen im Strafverfahren, Diss. Köln 1995; *Lemcke* Die Sicherstellung gem. § 94 StPO und deren Förderung durch die Inpflichtnahme Dritter als Mittel des Zugriffs auf elektronisch gespeicherte Daten (1995); *Liermann* Die Tonbandaufnahme als Beweismittel im Strafprozeß, Diss. Bonn 1963; *Lorenz* Absoluter Schutz versus absolute Relativität. Die Verwertung von *Tagebüchern* zur Urteilsfindung im Strafprozeß, GA **1992** 254; *Matzky* Zugriff auf EDV im Strafprozeß. Rechtliche und technische Probleme der Beschlagnahme und Durchsuchung beim Zugriff auf das Beweismittel „EDV" (1999); *Nüse* Zu den Beweisverboten im Strafprozeß, JR **1966** 281; *Otto* Die strafprozessuale Verwertbarkeit von Beweismitteln, die durch Eingriff in Rechte anderer von Privaten erlangt wurden, FS Kleinknecht 319; *Paulus* Beweisverbote als Prozeßhandlungshindernisse, GedS Meyer 309; *Peres* Strafprozessuale Beweisverbote und Beweisverwertungsverbote und ihre Grundlagen in Gesetz, Verfassung und Rechtsfortbildung (1991); *ders.* Beweisverbote im deutschen Strafverfahren, Gutachten für die Verhandlungen des 46. Deutschen Juristentages, Bd. I, Teil 3A (1966), 91; *Petry* Beweisverbote im Strafprozeß, Diss. Darmstadt 1971; *Ranft* Bemerkungen zu den Beweisverboten im Strafprozeß, FS Spendel 719; *Riepl* Informationelle Selbstbestimmung im Strafverfahren (1998), zugl. Diss. Tübingen 1994; *Rogall* Gegenwärtiger Stand und Entwicklungstendenzen der Lehre von den strafprozessualen Beweisverboten, ZStW **91** (1979), 1; *ders.* Informationseingriff und Gesetzesvorbehalt im Strafprozeßrecht (1992); *Roggemann* Das Tonband im Verfahrensrecht (1962); *Rupp* Beweisverbote im Strafprozeß in verfassungsrechtlicher Sicht, Gutachten für die Verhandlungen des 46. Deutschen Juristentages, Band I, Teil 3A (1966), 165; *Sachs* Rechtsprechungsübersicht: Verwertbarkeit tagebuchartiger Aufzeichnungen des Beschuldigten im Strafverfahren, JuS **1990** 576; *Sax* Über die Zulässigkeit der prozessualen Verwertung privater Tagebuchaufzeichnungen als Beweismittel, JZ **1965** 1; *Schlehofer* Die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes – absolute oder relative Begrenzung staatlicher Strafgewalt? GA **1999** 357; *Eb. Schmidt* Zulässigkeit und Verwendbar-

keit von Tonbandaufnahmen im Strafverfahren, JZ **1956** 206; *R. Schmidt* Die strafprozessuale Verwertbarkeit von Tagebuchaufzeichnungen, Jura **1993** 591; *R. Schmitt* Tonbänder im Strafprozeß – OLG Celle, NJW 1965, 1677, JuS **1967** 19; *Schmoller* Heimliche Tonbandaufnahmen als Beweismittel im Strafprozeß? ÖJBl. **1994** 153; *S. Schröder* Beweisverwertungsverbote und die Hypothese rechtmäßiger Beweiserlangung im Strafprozeß, Diss. Passau 1991; *Schwabe* Die polizeiliche Datenerhebung in oder aus Wohnungen mit Hilfe technischer Mittel, JZ **1993** 867; *Scupin* Die Zulässigkeit und Verwertbarkeit von Tonbandaufnahmen im polizeilichen Ermittlungsverfahren, DÖV **1957** 548; *Siegert* Die Grenzen rechtmäßiger Tonbandaufnahmen im Strafprozeß, DRiZ **1957** 101; *Siegert* Verwertbarkeit rechtmäßiger Tonbandaufnahmen im Strafprozeß, GA **1957** 265; *Spendel* Beweisverbote im Strafprozeß, NJW **1966** 1102; *Störmer* Dogmatische Grundlagen der Verwertungsverbote (1992); *ders.* Strafprozessuale Verwertungsverbote in verschiedenen Konstellationen, Jura **1994** 621; *ders.* Die Verwertbarkeit tagebuchartiger Aufzeichnungen. Der unantastbare Bereich privater Lebensgestaltung in der Rechtsprechung des BVerfG, Jura **1991** 17; *ders.* Verfassungsrechtliche Verwertungsverbote im Strafprozeß, Jura **1994** 393; *Sydow* Kritik der Lehre von den „Beweisverboten", Diss. Würzburg 1975; *Vogelgesang* Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung? (1987); *Weinmann* Das Tonband als Beweismittel im Strafprozeß, Diss. Mainz 1959; *Weiß* Heimliche Tonaufnahme durch Strafverfolgungsorgane, Diss. Erlangen-Nürnberg 1976; *Welp* „Vereinfachter" Geheimnisschutz im Strafverfahren? JZ **1972** 423; *Werhahn* Nochmals: Persönlichkeitsrecht und Tonbandproblem, UFITA **33** (1961) 205; *Werner* Verwertung rechtswidrig erlangter Beweismittel, NJW **1988** 993; *Wölfl* Die Verwertbarkeit heimlicher privater Ton- und Bildaufnahmen im Strafverfahren, Diss. Passau 1997; *Wolfslast* Beweisführung durch heimliche Tonbandaufzeichnung. Besprechung des BGH-Urteils vom 9.4.1986 – 3 StR 551/85 (NStZ 1987, 133), NStZ **1987** 103; *Wolter* Menschenwürde und Freiheit im Strafprozeß, GedSchr. Meyer 493; *ders.* Repressive und präventive Verwertung tagebuchartiger Aufzeichnungen. Zugleich Besprechung der Tagebuch-Entscheidung des BVerfG, StV **1990** 175; *ders.* Verfassungsrecht im Strafprozeß- und Strafrechtssystem. Zugleich ein Beitrag zur Verfassungsmäßigkeit der Norm und zum rechtsfreien Raum „vor dem Tatbestand", NStZ **1993** 1; *ders.* Verwertungsverbote bei zulässiger Telefonüberwachung, GedS Armin Kaufmann 761.

Entstehungsgeschichte. In den Partikularrechtsordnungen wurde die Beschlagnahme bisweilen als unselbständiger Teil der Durchsuchung angesehen.[1] Die StPO hat sie als selbständiges Institut geregelt. Nur soweit es um die Beschlagnahme von Beweisgegenständen geht, gilt die Regelung seit Inkrafttreten der RStPO im Wesentlichen unverändert.[2] Ursprünglich lautete § 94 wie folgt:

> (1) Gegenstände, die als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können oder der Einziehung unterliegen, sind in Verwahrung zu nehmen oder in anderer Weise sicherzustellen.
>
> (2) Befinden sich die Gegenstände in dem Gewahrsam einer Person und werden sie nicht freiwillig herausgegeben, so bedarf es der Beschlagnahme.

Die Vorschrift erhielt ihre jetzige Fassung durch Art. 21 Nr. 15 EGStGB.[3] Grund dafür war die umfassende und zum Teil von § 94 StGB a.F. abweichende Neuregelung der Voraussetzungen und Folgen der Sicherstellung von Gegenständen, die dem Verfall oder der Einziehung unterliegen (vgl. §§ 111b ff.). Das Recht der Beschlagnahme von Beweis-

---

[1] AK/*Amelung* 7 ff.; *Freyberg* 38 ff.

[2] *Freyberg* 64 f.

[3] RegE BRDrucks. 1/72 S. 34; BTDrucks. **VI** 3250 S. 34; BRDrucks. 111/73 S. 37; BTDrucks. **7** 550 S. 37; Antrag des Sonderausschusses BTDrucks. **7** 1232 S. 86.

gegenständen sollte dagegen nicht geändert werden.[4] § 94 Abs. 1 und 2 StPO n.F. wurde daher auf die Beschlagnahme von Beweisgegenständen beschränkt. Allerdings wurde die Beschlagnahme von Führerscheinen davon wieder ausgenommen, weil es dabei „auf die tatsächliche Sicherstellung der Urkunden" ankomme, „nicht aber auf die Verhinderung bestimmter Verfügungen".[5]

Übersicht

	Rn.
I. Allgemeines	
1. Zweck	1
2. Anwendungsbereich der Vorschrift	2
3. Begriffe	
a) Sicherstellung	4
b) Beschlagnahme	6
4. Verhältnis der Sicherstellung von Gegenständen als Beweismittel zur Sicherung von Verfall und Einziehung nach §§ 111b ff.	7
II. Der Sicherstellung als Beweismittel unterliegende Gegenstände (Absatz 1)	
1. Beweismittel	9
2. Gegenstände als Beweismittel	11
3. Bedeutung für die Untersuchung	18
a) Untersuchung	19
b) Beweisbedeutung	23
c) Bedeutung für verfahrensrechtliche Fragen	29
d) Potentielle Beweisbedeutung	30
4. In behördlichem Gewahrsam befindliche Gegenstände	32
III. Führerscheine (Absatz 3)	33
IV. Sicherstellung: formlos oder durch Beschlagnahme	
1. Allgemeines	34
2. Formlose Sicherstellung	35
3. Beschlagnahme	39
4. Anordnung der Sicherstellung	43
5. Durchführung der Sicherstellung – Beschlagnahme oder Sicherstellung?	44
V. Formen der Sicherstellung: Verwahrung oder auf andere Weise	
1. Allgemeines	46
2. Amtliche Verwahrung	47
3. Sicherstellung in anderer Weise als durch Verwahrung	49
VI. Kein Ermessen	50
VII. Verhältnismäßigkeit	
1. Allgemeines	51
2. Unzulässigkeit der Sicherstellung nach dem Übermaßverbot	59
3. Ersatzmaßnahmen	62
a) Fotokopien von Urkunden oder Kopien eines Datenbestands	63
b) Auskunftsersuchen	67
4. Recht auf Besichtigung	68
VIII. Pressebeschlagnahme	69
1. Keine Sonderregelung	70
2. Verhältnismäßigkeit	71
3. Quantitative Beschränkung der Beschlagnahme	72
IX. Verfassungsrechtliche Beschlagnahmeverbote	
1. Übermaßverbot	73
2. Verletzung von Menschenwürde oder Persönlichkeitsrecht durch die Beweisverwertung	74
a) Allgemeines zu den Beweisverwertungsverboten von Verfassungs wegen	75
b) Tagebuchfälle	78
c) Tonbandfälle	88
d) Bildaufzeichnungen	91
3. Gefangenenpost	93
X. Beendigung der Beschlagnahme und Herausgabe des beschlagnahmten Gegenstands	94
XI. Schadensersatzansprüche	95
XII. Abgeordnete	99

[4] Begründung des RegE in BRDrucks. 1/72 S. 34; 111/73 S. 290; BTDrucks. 7 550 S. 290; Bericht der Abg. Eylmann/Penner BTDrucks. 7 1261 S. 24 f.

[5] BRDrucks. und BTDrucks. aaO.

Alphabetische Übersicht

Abgeordnete 99
Absolut geschützter Kernbereich 77
Akten 24
Amtliche Verwahrung 47
Amtshaftungsansprüche 97
Anfangsverdacht 20
Anwalts- oder Steuerberaterkanzlei 61
Arten der Sicherstellung 5
Auskunftsersuchen 67
Bankgeheimnis 61a
Bedeutung für die Untersuchung 18
Beendigung der Beschlagnahme 94
Berufsgerichtliche Verfahrensordnung 3
Beschlagnahme 4, 6, 39
Beschlagnahmen im Bankenbereich 61a
Beweisermittlungsgegenstände 23
Beweisverbot 23
Beweisverwertungsverbote von Verfassungswegen 74
Buchhaltungsunterlagen 24
Bußgeldverfahren 3
Daten in Computern 14
Dreistufentheorie des Bundesverfassungsgerichts 77
Durchführung der Sicherstellung 44
Durchsuchungsgestattung 45
Einziehungsgegenstände 2
Einziehungsverfahren 21
Ermessen 50
Ersatzmaßnahmen 62
Formlose Sicherstellung 35
Föten 16
Freiwillig 36
Freiwillige Herausgabe 41
Führerscheine 33
Gegenstände als Beweismittel 11
Geld 13
Gewahrsam 40
Heimliche private Bildaufzeichnungen 91
Herausgabe des beschlagnahmten Gegenstands 94
Inverwahrungnahme 46
Internet 14
Kopieren von Daten 28
Körper des lebenden Menschen 15
Kosten für das Heraussuchen 66
Leichen 16
Menschenwürde 74
Mitgewahrsam 40
Öffentlichrechtliches Verwahrungsverhältnis 95
Persönlichkeitsrecht 74
Potentielle Beweiserhebung 30
Pressebeschlagnahme 69
Privatklageverfahren 21
Rasterfahndung 26
Schadensersatzansprüche 94
Schlichte Privatsphäre 77
Sicherstellung 4
Sicherstellung von Beweismitteln 1
Sicherstellung von Gegenständen als Beweismittel 7
Sicherstellung, Begriff 34
Sicherung von Verfall oder Einziehung 7
Sicherungsverfahren 21
Sphäre der öffentlichen Kommunikation 77
Suchtberatungsstelle 60
Tagebuchaufzeichnungen 78
Tagebuchfälle 78
Technische Hilfsmittel zur Nutzbarmachung von Beweisgegenständen 23
Tonbandfälle 88
Übermaßverbot 59, 73
Unterlagen auf Bild- oder anderen Datenträger gespeichert 27
Untersuchung 19
Verfahrenshindernis 23
Verfall 2
Verfassungsrechtliche Beschlagnahmeverbote 73
Verhältnismäßigkeit 51
Vertrauensverhältnisse 60
Vollstreckungsverfahren 22
Vorermittlungsverfahren 20
Wiederaufnahmeverfahren 22
Zusammengesetzte Sachen 25

I. Allgemeines

1. Zweck. Die Vorschrift gewährleistet die ordentliche Durchführung von Strafverfahren, indem sie die Sicherstellung von Beweismitteln ermöglicht. Ihr Zweck ist die Verfahrenssicherung; damit sind auch die Grenzen aufgezeigt: Die Vorschrift greift nur in einem Strafverfahren und da auch nur im Rahmen zulässiger Beweiserhebung. Insoweit enthält die Vorschrift eine entschädigungslos hinzunehmende **Inhaltsbindung des Eigentums** (Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG).[6] Andere Zwecke, wie die Vorenthaltung von Informationen zur Verhinderung von Verdunkelungshandlungen, können damit nicht verfolgt werden.[7] **1**

[6] Vgl. BVerfGE **20** 351, 359; *Freyberg* 81 f.
[7] *Janssen* 5; *Sieg* wistra **1984** 172, 173; *Malek/Wohlers* 155; **a.A.** *Koch* wistra **1983** 63, 64.

Die Beweismittelbeschlagnahme dient auch nicht der Regelung der Vermögenslage (dafür sind die §§ 111b ff. geschaffen), der Vorbereitung eines Zivilprozesses oder der Sicherung von Steuerforderungen.

2 **2. Anwendungsbereich der Vorschrift.** Bis zur Gesetzesänderung durch das EGStGB (s. Entstehungsgeschichte) galt § 94 für die Sicherstellung sowohl von Beweismitteln als auch von Einziehungsgegenständen.[8] Seither regeln die §§ 94 bis 99 nur noch die Voraussetzungen der Sicherstellung von Beweismitteln (Absatz 1 und 2) für Zwecke der Strafverfolgung,[9] daneben allerdings auch die Beschlagnahme von Führerscheinen, die der Einziehung unterliegen (Absatz 3). Die vollstreckungssichernde Beschlagnahme aller anderen **Einziehungsgegenstände** und der dem **Verfall** nach §§ 73 ff. StGB unterliegenden Gegenstände regeln nunmehr die §§ 111b ff. Die Beschlagnahme eines Gegenstands kann zur Sicherung von Beweisen und zur Sicherung von Einziehung oder Verfall erfolgen, wenn die jeweiligen Voraussetzungen vorliegen (Rn. 7).[10]

3 Die Vorschriften über die Beschlagnahme gelten **im Bußgeldverfahren entsprechend** (§ 46 OWiG). Doch kommt dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz (Rn. 51 ff.) dort größere Bedeutung zu; im Ordnungswidrigkeitenverfahren gilt generell das Opportunitätsprinzip, das Zwangsmaßnahmen eher ausschließt. Soweit **berufsgerichtliche Verfahrensordnungen** ebenfalls auf die StPO verweisen (wie § 116 Abs. 1 Satz 2 BRAO und § 153 StBerG), ist die Beschlagnahme von Beweisgegenständen grundsätzlich auch möglich; sie wird jedoch aus Gründen der Verhältnismäßigkeit selten in Betracht kommen. Für Sicherstellungen des Gerichts in der Hauptverhandlung zur Gewährleistung des ordnungsgemäßen Ablaufs der Hauptverhandlung (etwa zur vorübergehenden Wegnahme eines von einem Zuhörer benutzten Mobiltelefons) gelten die Regeln über sitzungspolizeiliche Maßnahmen (§§ 176, 181 GVG).[11]

3. Begriffe

4 **a) Sicherstellung.** Sicherstellung ist die Herstellung der staatlichen Gewalt über den als Beweismittel in Betracht kommenden Gegenstand. Unter dem **Oberbegriff „Sicherstellung"** (s.a. § 111k: „nach § 94 beschlagnahmt oder sonst sichergestellt") werden zwei Arten der staatlichen Inbesitznahme von Beweismitteln verstanden: die **formlose Sicherstellung** (Absatz 1) und die **Beschlagnahme** (Absatz 2). Danach ist die Überschrift des Achten Abschnitts („Beschlagnahme") zu eng gefasst. Soweit in § 69a Abs. 6 StGB, § 111a Abs. 5 Satz 1 StPO, § 21 Abs. 2 Nr. 2 StVG von der „Sicherstellung oder Beschlagnahme" die Rede ist und soweit in § 2 Abs. 2 Nr. 2 StrEG Sicherstellung und Beschlagnahme nebeneinander aufgeführt sind, versteht das Gesetz ebenso wie in der vorliegenden Vorschrift unter Sicherstellung die formlose Sicherstellung als Gegensatz zur förmlichen Beschlagnahme. Grundsätzlich formlos erfolgt die Sicherstellung bei **gewahrsamslosen Sachen oder bei freiwilliger Herausgabe** durch den Gewahrsamsinhaber. Befinden sich die Gegenstände im Gewahrsam einer Person und werden sie **nicht freiwillig herausgegeben**, erfolgt förmliche Beschlagnahme. Die Sicherstellung von Beweismitteln im Gewahrsam von Postunternehmen nach §§ 99, 100 ist zum Schutz des Briefgeheimnisses nur durch (förmliche) Beschlagnahme zulässig.

5 **Arten der Sicherstellung** sind nach § 94 Abs. 1 die Übernahme in amtlichen Gewahrsam oder „in anderer Weise", etwa durch Belassung an Ort und Stelle mit einer Versiege-

---

[8] *Freyberg* 76 ff.
[9] *Eb. Schmidt* Vorbem. 3.
[10] SK/*Wohlers* 3.
[11] BGHSt **44** 23, 24.